

Freerk Huisken Brandstifter als Feuerwehr: Die Rechtsextre- mismus-Kampagne

Nichts als Nationalismus 2



Freerk Huiskens
Brandstifter als Feuerwehr: Die Rechtsextremismus-Kampagne

Freerk Huisken ist Hochschullehrer an der Universität Bremen. Schwerpunkte: Politische Ökonomie des Bildungswesens, Kritik der Erziehungswissenschaft, Rassismus und Nationalismus.

Letzte Buchveröffentlichungen:

Jugendgewalt. Der Kult des Selbstbewußtseins und seine unerwünschten Früchte. Hamburg (VSA) 1996.

Rolf Gutte/Freerk Huisken: Alles bewältigt, nichts begriffen! Nationalsozialismus im Unterricht. Eine Kritik der antifaschistischen Erziehung. Berlin (edition ost) 1997.

Erziehung im Kapitalismus. Von den Grundlügen der Pädagogik und dem unbestreitbaren Nutzen der bürgerlichen Lehranstalten. Hamburg (VSA) 1998.

Deutsche Lehren aus Rostock und Mölln. Nichts als Nationalismus 1. Hamburg (VSA) 2001 (Neuaufgabe).

Freerk Huisken

**Brandstifter als Feuerwehr:
Die Rechtsextremismus-Kampagne**

Nichts als Nationalismus 2

VSA-Verlag Hamburg 2001

www.vsa-verlag.de

Umschlagkarikatur: Thomas Plaßmann, Essen.

© VSA-Verlag Hamburg 2001, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Buchbindearbeiten: Druckerei Runge, Cloppenburg

ISBN 3-87975-805-0

Inhalt

Einleitung	7
Kapitel 1: Kampf der Ausländerfeindlichkeit oder Konkurrenz um den zeitgemäßen Nationalismus?	10
Kapitel 2: »In der globalisierten Wirtschaft macht Ausländerfeindlichkeit keinen Sinn.« (R. Höppner, SPD)	21
Kapitel 3: Umerziehung oder: Was die Inländer in der Kampagne gegen den Rechtsextremismus lernen sollen	35
Kapitel 4: Ächten, ausschließen, einschließen, verbieten: Staatliche Repression als Umerziehungsmethode	45
Kapitel 5: »Gedanken lassen sich nicht verbieten!«	55
Kapitel 6: Verordnete Zivilcourage	62
Kapitel 7: Das NPD-Verbot: Eine weitere Lektion über Demokratie	70
Kapitel 8: Fünf Thesen des NHB zum NPD-Verbot	82
Kapitel 9: »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!« – Kritik einer Parole	90
Kapitel 10: Staatliche Menschengruppierung nach In- und Ausländern: Staatsbürgerschaft, »Gastarbeiter«, Einwanderungsgesetz und »demokratische Leitkultur«	96
Kapitel 11: Wie demokratische Bürger rechtsextrem werden	121

Kapitel 12:	
Shell-Studie Jugend 2000: Ausländerfeindlichkeit hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun!	131
Kapitel 13:	
Heitmeyers Kampagnen-Kritik: Idealistische Versöhnung mit dem Kritisierten	140
Kapitel 15:	
Linke Antifaschismus in der Sinnkrise	155

Einleitung

Eine *Kritik* an der Kampagne gegen den Rechtsextremismus¹ stößt erstens auf ein zentrales Hindernis und hat zweitens mit einem Missverständnis zu kämpfen. Das *Hindernis* besteht in einer Frucht deutscher Nachkriegserziehung. Gelernt hat man, dass jeder Antirassismus, jede Aktivität gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit, kurz: alles, was sich als Antifaschismus zusammenfassen lässt, *gut* ist und deswegen nicht nur moralisch, sondern auch politisch *in Ordnung* geht. Daran herumzukritisieren gehört sich einfach nicht, wird »unserer« deutschen Vergangenheit und der Verantwortung, die »wir Deutschen« für sie tragen, nicht gerecht und muss sich den Verdacht gefallen lassen, zynisch zu sein. Wenn nun gegen eine solche Kampagne nicht nur einige Einwände vorgebracht werden, sondern sie sogar einem vollständigen Verriss unterzogen wird, gilt die Kritik gleich gänzlich als *unglaublich*. Es ist einfach nicht vorstellbar, dass man sich diesem Kampf gegen den Rechtsextremismus *nicht* mit *guten Gründen* anschließen können soll. Er mag ja Pferdefüße besitzen, nicht konsequent genug sein und auch negative Nebenwirkungen haben. Es mag ja zutreffen, dass einige seiner politischen Protagonisten nicht gerade die glaubwürdigsten Vertreter dieser Aufrufe zu »Toleranz und Menschlichkeit« sind. Aber dass der »Aufstand der Anständigen« in seiner politischen Absicht *insgesamt* ziemlich »unanständig« ist, das *kann* einfach nicht sein.

Dabei fehlt es dieser Skepsis durchaus an Argumenten. Genau genommen verfügt sie nur über ein einziges, und das ist wenig überzeugend. Es lautet: *Anti! Antirassismus* und besonders *Antifaschismus* gelten deshalb als bedenkenlos zu stützende Anliegen, weil sie ja *gegen* Rassismus und Faschismus gerichtet sind. Das ist zweifellos zutreffend, jedoch sind dem schlichten Anti die bestimmten *Gründe* für die Gegnerschaft gar nicht zu entnehmen. Und allein auf die kommt es an. Das machen einige wenige Beispiele deutlich. Wer sich etwa als Antifaschist zu erkennen gibt, weil er dem »Hitler-Regime« die Schuld an einem erneuten Niedergang Deutschlands vorwirft, dessen Anti nimmt allein Maß am *Erfolg* der Politik für die Nation. Das verbindet ihn mit jenen Kritikern des deutschen Faschismus, die am Holocaust die *Schande*, die über Deutschland gekommen ist, betrau-

¹ Der nachfolgende Text basiert auf einer Vorlesung an der Universität Bremen aus dem Wintersemester 2000/01. Den 14 Kapiteln liegen jeweils Manuskripte von 14 Vorlesungen zugrunde. Nicht alle 14 Vorlesungen wurden gehalten, da sich die Debatten z.T. über mehrere Sitzungen hinzogen. Die Gliederung der Vorlesung habe ich beibehalten. Die Diktion vielfach auch. Überarbeitungsnotwendigkeiten haben sich aus den Diskussionen und aus der Entwicklung der Staatskampagne selbst ergeben. In einigen Fällen habe ich Überschneidungen und Wiederholungen nicht herausgestrichen, da auf diese Weise die meisten Kapitel jeweils für sich les- und verwendbar sind. Die Publikation setzt das »Tagebuch« zur Asylkampagne von 1992 – »Deutsche Lehren aus Rostock und Mölln«, Hamburg 2001 (2. Aufl.) – fort. Deswegen handelt es sich bei dieser Publikation um *Teil 2* von »Nichts als Nationalismus«.

ern. Oder: Deutsche Nachkriegsregierungen von Adenauer bis Kohl waren bekennende Antifaschisten, weil nur mit diesem Bekenntnis von den Siegermächten Aufbauhilfen und die Aussicht auf Wiedereingliederung in die Welt anerkannter Staaten zu erwarten war. Die Wiedergutmachungszahlungen an den israelischen Staat folgten ebenfalls derselben politischen Kalkulation und waren überdies beim westlichen Vorposten gegen »Terrorregime« im Nahen Osten gut angelegt. Von einem Antifaschismus, der allein an dem vom Faschismus im In- und Ausland angerichteten Elend Maß nimmt und sich für die Ursachen dieses politischen Systems und ihres Zusammenhangs mit dem bürgerlichen Nationalstaat und der Ökonomie des Kapitalismus interessiert, war im Nachkriegsdeutschland weit und breit nichts zu sehen – von einigen linken Nischen im Wissenschaftsbetrieb und bei kommunistischer Opposition einmal abgesehen. Bei näherer Betrachtung reduzieren sich die guten Gründe, die dem herrschenden Antifaschismus seinen Vertrauensvorsprung als Kampf gegen die »politische Barbarei« eingetragen haben, also ganz gewaltig. Es verhält sich geradezu umgekehrt: Es finden sich eigentlich nur Gründe, dem Inhalt des Anti tief zu *misstrauen*. In der Befassung mit der staatlichen Kampagne gegen den Rechtsextremismus geht es deswegen vornehmlich um die Ermittlung des *politischen Gehalts* dieses neuen *Anti-Faschismus* von oben.

Das *Missverständnis* macht sich am Etikett fest, das den ungeliebten Ausländerfeinden mit Springerstiefeln und Glatze, der NPD und der DVU angeheftet worden ist: *Rechtsextremisten* heißen sie, und so werden sie beurteilt und behandelt.² Dabei taugt dieses Etikett gar nicht dazu, irgendeine andere Beurteilung dieser Sorte »Ausländerpolitik der Straße« vorzulegen, als dass sie eben nicht links ist. Alles andere wäre ein Missverständnis. Dennoch wird einiges mit ihm klargestellt: Es dient hervorragend dazu, die *Ausgrenzung* dieser politischen Regung im Volk aus dem »demokratischen Spektrum« zu formulieren, die die Politik praktisch vollzieht. Der Bezeichnung ist dabei das vollständige *Desinteresse* am *spezifischen Gehalt* der inkriminierten rechten Politik zu entnehmen: Wo die Scheidelinie zwischen dem politischen Konservativismus und dem Rechtsextremismus liegt, worin begründet ist, dass die einen wohl gelittene Parlamentarier sind, die anderen aber als Schädlinge der nationalen Sache gebrandmarkt werden, wie es kommt, dass dennoch diese »Systemfeinde« von der NPD, DVU oder den Reps als Partei zugelassen worden und auf kommunaler Ebene für so manches Bündnis mit den demokratischen Großparteien gut sind, dies geht die Extremismus-Charakterisierung gar nichts an. Das Schöne am Extremismus-Begriff sei nämlich gerade, offenbart der berüchtigte Extremismusforscher Pfahl-Traughber, dass er es *gestattet*, »so unterschiedliche Phänomene wie kommunistische und nationalistische Parteien oder Autonome und Skinheads aufgrund ihrer gemeinsamen antidemokratischen Einstellung und Verhaltensweise unter der Kategorie »politischer Extremismus« definitorisch zu fassen.«³ Über die bezeichnete Sache *soll* also auch gar nichts ausgesagt werden, sondern allein der Standpunkt der politischen Gewalt zu ihr in

² Und so werden sie auch im Folgenden von mir, der allgemeinen Sprachregelung folgend, synonym mit »Ausländerfeinden«, »Glatzen«, »Rechtsradikalen«, »Neofaschisten« etc. genannt. Wo Unterscheidungen sachlich geboten sind, werden sie gemacht.

³ A. Pfahl-Traughber, *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, München 1999, S. 13

Worte gefasst sein. Folglich wird die Bezeichnung danach gewählt, ob sie es »gestattet«, die *Absicht* der Definitionsmächte auszudrücken. Das ist dann »definitivisch« – und so etwas findet sich nicht nur in der Politik. Der schlichte Standpunkt des *Verfassungsschutzes* prägt hier den Begriff. Und da er nur negativ zum herrschenden politischen Spektrum seine Abgrenzung vornimmt, fallen die größten politischen *Gegensätze* in einunddenselben Topf: Kommunismus und Faschismus, daran interessiert nur die gemeinsame antidemokratische Haltung.⁴ Wobei der Extremismusforscher gleich auch noch die Botschaft vermittelt, dass der *Nationalismus* ein ausschließliches Kennzeichen »extremistischer«, sprich: undemokratischer Politik ist. Dass es Demokraten um die Sache der Nation geht, wird auch er wohl nicht leugnen. Doch das Nationale mit dem *-ismus* beginnt bekanntlich erst dort, wo Demokraten auf Staatsfeinde bzw. feindliche Staaten stoßen. Bei denen erkennen sie merkwürdigerweise sofort, dass ihre Verpflichtung auf das Nationale jener böse *-ismus* ist, der ihnen an der eigenen Politik nie auffallen würde.

Zugleich ist die Rede vom Rechtsextremismus in einer Hinsicht geständig. Denn die politische und polizeiliche Ausgrenzung, die mit ihr festgeschrieben sein soll, steht in merkwürdigem Kontrast zu der Steigerungsform, mit der sie begründet wird. Denn konservative, rechte Politik und die Politik ganz rechts außen, die – einem berühmten Wort von F.J. Strauß zufolge – in Deutschland niemand der CSU streitig machen darf, soll bzw. kann, werden darin gar nicht als Gegensätze, sondern als Positionen eines *politischen Kontinuums* vorgestellt, dessen Ende dann der geächtete Rechtsextremist bildet. Dieser Sachverhalt verdient in der Tat eine nähere Prüfung. Und auch die wird erfolgen.

⁴ Wobei die jeweils regierenden Demokraten gelegentlich zeigen, dass sie sehr genau wissen, dass sich die Demokratiekritik von Kommunisten aus dem Interesse begründet, jede Herrschaft von Menschen über Menschen zu beseitigen, wohingegen Faschisten umgekehrt den Maßstab der vollständigen Identität von Herrschaft und beherrschtem Volk kritisch an die Demokratie anlegen.

Kapitel 1

Kampf der Ausländerfeindlichkeit oder Konkurrenz um den zeitgemäßen Nationalismus?

1. Die Kampagne startet: »Null Toleranz!«

Mitten im Sommer des Jahres 2000 kündigt Deutschland – deutsche Politiker aller Parteien, die deutsche Öffentlichkeit, deutsche Kirchen, Gewerkschaften und sogar deutsche Arbeitgeberverbände – eine *antifaschistische Front* gegen Skinhead-Banden und die NPD an. Allseits wird durchaus glaubhaft vertreten, es handele sich dabei nicht um eines jener Spektakel, mit denen regelmäßig das politische und publizistische Sommerloch gefüllt wird, sondern um ein politisches Anliegen von größter Bedeutung und langfristiger Tragweite für Deutschland. Und in der Tat kann die Ernsthaftigkeit des Anliegens nicht bestritten werden, denn Erstaunliches wird geboten. Der angekündigte Kampf gegen den Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit bzw. Neofaschismus wird tatsächlich *eröffnet*:

Das beginnt damit, dass plötzlich jeder ausländerfeindliche Übergriff, jede Hetzjagd und jeder Überfall auf fremdstaatlich aussehende Menschen, aber auch auf Linke, Obdachlose oder Homosexuelle sorgfältig in der Presse registriert wird. Was sonst allenfalls in der Lokalpresse in einem Fünfzeiler eher beiläufig abgehandelt wurde, sofern die Gewalttat nicht gerade ein Todesopfer gefordert hatte, gerät jetzt zum fett unterstrichenen Datum einer bundesweit publizierten chronique scandaleuse. Was seit Jahrzehnten brutale bundesrepublikanische Wirklichkeit ist, wird durch das nun angesagte öffentliche Mitzählen zu einer nationalen Schande. Die von ganz oben, also von politischen Parteien und der Regierung angemahnte und von den Organen der Öffentlichkeit devot vollstreckte Aufmerksamkeit schafft es so, den Eindruck zu erwecken, als sei der Rechtsradikalismus nun zwar nicht gerade neu, aber doch im Sommer des Jahres 2000 in einer ganz neuen Qualität ausgebrochen. Die wird nicht nur mit ständig neuen »Fällen«, sondern auch mit »Hintergrundinformationen« über die Neonazi-Szene bebildert. Plötzlich finden sich in seriösen, d.h. bürgerlichen überregionalen Tageszeitungen langatmige Artikel, die aus den Blättchen der Antifa-Szene des letzten Jahrzehnts stammen könnten. Die »Köpfe« des Neofaschismus werden vorgestellt, »Geheimorganisationen« und ihre »Verbindungen« aufgedeckt, ausländische »Beziehungen« enthüllt und auf die Ungeheuerlichkeit aufmerksam gemacht, dass die braune Szene sich doch tatsächlich – wer hätte das gedacht – per Internet weltweit vernetzt hat.

Der politische Auftrag, derart erdrückend illustriert, fordert umgehend zu *Taten* heraus: Es muss dringend etwas geschehen, lautet das einhellige Urteil, dessen Umsetzung nicht lange auf sich warten lässt. Die Meldungen über Skinhead-Übergriffe werden bald ergänzt um *Erfolgsmeldungen*, dass man Täter dingfest gemacht habe, Hakenkreuzschmierereien und antisemitische Grabschändungen aufgeklärt worden seien, dass die Schläger und Schmieranten eindeutig der Neonazi-Szene zuzurechnen seien und nun ihrer gerechten Strafe zugeführt würden. Kein Zweifel kommt mehr auf, dass es sich bei den jugendlichen Glatzen um *politische Überzeugungstäter* handelt. Die Floskel, »ein rechtsextremistischer politischer Hintergrund« sei nicht auszumachen, die ehemals regelmäßig zum Einsatz kam, wenn wieder einmal eine Bande Skins mit »Heil Hitler«- und »Ausländer raus«-Geschrei ein Ausländerwohnheim mit Baseballschlägern und Brandsätzen traktiert hatte, ist weitgehend aus dem Verkehr gezogen. Jetzt weiß man sogar bei Delikten, deren »Hintergrund« wirklich noch im Dunkeln liegt, dass es sich – wie etwa beim Düsseldorf-Bombenattentat – um einen »gemeinen antisemitischen Anschlag« gehandelt *hat*.

Die bis heute nicht verstummte Debatte über den wirksamen Schutz der Republik vor dem »braunen Gesocks« hat es inzwischen zu einem ansehnlichen Vorschlagskatalog von Repressionsmaßnahmen gebracht. Da fehlt wirklich keine Repressalie, zu der der Rechtsstaat sich und sein Gewaltmonopol befähigt hat: Über die Notwendigkeit des NPD-Verbots besteht parteiübergreifend Konsens. Neofaschistische Vereine oder Vereinigungen werden schnell verboten, wie etwa der »Hamburger Sturm« oder die deutsche Sektion von »Blood and honour«. Schnellgerichte werden gefordert, die politische Abschreckungsurteile fällen, dabei das Jugendstrafrecht wirklich nur bei den unter 18-Jährigen zur Anwendung und auch den Alkoholpegel der Glatzen nicht mehr strafmildernd in Anschlag bringen sollen. Worüber sich Deutschlands politische Elite einig ist, setzt ein Richter im Prozess in Halle denn auch sofort um. Dreimal fast die Höchststrafe, darunter einmal lebenslänglich für die drei bekennenden Ausländerfeinde, die den Moçambiquaner A. Adriano zu Tode getreten haben. Das Urteil, das explizit der Anregung folgt, von der »weichen« Resozialisierungstour Abstand zu nehmen, wird bundesweit begrüßt; einerseits wegen seiner Härte und des Exempels, das damit statuiert ist, andererseits wegen des Tempos, mit dem das Verfahren durchgezogen wurde, und drittens schließlich wegen seiner politischen Begründung, mit der der zuständige Richter klarstellen wollte, dass der inzwischen ebenfalls salonfähig gewordene Verdacht deutscher Linksextremer, die deutsche Justiz sei auf dem »rechten Auge blind«, vollständig unbegründet sei.¹ Die Liste von Maßnahmen umfasst Berufsverbote nicht nur für Staatsbeamte, sondern auch für rechtsradikale Arbeiter: Die »freie Wirtschaft« erklärt, dass sie bekennende Rassisten nicht im Betrieb haben will, und weiß bei dieser moralisch aufgeputzten Sorge um den Betriebsfrieden den DGB hinter sich. Auch der Pranger kommt wieder in Mode und soll – so z.B. in der taz – Dienste bei der Ausgrenzung dieses nicht mehr zur bundesrepublikanischen Gesellschaft gehörigen Menschenschlags leisten. Das Versammlungs- und Demonstrationsrecht soll eingeschränkt, das Jugendrecht verschärft, Internetseiten

¹ Näheres dazu in Kapitel 4.3

überprüft, Provider zur Rechenschaft gezogen und die Abhörgenehmigung auf die rechtsextreme Szene ausgedehnt werden. Führerscheinentzug für Rechtsradikale wird erwogen, das amerikanische Muster, per ziviler Schadensersatzklage den neofaschistischen Organisationen die Mittel zu entziehen, wird in die Debatte geworfen und die Einrichtung von »Null Toleranz«-Einheiten der Polizei oder des Grenzschutzes nach dem Muster New Yorker Kriminalitätsbekämpfung nicht nur erwogen.

Zugleich wissen alle Teilnehmer an dieser höchst kreativen Debatte, dass »Repression allein nicht reicht«. Und in der damit ausgedrückten Gewissheit, dass »unbarmherzige Verfolgung« auf jeden Fall sein muss und mit allerhöchster Dringlichkeit durchzuführen ist, lässt man sich als aufgeklärter Antifaschist einfallen, dass »natürlich« – natürlich! – »rechtsextreme Gedanken *nicht allein* mit Strafen aus der Welt geschafft werden können«. Es müssen die Schulen, die Kirchen, die Verbände und vor allem die Familien ebenfalls ihren Beitrag leisten – natürlich. Welchen auch immer?² Was auf keinen Fall mehr geht, das ist »Glatzenpflege mit Staatsknete«, wie – sachlich durchaus zutreffend, wengleich politisch anders motiviert, als ursprünglich gemeint – inzwischen die Kritik am sozialpädagogischen Konzept der »Akzeptierenden Jugendarbeit«, einem Bremer Gewächs,³ lautet. Diese Behandlung der Skins als letztlich unpolitische Opfer »unserer unwirtschaftlichen Risikogesellschaft«, mit der ein Jahrzehnt lang, mit Bundesmitteln gefördert, die »desintegrierte Jugend« wieder in den Schutz der Gesellschaft zurückgeführt werden sollte, wird über Nacht für verfehlt erklärt und ebenso aus dem Verkehr gezogen, wie dies die Staatsgewalt mit deren Klientel vorhat. Für den noch nicht infizierten Nachwuchs gilt, dass er sich an Vorbildern zu orientieren hat, an richtigen natürlich. Weswegen die Politik gleich eine pädagogische Initiative startet, in der Promis – vornehmlich reiche Weltbürger; gern gesehen sind solche mit »farbigem« Ehepartner – der deutschen Jugend vorleben sollen, worin der rechte Umgang mit erwünschten und unerwünschten »Fremden« besteht.⁴

Sogar das politisch heikle Instrument der Zivilcourage des Bürgers⁵ wird neu angemahnt. Denn überall, wissen die versammelten Innenminister der deutschen Länder, können ihre uniformierten und bewaffneten Antirassisten auch nicht sein. Da muss der Bürger schon einmal selbst die Notbremse ziehen. Auf jeden Fall sollte der durch jahrelange Mithilfe bei der »Akte XY« fahndungsgeschulte Deutsche die inzwischen von Funk und Fernsehen verbreiteten einschlägigen Telefonnummern präsent haben, um Verdächtige und Verdächtige sofort den antifaschistischen Ordnungskräften per Handy mitzuteilen.

² Näheres dazu in Kapitel 5

³ Näheres dazu in Kapitel 13.2

⁴ Näheres dazu in Kapitel 5.2

⁵ Näheres dazu in Kapitel 6

2. Neubewertung einer gar nicht neuen Lage

Diese Debatte ist noch längst nicht zu Ende. Täglich wird sie um neue Einfälle bereichert, wie der Staat gegenüber den Neonazis Stärke zeigen und seine Demokratie weiter »wehrhaft« ausgestalten sollte. Die deutsche Politik meint es, und zwar in erstaunlicher Geschlossenheit – von der PDS bis hin zur CSU –, mit diesem aktuellen Antifaschismus *bitterernst*.

Das ist *bemerkenswert*. Denn diejenigen politischen Kräfte, die heute eine rechts-extremistische oder gar neofaschistische »Bedrohung der demokratischen Kultur« entdecken und bekämpfen, in erster Linie also die etablierten Volksparteien, haben noch bis hin zu den Vorfällen von Rostock, Mölln oder Solingen *geleugnet*, dass in Deutschland je wieder ein Rechtsextremismus oder Neofaschismus von erheblichem Ausmaß und praktischer Relevanz entstehen könne. Deutschland sei, darüber waren sich die Geschäftsführer der Republik völlig einig, nach Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und einer flächendeckenden antifaschistischen Erziehung ein für allemal gefeit gegen Rassismus und Nationalismus. Denn Deutschland habe die Lehren aus der Vergangenheit gezogen und sie nach 1949 in Politik, Öffentlichkeit, Erziehung und Kultur konsequent umgesetzt. Faschistische Parteien wie die SRP wurden verboten und die KPD gleich mit dazu, da die Demokratie bekanntlich nicht dem Faschismus, sondern dem Totalitarismus den Kampf angesagt hatte.⁶ Wahlerfolge von »Extremisten«, wie jene der NPD unter A. v. Thadden in den Jahren 1966-68, konnten dann als letzte Regungen von Unbelehrbaren und Ewiggestrigen abgebucht werden. Auch für die Skinhead-Bewegung der jüngeren Zeit, die nun wirklich nicht das Ewiggestrige verkörpert, fand man eine Formel, mit der dieser neu generierte Rechtsradikalismus ideell mit dem antifaschistischen Selbstverständnis der Republik zur Deckung gebracht wurde: Es handle sich um jugendliche »Modernisierungsoffer«, wussten Politiker sofort, die sich dafür der passenden soziologischen Theorien bedienten, um Heranwachsende also, die mit den Anforderungen der Moderne allein nicht fertig und dabei von der Gesellschaft auch ein wenig Stich gelassen worden sind, dann zu einer rassistischen Ideologie nur mangels anderer Angebote Zuflucht genommen haben, deren politischer Gehalt ihnen dabei recht gleichgültig gewesen ist. So wurden aus rassistischen, neofaschistischen Ausländerfeinden bemitleidenswerte Opfer der »Risikogesellschaft«, die beim Abfackeln von »Kanaken« nur ihren Frust über die fehlende Lehrstelle, fehlende Arbeit, fehlende Jugendarbeit und fehlende Familienwärme herausließen. Täter mutierten zu Opfern, an denen die Gesellschaft selbstkritisch Betreuungs-, Integrierungs- und Normierungsmängel feststellte. Die bedauernswerten Jugendlichen wurden sozialpädagogisch-»akzeptierend« betreut und gelegentlich vermittelt des Jugendstrafrechts wieder auf den rechten, meint: richtigen Weg gebracht.

Dieselben Taten, gelegentlich sogar dieselben Täter, vielfach dieselben Bünde und Organisationen werden *heute* einer gänzlich *anderen politischen Bewertung* unterzogen. Aus einem ausländerfeindlichen *Makel* auf der ansonsten blütenwei-

⁶ Vgl. dazu: K. Hecker, Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung, München 1996, S. 275ff.

Ben Weste weltweiter *deutscher Reputation* wird nun eine *Bedrohung* für Deutschland selbst!⁷ Aus verirrten, orientierungslosen Jugendlichen werden nun *politische Überzeugungstäter*. Aus Gesellschaftsopfern werden rassistische Täter, aus desintegrierten »Modernisierungsverlierern« werden *politische Feinde*, die dem *demokratischen System* den *Kampf* angesagt haben. Entsprechend anders hat der Umgang mit den neuen Staatsfeinden auszufallen: Die rechtsextremen Jugendlichen gehören nicht mehr sozialpädagogisch *integriert*, sondern *aussortiert*. An die Stelle von *Resozialisierungsanstrengungen* soll die *ganze Härte des Gesetzes* treten, d.h. Organisationen zerschlagen, Parteien verboten, namhafte Figuren ausgegrenzt und die bürgerliche Existenz von Gewalttätern vernichtet werden. Das Bürgerengagement gegen rechts ist ebenfalls neu gefordert: Die Demonstrationen und heimeligen Lichterketten guter Deutscher, die der Weltöffentlichkeit vorführen, dass »wir Deutschen aus unserer Vergangenheit gelernt haben« und »von deutschem Boden nie wieder eine braune Gefahr ausgehen wird«, reichen nicht mehr.⁸ Das *ausländerfreundliche Bekenntnis* von Bürgern hat jetzt dringend ergänzt zu werden durch *aktive Mithilfe beim Durchgreifen* gegen Glatzen, das sich der starke Staat selbst in die Hand versprochen hat. Einerseits wenigstens. Andererseits gerät aber der *Bürger* selbst in die Schusslinie. Ganz offen wird problematisiert, ob er zur Zivilcourage eigentlich aufgelegt ist, wo doch – wie man inzwischen zugibt – die Ausländerfeindlichkeit quer durch alle Altersgruppen, Schichten und Geschlechter ziemlich flächendeckend verbreitet ist. Offen wird damit die ehemalige Gewissheit, es handele sich beim grassierenden Rechtsextremismus um das unselige Wirken einer *Minderheit*, aus dem Verkehr gezogen und die Bewältigung eines nationalen *Mehrheitenproblems* auf die Tagesordnung gesetzt. Es scheint den Beobachtern der Volksmoral irgendwie aufgefallen zu sein, dass der Abstand zwischen den praktizierenden Neofaschisten und dem unauffälligen Wähler der etablierten Volksparteien zu gering ist, als dass der Volksmeinung zur Ausländerfrage und zu den selbst ernannten haarlosen Ausländereliminatoren bedingungslos getraut werden kann. Da sich die Staatspädagogen aus Politik, Öffentlichkeit und Schule jüngst erst in die Hand versprochen haben, dass eine Haiderei bei uns gar nicht erst einziehen darf, geben sie schlussendlich selbst zu verstehen, dass sie nicht nur rechtsradikal ausgerastete Teile einer sozial vernachlässigten Jungmann-

⁷ Die Frage, ob die Anzahl ihrer Taten gestiegen, ihre Brutalität gewachsen, der Grad ihrer Organisation zugenommen hat – wie die einen behaupten und andere dementieren –, ist für die weitere Erklärung der politischen Umbewertung deswegen gleichgültig, weil sich darüber die *politische Qualität* des Rechtsradikalismus gar nicht geändert hat. Damals wie heute lautet der Schlachtruf »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!« Wenn *dieselbe* Parole und die daraus abgeleiteten brutalen Gewalttaten zu Zeiten der Debatte über die Neufassung des Asylartikels sozialpädagogisch und -psychologisch verharmlost wurden, heute dagegen bei ihrem politischen Namen genannt werden, dann ist der Schluss zwingend, dass die politische Neubewertung ihren Grund in einem *Kurswechsel der Bewerter*, nicht aber in einer neuen Qualität des Bewerteten besitzt. Anders herum formuliert: Da rühmen sich die bundesdeutschen Vergangenheitsbewältiger ihrer besonderen Sensibilität in Sachen Rassismus und Nationalismus und wollen den identischen rassistischen Standpunkt der Glatzendeutschen im Jahre 1992 nicht entdeckt haben, dem sie im Jahre 2000 den Kampf angesagt haben!?

⁸ Vgl. dazu: F. Huisken, *Deutsche Lehren aus Rostock und Mölln. Nichts als Nationalismus* – Teil 1, Hamburg 2001 (2. Auflage)

schaft – angeblich vornehmlich im frisch dazu gewonnenen deutschen Osten – zur Raison bringen müssen, sondern auch ein *Problem mit der Einstellung ganzer Teile ihres bis dato so gelobten Volkes* haben.⁹

Kritiker deutscher Politik, besonders jene, die sich im Besitz des Monopols auf Antifaschismus wähen, haben sich angesichts dieses Politikwechsels verduzt die Augen gerieben:¹⁰ Ausgerechnet jene politische Mannschaft, der sie im vergangenen Jahrzehnt Verharmlosung des inländischen Neofaschismus vorgehalten, deren Judikative sie ein rechtes blindes Auge attestiert und die sie schon immer zu härterem Durchgreifen gegen ihre eigenen Lieblingsfeinde, die organisierten oder unorganisierten Glatzen, aufgerufen hatten, ausgerechnet diese Politikergarde scheint ihre Sichtweise zu teilen, benutzt einige ihrer Kampfmittel und formuliert politische Absichten, die sich glatt als die Erfüllung ihrer Forderungen verstehen lassen!/? Vor geraumer Zeit war die laufende Veröffentlichung der Überfälle der Skins auf Ausländer und »lebensunwerte« Inländer ein journalistisches Agitationsmittel der »konkret« oder anderer Antifa-Gazetten, mit dem die braune Republik bloßgestellt werden sollte. Jetzt kann man ähnliches in DIE ZEIT und in der Frankfurter Rundschau nachlesen. Dass die NPD und ähnliche Vereine verboten werden müssen, gehörte einst zum Standard von organisierten Antirassisten, und dass man »Ausländer- und Zecken-freie Zonen« nicht dulden darf, war bisher das politische Hauptanliegen der Antifas. Jetzt verkünden Innenminister, die wahrlich nicht im Verdacht stehen, eine heimliche Liebe für Linke oder Marxisten zu hegen, wie etwa Beckstein (CSU), Schönbohm (CDU) oder Schily (SPD), dass solche Zonen auf keinen Fall hingegenommen werden dürfen und der NPD die demokratisch überprüfte und gewährte Parteilizenz wieder genommen werden muss.

3. Neuer Antifaschismus mit alter Ausländerfeindlichkeit

Da stellen sich schon einige Fragen: Warum stellt die Republik sich selber bloß? Skandalöse Umgangsweisen der Behörden mit Ausländern, sonst das weite Feld der Beschwerden von Antirassisten und Ausländerfreunden, werden auf einmal

⁹ Davon legt auch eine neue Publikation Zeugnis ab, die Politiker, Wissenschaftler und Prominente fragt: »Sind die Deutschen ausländerfeindlich?« Durchgehend wird eine »besorgniserregende Ausländerfeindlichkeit« (29) registriert bzw. »ein großes fremdenfeindliches Problem ausgemacht« (223), und ebenso durchgehend wird sie auch wieder relativiert, etwa durch die feine Unterscheidung zwischen »latenter und manifester Ausländerfeindlichkeit« (28), in die sich prompt alle Politiker einklinken. Sie wollen sie natürlich durch den Beschluss, nicht an »niedere Instinkte zu appellieren« (245), latent halten. Oder sie wird dadurch relativiert, dass sie hoch und runter, kreuz und quer verglichen wird (»Ich frage mich, sind die Dänen ausländerfeindlich? Sind die Russen ausländerfeindlich?« [246]), so dass die Deutschen schließlich in einer Weltgemeinschaft von Ausländerfeinden ziemlich untergehen. Auch wird natürlich die Verallgemeinerung – »die Deutschen« – zurückgewiesen (264) und das Wort »ausländerfeindlich« problematisiert. Oder es wird umgekehrt zunächst festgehalten: »Die Deutschen sind *nicht* ausländerfeindlich.« (165), um danach die »Integrationsprobleme« der Ausländer in Deutschland und der Deutschen mit den Ausländern zu konstatieren (166). Alle Zitate aus: U. Arnswald u.a. (Hrsg.), Sind die Deutschen ausländerfeindlich?, Zürich 2000

¹⁰ Näheres dazu in Kapitel 14

vom Präsidenten des Bundestags höchstpersönlich aufgedeckt und dem zuständigen Länderinnenressort zur sofortigen Korrektur auf den Schreibtisch geknallt.¹¹ Korrigiert sie fundamental ihr Selbstverständnis von der endgültigen Überwindung einer braunen Gefahr in, für und von Deutschland ausgehend? Schließen sich Schröder und Fischer, Stoiber und Merkel, Schäuble, Westerwelle und Scharping ausgerechnet jenen linken Kräften an, die sie seit Jahrzehnten vom Verfassungsschutz genauestens – und zwar nicht nur – beobachten lassen?

Zumindest in einer Hinsicht lässt sich schnell Klarheit gewinnen. Denn an dem neuen *offiziellen Antifaschismus* der politischen Führung Deutschlands fällt sofort auf, dass er ganz auskommt ohne irgendein gesondertes Programm für den Schutz, die Betreuung, Sicherung und Absicherung der bisherigen und aller zukünftigen potentiellen *Opfer*, also der Ausländer und jener Inländer, die von Rechtskräften und Neofaschisten für undeutsch erklärt werden. Da werden Obdachlose erschlagen, Ausländer durch die Straßen gehetzt, beschimpft, bespuckt und getreten, da werden Schwulentreffs belagert und Räumlichkeiten linker Gruppierungen überfallen, da werden diese, leider ziemlich normal gewordenen bundesdeutschen Ungeheuerlichkeiten neuerdings sorgfältig registriert und als Beleg für die dringende Notwendigkeit staatlicher *Intervention* veröffentlicht – doch wer erwartet, dass den Politikern umgehend irgendeine erste, wenigstens prophylaktische Intervention zum *Schutz der Angegriffenen* einfallen müsste, wird auf der ganzen Linie enttäuscht. Die Zielgruppen der Skins und Jungfaschisten erfreuen sich erst dann zusätzlicher Aufmerksamkeit, wenn es jemand von ihnen zu einem hübschen Grabstein gebracht hat, an welchem dekorativ Kanzler-Blumen abgelegt werden können. Afrikanische Asylbewerber dürfen sich weiter in ihren Heimen verbarrikadieren, dabei sogar vom Fernsehen gefilmt werden und ansonsten auf den negativen Bescheid der Ausländerbehörde warten. Von den Obdachlosen, Homosexuellen, Behinderten und Linken wird erst recht kein Aufhebens gemacht.

Der neue staatspolitische Antifaschismus weist die rassistische Feindschaftserklärung der Glatzen gegenüber »Undeutschen« allenfalls symbolisch zurück. Jeder wirksame Eingriff zum Schutz der Ausländer unterbleibt. Die Konsensparteien halten es in diesem Fall also *nicht* mit der griffigen und außenpolitisch nicht selten wahr gemachten politischen Weisheit, dass »die Feinde meiner Feinde meine Freunde sind«. Die Feinde der Neofaschisten und Rechtsradikalen sind und bleiben für die Politiker das, was sie¹² auch vor der Sommerkampagne des Jahres 2000 waren: In aller Regel und vor allem dann, wenn sie nicht angefordert sind, *unerwünschte, nicht hierher gehörige* Fremdstaatler, die eine *Belastung* für Deutschland und das deutsche Volk darstellen. Nicht im Entferntesten verfallen die für die Bewältigung des »Ausländerproblems« politisch Zuständigen auf den Gedanken, dass vielleicht

¹¹ Ein Fall, der im September Schlagzeilen machte und Thierse nicht ruhen ließ, passt in die politische Landschaft – auch wenn sich inzwischen die Behörden auf eine andere Sicht der Vorfälle geeinigt haben sollen: Da sollen Glatzen einem Ägypter die Pizzabude demoliert haben, worauf dieser seinen Ausweisungsbeschluss erhielt, da seine Aufenthaltsgenehmigung an seine Pizzabude geknüpft war, die ihm aber nun die Faschos auseinandergenommen hatten. Wäre die Pizzabäckerei nach einem Kurzschluss abgebrannt, hätte Herrn Bundestagspräsidenten Thierse (SPD) die Ausweisung wohl kaum gerührt.

¹² Im Folgenden soll nur noch von den ausländischen Opfern die Rede sein.

an *ihrem* Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern etwas prinzipiell nicht stimmen könnte, wenn die jetzt zu »Systemfeinden« erklärten Neofaschisten die konsequente *Vollendung* der seit langem offiziell betriebenen demokratischen Ausländerpolitik einfordern. Nicht einmal in moralischem Pro Forma wird in Erwägung gezogen, die letzte Etappe der Verschärfung der Asylgesetzgebung oder auch nur die Praxis der Abschiebung noch einmal zu überdenken. Im Gegenteil, dieselben Politiker, die heute gegen den Neofaschismus mobil machen, rühmen sich, dass es mit der »sicheren Drittstaaten-Regelung«, dem Instrument der »Nichtverfolgerstaaten«, dem Schengener Abkommen, den neuen Grenzbefestigungen, der abschreckenden Wirkung des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Abschiebepaxis¹³ gelungen ist, den Anteil der Asylbewerber radikal zu senken und die Quote der Ablehnungen drastisch zu erhöhen. Es wird also weiter munter ausgewiesen und abgeschoben, wer nicht erwünscht ist; und nicht erwünscht sind bekanntlich alle diejenigen, die sich zur Flucht nach Deutschland entschließen, weil sie einfach nur ihre Haut retten wollen, ohne dabei an irgendeinen Dienst zu denken, den sie dem »Gastland« Deutschland erweisen könnten. Wie sollten sie auch!

Wir können also festhalten: Der Antifaschismus der Bundesregierung und der herrschenden Parteien nimmt *nicht* Maß an der Menschenleben verachtenden Brutalität des Rechtsextremismus.¹⁴ Verwundern kann das nicht, da der rechtsstaatliche Umgang mit Flüchtlingen, Asylbewerbern und Einwanderern seinerseits genug an Roheiten psychischer und physischer Art produziert und einige tote Ausländer auf seinem Konto hat.¹⁵ Würde es den Schröders, Merkels und Becksteins um Hilfe für bedrängte Ausländer gehen, dann müssten sie eben zu allererst *ihre eigene Ausländerpolitik korrigieren*, und zwar radikal.

¹³ Vgl. dazu: F. Huisken, Deutsche Lehren aus Rostock, a.a.O.

¹⁴ Man soll sich das ruhig einmal konkret vor Augen führen: Die antifaschistische deutsche Demokratie schleudert den neuen Nazis, die mit dem Ruf »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!« durch deutsche Straßen ziehen, eben *nicht* ein machtvolleres: »Verfolgte, Verstoßene, Verelendete und Ruinierte aller Länder – wir bieten Euch Schutz und eine Grundversorgung!« entgegen. Das wäre tatsächlich ein echter *Gegensatz* in der politischen Streitsache zwischen regierenden Demokraten und Neofaschisten. Die einen, die Neofaschisten, sagen »Raus«, die anderen, die Demokraten, laden ein. Die einen insistieren auf völkischer Reinheit, die demokratischen Gegner erklären das zu »menschchenverachtendem Rassismus« und setzen den weltweiten Kampf gegen die »Unterdrückung des Menschen durch den Menschen« auf die Tagesordnung.

¹⁵ Man kann, ohne dies im Einzelnen nachgezählt zu haben und nachweisen zu müssen, ruhig einmal darauf verweisen, dass es die Skins in Sachen Leichenproduktion mit der Ausländerpolitik der Regierung nicht im Entferntesten aufnehmen können. Das liegt einfach in der *Natur* der mit allen staatlichen Gewaltmitteln großzügig ausgerüsteten Vertreibungspolitik. Daraus folgt weder eine Verharmlosung des rechtsradikalen Terrors noch umgekehrt die Reduktion der Kritik staatlicher Ausländerpolitik auf das Nachzählen von Opfern. Doch folgt schon etwas aus der Feststellung: Wenn nämlich zugleich mit der Kampagne für »Menschlichkeit und Toleranz« umgebrachte Ausländer beträngt werden sollen, dann sollte man zur Kenntnis nehmen, dass hier nicht alle Opfer, sondern immer nur die Opfer der Glatzen gemeint sind, also nie zugleich die der staatlichen Ausländerpolitik. Das *Opfersortieren* ist also zentraler Bestandteil der ganzen Kampagne. Anders gesagt: Wer sich der Kampagne anschließt, macht dieses zynische Sortieren mit! Der interessiert sich für Todesopfer immer nur nach Maßgabe staatlicher Vorsortierung.

4. Über nützliche und unnütze Ausländer

Dass sie dennoch etwas dagegen haben, dass Skins und Nazis Ausländer verprügeln und erschlagen, stimmt. Nur: *was* eigentlich? Zum einen gilt natürlich weiter, was schon zu Zeiten der Asyldebatte galt. Der Rechtsstaat greift immer ein, wenn nichtlegalisierte Gewalt ausgeübt wird, wenn Privatleute nach eigenem Ermessen zum Mittel der Gewalt greifen und sich nach ganz eigenen Gründen ihre Opfer aussuchen. Das kann der Hüter des Gewaltmonopols nicht dulden. Wer, wann und wo gegen wen zuschlägt, wer einsperrt und gewaltsam abgeschoben wird, das entscheidet er nach seiner Rason. Es hängt für ihn die staatliche Ordnung daran, dass die Unterwerfung der Privaten unter sein Gesetz und seine Ordnungsmittel total ist. Da ist er unerbittlich und »wehret bereits den kleinsten Anfängen«, wenn es ihm denn erst einmal gelungen ist, jeden organisierten und bewaffneten Widerstand in der Gesellschaft zu brechen und die Kritik aus dem Volk auf freie Meinungsäußerung, Wahlen und angemeldete Demonstrationen zu verpflichten.

So hat er es auch zu Beginn der 90er Jahre gehalten: Neonazis und andere Rechtsradikale, die er einer Gewalttat überführen konnte, wurden in erster Linie *deswegen* bestraft. Damals waren sie dem Staat als *Gewalttäter* ein Dorn im Auge, nicht so sehr als *politisch* motivierte *Ausländerfeinde*. Für ihren politischen Standpunkt gab es viel Verständnis – kein Wunder, war doch damals das »Boot voll«, drohten »Flüchtlingsströme« es zum Kentern zu bringen und eine »Katastrophe« auszulösen. An diesem Standpunkt hält der Rechtsstaat natürlich heute ebenso fest: Das Grundgesetzgebot der Unverletzlichkeit der Person *gilt* – für alle Privatpersonen.

Zum anderen greift der Staat die braungewirkten Ausländerfeinde *heute* gerade wegen ihres *politischen* Standpunkts an, ohne allerdings dabei dem *ausländerfeindlichen Rassismus* selbst den Kampf anzusagen. Dies erklärt sich aus seiner *Ausländerpolitik*. Einerseits hält er dabei an alten Regelungen fest, andererseits erklärt er die *Zeit* für reif, einige Korrekturen anzubringen: Das hat niemand schöner auf den Begriff gebracht als der stockreaktionäre bayrische Innenminister Beckstein. Er teilte jüngst mit, es gelte ab sofort in der Ausländerpolitik mehr darauf zu achten, »dass weniger Ausländer kommen, die uns *ausnützen*, sondern mehr, die uns *nützen*«. ¹⁶ Das ist endlich einmal Klartext – und zwar ohne all die Heuchelei der Vergangenheit. Schluss mit dem Gerede, es gehe allein darum, den Flüchtlingen, Asylbewerbern oder Einwanderern zu *helfen*; und zwar – ausgerechnet – indem man bei *ihnen* zwischen berechtigten und unberechtigten Ausländern, also »Scheinasylanten«, »Wirtschaftsflüchtlings«, »Sozialparasiten« und »Kriminellen« sortiert. Jetzt offenbaren uns glaubwürdige Vertreter der gültigen Ausländerpolitik, dass jene Kritiker völlig richtig liegen, die immer schon hinter all dem Humanitätsgefasel die Berechnung auf *nationalen Nutzen* als das allein gültige ausländerpolitische Sortierungskriterium entdeckt haben.

Nur sind allerdings die markigen und in der großen Politik unwidersprochen gebliebenen Worte des Ministers gar nicht als *Selbstkritik* gedacht. ¹⁷ Was vor gar

¹⁶ In: Süddeutsche Zeitung vom 7.7.2000

¹⁷ Widerspruch gab es nicht in der Sache, sondern nur hinsichtlich der undiplomatischen Form. (Vgl. dazu auch Kapitel 13)

nicht langer Zeit noch als zynische und menschenverachtende Sicht der Ausländerfrage gegolten hat – wo doch Ausländer »auch (!) Menschen« sind und »wir« wegen der Hilfe, die »uns« andere Länder während des Dritten Reiches geleistet haben, eine Verantwortung für die politischen Flüchtlinge der Welt besitzen¹⁸ –, wird nun als *Staatsauffassung* unters Volk gebracht. Und zwar als eine Staatsauffassung, die aus dem *berechnenden Instrumentalismus* der nationalen Ausländerpolitik ab sofort nicht nur kein Hehl macht, ihn nicht nur als *einen* zusätzlichen Gesichtspunkt neben anderen, etwa dem karitativen gelten lassen will, sondern ihn offen zum *einzig gültigen Gesichtspunkt* erklärt.

Die gegen den Rechtsextremismus eröffnete machtvolle Feindschaftserklärung, der Beckstein als Protagonist des NPD-Verbots zusätzlichen Nachdruck verliehen hat, lautet also: Ausländer werden nicht bedingungslos und nur weil sie Ausländer sind, abgeschoben, sondern nur, wenn sie *keinen Beitrag zum nationalen Wohl* leisten; wobei das jeweilige Nutzenkriterium selbstverständlich allein die zuständigen staatlichen Stellen festlegen. Es wird den Neofaschisten, die das *erste Kriterium* nationalstaatlicher Menschensortierung, dem nach In- und Ausländern, zum *ausschließlichen* erklären, auf diese Weise mitgeteilt, dass der demokratische Kapitalismus nicht nur den generellen Unzuverlässigkeitsverdacht gegenüber dem Ausländer kennt und praktiziert, sondern sich gelegentlich und je nach politischer bzw. ökonomischer Konjunktur *Ausnahmen* genehmigt, wenn sie denn der nationalen Sache dienen. Damit gibt der neue Antifaschismus von oben selbst zu Protokoll, dass ihn an der Ausländerfeindlichkeit der Rechtsradikalen nicht deren *Roheit* gegenüber allem, was für sie undeutsch ist, stört, sondern allein die *Wirkung* dieser Roheiten auf *ihre Politik*. Opfer sind demzufolge, so erklären deutsche Politiker, nicht die Menschen mit fremder Staatsbürgerschaft und Hautfarbe, die in Deutschland ungeschützt durch die Straßen gejagt werden können. *Opfer ist* – wieder einmal – *nur Deutschland*, sind Vorhaben deutscher Politik!!

Es steht hier zwar der Sache nach alles auf dem Kopf. Doch verwundern kann dies nicht. Denn der Beurteilungsmaßstab von Berufsnationalisten für alles und jedes heißt nun einmal allein: Nützt oder schadet es der Nation? Und so lautet denn ihre Frage auch nicht: Wie kann es sein, dass auf deutschem Boden so etwas passiert? Sondern gefragt wird in aller patriotischen Brutalität: *Nützt* oder *schadet* es der *Nation*, dass auf deutschem Boden Ausländer verfolgt werden? Da die Frage der eigentliche Skandal ist, fällt denn auch *jede* Antwort skandalös aus, die von damals und die von heute. Hieß die Antwort von einst im Klartext: »Wenn Ausländer auf diese Weise zusätzlich erfahren, dass sie in Deutschland nichts verloren haben, dann kann das durchaus *nützlich* sein! Nur darf die Verfolgung und Vertreibung nicht Sache von unbefugten Privatleuten sein!« Im Jahre 2000 lautet sie ein wenig anders: »Der Standpunkt ›Ausländer raus‹ passt so undifferenziert nicht mehr zur nationalen Politik! Wir kennen Ausländer, die uns nützen, weswegen die private Ausländerfeindlichkeit ab sofort als *schädlich* für nationale Belange eingestuft ist.« Um es noch einmal zu unterstreichen: In beiden Fällen kürzt sich jegli-

¹⁸ Vgl. dazu die aufschlussreiche Arbeit von K. Meyer, Keiner will sie haben. Die Exilpolitik in England, Frankreich und den USA zwischen 1933 und 1945, Bern 1998

cher Humanismus, jeglicher Standpunkt der Hilfe für die betroffenen Ausländer heraus. In beiden Fällen fällt deren *Leid* nur als eine Größe der *nationalen Nutzenkalkulation* ins Gewicht.

Entsprechend sieht der Gehalt der Feindschaftserklärung gegen den Rechtsextremismus aus: Dem rein *völkischen Nationalismus* der neuen Rechten wird ein *Nationalismus* entgegengesetzt, der Maß nimmt an den Anliegen der nationalen Sache, wie sie von der aktuellen demokratischen Politik verkörpert wird. Die angebliche Systemfeindschaft zwischen Rechtsextremismus und Demokratie erweist sich folglich als nichts anderes denn als *Konkurrenz um das richtige Konzept für die nationalen Fragen der Ausländerpolitik, also als Konkurrenz um den zu Deutschland am Beginn des 21. Jahrhunderts passenden Nationalismus*. Die Wächter über die nationale Gesinnung des deutschen Volkes entdecken, dass sich in Teilen desselben eine *unerwünschte nationalistische Alternative* ziemlich mausig macht, erklären deren Speerspitze zu einer akuten Bedrohung für Deutschland und kündigen ihr den Kampf an. Anders formuliert: Die radikale politische Ausländerausgrenzung, die noch während der Asyldebatte von 1992 die herrschende Maxime der Politiker darstellte und von den Deutschen verstanden wurde, ohne dass sie groß umlernen mussten, wird nun offiziell aus dem Verkehr gezogen und gilt ab sofort ihrerseits als »undeutsch«. Nun gibt es nicht nur »schädliche« Ausländer, sondern jetzt gibt es auch unter guten Deutschen, die ganz der nationalen Sache verpflichtet sind, also unter *deutschen Nationalisten* »störende Elemente« und »Volksschädlinge«.

Es stellen sich jetzt allerdings einige neue Fragen:

- *Worin* stören die Rechtsextremisten eigentlich tatsächlich die nationale Politik? Worin stört die Ausländerfeindlichkeit der »Mitte der Gesellschaft«?
- Wie erklärt es sich, dass ein *Streit zwischen Nationalisten*, denen es doch übereinstimmend nur um das nationale Wohl geht, zur Feindschaftserklärung *eskalieren*?
- *Worin unterscheidet* sich die alte Politik der Anwerbung von Arbeitsimmigranten von der heutigen Greencard-Politik?

Kapitel 2

»In der globalisierten Wirtschaft macht Ausländerfeindlichkeit keinen Sinn.« (R. Höppner, SPD)

1. Die Greencard-Initiative

Wenn der Staat eine in seinem Volk vertretene politische Gesinnung zur Störung *erklärt* und aus ihrer Unterbindung eine Kampagne macht, zugleich aber irgendwelche größeren Störungen des eingefahrenen nationalen Betriebs, die das ökonomische, soziale, politische oder kulturelle Leben durcheinander bringen würden, gar nicht zu erkennen sind, dann stellt sich schon die Frage, *worin* sich die nationale Politik durch das Treiben von Rechtsradikalen denn *gestört* sieht. Weder läuft wegen der neuen braunen Gemengelage das Geschäftsleben nicht mehr – Produktion, Einkauf und Verkauf, Einstellungen oder Ausstellungen, Lohnsenkungen und die staatliche Absenkung sozialer Standards gehen ihren normalen »marktwirtschaftlichen« Gang –, noch haben die neuen Faschisten Fernsender und Zeitungen okkupiert. Weder mischen sie militant die Wahlkämpfe auf – sie sind sogar noch recht weit entfernt davon, in den Bundestag einzuziehen, und in den Landtagen und kommunalen Parlamenten fallen sie mehr durch Koalitionsanstrengungen als durch Obstruktion auf – noch wird durch sie das Verkehrs- und Telekommunikationswesen blockiert. Und auch Schulen, Hochschulen, Theater, der nationale Sportbetrieb und das Gesundheitswesen gehen ihren demokratisch-kapitalistischen Gang. Natürlich treten die Rechtsradikalen militant auf, fallen über Ausländer her und deklarieren Straßen zu »ausländerfreien Zonen«. Doch gerade diese Abteilung ihrer »Auffälligkeit«, *die Gefährdung von Ausländern*, begründet – wie gezeigt – die offizielle politische Feindschaftserklärung *nicht*.

Auch die Rücksicht auf das *Ansehen* Deutschlands im Ausland – vor einigen Jahren waren diesbezüglich die Lichterketten modern geworden – steht nicht im Zentrum der politischen Sorge. Ganz anders werden dagegen Stimmen auswärtiger Kapitalanleger gewürdigt, deren Sorgen hinsichtlich der Sicherheit ihrer ausländischen Mitarbeiter im deutschen Osten von der deutschen Presse wiedergegeben oder von deutschen Politikern wie Fischer, Schröder oder Rau nach ihren Auslandsaufritten mit sorgengefurchter Stirn vorgestellt werden. Da aber weder von einer Blockade deutscher Exportwaren noch von einem durch Glatzenfieber ausgelösten Niedergang des Kapitalimports die Rede sein kann, fallen diese Befürchtungen in eine andere Kategorie: Mit ihnen soll überhaupt kein konkret drohender *ökonomischer* Schaden, der die deutsche Wirtschaft treffen könnte, vorstellig ge-

macht werden.¹ Vielmehr soll mit *erfundenen Bildern* von schädlichen Wirkungen auf das eigentliche Ärgernis, die verbreitete Ausländerfeindlichkeit, verwiesen und die nationale Relevanz ihrer Bekämpfung unterstrichen werden. Beim Kapitalimport stehen schließlich andere Fragen im Vordergrund als ausgerechnet der Schutz von »Mitarbeitern«, die bekanntlich im Betrieb ziemlich ungeschützt zur Pflege und Vermehrung des eingesetzten, importierten Kapitals herangenommen werden. Als ob kapitalistische Betriebe und jene Politiker, die sich um ihre Akquirierung kümmern, in erster Linie an der Unversehrtheit der abhängig Beschäftigten interessiert wären.² Dennoch betont der Kanzler ein ums andere Mal, dass durch den hiesigen Rechtsextremismus »der Standort Deutschland bedroht« sei.

Was er damit meint, das ist am *Beispiel der Greencard-Initiative* zu ermitteln. Die wird einerseits als eine nationale *Verlegenheit* besprochen, insofern ganz offensichtlich das hiesige Bildungssystem qualifizierte Computerspezialisten nicht im nachgefragten Umfang auf den Arbeitsmarkt geworfen hat. Da die Verfügbarkeit dieser gut bezahlten Fachkräfte nun einmal ein Mittel aller auf dem deutschem Standort ansässigen Kapitale in der weltweiten Konkurrenz darstellt, die Informationstechnologie überdies als »Wachstumsmarkt« gilt, verweist die Unterversorgung des deutschen Arbeitsmarktes mit den national produzierten Fachkräften nach hiesigen Maßstäben eindeutig auf einen dringend zu behebenden *Mangel* des deutschen Hochschulwesens.

Deswegen stieß die *Greencard-Lösung* des Kanzlers zunächst auch auf erhebliche Widerstände und spaltete für eine kurze Weile die Nation von oben bis unten. Obwohl mit dieser Regelung zunächst nur ein als *vorübergehend* deklarierter Engpass an IT-Fachleuten in deutschen Betrieben überwunden werden sollte, gelang es den C-Parteien während eines Wahlkampfes mit der Parole »Kinder statt Inder«, nicht nur zahlreiche Wähler, sondern auch die neofaschistischen Parteien hinter sich zu versammeln. Die CDU-Parole schmückte Wahlplakate der DVU in Nordrhein-Westfalen – und Rüttgers & Co. sahen keine Veranlassung, sich davon zu distanzieren. Der Tenor war eindeutig: Schon wieder wollen deutsche Politiker das »Ausländerproblem« nicht nur nicht lösen, sondern es bewusst verschärfen! Statt endgültig Ausländer vermehrt loszuwerden, holen sie gar neue ins Land! Statt die deutsche Nachwuchsmisere zu beheben, holen sie Inder! Statt das nationale Bildungswesen auf Vordermann zu bringen, holen sie auswärtige Fachkräfte!

¹ Im Februar 2001 meldet der »braune Osten« die Niederlassung der weltweit größten (US-) Firma Intel für Chips nebst einiger ausländischer Spezialisten. Und der Bürgermeister des Standorts nutzte die Gelegenheit, um mit der Toleranz seiner Bevölkerung anzugeben, die die indischen Fachkräfte noch nicht umgebracht hätte.

² Den Zeitungen sind nicht nur diese »Befürchtungen«, sondern immer auch das Gegenteil zu entnehmen. So findet sich in der FAZ vom 5.8.2000 unter der Überschrift: »Ausländerfeindlichkeit beeinträchtigt nicht das Investitionsverhalten« sowohl der Verweis auf die Besorgnis: »Manche (Unternehmen) – ... – sehen das Investitionsklima durch die Übergriffe auf Ausländer zunehmend belastet.« Und zugleich wird sie auch wieder von kompetenter Seite zerstreut: »... es sei nicht zu befürchten, dass das Interesse ausländischer Investoren an Deutschland abnehme. In den vergangenen drei Jahren habe das IIC mit rund 1.500 Unternehmen aus der ganzen Welt Verhandlungen über Investitionen in den neuen Ländern geführt. Dabei habe die Ausländerfeindlichkeit in keiner einzigen Verhandlung eine Rolle gespielt. Viel wichtiger seien Fragen nach ökonomischen Rahmenbedingungen« Wer hätte das wohl gedacht!

Der Entschluss der deutschen Bundesregierung, IT-Spezialisten aus Asien oder Osteuropa anzuwerben, offenbart aber nicht nur einen *Mangel* in der Informatiker-ausbildung. Er steht zugleich für die inzwischen prächtig entwickelte *Potenz* des hiesigen Staates, auf das Arbeitskrätereservoir *der ganzen Welt* zugreifen zu können. Es belegt dieser Beschluss, dessen Verwirklichung offenbar allein mit der *Anmeldung* dieses nationalen Bedarfs auf dem internationalen Arbeitsmarkt in die Wege geleitet wird, die in den letzten Jahrzehnten neugewonnene *imperialistische Qualität* des »deutschen Standorts«. Obwohl es sich dabei um Arbeitskräfte handelt, die fremde Staatsbürgerschaft besitzen und deren Ausbildung Sache eines fremden Souveräns ist, der sich selbst einen Nutzen von seiner »Humankapital-Investition« verspricht, bedarf es nur einer fordernden Geste des Führers einer ökonomischen Großmacht, und schon machen sich angesprochene IT-Fachleute aus aller Welt auf den Weg nach Deutschland, um ihren Beitrag zur Entwicklung der hiesigen »New Economy« zu leisten. Wenigstens war dies die Erwartung. Und sie geht auch allmählich auf, hat zumindest keine Intervention aus den Herkunftsstaaten der hochqualifizierten Arbeitskräfte (HQA) zu befürchten, sondern allenfalls die Konkurrenz der US-amerikanischen Abwerber.³

Deswegen haben die C-Parteien auch ihre volkstümliche »Kinder statt Inder«-Parole aus dem Verkehr gezogen und leugnet Rüttgers inzwischen hartnäckig, sie jemals vertreten zu haben. Die Differenz zur Regierungsposition war ohnehin nur im Bereich der Parteienkonkurrenz angesiedelt. Prinzipielle sachliche Differenzen gab es nicht: Denn ebenso wie Schröder die Bildungsminister anwies, die Ausbildung von IT-Fachleuten zu forcieren, so war die CDU sich sicher, dass der aktuelle Bedarf der »Wachstumsbranchen« auf jeden Fall gedeckt werden sollte, wenn nicht mit einheimischen, dann eben mit auswärtigen Arbeitskräften. Überdies hatte auch sie längst begriffen, dass »wir ein Interesse daran haben, die *besten Köpfe* zu uns zu holen« (Schröder) – wie der imperialistische Anspruch, dem das Beste gerade gut genug ist, gleich als Konkurrenzstandpunkt aufgemacht wird. Die C-Parteien mussten sich eben nur noch dazu durchringen, erst einmal auf *den* Schlager vergangener Wahlkämpfe zu verzichten: die Ausländerhetze. Nicht, weil sie Skrupel gehabt hätten, den völkischen Standpunkt großer Volksteile als Stimmen für sich zu verbuchen, sondern um ihrer eigenen *Glaubwürdigkeit* willen. Allzu offensichtlich dürfen die Position in der Sache und die Agitation im Wahlkampf eben doch nicht auseinander driften, sonst nützt die Konkurrenzpartei das gnadenlos aus. So versammelten sich denn CDU und CSU hinter der Greencard-Initiative, und die CSU versuchte mit ihrer Bluecard, der Regierung sogar eine Nasenlänge voraus zu sein. Es wäre ja auch zu albern, wenn die C-Parteien, die über Jahrzehnte mit nationalen Anstrengungen und internationalen »Verbindungen« am Erfolg auf dem Weltmarkt maßgeblich gearbeitet haben, sich nun dem Einfahren der Ernte verweigern würden!

Und diese Ernte hat es in sich: Der Standpunkt, der mit der weltweiten Konkurrenz jener noch verbliebenen, konkurrenzfähigen kapitalistischen Nationalökonomien, die sich zu Recht »Standort« nennen können – und das meint immer *Stand-*

³ Die USA, so ist der FAZ vom 5.10.2000 zu entnehmen, betreiben dies in ganz anderen Dimensionen: »Amerika will 600 000 Computer-Fachleute holen«, und zwar in den nächsten drei Jahren.

ort von Kapital, das mittels seiner nationalen Anlage den Weltmarkt erobern soll –, eingerissen ist, macht nämlich längst nicht mehr Halt beim rücksichtslosen Zugriff auf alle *sachlichen Ressourcen* der »globalisierten Welt«. Auch die Einladung an *fremde Kapitale* – von IBM über McDonalds bis hin zu Hyundai –, die mit ihren Geschäftserfolgen den hiesigen Standort stärken sollen, gehört längst zum normalen Weltmarktgetriebe. Am Fall der hiesigen Greencard-Initiative lässt sich studieren, dass der deutsche Standort dem US-Beispiel folgt, und den gesamten Weltmarkt ebenfalls als Ansammlung *menschlicher Ressourcen* zu betrachten und zu behandeln gedenkt. Der Erfolg der hiesigen Nationalökonomie auf dem Weltmarkt – abzulesen an der Exportweltmeisterschaft und DM-Hausse der letzten Jahrzehnte – ist die *Grundlage* dafür, dass auch Deutschland anderen Staaten und deren Menschenmaterial Angebote unterbreiten kann, die diese deswegen nicht ablehnen können, weil es ihnen an anderen Devisenquellen offenkundig mangelt – wobei im Übrigen völlig offen ist, ob sich durch das Verhökern ihres »Humankapitals« ans Ausland ein Devisenrückfluss überhaupt einstellt. Mit Menschenhandel hat dieser voll »globalisierte« Umgang mit den Humanressourcen der Welt natürlich nichts zu tun. Denn wenn in den Metropolen nachgefragte Arbeitskräfte in der ganzen Welt zusammengesucht werden, dann handelt es sich ja bekanntlich nicht um Sklaven, die da von gewissenlosen Menschenjägern gewaltsam zusammengetrieben werden, sondern um freie Bürger irgendeines entlegenen Armenhauses, die aus eigenem Entschluss jede Gelegenheit wahrnehmen müssen, um aus einer weltweit nachgefragten Qualifikation, über die sie zufällig verfügen, irgendwo auf dem Globus Geld zu machen.

Das ist also die Lage, die Deutschland geschaffen hat und nun ausnutzt: Da meldet das hiesige Kapital öffentlich einen Mangel an IT-Fachleuten an, und der Kanzler, der dringend mit hiesiger Ökonomie auf den »Wachstumsmärkten« führend sein möchte, verspricht den Betrieben nicht etwa, alles dafür zu tun, damit möglichst schnell das hiesige Bildungswesen den passenden Bedarf ausspuckt, sondern schaut sich weltmännisch auf dem Globus um, entdeckt in Indien Computerspezialisten ohne entsprechende »New Economy« vor Ort und erlässt, als hätte er mit der Feststellung der Nachfrage schon ein *Anrecht* auf den Zugriff auf jeden Computerfreak aus irgendeiner entfernten verarmten Weltgegend, nur für den hiesigen Arbeitsmarkt eine knappe Greencard-Regelung, mit der die nötigen Ausnahmen vom gültigen Ausländerrecht Gesetzeskraft erlangen. *So* stellen sich die Politiker heute die *Sortierung* zwischen Ausländern, die »uns *ausnützen*«, und solchen, die »uns *nützen*«, vor: Spitzenkräfte aus aller Welt werden angeworben. »Ausnützen« will »uns« folglich immer der ganze Rest der auf Schutz und auf Geldeinkommen angewiesenen Ausländer mit einem vergleichsweise schlicht oder gar nicht ausgebildeten Arbeitsvermögen. Weil sie für »uns« hier völlig unbrauchbar sind, gehören sie für den Fall, dass sie sich dennoch auf den Weg nach Europa machen, zu den Ausländern, die »uns« nur Schaden bringen.

Wenngleich die Differenz zwischen der individuellen Lebenslage der »Nützlichen« und der »Unnützen« offensichtlich ist, so sollte doch das Missverständnis inzwischen ausgeräumt sein, dass diese Sortierung irgend etwas mit neu erwachten *freundlicheren Regungen* gegenüber Ausländern zu tun hat. Die freundlichen Regungen gelten allein den Unternehmen, die sich mit ihrer Nachfrage des unbe-

dingten staatlichen Wohlwollens sicher sein können. Gegenüber den »Indern« wird nur ein Interesse geltend gemacht: Als dienstbare Geister mit Spezialqualifikation sind sie »eingekauft«. Und das heißt auch für die Greencard-Besitzer Einiges. Es muss sichergestellt sein, dass ihre Aufenthaltsdauer von vornherein begrenzt wird, sich also nur an der Nachfrage der Betriebe orientiert. Solange die an ihnen verdienen, dürfen die Computerfachleute bei uns verdienen. Wenn nicht mehr, dann nicht! Wie lange das inzwischen Verdiente reicht, in welcher Weltgegend es wieder etwas zu verdienen gibt, geht nur noch die IT-Spezis etwas an. Als global flexibel haben sie sich ja ohnehin erwiesen. Wenn sie abgeschoben sind, dürfen sie erneut die kosmopolitisch neu definierte Freiheit, sich zu verkaufen, auskosten. Deswegen ist auch der Zuzug ihrer (Groß-)Familie keineswegs selbstverständlich und soll überdies gar nicht im Interesse der neuen Mobilität dieser IT-Weltbürger liegen. Da haben die deutschen Ausländerpolitiker aus der Vergangenheit gelernt. Dass der Mensch seine Familie gern bei sich sieht, das wissen zwar die um ein intaktes und produktives Familienleben hierzulande neuerdings wieder sehr besorgten Politiker. Doch ausländische Fachleute lenkt so etwas vom Arbeiten ab, schafft nur neue Ansprüche hinsichtlich Aufenthaltsdauer und Versorgung, mehrt also nur den privaten, nicht aber den nationalen Nutzen. Ausnahmen werden nur gemacht, wenn die Konkurrenzsituation auf dem internationalen Arbeitsmarkt sie erfordern, also für den Fall, dass die US-Firmen den Indern in Silicon-Valley gleich Bungalows für die ganze Familie hinstellen, um sie erst einmal sicher zu haben.

So souverän der Kanzler also immer dann, wenn es darum geht, Spitzenkräfte aus aller Welt für einen Beitrag zum deutschen Kapitalwachstum abzuwerben, deren *fremde Staatsbürgerschaft* hinter ihrer *Qualifikation* zurücktreten lässt, so akribisch sorgen die zuständigen Ausländerpolitiker beim Abfassen der Benutzungsregeln dafür, dass über der Brauchbarkeit dieser Menschen nicht vergessen wird, dass es sich bei ihnen immer noch um *Ausländer* handelt, die hier im Prinzip nichts verloren haben. Das bedeutet für sie dann zusätzliche Härten der genannten Art. Der hiesige Eingeborene hält das allerdings nur für recht und billig und vergisst dabei, dass die politisch betreute, hübsche Marktwirtschaft auch an ihm exekutiert, dass allein sein nützlicher Beitrag zum heimatlichen Gemeinwesen, nicht aber seine nationale Zugehörigkeit zum auserwählten Volk darüber entscheidet, welche »Lebensqualität« ihm zugestanden wird.

2. Standortpolitik braucht Standortnationalismus

Damit liegt die *erste* Antwort auf die Frage vor, worin der Rechtsextremismus die Politik stört, der sich der SPD-Kanzler verschrieben hat. Genauer: Klar ist, woran der Kanzler *sich* stört! Zu der aktuellen Standortpolitik passt jene im Volk verbreitete Ausländerfeindlichkeit nicht, die generell von einer Unverträglichkeit nationaler Anliegen mit dem Zuzug bzw. dem Aufenthalt von Ausländern ausgeht. So wird denn mit der Kampagne eine ausländerpolitische Botschaft unters Volk gebracht, die da lautet: »Alle mal herhören: Es gibt Ausländer, die uns nützen, merkt es Euch und haltet Euch dran!« Um diese Botschaft geht es! Zur Standortpolitik gehört ein entsprechender Standortnationalismus.

Der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, R. Höppner, liegt also völlig richtig, wenn er den deutschen Standpunkt folgendermaßen zusammenfasst: »In den globalisierten Wirtschaftsbeziehungen jedenfalls macht Ausländerfeindlichkeit keinen Sinn.«⁴ Nein, macht sie wirklich nicht. Wohingegen sie offenkundig immer dann »Sinn macht«, wenn es nicht um »globalisierte Wirtschaftsbeziehungen« unserer Marktwirtschaft geht, sondern nur darum, dass die ökonomischen, politischen und militärischen *Opfer* der »Globalisierung« – in völliger Verkenning des Zwecks und der Verteilung von Reichtum zwischen »armen« und »reichen Ländern« – ihre letzten Pfennige zusammenkratzen und sich von Schleppern in die Grenzanlagen der Metropolen karren lassen. Deutlicher lässt sich der politische Kern der *Absage* an den rechtsextremen Nationalismus nicht ausdrücken.

Störend ist die völkisch-rassistische Ausländerfeindlichkeit, wo sich der Standort Deutschland in der weltweiten Konkurrenz eine Position erarbeitet hat, die es erlaubt, die nicht mehr konkurrenzfähige Staatenwelt, also das Ausland, nebst ausländischer Natur und ausländischem Menschenmaterial einer kapitalnützlichen Prospektion zu unterziehen und nach erfolgter Bewertung »die besten Köpfe« für deutsches Wachstum einzukaufen. »Wir lassen uns doch von einigen Glatzen nicht unsere Ausländerpolitik vorschreiben,« erklärt Kanzler Schröder. Und er meint damit: »Die Glatzen müssen begreifen, dass wir die Asylantenschwemme zur Zeit im Griff haben, also erst einmal die Phase abgehakt ist, in der ihre undifferenzierte Ausländerfeindlichkeit im nationalen Interesse geduldet werden konnte. Jetzt definiert sich dieses Interesse etwas anspruchsvoller. Jetzt liegt es im deutschen Interesse, in aller Welt tüchtige Leute für die hiesige Wirtschaft anzuwerben.«

Damit ist der Ausgrenzungs- und Ausweisungsstandpunkt nicht nur nicht aus der Welt. Er wird sogar noch einmal aufgewertet. Denn unter Berufung auf die nützlichen Ausländer wird klar gestellt, dass die unnützen nun wirklich keinen Anspruch auf Hilfe und Bleiberecht haben: Nun, wo »wir« für die einen, die IT-Ausländer, doch einiges tun, muss auch dem letzten Ausländerfreund klar werden, dass »wir« für die anderen, die »Wirtschaftsflüchtlinge«, nicht *auch noch* etwas tun können. Perfide, wie hier alle Abschiebungs- und Ausweisungsregelungen noch einmal mit dem Gestus bekräftigt werden, Deutschland hätte mit der Greencard-Initiative seine karitative Schuldigkeit getan!

Dass diese Frechheit – die *Ausnutzung* fremdstaatlicher Arbeitskräfte wird als eine *Freundlichkeit* gegenüber diesen Ausländern vorgestellt – keine Kritik auslöst, hängt einerseits an der Verrohung der Sitten im Arbeitsleben, in dem inzwischen jede rentable Beschäftigung *von* Lohnarbeitern als Dienst *am* Arbeiter gilt; andererseits an der Verwilderung der Maßstäbe von Kritik. Die Schröders, Becksteins oder Höppners profitieren nämlich nicht zuletzt von einer im letzten Jahrzehnt durchgesetzten *nationalistischen Kritik* an ihrer Asyl- und Flüchtlingspolitik von grün bis links. Die Verwechslung einer *Kritik der politischen Zwecke* der Ausländerpolitik mit der *Werbung für Ausländer* hat nämlich eine verhängnisvolle Sorte von Ausländerlob kultiviert. Das kennt man: Die Ausländer seien deswegen so schwer in Ordnung und hätten zumindest ein, mit etwas Toleranz gewürztes Bleiberecht verdient, weil sie den Deutschen die Drecksarbeit abnehmen,

⁴ In: U. Arnswald u.a. (Hrsg.), *Sind die Deutschen ausländerfeindlich*, S. 246

die Kassen des Sozialstaats füllen, Deutschland kulturell bereichern würden usw. Diese Werbung mit dem Nutzen für Deutschland galt – auch unter Gegnern der Ausländerpolitik – in einer Phase der Ausländerpolitik als kritisch, als die Asylbewerber das »Boot zum Kentern« zu bringen drohten. Die ums deutsche Wohl besorgte Parteinahme für Auswärtige hat schon damals nur *jenen* Ausländer für aufenthaltsberechtigt erklärt, an dem sich irgendein Beitrag zum Segen Deutschlands festmachen ließ.⁵ Jetzt ist diese Tour der nationalistischen Werbung um mehr Ausländerfreundlichkeit zum offiziellen Regierungsstandpunkt avanciert – allerdings mit einer kleinen Modifikation. Die Nutzenkriterien der kritischen Ausländerfreunde sind kräftig durchsortiert und staatsnützlich bereinigt worden: Als nützlich gilt nur noch der Ausländer, der seinen Beitrag zum *ökonomischen* Erfolg des deutschen Standorts leistet. Alle anderen »Bereicherungen«, die von kritischen Menschen an die Ausländer heran erfunden wurden, sind gestrichen: Lebensart, Küche, Umgangsweise miteinander, Gesang, Tanz und was es sonst noch an multi-kulturellen Eigenarten gibt, zählen nicht mehr. Zwar waren sie noch nie der *Grund* für irgendeine Ausnahme von der ausländerpolitischen Regel, doch nun sind sie mit der offiziellen Würdigung des *Prinzips* dieser ausländerfreundlichen Werbung selbst als *ideelle Kriterien* entsorgt. Denn welcher Ausländer als »nützlich« gilt, das wird eben je nach Bedarf der nationalen Ökonomie von Seiten des Staates festgelegt. Der macht ernst mit einer Logik, die von den Kritikern rein moralisch gemeint war. Denn mit ihren Belegen für die Nützlichkeit von Ausländern wollten sie gar nicht *sortierend* eingreifen. Mit ihnen sollte *exemplarisch* die Bereicherung Deutschlands durch *Ausländisches überhaupt* belegt werden. Die zuständigen Ausländersortierer – und einige der damaligen Kritiker gehören heute dazu⁶ – haben dagegen umgekehrt ihre polit-ökonomischen Anliegen im Kopf und suchen weltweit nach allen ihnen zugänglichen Mitteln, um sie zu befördern. Wenn dabei Ausländer nützlich sein können, werden sie angefordert. Basta! Nie im Traum kämen sie auf den Gedanken, die Greencard-Fachleute würden letztlich beweisen, dass *auch* Flüchtlinge aus Bosnien, *auch* Asylbewerber aus dem Libanon oder illegale Einwanderer aus Osteuropa ein Gewinn für Deutschland sind. Der Radikalismus, den die neue Sortierungsformel offenbart, bemisst den *Wert* des ausländischen Menschen – und wie angedeutet nicht nur des Aus-, sondern auch des Inländers – am *ökonomischen Nutzen* für Deutschland und leitet aus diesem seine *Daseinsberechtigung* ab. Die nationalmoralischen Kritiker hielten dagegen Ausländisches per se für wertvoll, leiteten daraus deren Lebensberechtigung auf dem heiligen deutschen Boden ab, dem die Ausländerfreundlichkeit obendrein – wegen der Vergangenheit natürlich – gut anstünde und bebilderten das Ganze mit dem Multikulti-Nutzen dieser armen Schweine für Deutschland.

Fassen wir den Witz der neuen *Sortierungsvorschrift* noch einmal zusammen:

⁵ Vgl. dazu : F. Huisken, *Ausländerfeinde und Ausländerfreunde*, Hamburg 1987, S. 127ff

⁶ Es zeugt schon von viel Machtbeflissenheit, wenn die grüne Marieluise Beck-Oberndorf die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung gibt und R. Fücks den CDU-geführten Ausschuss zur Formulierung von Thesen zur Einwanderungspolitik bereichert. So etwas geht nur, wenn man auch den verlogenen Standpunkt, dass nur so Schlimmeres verhütet werden kann, weit hinter sich gelassen hat.

Es verhält sich *nicht* so, dass durch sie jene *Ausnahmen* von der Regel nur noch einmal *bekräftigt* werden, die im Übrigen seit den Zeiten der »Gastarbeiter«-Anwerbung schon immer praktiziert wurden. Es wird zum ersten eine *neue Regel* in die Welt gesetzt, mit der sich nationale Politik zur *Nützlichkeit* ganz bestimmter Ausländer fürs hiesige Kapital bekennt. Diese neue Regel basiert auf den inzwischen etablierten imperialistischen Prospektionserfolgen deutscher Politik. Zum zweiten wird die *alte Regel* vom prinzipiell *unerwünschten* Ausländer dadurch gerade noch einmal *unterstrichen*. Aber auch hier gibt es eine Neuerung, denn dessen Unerwünschtheit wird jetzt *offen* bei seinem richtigen Namen genannt und nicht mehr mit Finanzierungszwängen oder sich anbahnenden sozialen Katastrophen verkleistert: Da er zum deutschen Wachstum nichts beiträgt, gilt keines seiner noch so bescheidenen Anliegen und interessiert sein Elend nicht. Zum dritten schließlich erteilt die neue Sortierungsvorschrift der alten Ausweisungsregel eine zusätzliche *Berechtigung*, insofern der moderne globale Menschenhandel als *neue Ausländerfreundlichkeit* öffentlich vermarktet wird.

3. Von »Gastarbeitern« zur Greencard

Ausnahmen hat es natürlich schon immer gegeben. Kein Nationalstaat, der sich in der politischen und ökonomischen Staatenkonkurrenz bewähren will, kann es sich leisten, den Ausgrenzungsstandpunkt total zu praktizieren – schon gar nicht ein Staat, der einen Weltkrieg verloren hat und unter einem »Besatzungsstatut«, d.h. unter der Militäraufsicht fremdstaatlicher Truppen steht. Ein souveräner Nationalstaat braucht bestimmte Ausländer: Er schickt seine Diplomaten in alle Welt und beherbergt bei sich umgekehrt – zusammen mit einem Rattenschwanz von Journalisten – diplomatische Vertretungen, über die die jeweiligen zwischenstaatlichen Affären abgewickelt werden; wenigstens solange das Verhältnis zwischen den Staaten dies zulässt. Das Management auswärtiger Kapitale wird gern gesehen, sofern das Fremdkapital die hiesige Nationalökonomie *bereichert*. Aber auch auswärtige Wissenschaftler und Studenten, Künstler und Sportler dürfen zu deutschen Erfolgen beitragen und anschließend die Botschaft vom modernen, weltoffenen, friedliebenden, demokratischen und toleranten Deutschland in ihre Heimatländer tragen.

Darüber hinaus hat sich die deutsche Nachkriegspolitik eine weitere, zahlenmäßig wesentlich umfangreichere Ausnahme genehmigt. Es geht um die »Gastarbeiter«, die Deutschland auf der Grundlage von Staatsverträgen mit Italien, Portugal, Spanien, Griechenland, der Türkei, Jugoslawien und anderen Ländern von 1955 bis ca. 1970 als Lohnarbeitskräfte für begrenzten Aufenthalt anwarb, um – wie es hieß – »konjunkturell und demographisch bedingte Engpässe auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt«⁷ zu überwinden. Diese »Engpässe« wiesen Besonderheiten auf: Von einem absoluten Arbeitskräftemangel konnte nicht die Rede sein. Selbst die offiziellen Statistiken verstehen unter Vollbeschäftigung, dass sich offene Stellen und das Angebot der Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt decken. Es galt also

⁷ R. Münz, W., Seifert, R. Ulrich, Zuwanderung nach Deutschland, Frankfurt a.M. 1997, S. 37

damals, dem Markt eine Reserve zuzuführen, die auch »schlecht bezahlte, wenig prestigeträchtige und unangenehme Arbeit, für die sich Bundesdeutsche kaum interessierten«,⁸ verrichtete und damit natürlich auch neue Maßstäbe für Lohn und Arbeit der Inländer setzte.⁹

Ausländische Arbeitskräfte wurden also *damals* – sogar in Millionenhöhe¹⁰ – und zusätzliche ausländische Arbeitskräfte werden, wenngleich in wesentlich bescheidenerem Umfang, auch *heute* angefordert. Dennoch gibt es eine entscheidende *Differenz* zwischen beiden Maßnahmen: Die ab 1955 ins Land geholten *Billigarbeiter* wurden zusammen mit ihren dann unter neue Lohnkonkurrenz gesetzten inländischen Arbeitskollegen herangenommen, um jene nationale Akkumulation zu Wege zu bringen, die Westdeutschland den Aufstieg vom Kriegsverlierer mit einer lädierten Kriegsökonomie zum Exportweltmeister, d.h. zum veritablen Konkurrenten der kapitalistischen Siegermächte, allererst eröffnete. Mit olympiareifen *inländischen* Produktivitätsfortschritten, basierend auf verschwenderischem und kostengünstigem Arbeitereinsatz, wurden *auswärts* Verkaufserfolge erzielt, die der deutschen Wirtschaft den Weg zur Weltmarktmacht und ihrer Währung den Aufstieg vom puren Dollar-Anhängsel zum anerkannten Mitglied im Club der Weltgeldmächte ebneten. Heute ist die nationale Ökonomie als G7-Weltmacht, also im Kreis der kapitalistischen Siegermächte etabliert, weiß Deutschland sich – besonders nach Einverleibung der DDR – als europäische Führungsmacht geachtet und erntet die Früchte dieses Aufstiegs, der nach 1945 vom heutigen Hauptkonkurrenten, den USA, mit Krediten aus deren ganz eigenen weltpolitischen Erwägungen heraus gesponsert worden war. Diese Früchte bestehen in jener »globalisierten Wirtschaftspolitik«, in der die Globalisierung glatt zweimal vorkommt. Einmal als das imperialistische *Konkurrenz Anliegen* nationaler Standortpolitik und zum anderen in der gleichfalls imperialistischen Qualität ihrer *Mittel*. Um in der Konkurrenz der verbliebenen, inzwischen in drei Wirtschaftsböcken organisierten Siegermächte Punkte in Sachen ökonomischer Weltbeherrschung zu machen, ist den nationalen Hütern dieser Standortpolitik der Zugriff auf jede auswärtige Ressource recht. Da mögen die heute angeforderten 20.000 Greencard-Besitzer aus Indien *zahlenmäßig* gegenüber den 4 Mio. türkischen, jugoslawischen oder portugiesischen Arbeitskräften von einst kaum ins Gewicht fallen: Doch ist das Anliegen, für welches sie angefordert werden, von unvergleichlich *größerer Wucht*. Damals hieß es: Die billigen Ausländer werden zusätzlich gebraucht, damit deutsche Waren in der Preiskonkurrenz auf dem Weltmarkt überhaupt wieder eine Chance haben. Heute heißt es: Die IT-Industrie verkörpert den Wachstumsmarkt der Zukunft, auf dem wir – Deutschland und Europa – der *Weltmacht Nr. 1* den Kampf ansagen. Anders gesagt: Der Beitrag von massenhaft verfügbaren inländischen und ausländischen Arbeitskräften hat erst jenen »ökonomischen Riesen« geschaffen, der sich nun mit seinen europäischen »Partnern« vorgenommen hat, der Welt gegen die Dollar-Hegemonie den EURO-Stempel aufzudrücken.

⁸ R. Münz u.a., S. 37

⁹ Zur staatsbürgerrechtlichen Seite der »Gastarbeiter« vgl. das Kapitel 10.3

¹⁰ Bis 1973 stieg die Zahl ausländischer Personen auf 4,0 Mio. und die Zahl ausländischer Arbeitskräfte auf 2,6 Mio. (nach: R. Münz, S. 40)

Die *massenhafte* Anwerbung von billiger Arbeitskraft nach dem Muster der 50er Jahre ist inzwischen als Konkurrenzmittel überholt. Heute jagt eine Rationalisierungswelle die nächste, immer mehr Arbeit wird durch Maschinerie ersetzt und immer billigere Arbeit macht den Einsatz teurer, computergestützter Maschinen rentabel. Das Resultat ist auf dem nationalen Arbeitsmarkt – und nicht nur auf diesem – zu besichtigen: Viele der ganz gegen die damalige politische Absicht Deutschlands verbliebenen und längst integrierten »Gastarbeiter« werden nicht mehr gebraucht, gelten folglich seit geraumer Zeit als eine Last, die die Ausländerpolitik mit vielen unschönen Maßnahmen, wenngleich nicht immer mit dem gewünschten Erfolg, loszuwerden bemüht ist. Zugleich schafft das hiesige Kapital unter den *Inländern* massenhaft überflüssige Arbeitskräfte, so dass diese dann glatt auf die Idee kommen, es seien die Ausländer, die ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen.¹¹

Die jetzt per Greencard angeworbenen Arbeitskräfte haben mit den menschlichen Ressourcen aus Italien oder der Türkei nur die Dienstverpflichtung für das »deutsche Wohl« gemeinsam. Ansonsten spielen sie in einer anderen Liga. Sie werden gerade nicht als Arbeitskraft pur und d.h. für Arbeit, die nichts als rohes, strapazierfähiges Arbeitsvermögen verlangt, eingesetzt. Sie gelten als Spitzenkräfte, werden überhaupt nur wegen ihrer besonderen IT-Qualifikation mit grünen Karten ausgestattet und können deswegen auch mit einem gehobenen Jahreseinkommen rechnen; solange wenigstens, bis sie durch deutsche Informatikspezialisten ersetzt werden. Bei IT-Ingenieuren aus dem Ausland wird es nicht bleiben. Wenn eine andere neue Technologie zum Konkurrenzmittel oder -gegenstand der weltweit agierenden Kapitale avanciert, zu deren Beherrschung erneut HQAs benötigt werden, die der nationale Markt vorübergehend nicht hergibt, werden andere Spezialisten »eingeladen«. Nicht umsonst haben die hiesigen Kapitalverbände bei Schröder und Fischer darauf gedrungen, dass die Greencard-Regelung keine Eintagsfliege sein darf.¹² Den Weltmarkt an Arbeitskräften wollen sie sich mit politischer Hilfe als Selbstbedienungsladen für *alle* akuten Fälle sichern.

4. Gehobene Maßstäbe für Volkstauglichkeit

Dass aus dieser Unvereinbarkeitserklärung zwischen völkischem Ausländerrassismus und standortorientierter Ausländerpolitik eine großangelegte Kampagne der Regierung zur Ausrottung des Rechtsextremismus wird, erklärt sich nicht aus ein paar Tausend Skins und aus ebenso vielen Jungfaschisten der NPD.¹³ Die könnte der Staat aus dem Verkehr ziehen, wenn er erneut jene Notstandsszenarien beschließen würde, mit denen er vor geraumer Zeit die Rote Armee Fraktion (RAF) so vollständig eliminiert hat. Er weiß jedoch – und deswegen belässt er es nicht bei

¹¹ Warum und wie die Inländer darauf kommen, wird näher in Kapitel 11 erklärt.

¹² Was Henkel, nicht mehr amtierender Chef des Bundesverbandes der deutschen Industrie, gleich zum Beginn der Kampagne gefordert hat, nämlich dass es bei der Greencard nicht bleiben darf, ist inzwischen allgemeiner Standpunkt.

¹³ Der Verfassungsschutz will ca. 9.000 »Gewaltbereite« gezählt haben.

einer Kampfansage, die sich ausschließlich an bekennende Neofaschisten richtet –, dass die störende Gesinnung nicht nur in den Köpfen der überzeugten Jungfaschisten herumspukt. Im Unterschied zu den Auffassungen der RAF führt sie kein isoliertes und *allgemein* befehdetes Randdasein. Er verdächtigt vielmehr, und nicht zu Unrecht, ganze *Teile seines Volkes* jener Einstellung, die als Praxis vor dem Einsatz von Baseballschlägern nicht zurückschreckt.

Auch wenn der Staat nicht befürchtet, dass demnächst eine noch größere Anzahl nationalistisch gesonnener Bürger praktisch dem Beispiel der rechtsextremistischen Schlägerbanden folgt, so kann er dennoch die Vorstellung gar nicht leiden, dass er eine Ausländerpolitik betreibt, mit der er sich in einen *Gegensatz* zu der im Volk verbreiteten Ausländerfeindlichkeit setzt. Sein Unbehagen ist durchaus berechtigt. Und er bewertet es als Zeichen eines Dissenses zwischen sich und dem Volk, wenn die NPD, die DVU oder ähnliche Parteien vermehrt Zulauf erhalten. Dabei ist der jeweiligen Regierungsmannschaft nicht deswegen viel an einer Zustimmung des Volkes gelegen, weil sie es für das erste Gebot der gewählten Demokraten hält, jeder Volksauffassung politische Geltung zu verschaffen. Umgekehrt verhält es sich: An einem Einvernehmen ist ihr gelegen, weil das Volk von ihren ganz der nationalen Sache verpflichteten Beschlüssen tangiert wird bzw. sie auszubaden hat. Immer müssen deswegen die Bürger mit *Zustimmungsgründen* ausgestattet werden, die es ihnen erlauben, sich die Anforderungen des Alltags mit all ihren Zumutungen an Lohn und Arbeit, Freizeit und Erziehung, Leben und Sterben als *gerechtfertigte* oder *notwendige* zurechtzulegen. Und wenn es um Fragen von herausragender nationaler Bedeutung geht, um Fragen, die so etwas wie eine *Neudefinition der nationalen Sache* einschließen, dann ist ein *Einvernehmen* über die deutsche Politik mit ihrer nationalen Manövriermasse, dem Volk, erst recht geboten. Stellt sich dieses Einvernehmen nicht über die normale Volkserziehung her, die per Schule und Fernsehen, Presse und Kultur, Kirche und Gewerkschaft betrieben wird, dann bedarf es *gesonderten* Anstrengung, um diese Einvernehmlichkeit herzustellen. Und genau darum handelt es sich bei dieser Kampagne.

Das bedarf einer Erläuterung: Der mit viel publizistischem Aufwand initiierte »Aufstand der Anständigen« zur Unterbindung rechtsextremer Regungen verweist darauf, dass deutsche Politiker in den vergangenen Jahrzehnten des Wiederaufstiegs zur Weltmacht von ihrem Volk *verwöhnt* worden sind. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – darunter fallen Studenten-, Friedens- und Anti-AKW-Bewegung und einige Großstreiks –, hat die deutsche Bevölkerung nicht nur alles *mitgetragen*, was ihr von Adenauer bis Schröder zugemutet worden ist: So etwa die Restaurierung des Kapitalismus, das Verbot aller dagegen opponierenden politischen Kräfte, die Wiederbewaffnung, die Installierung als antikommunistisches Bollwerk und Zurichtung als atomares Schlachtfeld, die ruinöse Vernutzung der Arbeiterklasse für den Aufstieg zur ökonomischen Weltmacht usw. Sie hat immer auch *Gründe dafür gewusst*, besser: die ihr offerierten Gründe akzeptiert, warum diese Indienstnahme des deutschen Menschenschlages für die Großmachtambitionen der politischen Führung etwas bringt, in Ordnung geht, notwendig ist oder sich nicht umgehen lässt. Unzufriedenheit mit nicht aufgehenden privaten Kalkulationen war natürlich ständig auf der Tagesordnung. Aber sie war eben auch *erlaubt*, durfte als Errungenschaft der staatlich gewährten Meinungsfreiheit gefeiert

werden und sich auf die eigene Protestwahl etwas einbilden, was insgesamt die Politisierung der abweichenden Meinung, also die ideelle Versöhnung des privaten Nachteils mit den staatlichen Zielen, voran brachte. So ging die deutsche Sache unter praktischer und theoretischer Zustimmung durch das Volk ihren Weg. Der freiwillige, wenngleich nie unkritische Gehorsam erwies sich dabei als *Produktivkraft* nationaler Politik. Denn *gesonderte Anstrengungen* bei der *Durchsetzung* jeder neuen, als »Reform« deklarierten Zumutung, gar die Überwindung organisierter Widerstands mittels der Staatsgewalt entfiel. Der »soziale Friede« galt als Wert, dem sich alle verpflichtet fühlen sollten, der Klassenkampf als überholt und dem »System des Bösen« verpflichtet.

Diese *Bequemlichkeit eines Regierens* unter praktischer und theoretischer Zustimmung der Regierten – und nur um diese Bequemlichkeit geht es, nicht um die Sicherung der Regierbarkeit des Landes – steht zur Zeit in Frage. Denn die jetzt als Ärgernis konstatierte Ausländerfeindlichkeit, die immerhin durch die 20-jährige »Ausländer-raus«-Politik aller Volksparteien aufgeheizt worden ist, stellt eine ziemlich verbreitete Anti-Haltung im deutschen Volk dar, die mit den neuen *Erfolgsmaßstäben* und *Erfolgsmitteln* einer deutschen Politik des Aufbruchs zu neuer Größe nicht vereinbar ist. Was am Fall der Greencard-Index die bekannten Proteste auslöste – »Da werden Ausländer ins Land geholt, obwohl 3 Mio. Deutsche arbeitslos sind!« und »Kinder statt Index« –, ist ein *nationalistischer Standpunkt*, dessen Ausgrenzungslogik sich keineswegs auf Ausländer beschränken muss. Derselbe Nationalismus hat sich schon missbilligend bemerkbar gemacht bei der Ersetzung der – ungleich mehr geliebten als verdienten – DM durch den Euro, bei der angestrebten neuen nationalen Identität Deutschlands als Teil eines Bündnisses, bei der damit verbundenen Preisgabe von nationaler Souveränität an eine supranationale Gewalt, bei dem hergestellten europäischen Binnenmarkt mit seiner grenzübergreifenden Freiheit für Arbeitskräfte aller EU-Länder, gegenüber der Osterweiterung mit der Aussicht auf die Konkurrenz durch polnische, tschechische und ungarische Arbeitskräfte oder gegenüber dem Plan der Etablierung gemischtstaatlicher Einheiten des Militärs, einschließlich der zwangsläufigen Preisgabe militärischer Hoheitsrechte; kurz, gegenüber *allem*, was die *supranationale Staatsraison des deutschen Nationalstaats* ausmacht, einschließt und mit sich bringt. Alle diese Veränderungen der letzten Jahre werden argwöhnisch und unter Anleitung jener Fraktionen der demokratischen Parteien, denen deutscher Einfluss in und auf Europa nicht weit genug geht, daraufhin begutachtet, *wo denn das Deutsche bleibt*. Die Befürchtungen kennt man: Machen die anderen nicht unsere harte Währung kaputt? Kommt es nicht soweit, dass die anderen Staaten darüber bestimmen können, was Deutschland zu tun und zu lassen hat? Überschwemmen nicht die Arbeitskräfte aus Spanien, Portugal oder England unseren Arbeitsmarkt und drücken die Löhne? Und wenn dann noch die Polen dazukommen? Wie kann sich denn Deutschland ohne eigene Militärhoheit behaupten?

Natürlich lauten so nur die Beschwerden von deutschen Nationalisten; und zwar von solchen, die sich von den regierenden Berufsnationalisten dadurch unterscheiden, dass sie sich partout den Supranationalismus deutscher Außen-, Wirtschafts- und Militärpolitik nicht als das zentrale Erfolgsmittel der deutschen Nation vorstellen können. Sie sehen in der dafür notwendigen Relativierung nationaler Sou-

veränitätsrechte immer nur einen *Verzicht* auf Deutsches, wenn nicht gar – wie dies die NPD tut – die Preisgabe deutscher Interessen an das Ausland, den Verrat und Ausverkauf Deutschlands. Sie sehen nicht, dass geteilte Souveränität zwar *einerseits* der *Preis* für die Bündelung von Macht und Potenzen ist, mit der aber *andererseits* Europa jenes neue Niveau erreichen will, auf dem sich die europäischen Vaterländer endlich auch mit den USA messen können; dass also Deutschland nur so und eben nicht aus eigener Kraft jenes Weltmachtformat meint erreichen zu können, von dem die Kohls, Schröders, Fischers meinen, dass es Deutschland schon längst auf der Welt zusteht. Die bornierten Patrioten begreifen zugleich die binneneuropäische Logik nicht, die sich deutsche Europapolitiker im Verhältnis zu ihren kleinmütigen Bürgern spiegelverkehrt zurechtlegen. Ihnen gilt der *Verzicht* auf eigene, nationale Souveränität immer zugleich als *Mittel* für einen Zugesinn an Verfügung über nationale Anliegen und Ressourcen der *europäischen* »Partner« – vor allem eben jener Verbündeten, die von der Führungsmacht Deutschland abhängig sind.

Wo solche im Prinzip gut erzogenen, nämlich streng deutsch denkenden Bürger das deutsche Projekt – erst wiedervereinigt, dann als Europamacht konsolidiert und damit vereint die Welt gegen die Amis neu aufgemischt – nicht etwa wegen deutscher Weltmachtambitionen, sondern allein wegen der dafür benutzten Erfolgswege für ziemlich undeutsch oder gar für eine Art Verrat an der nationalen Sache erklären, da ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, dass sie die von der deutschen Führung bereits verbuchten imperialistischen *Erfolge* (Binnenmarkt, Euro-Einführung, Sieg im Kosovo-Krieg, Osterweiterungs-Beschluss, deutsche IWF-Führung, EV-Initiative usw.) gleichfalls nicht als solche begreifen; dass sie aber alle sich einstellenden *Misserfolge* (Hinnahme der militärischen Überlegenheit der USA im Kosovo-Krieg, Wertverlust des Euro, Scheitern europäischer Anträge vor der WTO usw.) als *Belege* für die Preisgabe deutscher Interessen nehmen. Da liegt es schon ziemlich nahe, dass sich diese Bürger bei der NPD besser als bei der SPD, den Grünen oder den C-Parteien aufgehoben fühlen – zumal letztere die Kampagne gegen den Rechtsextremismus mit vom Zaun gebrochen, also bis auf weiteres eingesehen haben, dass der Wählerstimmengewinn durch die »Kinder statt Inder«-Parole den politischen *Schaden*, den eine *undifferenzierte* Ausländerfeindlichkeit anrichtet, kaum aufwiegt. Selbst ihnen reicht zur Zeit eine Haideri in Europa.

5. Umerziehung ist angesagt

Ein Zerwürfnis zwischen dem Nationalismus von oben und dem von unten ist also die eigentliche Störung, die der politischen Klasse Sorge bereitet. Eine einerseits wegen ihres Patriotismus brauchbare, andererseits wegen ihrer Bornierung aufs Völkische unbrauchbare ausländerfeindliche Einstellung innerhalb der Bürgerschaft kann durchaus die Produktivkraft des Volksgehorsams, an die sich deutsche Politik gewöhnt hat, partiell gefährden.

Es ist nämlich der ganz normale *Alltag*, dem die Bürger entnehmen, dass die Deutschen nicht mehr Herr über ihr Deutschland sind: Da müssen deutsche Bürger

– in Zivil oder in Uniform – mit den »nützlichen« Ausländern zusammenarbeiten oder sogar Befehle von ihnen entgegennehmen. Sie müssen mit ihnen um Kindergartenplätze konkurrieren und deren Kinder als Mitschüler ihres deutschen Nachwuchses akzeptieren. Sie begegnen ihnen auf dem Arbeitsamt oder bei der Sozialhilfe und gelegentlich erfahren sie, dass diese Fremden zu den »Spitzenverdienern« im Betrieb gehören. Auf dem großen europäischen Binnenmarkt sollen sie mit ihnen konkurrieren und dies als rechtmäßig und notwendig begreifen. Demnächst sollen sie die Oder-Neiße-Grenze nicht mehr als das letzte Bollwerk gegen die Sklaven, sondern als historisch obsolet gewordene Grenzmarkierung einordnen, und alle Polen, die sie dann legal passieren, als gleichberechtigte Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt begrüßen.

So kann eine von der gewünschten Einstellung abweichende Auffassung zur Ausländerfrage durchaus etwas durcheinander bringen – selbst dann, wenn die selbst von der Verpflichtung auf Deutschland lebt. Umgekehrt gedacht: Der Auftrag, dem sich nationale Politiker von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis90/Grünen verschrieben haben, sollte schon vom Volk geteilt werden. Die neue Stufe des Aufbruchs zur Großmacht, eingeleitet mit der Konkurrenz, die der Euro dem Dollar, Europa also den USA machen will, erfordert gerade deswegen die Rückendeckung durchs Volk, weil in der aktuellen Standortpolitik wenig Rücksicht aufs Volk genommen wird. Dass die nationale Regierung bei der Begutachtung der Zustimmung des Volkes zu ihrer Außen- und Ausländerpolitik einen sehr anspruchsvollen Maßstab anlegt, entspricht also der Sache, die sie – auch mit ihm, dem Volk – vorhat.

Und da in dieser Hinsicht die deutsche Politik *keine Kompromisse* zu machen gedenkt, da es sich eben bei all diesen Fragen nicht um »peanuts«, auch nicht allein um 20.000 Greencard-Inder handelt, es vielmehr um eine längst getroffene und umgesetzte Grundsatzentscheidung über den deutsch-europäischen Weg zur Weltmacht geht, sind hier keine Zugeständnisse ans gesunde deutsche Volksempfinden möglich. Folglich ist wieder einmal *Umerziehung* angesagt: Der deutsche Bürger-Nationalismus muss auf den richtigen Kurs gebracht werden.

Erneut stellen sich einige Fragen:

- Wie soll diese Umerziehung verlaufen, ohne dass der Verdacht aufkommt, es soll den Deutschen ihr Nationalismus ausgetrieben werden?
- Zwar ist in der Kampagne von *Erziehung* die Rede, von *Umerziehung* aber kein Wort. Und von Erziehung ist auch nur die *Rede*, während die *Taten* eine andere Sprache zu sprechen scheinen: Abschreckungsurteile, Berufs- und Vereinsverbote und die NPD-Verbotsvorbereitung. Wie passen die Repressionsmaßnahmen gegen eine begrenzte Zahl von Neu-Faschisten zum Umerziehungsprogramm für ein ganzes Volk?
- Was soll also das Volk auf welche Weise lernen?

Kapitel 3

Umerziehung, oder: Was die Inländer in der Kampagne gegen den Rechtsextremismus lernen sollen

1. Lektionen über den Ausländer

Rechtsextremismus *gehört* sich nicht, er ist wegen seiner Ausländerfeindlichkeit und seines Antisemitismus *unanständig* und ein *Verstoß gegen die Grundregeln der Demokratie*, lautet die *erste* Lektion für die Inländer. In dieser *ersten* Lektion wird, streng genommen, nichts *gelernt*. Es findet keine Klarstellung über den theoretischen Unfug des Rechtsextremismus statt, keine Aufklärung darüber, was an seinen politischen *Urteilen* – und um solche handelt es sich nun erst einmal – etwa über Ausländer *falsch* ist, also einer vernünftigen Prüfung nicht standhält.¹ Vielmehr wird von den geistigen Wächtern über die Volksmoral der Vorrat an im Volk vorhandenen Einstellungen nach *erlaubten* und *unerlaubten* sortiert. Es wird der Rechtsextremismus gar nicht *für sich* zum Thema gemacht, sondern nur sein Umgang mit Ausländern als *Abweichung* vorgestellt – als Abweichung vom Gehörigen, vom Guten und vom Inbegriff des politisch Guten, der Demokratie. Man soll folglich in der ersten Lektion mit gespitzten Ohren zur Kenntnis nehmen, *dass* sich die Wächter über demokratischen Anstand, die staatlichen *Definitionsmächte* für Erlaubtes und Gehöriges am Rechtsextremismus stören. Dies wird aber nicht als ein *politisches* Anliegen vorgetragen, sondern in eine *moralische* Form gekleidet, mit der jeder Widerspruch zur Botschaft im Keim erstickt werden soll: »Wir sagen Euch, dass sich so etwas nicht gehört!« Die Umerziehung beginnt also mit dem Erlass von *Denkvorschriften*, deren Überzeugungskraft gar nicht im Inhalt der Lektion liegt, sondern von der politischen Bedeutung der *Mächte* lebt, die sie verkünden.

Untermauert wird die erste Lektion – und das ist dann schon die *zweite* – mit einem *Appell an den Nationalismus* der Deutschen: Diese Sorte Ausländerfeindlichkeit gehört sich für *gute Deutsche* nicht, heißt es. Denn anständige Deutsche werfen der Standortpolitik keine Knüppel zwischen die Beine, sondern tragen zu ihrem Gelingen bei. Da mögen die Neofaschisten noch so »doitsch« daherkommen, ihr Betragen hat den anständigen Deutschen ab sofort als eine Schande für Deutschland zu gelten, die zu sittlich hochstehenden Bürgern nicht passt. Immerhin handelt es sich bei der Kampagne um den »Aufstand der Anständigen«. Dass

¹ Vgl. dazu im Einzelnen das Kapitel 9

diese Begründung in der Form einer Tautologie daherkommt – für gute Deutsche gehört sich ein Denken, das für Deutschland gut ist –, soll nicht weiter interessieren, da sich nationalistische Agitation nun einmal nicht um Logik schert, sondern an die Ehre appelliert. Den kritisierten Inländern wird also erst einmal an ihr deutsches Portepée gefasst: Wer will schon zu den »unanständigen Deutschen« gehören! Wer will sich gar von der gewählten und unangefochten regierenden Führung aller Deutschen sagen lassen, er gehöre nicht zur Inländergemeinschaft! Gerade auf *brave* Nationalisten zielt diese Botschaft. Sie setzt darauf, dass es seine Wirkung nicht verfehlt, wenn sie selbst in der Form einer von *höchster Stelle* angeordneten *Kampagne* daherkommt, also nicht mit dem Wort zum Sonntag zu verwechseln ist.

Der Aufwand wird schon nötig sein, denn immerhin wird dem guten Deutschen unter *Berufung auf seine Vaterlandsliebe* abverlangt, dass er seinen *Nationalismus modifiziert!* Einerseits wird der Inländer für seine Verbundenheit mit dem deutschen Nationalstaat *gelobt* und als Nationalist hofiert, der weiß, was sich für einen anständigen Deutschen schickt. Und andererseits gilt seine *besondere* Sorte von Heimatverbundenheit als Störung der nationalen Sache, für die er *gescholten* wird. Der Materie nach wird hier ein Disput darüber eröffnet, wer nun der beste Deutsche, d.h. wer der deutschen Sache am innigsten verpflichtet ist: Das Volk, sofern es alle Ausländer ins Ausland wünscht, oder der Staat, der sich neuerdings offen zur begrenzten Einwanderung bekennt. Dabei handelt es sich um eine Frage, die nicht mehr offen, sondern längst *entschieden* ist. Schließlich soll das Volk nicht zu einem offenen Diskurs über den zeitgemäßerem Nationalismus aufgefordert werden, sondern nur *umerzogen* werden.

Zu lernen haben die Inländer *drittens*, dass eine *Parteinahme für Deutschland* heute *nicht* mehr automatisch eine *Ausgrenzung der Ausländer* einschließt. Diese ausländerpolitische Lektion enthält Klippen, die umschifft werden müssen. Die erste besteht darin, dass die *Kritik* am bornierten Nationalismus des Inländers seinem Ausgrenzungsstandpunkt zugleich auch wieder *recht* gibt: Scheinasylanten, Wirtschaftsflüchtlinge und illegale Einwanderer gehören natürlich *nicht* hierher und werden weiterhin abgeschoben; nur soll eben dies nicht mehr das beherrschende Prinzip der Ausländerpolitik sein. Und darin liegt zugleich die zweite Klippe: Denn Näheres kann dem Volk gar nicht mitgeteilt werden: *Wer* zu den »nützlichen Ausländern« gehört und *wer* unsere Freundlichkeit »missbraucht«, das *wollen* und das *können* die Ausländerpolitiker jetzt gar nicht endgültig verkünden. Das kommt für sie nämlich ganz auf die Wirtschaftslage, den Arbeitsmarkt und die politische Großwetterlage an, die es auch in Zukunft einmal geraten sein lässt, »Kontingente« von solchen Ausländern als Opfer eines blutrünstigen Diktators herzlich willkommen zu heißen, die noch kurz zuvor als Drogendealer, Hütchenspieler und Mafiosi verfolgt und vertrieben wurden.

Die dritte Lektion lässt sich erst so richtig begreifen, sprich: befolgen, wenn auch die *vierte* verstanden und akzeptiert ist. Sie lautet im Klartext: »Wer zu den Ausländern gehört, die wir brauchen, und wer von denen uns missbraucht, das legen wir jeweils nach aktuellen politischen Interessen fest. Das geht euch, das Volk, nichts an. In diese Frage habt ihr euch nicht einzumischen, nicht mit guten Ratschlägen und schon gar nicht mit dem Baseballschläger. Jetzt sind es z.B. indi-

sche Computer-Kenner. Morgen können es chinesische Mediziner und übermorgen Gentechnologen aus Südafrika sein. Umgekehrt ist dies aber alles andere als ein Freibrief, den Rest der Ausländer durch saubere deutsche Straßen zu jagen. Ausländerpolitik ist ganz generell nicht eure Sache, weder in der Abteilung ›Vertreibung und Abschiebung‹ noch in der Abteilung ›Integration‹ und gleichfalls nicht in der Abteilung ›Anwerbung‹. Merkt es euch! Was von den Ausländern jeweils zu halten ist und wie man ihnen zu begegnen hat, das teilen wir euch, dem Volk, zu gegebener Zeit rechtzeitig mit.« Die vierte Lektion der Umerziehung verlangt also nur noch *Gehorsam*; eine Stellung zum Staat, die davon überzeugt ist, dass es schon seine Richtigkeit damit haben wird, wenn der das eine Mal festlegt, dass »Ausländer das Boot zum Kentern bringen«, er ein anderes Mal mitteilt, dass Ausländer dringend für nationale Belange benötigt werden.

2. Lektionen über den Inländer

Da in der »globalisierten Wirtschaftspolitik« Deutschlands auch die *Inländer* neu einsortiert sind, gehen die Lektionen weiter. Jetzt haben die Lektionen zum einen einen anderen Gegenstand: Es wird der Inländer über sich neu aufgeklärt. Und obendrein sind die Lektionen von anderer Natur: Sie werden im Unterschied zu den ersten so von keinem Politiker *ex cathedra verkündet*, sondern sind der aktuellen Standortpolitik und der Art und Weise, wie die Deutschen selbst – besonders wenn sie zu der Mehrheit der einkommensabhängigen Bürger gehören – in dieser Politik verplant sind, zu *entnehmen*.

Das beginnt mit einer *ersten* Lektion über die *Ansprüche* von Inländern. Es wird endgültig mit der Einbildung aufgeräumt, Arbeitsplätze *in* Deutschland seien *für* Deutsche reserviert. Der Sache nach hat dies noch nie gestimmt. Schon gar nicht in der Variante, dass deutsche Politiker sich um die Vollbeschäftigung der Inländer gekümmert hätten. Das Heuern und Feuern gehört eben zu den Instrumenten kapitalistischen Wirtschaftens,² trifft die Deutschen ebenso wie die ausländischen Arbeitskräfte, die ihr Scherflein zum »Wachstum« bekanntlich solange beitragen dürfen, wie es in Deutschland den Kapitalismus gibt – mal als ausländische Saisonarbeiter, mal als Zwangsarbeiter, mal als »Arbeitsmigranten«.³

² Vgl. zur Arbeitsmigration von 1800 bis zum 2. Weltkrieg: S. Sassen, *Migranten, Siedler, Flüchtlinge*, Frankfurt/M. 1996, S. 69ff.

³ Und selbst dem Blüm-Erlass von 1998, der vorschreibt, dass bei »gleichwertigen Bewerbern für einen Arbeitsplatz« der Inländer dem Ausländer vorgezogen werden soll, ist neben dem Beschäftigungsnationalismus immer schon dessen Relativierung zu entnehmen gewesen. Zum einen ist es dem Blüm ebenso wie allen seinen Vorgängern und Nachfolgern selbstverständlich, dass – wie es einmal ein Wirtschaftsminister der FDP namens Rexrodt formuliert hat – »die Wirtschaft von der Wirtschaft gemacht wird«, es also Arbeitsplätze überhaupt nur dann gibt, wenn das Kapital ihre Einrichtung für lohnend befindet. Zum anderen ist mit der Betonung der »Gleichwertigkeit« der Bewerber unterstrichen, dass eben nicht nach *Nationalität* eingestellt wird, sondern nach der *Tauglichkeit* für den Anwender. Auch dem N. Blüm, mit seinem großen Herzen für den »deutschen Abeiddä«, hätte es ferngelegen, einen Ukas zu erlassen, der es Betrieben *verbietet*, nicht-deutsche Arbeitskräfte einzustellen, wenn es an geeigneten deutschen Bewerbern fehlt.

Jetzt gerät die Sache etwas härter: Jetzt bekommen *inländische* Arbeitskräfte mitgeteilt, dass *sie massenhaft und auf Dauer* für den internationalen Erfolg des deutschen Standorts absolut überflüssig gemacht worden sind, obwohl sie erstens Arbeit brauchen und zweitens am nationalen Wachstum mitarbeiten wollen; dass aber andere, nämlich bestimmte *ausländische Arbeitskräfte* genau zu diesem Zweck angeworben werden. Massenhafte Arbeitslosigkeit von Inländern ist also kein Grund, sich *nicht* weltweit nach solchen Knechten umzusehen, die mit ihrer Qualifikation zum Betriebszweck passen.⁴

Die inländische Arbeiterschaft hat deshalb in der *zweiten* Lektion zur Kenntnis zu nehmen, dass *an ihnen dieselbe Sortierung* vollzogen wird, wie sie für die Ausländer gilt. Einheimische Arbeitskräfte mit originaldeutschem Pass werden gleichfalls – und zwar ebenfalls ohne Rücksicht auf ihre Lebensbedürfnisse – ausschließlich nach ihrer Nützlichkeit fürs nationale Kapital sortiert. Neu ist auch das nicht, neu ist jedoch, dass dies offengelegt wird; und zwar dadurch, dass Front gegen die *Einbildung* gemacht wird, Ausländer würden Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen. Mit der Greencard und ähnlichen Regelungen korrigieren deutsche Politiker praktisch den nationalistischen Wahn von Inländern, ihr Deutschtum stelle auf dem hiesigen Arbeitsmarkt ein *Privileg* dar. Sie eröffnen umgekehrt der nationalen Arbeiterklasse, dass die Zeiten eines *nationalen* Arbeitsmarktes der Vergangenheit angehören, dass es den *nationalen* nur noch als Teil eines *europäischen* Arbeitsmarktes und diesen nur als Segment des *Weltarbeitsmarktes* gibt; was bedeutet, dass sich der deutsche Arbeitsmann nach Lohn, Strapazierfähigkeit und Qualifikation mit jedem anderen Lohnabhängigen auf dem Globus *vergleichen* lassen muss. Und da dieser Vergleich praktisch schon eine Reihe von Jahren läuft, lässt sich ablesen, dass er mit *Kosten* verbunden ist: er kostet Lohnprozente, Gesundheit, Freizeit und gelegentlich den Arbeitsplatz überhaupt.

Von wegen, Ausländer nehmen »uns« die Arbeitsplätze weg. Diese Lüge wird also – nicht wegen Frechheit und Unwahrheit, sondern – wegen ihrer aktuellen *Untauglichkeit* gleich mit aus dem Verkehr gezogen. Über Arbeitsplätze in Deutschland entscheiden Inländer bzw. im Inland angesiedelte Betriebe, die ganz ohne Vorurteil nur nach ihren ökonomischen Kriterien weltweite Vergleiche anstellen. Das soll sich der deutsche Arbeitsmann merken, sich ins Zeug legen und das Deuten auf untaugliche »Sündenböcke« unterlassen.

Die praktische Absage an den nationalistischen Dünkel deutscher Proleten geht sogar noch einen Schritt weiter. Da ein Heer arbeitsloser Deutscher und ein Vielfaches an zählbaren inländischen Rentnern im Unterschied zu den Ausländern nun einmal nicht abgeschoben werden kann, sondern irgendwie durchgefüttert werden muss, erfahren die überflüssig gemachten Deutschen in einer *dritten* Lektion, dass auch an ihnen die Logik der von Beckstein offen gelegten Gleichung »*unnütz = schädlich*« vollstreckt wird. Als endgültig unbrauchbare Arbeitskräfte gelten diese Deutschen dem Sozialstaat – ähnlich den Rentnern, den Kranken und den Sozial-

⁴ Bei den Ausländern hat allerdings dieselbe Aussortierung bekanntlich eine andere Konsequenz: Ihnen wird die Grenze vor der Nase zu gemacht, und im Falle ihrer Überflüssigkeit können sie abgeschoben werden.

hilfeempfängern – nur noch als *Last*, weswegen auch sie mit dem Vorwurf leben müssen, parasitäre Existenzen zu sein – ein Vorwurf, den *sie* selbst nur all zu gern den Ausländern anhängen.

3. Bewährungsprobe für Nationalisten

Diese Lektionen haben es in sich; besonders für die Glatzen, die organisierten Neofaschisten und deren Sympathisanten.⁵ Doch auch der nicht geringen Gruppe jener Inländer, die bekanntlich nichts gegen Ausländer hat, wenn es nicht so viele wären und sie nicht ausgerechnet Deutschland überfremden würden, und die sich obendrein mit ihrer gemäßigten ausländerfeindlichen Einstellung bei den demokratischen Parteien immer noch recht gut aufgehoben weiß, wird einiges abverlangt. Denn auch sie wännen sich mit ihrer Sicht der nationalen Dinge erst einmal im Recht. Sie sehen sich legitimiert durch die höchste aller denkbaren Legitimationsinstanzen, nämlich durch den eigenen gesunden Patriotismus *und* zugleich durch die Ausländerpolitik der letzten Jahrzehnte.

Zwar hat die Vergangenheit gezeigt, dass es deutschen Bürgern wenig Schwierigkeiten bereitet, ihre Urteile über Ausländer den politischen Konjunkturen anzupassen und an einunddenselben in der Welt herumgeschubsten Menschenmassen mal das verabscheuungswürdige Scheinasylantentum und mal umgekehrt das bedauernswerte Dissidententum zu entdecken. Eine solche wechselnde Qualifizierung von menschlichem Elend fällt allerdings immer dann weniger schwer, wenn der Bürger sich auf diese Weise zu Abteilungen nationaler Außenpolitik nur seine *Meinung* bildet. Da ist es ihm ein Leichtes, die Serben unter Milosevic einmal als geknechtetes Volk zu bedauern, ein anderes Mal zu verhetzten Nationalisten zu erklären, dann wieder – nach dem Sturz von Milosevic – in ihnen auf den ersten Blick Freiheitskämpfer zu entdecken und sie schließlich als ziemlich undankbares Volk zu identifizieren, das einfach immer nur Geld für Brücken, Wasser und Gas haben will, statt die neue westliche Freiheit zu genießen. Da weiß er sich mit der offiziellen Sicht auf die Außenpolitik der Nation ziemlich gut bedient.⁶

Etwas anders liegt die Sache jedoch, wenn mit Außen- und Ausländerpolitik neue Entscheidungen über das *Zusammenleben* von In- und Ausländern unter dem deutschen Dach gefällt werden, mit denen zugleich eine *Neubewertung* der hier

⁵ Wie diese Lektionen ihrem Inhalt nach bei den Rechtsextremen selbst und ihren Sympathisanten verfangen, steht dahin. Sie kommen nämlich in den Lektionen immer doppelt vor, einmal als das abschreckende Beispiel und zweitens als der Adressat der Lektion. Es steht zu erwarten, dass sie weniger von der nationalen Moral der Lektionen selbst angesprochen werden als vielmehr von jenen Mitteln der Umerziehungskampagne, die besonders ihrer Lernbereitschaft gelten und die im nächsten Kapitel das Thema sind.

⁶ Derartige Fälle gab es in der Vergangenheit mehrere: Kroaten, Chilenen, Russen, Afghanen, Kurden usw.: Einmal waren die Kurden ein politisch verfolgtes Volk, einmal waren sie ein Haufen von Terroristen – je nach dem Stand der diplomatischen Beziehungen zur Türkei. Einmal galten die Afghanen als ein von den Kommunisten geschundenes und deshalb ziemlich asylberechtigtes Volk. Doch kaum hatten Taliban den bösen kommunistischen Führer aufgehängt und selbst die Herrschaft angetreten, handelte es sich bei den Flüchtlingen aus Afghanistan um Asylbetrüger. Inzwischen dreht sich der Wind erneut.

ansässig gewordenen Ausländer verbunden ist. Jetzt werden nicht einfach nur über Nacht aus asylberechtigten Opfern terroristische Asylbetrüger oder umgekehrt. Jetzt steht der Sortierungsimperativ für eine *Neudefinition der nationalen Sache*, die sich an der Ausländerpolitik *festmacht*, sich aber nicht auf sie reduziert. Da ist das nationale *Selbstbewusstsein* angesprochen und auf eine *Bewährungsprobe* gestellt.

Und diese Bewährungsprobe muss heute sogar *ohne die Einbildung*, es lohne sich, *deutscher Lohnarbeiter* zu sein, ohne die Ausstattung des Nationalismus mit den Bildern von – wenigstens im Vergleich zu früher, zum Osten oder zu hungern-den Afrikanern – aufgegangenen privaten Vorteilsrechnungen auskommen.⁷ Verlangt ist, dass der gute Deutsche auch dann bzw. erst recht dann hinter seinem Vaterland steht, wenn dieses ihn als Arbeitskraft einem internationalen Vergleich aussetzt, ihn zur Bewährung in der vom Kapital durchgeführten Konkurrenz mit allen ausländischen Arbeitskräften freigibt, also von einem Sonderbonus, der ihm als deutschem Arbeiter zusteht, nichts mehr wissen will. Der Stolz des Überzeugungsdeutschen auf seine Heimat hat folglich nur noch in seiner nationalen Identität sein Material. Egal, ob er nun Arbeit hat oder nicht, wie sehr sein Einkommen geschrumpft ist und seine Gesundheit in Fabrik und Büro verbraucht wird – immerhin ist er Deutscher. Der ganze Inhalt seiner Heimatliebe reduziert sich auf das *nackte Deutschtum*. Als *Deutscher* darf er sich die Erfolge des deutschen Staates als die seinen anrechnen. Das verlangt schon eine besondere Sorte von »Verrücktheit«, zumal alle Erfolge, die für Deutschland in der Staatenkonkurrenz etwas zählen, erkennbar ihre Spuren im deutschen Volk hinterlassen haben.

Und dann macht es Deutschland seinen Bürgern heute noch zusätzlich schwer, nationale, also deutsche Erfolge überhaupt als solche zu *identifizieren*. Das Land, das sich anschickt, als Teil der Europäischen Union zu neuer Weltmachtgröße aufzusteigen, muss nämlich seine Erfolge tatsächlich immer mehr mit allen *europäischen* Konkurrenten *teilen*. Viele wichtige Maßstäbe für nationale Erfolge sind *supranational* bestimmt: Deutsche Wachstumsraten addieren sich mit anderen zu einer *Europabilanz*. Die deutsche Währung zählt weltweit nur soviel, wie sie sich im Wert des *Euro* niederschlägt. Die Geltung deutscher Führer in der Welt wird benutzt, um das *europäische* Projekt voranzutreiben. Usw. Wie definiert sich da noch *deutsche Größe* für deutsche Bürger? Wo sind die rein deutschen Siege? Bleiben da für die stolzeschwellte deutsche Brust nur noch Becker und Graf, Ulrich und Schumi? Und ist das nicht ein matter Ersatz für Siege der alten Art, als die DDR als rein deutsche Beute im »Kalten Krieg« gefeiert werden konnte, die DM

⁷ Die erste große Bewährungsprobe fürs Nationalbewusstsein – nach dem verlorenen Weltkrieg – bestand darin, dass sich die Deutschen mit einem Nationalstaat identifizieren sollten, der sich erstens Besatzungsmächten unterwerfen musste, also seine Souveränität verloren hatte, und der zweitens allein in der funktionellen Eingliederung in das politische, ökonomische und militärische Regime der westlichen Siegermächte die Chance erblickte, als souveräner Nationalstaat wieder etwas zu werden. Diese Bewährungsprobe wurde den deutschen Patrioten jedoch mit der Zeit dadurch erleichtert, dass ihnen der deutsche Aufstieg hinreichend Material dafür lieferte, um im deutschen »Wirtschaftswunder« die Erfüllung privatmaterialistischer Berechnungen zu entdecken. Dabei wurde den deutschen Arbeitern auch nach 1945 nichts anderes als *lebenslange Lohnabhängigkeit* geboten, die, mit Auto, Fernseher und einem Sozialstaat standes- und funktionsgemäß ausgestattet, dauerhaft einsetz- und haltbar gemacht war.

als zweitstärkste Währung der Welt nachgefragt war, deutsche Betriebe als Exportweltmeister für unschlagbar gehalten wurden, und die Produkte rein deutscher Qualitätsarbeit von Daimler, BMW, VW oder Siemens ihren Siegeszug um die Welt antraten! Das magt eben schon an der rein deutschen Seele und mündet in Skepsis gegenüber dem von der deutschen Führung seit geraumer Zeit in die Wege geleiteten supranationalen Erfolgsweg. Da kann man nicht nur hören, dass »wir« in der NATO immer nach US-amerikanischer Pfeife tanzen müssen, dass die USA »uns« für ihre »außenpolitischen Abenteuer« benutzt, dass Deutschland in der EU nicht die diesem Land, seiner Größe und Stärke angemessene Position einnimmt, ständig auf Länder Rücksicht nehmen muss, die »uns« nicht das Wasser reichen können, dass darüber auch »unsere« schöne harte DM kaputt geht usw. Es ist dies ein nationalistischer Skeptizismus, der von der Position einiger neofaschistischer Hardliner, die bereits im Supranationalismus *überhaupt* den Keim des Untergangs Deutschlands sehen, bis hin zu jener Sicht der Dinge reicht, die zwar nicht den deutschen Nachkriegs-Erfolgsweg gänzlich ablehnt, jedoch den *Erfolg* nicht recht entdecken kann. Ihre Vertreter hätten gar nichts einzuwenden gegen die EU mit Währungs-, Wirtschafts- und politischer Union, wenn sie denn stärker oder überhaupt deutsch bestimmt wäre. Sie nehmen den Standpunkt der Instrumentalisierung einer starken Europäischen Union für nationale Zwecke ein, wollen ihn aber eben nur für *ein* Land, d.h. für »ihr« Land, gelten lassen und für alle anderen verbieten. Ihr nationalistischer Erfolgsmaßstab – so sehr ein Schröder oder Fischer, ein Stoiber oder Westerwelle mit ihm insgeheim auch sympathisieren – macht regelmäßig die Rechnung ohne Rücksicht auf das ziemlich widersprüchliche politische Konstruktionsprinzip der angepeilten Großmacht Europa: Eine *Unionierung* von *Konkurrenten*, die ihre ökonomischen, politischen und militärischen Ressourcen zusammenlegen, um einem noch größeren Dritten – wem wohl? – jene Konkurrenz machen zu können, zu der sie als *einzelne* Nationalstaaten gar nicht fähig sind, schließt gerade wegen der angestrebten Erfolge zwangsläufig *Abstriche an nationaler Souveränität* ein. Das gleiche Ziel ließe sich ohne solche Abstriche nur auf dem Weg der *Eroberung* bewerkstelligen, der von den »Vaterländern« Europas jedoch zur Zeit als unpraktisch und wenig erfolgversprechend ad acta gelegt worden ist. Der euroskeptische Bürgerstandpunkt nimmt also Maß an der Politik *militärischer Eroberung* und legt dieses Maß an die Europäische Union an, also an eine Einrichtung, die auf *politischen Verabredungen* zwischen weiterhin *konkurrierenden Nationalstaaten* beruht.

Der bornierte Idealismus des Nationalismus von unten ist also gar nicht leicht zufrieden zu stellen. Denn was für Kohl und Schäuble, für Schröder und Fischer innen- und außenpolitische Erfolge sind, das stellt sich für den braven Deutschen oft ganz anders dar. Die *Schaffung* des Euro, der *Beschluss* zur europäischen Osterweiterung, die *Verabredung* von Schengen, die *Harmonisierungen* in der Haushalts-, Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik sind für gestandene Euro-Politiker *für sich* bereits Erfolge auf ihrem Weg zu einer Großmacht Europa, die für Deutschland so einiges abwirft. Doch ein deutscher Bürger kann sich dies alles durchaus umgekehrt zusammenreimen und sich dabei durch Verse aus Politiker- und Mund unterstützt sehen: Die Schaffung des Euro wird gelegentlich als die Preisgabe der starken DM an schwache Konkurrenten beklagt, die ersten Schritte zur Ost-

erweiterung deuten manche als Einladung an arme Völker, sich »bei uns« zu bedienen, und der Vertrag von Schengen funktioniert für einige Politiker schon deshalb nicht, weil »die Italiener« es eben allein nicht schaffen, ihre Grenzen gegenüber dem Ausländerstrom aus dem Balkan, der doch nur »zu uns« will, dicht zu machen – wie man ja wohl tagtäglich im Fernsehen sehen kann! Dass solche Kritik aus Politikermund nur vermehrten deutschen *Einsatz* auf dem eingeschlagenen Weg einfordert, der deutsche Vaterländer aber damit den *Weg selbst* in Frage gestellt haben will, sollte über diesem ideellen Schulterschluss nicht vergessen werden.

Der Bürgerstandpunkt wäre übrigens viel einfacher zu bedienen, wenn all die imperialistischen Bündnisprojekte ihre nationalistische Rason aus einem klaren *Feindbild* beziehen würden, wenn etwa – wie einst zu Zeiten des »Kalten Krieges« vorgeführt, als die Unterordnung der nationalen Hoheit unter die der Nato wegen der bösen Sowjetunion als unabdingbar galt – die Europa-Politiker ein *Deutschland in Not* vorstellen würden, das zu seiner Sicherheit *gegen* Weltmächte wie die USA und Russland dringend eines *Schutzbündnisses* bedarf, wenn also der Zweck aller Bündnisse nur *negativ*, also in gemeinsamer Feindschaft gegen eine oder mehrere dritte Mächte bestünde, damit zeitlich begrenzt und in seiner Preisgabe von Hoheitsrechten eng kalkuliert wäre, dann hätten es die Wächter über die Nationalgesinnung mit Sicherheit leichter. Doch da zum einen eine solche *Notlage* nicht existiert und da zum anderen mit dem *tatsächlichen Zweck* von Währungs- und Wirtschaftsunion (Kampf gegen die Dollar-Hegemonie) und Osterweiterung (ökonomische Eroberung des Ostens und strategische Absicherung gegen Russland) keine Volksagitation betrieben werden kann, ohne diese Projekte selbst zu gefährden,⁸ bleibt die heikle Seite des Umerziehungsprogramms erhalten: *Die neue, den »Herausforderungen der Globalisierung« entsprechende Nationalrason verlangt dem Überzeugungsdeutschen einen Nationalismus ab, der die Akzeptanz von ziemlich viel »Undeutschem« einschließt.*⁹

⁸ Wie würden die Polen, Ungarn oder Tschechen, die sich von der Osterweiterung einen wirtschaftlichen und politischen Aufschwung versprechen, wohl reagieren, wenn ihnen Herr Fischer, Außenminister, mitteilte, man sei an ihnen und ihrer Westintegration nur als Mittel ihrer Festigung als antirussisches Bollwerk interessiert? Und was würde aus der EU, wenn Europa-Politiker die USA nur als den letzten Konkurrenten, nicht aber zugleich als den Partner einer Zweckgemeinschaft behandeln würden, ohne den die weitere Entwicklung europäischer Konkurrenzfähigkeit gar nicht voranzutreiben wäre? (vgl. dazu von der Zeitschrift »GegenStandpunkt« das Heft 4/2000)

⁹ Kurz nach dem Nizza-Gipfel hat Schröder, der genau weiß, was er dem Volk zumutet, noch einmal einen Vorstoß unternommen, der die Frist zur Akklimatisierung an die neuen Verhältnisse etwas verlängert. Das hat ihm im Osten wenig Sympathien eingetragen. Er hat nämlich die Osterweiterung an die Bedingung geknüpft, dass es »selbstverständlich« (!) längerer Übergangsfristen bedarf, ehe die Grenzen vollständig für polnische, ungarische oder tschechische Arbeitssuchende geöffnet werden können. Der Sache nach handelt es sich dabei natürlich nicht um eine Schutzmaßnahme des hiesigen Arbeitsmarktes vor »undeutscher Konkurrenz«, sondern um die Klarstellung an den Osten, dass Deutschland an Armutswanderung gen Westen nicht interessiert ist.

4. Nationalistisches Ersatzprogramm für störenden Nationalismus

Ohne von der Logik der Volkserziehung eine Ahnung zu haben, nur ihrer nationalistischen Nase folgend, haben inzwischen die Politiker – dabei sind besonders Schröder und Fischer hervorzuheben – zusätzlich ein *Ersatzprogramm* für jenen Volksnationalismus, der aus dem Verkehr gezogen werden soll, bei ihren Ghostwritern in Auftrag gegeben. Bekanntlich überzeugt neben der Bekanntgabe von *Feinden* der Nation die nachvollziehbare Präsentation von *Erfolgen* der Politik ein Volk von Nationalisten am ehesten davon, dass nicht nur ihre Heimat, sondern auch deren politische Führung schwer in Ordnung ist. Nach diesem Muster geht die Schröder-Regierung in die Offensive und stellt die öffentliche Propaganda ein wenig um. War vor kurzem noch davon die Rede, dass deutsche Politik den Sachzwängen der Globalisierung folgen *müsse*, dass die Gesetze des Weltmarkts eben eine Standortpolitik *notwendig* machen, die einem Volk, das mehrheitlich aus Einkommensabhängigen besteht, *leider* einiges an Einschränkungen abverlangt, so hört sich die Verkündung derselben Politik seit einiger Zeit etwas anders an. Wenn z.B. Kanzler Schröder davon spricht, dass seine Greencard-Aktion keine Eintagsfliege sein dürfe, sondern je nach Bedarf der nationalen Ökonomie seine Fortsetzung finden wird, dann will er die deutsche Öffentlichkeit davon in Kenntnis setzen, dass mit der Anwerbung der IT-Fachleute aus aller Welt *kein vorübergehender Engpass* im deutschen Bildungswesen kompensiert werden soll. Deutschland, so lautet der neue Tenor, steht es vielmehr zu, dass »die besten Köpfe, die qualifiziertesten Spezialisten, die ausgewiesenen Fachleute« den Wohlstand der Nation mehren. So soll man sich als deutscher Bürger die Sache zurechtlegen – auch wenn man zu denen gehört, die auf die eine oder andere Weise von dieser Konkurrenz nur die Nachteile erfahren: Deutschland hat es inzwischen so weit gebracht, dass die Welt uns gewissermaßen zu Füßen liegt! Die besten Köpfe der Welt – wem stehen sie zu? Uns natürlich! Warum stehen sie uns zu? Weil für *die Besten* nun einmal *das Beste* gerade gut genug ist!

Es soll also ab sofort das Herz der anständigen Deutschen erwärmen, wenn die »besten Köpfe« – mithin die »Kanakaken« und »Fidschis« von gestern – in hiesigen Betrieben ihren Beitrag zu einem Wachstum leisten, das sich in den nationalen Bilanzen niederschlägt. Deutsche Bürger sollen ihre Herrschaft ab sofort dafür rühmen, dass sie auf der Welt nichts anbrennen lässt, sondern immer darauf schaut, wo noch »gutes Geld« abzuholen, »profitable Rohstoffquellen« zu erschließen oder »billige Waren« und eben »beste Köpfe« einzukaufen sind.¹⁰ Ihnen soll einleuchten, dass der bornierte Standpunkt der Volksgemeinschaft kleinkarierte Züge trägt und sich gerade wegen Deutschland und seiner Größe der imperialistischen Erfolgsmoral zu unterwerfen hat. Gerade ein zeitgemäß denkender Nationalist muss jede Totalausgrenzung von Ausländern als dysfunktional für die Erfolge der Nati-

¹⁰ Dass dies die Rücksichtslosigkeit gegenüber den Lebensbedingungen ganzer Völker einschließt, die sich aus »besten Köpfen«, »Billigproduzenten« und aus den Resultaten solcherart »globaler Politik«, den TV-bekanntesten »lebensunwerten« Hungerleidern, zusammensetzen, spielt in einem Erziehungsprozess, in welchem aus störenden Nationalisten linientreue Patrioten werden sollen, für beide Seiten keine Rolle.

on begreifen, lautet das Bekenntnis zu Deutschland heute. Und nicht einmal ihren völkischen Rassismus müssen sie dafür gänzlich entsorgen. Denn wenn »die besten Köpfe zu uns« kommen, dann belegt dieser nationale Erfolg auf dem Weltmarkt doch nur wieder einmal, dass die Deutschen eben geborene Erfolgsmenschen sind – »fast möchte man, im Vergleich zu den Ausländern, die sich hierzulande gern nützlich machen würden, von *Herrenrasse* sprechen...«¹¹

Das Umerziehungsprogramm mutet den deutschen Patrioten der *Sache* nach einiges zu! Dazu passt, dass noch kein nationales Erziehungs- oder Umerziehungsprogramm bevorzugt auf Überzeugungsarbeit, also aufs Argumentieren gesetzt oder sich gar darauf *verlassen* hat. Die Nationalerziehung bringt zwar einige neue Botschaften unter das Volk, setzt jedoch zugleich auf einen Überzeugungseffekt, der mit dem politischen Status des Erziehers verbunden und der Sache adäquat ist, den des Einsatzes der *Staatsgewalt*. Die nachfolgend untersuchten Erziehungsmittel lehnen deswegen vor allem die Rechtsradikalen vom »Rand der Gesellschaft« Mores, werfen aber auch für die »Mitte der Gesellschaft« noch einiges an Kollateralnutzen ab.

¹¹ Aus: »Marktwirtschaftlicher Anti-Rassismus schlägt rechtsradikale Ausländerfeindschaft«, in: GegenStandpunkt, 4/2000, S. 105

Kapitel 4

Ächten, ausschließen, einschließen, verbieten: Staatliche Repression als Umerziehungsmethode

1. »Den ganzen Repressionsapparat des Staates einsetzen!«

Das Volkserziehungsprogramm der Kampagne gegen den Rechtsextremismus setzt auf die Wirkung bewährter pädagogischer Prinzipien: Wer nicht hören will, muss bekanntlich fühlen, denn nur aus Schaden wird man klug. Um welche Sorte Klugheit es sich handelt, die dem Schaden entspringt, und wie die Vernunft gestrickt ist, die Resultat des Fühlens ist, interessiert die Staatspädagogen nicht.¹ Sie sind an der *Wirkung* interessiert. Für die hartgesottenen rechtsextremen Straftäter sind mannigfache Formen von Schäden vorgesehen, um sie klug zu machen. Ihr Umfeld soll aus der *Anschauung* dieser ganzheitlichen, d.h. aufs Fühlen setzenden Erziehungsmethode entsprechende Schlüsse ziehen. Und die »Mitte der Gesellschaft« darf dem kompromisslosen Vorgehen gegen Glatzen und NPD entnehmen, wie ernst es dem Staat mit seinen Lektionen ist.

Ihnen allen gilt die Quintessenz dieser »Lektion in wehrhafter Demokratie«, für die die FAZ eine Lanze bricht: »Der Staat hat auch eine erzieherische Aufgabe – und dabei greifen die allgemeinen Regeln der Pädagogik. Diese besagen nicht erst seit Jean-Jacques Rousseau, dass sich der Erzieher Einsichtigen gegenüber verständnisvoll und entgegenkommend zeigen soll, dass er aber jeden Machtkampf gewinnen muss, zu dem ihn Uneinsichtige herausfordern.« Deswegen ist heute wieder einmal »eine Lektion in wehrhafter Demokratie fällig«.² Und die soll sitzen.

Um die Skins und NPD'ler Mores zu lehren, werden *Repressionsmaßnahmen* erwogen, aufgefahren und angewandt, die zu diesem staatspädagogischen Programm passen. Deren öffentliche Besprechung ist dabei selbst ein Teil der Umerziehungs-

¹ Man soll sich aber nicht täuschen: Dass *Erziehung*, zumal *Umerziehung* über *Einsicht* läuft, dass diese Einsicht auf überzeugend *begründeten* Urteilen basiert und dass schließlich ein *Wille* deshalb im Wissen um die *Fehler* alter *Wissensinhalte* – nebst denen des darin eingeschlossenen *Handelns* – von ihnen Abschied nimmt und sich selbst unter kundiger Anleitung ein neues, durchdachtes Programm setzt, ist in den expliziten Erziehungseinrichtungen dieser Gesellschaft keineswegs *die Regel*. Eher schon die Ausnahme. Bekanntlich besitzt die *Strafe* eine pädagogische Dimension und der Erzieher eine (Amts-) *Autorität*, der zu folgen ist. Einem fehlenden Lernwillen muss auf die *Sprünge* geholfen werden, da darf der Erzieher nicht zimperlich sein usw.

² FAZ 7.8.2000

maßnahmen. So darf es denn auch nicht verwundern, dass Schily und Beckstein, Merkel und Höppner ungeniert von »Repression« und davon reden, dass sie den Staat als »Repressionsapparat« zum Einsatz bringen wollen. Und dies, wo amtierende Demokraten uns doch seit Jahrzehnten beibringen, dass sich nur *totalitäre* Regime wie der Faschismus durch Repressionsmaßnahmen gegen Andersdenkende auszeichnen und es geradezu als Verleumdung gilt, wenn Kritiker die demokratische Staatsgewalt der Repression bezichtigen. Doch jetzt kann man von Politikern aller Parteien das Gegenteil hören: »Gegen den Rechtsextremismus muss der Staat konsequent alle seine Gewaltmittel zum Einsatz bringen!« Jetzt scheuen sich demokratische Politiker nicht, diese angeblich verleumderische Rede selbst zu pflegen: Sie fordern die gewaltsame Unterdrückung dieser Sorte von abweichendem Nationalismus. Und niemandem will dabei so richtig auffallen, dass in der Tat lauter Mittel und Methoden zur Anwendung kommen oder öffentlich »angedacht« werden, mit denen in der Tat faschistische Regime ihre Gegner kalt zu stellen pflegen.³ Politische Abschreckungsurteile, die im Schnelltempo durchgezogen werden, Berufs-, Vereins- und Parteiverbote, öffentliche Hetze und Aufforderung zur Denunziation, Bespitzelungen, die bis in die Privatsphäre reichen,⁴ usw. Die Protagonisten der Kampagne gegen Ausländerfeindlichkeit haben sich schnell zu dem Befund durchgerungen, dass mit diesem »braunen Gesocks« auf keinen Fall jene politische Auseinandersetzung zu führen ist, die sie vom Faschismus gerade unterscheiden soll. Aber auch andere Mittel wie Resozialisierung, »Integration« oder »Orientierungsvermittlung« halten sie inzwischen für unangebracht.⁵ Dass sie sich mit dem Einsatz brachialer Mittel an demokratischen Grundsätzen vergehen würden, halten sie selbst für einen ungerechten Vorwurf. Nicht ganz zu Unrecht, denn es ist gar nicht ihr Anliegen, den Rechtsextremismus als *Überzeugung* zu bekämpfen. Und von faschistischen Methoden wissen sich die Demokraten weit entfernt – immerhin bringen sie ihre Staatsfeinde nicht um.

Die »Erziehungsmittel«, mit denen der Staat seinen »Machtkampf gewinnen muss«, dienen zunächst einmal dazu, dingfest gemachte, *gesetzesbrüchig gewordene Ausländerfeinde abzustrafen*. Die Bestrafung gilt einem *unerwünschten Handeln*. Sie nimmt dabei zielstrebig die handelnden Personen aufs Korn und operiert mit der Brechung des Willens der »auffällig« gewordenen Rechtsextremen. Dass unserem demokratischen Staatswesen alles Repressive fernliegt, bei uns also nicht *Personen* abgeräumt, sondern bloß *Gedanken* bekämpft werden, gilt selbstverständlich nur für diejenigen, die es verdient haben. Und dazu gehören die Skins und die NPD nicht mehr. Hier muss der Staat repressiv werden. Und Repression, das meint nun einmal nichts anderes als *gewaltsame Unterdrückung von Personen*. Die *sol-len* getroffen und als *Gedankenträger unschädlich* gemacht werden. So simpel geht die Logik dieses Vorgehens: Verbotene *Urteile* und daraus folgende *Handlungen* bekämpft man am besten, indem man gleich die *Personen*, an denen beide – *Urteile* und *Taten* – nun einmal hängen, »unschädlich« macht. Mit Gefängnisstra-

³ Ein Treppenwitz ist zu vermelden: Den Neofaschisten selbst ist es aufgefallen. (Vgl. dazu Kapitel 8)

⁴ Vgl. dazu das Kapitel 6 über die Zivilcourage.

⁵ Überdies wird der Ruf nach kompromislosem Einsatz der Staatsgewalt in dem Maße lauter, wie vermehrt *antisemitische* Übergriffe und Schmierereien öffentlich gemacht werden.

fen, mit Existenzzerstörung, »Rufschädigung« und mit der Zerschlagung von organisierten Zusammenhängen, also *gewaltsam* werden, die Rechtsextremen an weiteren unerwünschten Übergriffen gehindert. Mit dem *Ausschluss* aus der Gesellschaft bzw. von gewohnten gesellschaftlichen Zusammenhängen wird eine praktische, sich materiell und sozial schädlich auswirkende Zäsur zwischen »denen« und dem Rest der Bürger *in der* Gesellschaft gezogen. Da »einschläfern ja nicht geht«, wie Innenminister Schily auf den Spiegel-Vorhalt, er würde nicht so schnell und zupackend handeln wie in der Kampfhundaffäre, süffisant erklärte,⁶ bleibt es beim Wegsperrn und Ausgrenzen. Das Leben wird nicht angetastet, aber es wird von Staats wegen der Mittel beraubt, die es zum Leben, zum Verfolgen von materiellen, sozialen und politischen Interessen nun einmal braucht.⁷

Die offene Drohung mit und die Anwendung von Strafen gilt dabei nicht allein der Anwendung von *Gewalt* gegenüber Ausländern bzw. der Sachbeschädigung jüdischer Einrichtungen. Angeprangert wird neuerdings zusätzlich die *politische Kriminalität* der Rechtsextremen. Es handelt sich bei ihnen, so der offizielle Befund heute, nicht um verirrte, orientierungslose Jugendliche, die sozialpädagogischer Betreuung überantwortet gehören, sondern um Verfassungsfeinde, die vor dem Angriff auf das staatliche Gewaltmonopol nicht zurückschrecken. Deswegen wird an den gewalttätigen Übergriffen auf Ausländer und an den Zerstörungen an Synagogen das politische Motiv identifiziert und der Gewalttat *strafverschärfend* zugeordnet. Die auf- und damit straffällig gewordenen Glatzen und Neofaschisten sollen, so will es der versammelte politische Sachverstand der deutschen Innenminister, tatsächlich in der einen oder anderen Weise als *Staatsfeinde* aus dem Verkehr gezogen werden. Wenn ein Staat die politische Gesinnung und die Taten von Glatzen und Neofaschisten für verfassungs- und damit für staatsfeindlich erklärt, dann kennt er nämlich dagegen kein anderes Mittel als den Einsatz des staatlichen Gewaltapparats. Es ist das Recht, in das er sein Interesse gegossen hat und dessen Einhaltung er mit seinem Gewaltmonopol überwacht und durchsetzt, welches die Bestrafung dieser Täter, also die gewaltsame Unterbindung ihres *staatsfeindlichen* Tuns *verlangt*.

⁶ Siehe dazu das Interview im Spiegel 32/2000.

⁷ Nur um Missverständnissen vorzubeugen: Diese Kritik der Staatsmaßnahmen ist kein Plädoyer für einen schonenden Umgang mit Neofaschisten, keine Parteinahme für diese Opfer von Staatsgewalt. Auch will ich umgekehrt nicht behaupten, die Glatzen hätten diese Kampagne *verdient*. Die theoretische Kritik hat überhaupt nichts zu schaffen mit irgendeiner Form von Parteinahme für eine der beiden Seiten. Sie basiert auf der Kritik von Staatsgewalt und nimmt deswegen auch von der ärgerlichen Unsitte Abstand, sich selbst als Inhaber eines Staatsamtes zu fingieren, der mit der Gewalt sinnvoller umgehen würde – wenn er sie denn inne hätte. Dabei ist nicht nur die Fiktion ärgerlich, sondern besonders der Umstand, dass diese ideelle Einmischung in Staatsgeschäfte besonders bei denen beliebt ist, die wegen der real existierenden Staatsgewalt allzu häufig gerade den Angelegenheiten ihres eigenen Alltags ohnmächtig gegenüberstehen.

2. Überzeugungstäter sind nicht zu überzeugen

Diese *politische* Beurteilung der Täter ist, wie gesagt, *neu*. Zutreffend ist auch sie nicht. Weder war der alte Befund von den »desorientierten Jugendlichen« richtig, noch trifft der neue von den »Überzeugungstätern« den Kern der Sache. Der alte war falsch, weil der politische Gehalt der Ausländerfeindschaft sozialpsychologisch vernebelt und damit geleugnet wurde. Der neue Befund ist falsch, weil zwar nicht mehr die »Überzeugung« geleugnet, dafür aber jeder *Zusammenhang* zwischen ihr und der Gesellschaft, in der sie entstanden ist, in der sie sich ausgebreitet hat und praktisch zur Geltung kommt, als gänzlich undenkbar gilt und sie deswegen als kriminell eingestuft wird.⁸

Nun fällt auf, dass heute von Staatsseite den zu Überzeugungstätern deklarierten Ausländerfeinden *abgesprochen* wird, worauf vor knapp zehn Jahren noch gesetzt wurde: die *Bereitschaft* und *Fähigkeit*, »in die Gesellschaft« zurückzukehren, verloren gegangene Orientierung wiederzufinden und sich als Deutscher wieder in die Gesellschaft zu *integrieren*.

Das ist auf den ersten Blick merkwürdig: Die Totschlagereien von damals wurden mit xenophoben Dispositionen, mit dem, »was uns an uns selbst fremd ist«, unserem »inneren Ausland«,⁹ mit Frustrationsintoleranz und Erziehungsfehlern erklärt und damit entschuldigt. An ihnen wurde zum einen das Wirken von angeborenen oder Umwelt-Kräften festgestellt, für deren brutale Äußerung die Jugendlichen nichts können sollen, weil die sich ihrem Willen und Bewusstsein entziehen würden. Zum anderen aber waren *Appell an Einsicht und Vernunft*, die Ausschmückung der Folgen ihrer rechtsextremistischen Praxis für ihr späteres Leben die probaten Integrationsmittel, auf die Sozialpädagogen nicht verzichten wollten. Selbst die streng sozialpsychologisch gedachte Praxis, diese Jugendlichen in *andere Umstände* zu versetzen, ihnen Jugendheime, sinnvolle soziale Betätigung, vielleicht sogar eine Lehrstelle und ein heimeliges Heim zu besorgen, um ihre Begeisterung für das Anzünden von Ausländern etwas abzukühlen, funktionierte nicht ohne dezente Hinweise auf die Judikative, die ihre »überzeugende« Wirkung denn auch häufig nicht verfehlten.

Beim Umgang mit den heute »auffällig« gewordenen Rechtsradikalen geht es umgekehrt zu. So werden sie zwar zu *Überzeugungstätern* erklärt, also ein *politischer Wille* für ihre Taten *verantwortlich* gemacht. Dennoch wird daraus von Politikern der Schluss gezogen, dass jede *Überzeugungsarbeit* gänzlich *überflüssig* ist. Obwohl also den Jungfaschisten erstmals *bewusstes* politisches Tun angekreidet wird, gilt es doch zugleich als völlig unangreifbar durch Formen der Kritik und Überzeugungsarbeit. Dabei ist den Freunden des repressiven Umgangs mit den

⁸ Vgl. auch Kapitel 11 und 13 dazu.

⁹ So der linke Bremer Hochschullehrer G. Vinnai heute immer noch ungerührt, z.B. in: Bremer Lehrerzeitung, 01/2001. Da finden sich »Problematierungen«, die es in sich haben: »Die Analyse der Ausländerfeindlichkeit muss fragen, wem die Wut eigentlich gilt, wenn Ausländer misshandelt werden.« Sie werden konsequent fortgesetzt: »Aggressive Regungen, die dem eigenen Selbst gelten, können auf andere Menschen verschoben werden...« Und führen dann schlüssig zu der Frage: »...ob die deutschen Ausländerfeinde überhaupt deutsche Nationalisten sind.« Tusch! (Zur soziologischen Variante dieser psychologischen Meisterleistung vgl. das Kapitel 12)

Rechtsextremen nicht etwa aufgefallen, dass so ein Streit zwar denk- und durchführbar wäre, aber wegen der Verhärtung der Positionen zu keinem befriedigenden Ende führen würde.¹⁰ Nicht die Verfestigung politischer Urteile zum Interesse und seine Radikalisierung zum irreversiblen Standpunkt ist es, der die Politiker von jeder inhaltlichen Auseinandersetzung Abstand nehmen und zur Gewalt greifen lässt. Es verdankt sich dies vielmehr gerade dem Umstand, dass hier kurzgescho-rene Bürger ihrem *unerlaubten* politischen Willen ziemlich freien Lauf lassen.

Denn das geht einfach nicht in den Kopf der von ihrem Volk mit viel Zustimmung verwöhnten Politiker hinein: Wie kann jemand etwas *wollen* und ganz *bewusst* in die störende Tat umsetzen, was doch vom Staat als Diskreditierung demokratischer Regeln bewertet wird? Ein Bürger dieser Republik, der seinen Verstand beisammen hat, der *kann* doch gar nicht anders, als dieser seiner Heimat seine prinzipielle Reverenz zu erweisen! Wenn er dennoch verfassungsfeindlich agiert, dann, so geht diese Logik weiter, ist dieser Wille nicht etwa mit *Gründen* – welcher Art auch immer – ausgestattet, sondern *böse*. Und ein dem Bösen verpflichteter Wille gehört unter Einsatz aller dem »Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Repressionsmittel« gewaltsam *ausgegrenzt*, statt mit guten Worten und viel Überredung integriert. So löst sich diese Paradoxie für die Politiker schlüssig auf: Aus der *störenden* Überzeugung wird gefolgert, dass sie Ausdruck einer bösen *Natur* sein muss, denn – von der guten demokratischen *Gesellschaft* kann sie auf keinen Fall kommen! Folglich muss dieser rechtsextreme Ausländerfeind *fühlen*, weil er gar nicht hören *kann*.

3. Das Adriano-Urteil

Geradezu exemplarisch hat der Richter im Mordprozess Alberto Adriano sein Abschreckungs*urteil* mit einer *Urteilsbegründung* versehen, die das Anliegen des Rechtsstaats noch einmal aus der unbelehrbaren Täternatur ableitet: »*Die Tat*«, so führte er aus, »*ist Ausdruck einer diesem Staat grundfeindlichen Haltung*.«¹¹ Und damit niemand auf die Idee kommt, die Täter seien eigentlich mehr in die Schublade der Sozialopfer einzuordnen, zitiert er eine passende Erhebung, aus der hervorgeht, dass »90% der Rechtsextremisten zwischen 15 und 24 Jahre weder arbeitslos (sind) noch in ärmlichen Verhältnissen leben«. Die dem Staat »grundfeindliche Haltung« wird weiter ausgeführt: Die Angeklagten hätten aus »niedrigen Beweggründen« getötet. »Niedrige Beweggründe deshalb, weil sie ihn (A. Adriano) aus Ausländerhass, seiner Rasse und seiner Hautfarbe wegen misshandelt haben.« Und wie um die Irreversibilität des Bösen der staatsfeindlichen Haltung als zweifelsfrei erscheinen zu lassen, greift der Richter ins Repertoire passender Bilder: »Die Angeklagten werden lange Zeit zum Nachdenken haben. Ob sie dazu bereit (!) und in

¹⁰ So etwas gibt es tatsächlich. Wem würde es schon einfallen, angesichts irgendeiner massiven Belästigung durch Glatzen dazu aufzurufen, die Knüppel beiseite zu legen, einen Diskussionsleiter zu bestellen und Argumente auszutauschen. Er würde mit diesen nicht weit kommen – gerade weil er keinen Knüppel besitzt. Der Staat verzichtet allerdings aus geradezu *entgegengesetzten* Gründen auf solche »Klärung«! Weil er den »Knüppel« einsetzen will.

¹¹ Zur Begründung siehe auch den Text der Mitschrift im Kasten auf der folgenden Seite.

WAS TUN GEGEN RECHTS?!

**»DIE TAT IST AUSDRUCK EINER DIESEM STAAT
GRUNDFEINDLICHEN HALTUNG«**

IM WORTLAUT: URTEILSBEGRÜNDUNG IM MORDPROZESS ALBERTO ADRIANO

Am 11. Juni ermordeten drei junge Skinheads in Dessau den Mosambikaner Alberto Adriano. Am vergangenen Mittwoch folgte das Urteil: Gemeinschaftlicher Mord. Die Frankfurter Rundschau dokumentiert Auszüge einer Mitschrift der mündlichen Urteilsbegründung des Vorsitzenden Richters, Albrecht Hennig:

Die Angeklagten haben am 11. Juni in Dessau Alberto Adriano erschlagen, weil er eine andere – eine dunkle – Hautfarbe hatte. Alberto Adriano ist damit das jüngste Opfer einer lang anhaltenden Kette von Gewalttaten – einer Kette, der ein Ende gemacht werden muss. (...) Seit 1990 starben 28 Menschen durch rechtsextremistische Gewaltakte, davon drei im vergangenen Jahr. (...) Rund 120 rechtsextremen Organisationen gehören über 53.000 Personen an. Hinzu kommen gewaltbereite Rechtsextremisten, deren Zahl zunimmt: von 6.400 im Jahr 1996 auf 9.000 im Jahr 1999. Mehr als die Hälfte von diesen lebt in den neuen Ländern, deren Bevölkerung 21 Prozent der Gesamtbevölkerung darstellt. Dabei sind 90 Prozent der Rechtsextremisten zwischen 15 und 24 Jahre alt, weder arbeitslos noch leben sie in ärmlichen Verhältnissen. (...) Nicht minder bedrückend sind die punktuellen Einblicke in die Ansichten deutscher Bürger. Sie erlauben keine sicheren Aussagen zur fremdenfeindlichen Haltung der ganzen Bevölkerung, aber sie sind Indizien, die Angst machen. (...) Es geht erkennbar nicht um Ausländer allgemein, es geht um den farbigen Ausländer. Er wird seiner Hautfarbe wegen gehasst. (...) In diesem Klima kommt Alberto Adriano ums Leben. (...) Wir haben uns der Rechtsansicht der Bundesanwaltschaft angeschlossen. Ohne den Vorfall und die Personen der Angeklagten in dieser Hinsicht überzubewerten, ist aber grundsätzlich festzustellen, dass die Tat Ausdruck einer diesem Staat grundfeindlichen Haltung ist. (...) An das Strafrecht dürfen freilich die Erwartungen nicht allzu hoch gestellt werden. Es ist kein taugliches Instrument gegen menschliche Dummheit und rassistische Borniertheit, schon gar nicht, wenn diese sich unter einer Glatze breit macht. Die Strafjustiz kann nur reagieren, repressiv, wenn geboten, aber nicht vorbeugen, dort, wo anzusetzen ist. Umdenken ist angesagt – wie aber soll das zu erzwingen sein? (...) Drei Gleichgesinnte haben sich (in der Mordnacht vom 10. auf den 11. Juni am Dessauer Bahnhof, d. Red.) gefunden. (Alle drei hatten dort ihre Züge verpasst, d. Red.) Sie erkennen die gemeinsame Gesinnung an der Kleidung. M. trägt ein Consdaple-Hemd – die mittleren Buchstaben sind NSDAP. Vor allem haben sie eines gemeinsam: die Liebe zu rechtsradikalen Liedern von Bands wie Landser, Kraftschlag, Sturmwehr. Hier einige Kostproben: (...) Afrikalied: »Afrika für Affen, Europa für Weiße, steckt die Affen in ein Boot und schickt sie auf die Reise. Afrika für Affen, Europa für Weiße. Steckt die Affen in ein Klo und spült sie weg wie Scheiße.« Wem von uns kommt da kein Brechreiz? (...) In diesem gemeinsamen Geist beschließen die drei nach Mitternacht, durch die Stadt zu marschieren. Sie sind alkoholisiert. (...) Sie schreien: »Hier marschieret der nationale Widerstand«, »Sieg heil«, »Juden raus«. (...) Gegen 1.50 Uhr treffen sie auf Alberto Adriano. (...) Die Angeklagten finden ein Opfer ihres gemeinsamen Hasses. Der Ungeist des »Afrikaliedes« entfaltet seine Wirkung. (Es folgt die Schilderung des Tathergangs, d. Red.).

Wir haben das seltene Glück, dass diese Tat von vielen Zeugen beobachtet worden ist, die in der Nähe des Tatorts waren, und sich den Ablauf des Geschehens und insbesondere die mündlichen Äußerungen der Angeklagten gemerkt und eingehend berichtet haben. (...) Der Senat ist davon überzeugt, dass die Angeklagten damit gerechnet haben, Adriano könne an den Misshandlungen sterben und dass ihnen das egal war. »Scheißegal«, um R. wörtlich zu zitieren. (...) Die Angeklagten haben einen Mord begangen. Sie haben einen Menschen aus niedrigen Beweggründen getötet. Niedrige Beweggründe deshalb, weil sie ihn aus Ausländerhass, seiner Rasse und seiner Hautfarbe wegen misshandelt haben. (...) Offen bleibt, und das ist unbefriedigend, die Frage nach den tieferen Ursachen. Die allgemeinen gesellschaftlichen Ursachen aufzuklären ist eine Überforderung der Justiz. Die individuellen Ursachen sind verschlossen geblieben. (...) Die Täter sind in vollem Umfang für ihre Tat verantwortlich. Geistige Defekte hat der Psychiater ausgeschlossen. Auch eine verminderte Schuldfähigkeit durch den getrunkenen Alkohol liegt nicht vor. (...) Trotz ihres jungen Alters sind die Angeklagten erschreckend trinkgewohnt. (...)

Den Angeklagten Hilprecht (24) trifft eine absolute Strafe (...): die lebenslange Freiheitsstrafe. Über die Strafzwecke muss man angesichts der absoluten Strafe wenig nachdenken. So bleibt auch erspart, über die so selbstverständlich erwartete und unterstellte Generalprävention nachzudenken. Wäre sie so wirksam wie erwartet, dann hätte es nach dem strengen Rostocker Eggesin-Urteil diese Tat nicht geben dürfen (...). Wenn aber eine Strafe die Wirkung hätte, dass sich Zivilcourage zeigt, dass Bürger einschreiten, dass Bürger sich wenigstens als Zeugen melden und ihre Beobachtungen schildern, dann wäre das schon Erfolg genug. (...) Der Senat hält für eine umfassende Erziehung der beiden Angeklagten (Christian R. und Frank M., beide 16 Jahre alt) eine langwierige Erziehungszeit für nötig. Eine Jugendstrafe von jeweils neun Jahren soll diesem Ziel gerecht werden. Mit Skepsis sehen wir jedoch die tatsächlichen Einwirkungsmöglichkeiten im Jugendvollzug. (...) Je mehr rechtsextreme Gewalttäter angesichts der zunehmenden Gewalttaten eingesperrt werden, desto konzentrierter werden sie im Jugendvollzug zusammengeführt. Es wird eine besondere staatliche Aufgabe, dem entgegen zu steuern. (...) Die Angeklagten werden lange Zeit zum Nachdenken haben. Ob sie dazu bereit und in der Lage sind, wissen wir nicht. Wir denken aber, dass das Bild des grausigen Geschehens, für das sie verantwortlich sind, sie lange Zeit begleitet, sie nachts und in ihren Träumen verfolgen wird. (...) Tiere gehen mit dem am Boden liegenden Gegner gnädig um – Rechtsradikale offensichtlich nicht. (...)

¹ Aus Frankfurter Rundschau vom 1.9.2000

der Lage (!) sind, wissen wir nicht. ... Tiere gehen mit dem am Boden liegenden Gegner gnädig um – Rechtsradikale offensichtlich nicht.« Deswegen sieht er bei diesen Burschen, die schlimmer noch als Tiere sind, auch keine Läuterungsaussichten: »Mit Skepsis sehen wir jedoch die tatsächlichen Einwirkungsmöglichkeiten im Jugendvollzug.« Das begründet die Ausgrenzung aus der deutschen Gesellschaft, weil sie sich selbst außerhalb der *Menschengesellschaft* gestellt haben, und riecht schon ziemlich nach anschließender Sicherheitsverwahrung.

Dass das Urteil – einmal lebenslänglich und zweimal eine Jugendstrafe von neun Jahren – *allgemein* und *uneingeschränkt* auf Beifall gestoßen ist, kann eigentlich nur denjenigen verwundern, der noch ganz auf den hiermit außer Kraft gesetzten Idealismus setzt, demzufolge Jugend, Alkohol und Herkunft doch straf-

mildernd in Rechnung gestellt werden müssten, und dass es zu den moralischen Grundprinzipien des Rechtsstaates gehöre, jedermann die Chance auf Reue und Sühne einzuräumen. Richter Hennig aus Halle wusste, dass es ihm oblag, ein *Exempel* zu statuieren. Deswegen reizte er für zwei Täter das Jugendstrafrecht voll aus, urteilte den 24-Jährigen ohne Umschweife und anders als in vielen vorangegangenen Fällen nach dem Erwachsenenstrafrecht ab, wertete den Alkoholgenuss geradezu als strafverschärfend, erklärte alle Täter für »in vollem Umfang für ihre Tat verantwortlich«, obwohl er sie als »dumm«, »borniert« und »tierisch« darstellt, und bügelte mit dem Verweis auf die zitierte Sozialforschung den Antrag auf Berücksichtigung der sozialen Herkunft der drei ab. Verlangt war von ihm ein Urteil und eine Urteilsbegründung, die zur politischen Kampagne passt. Beides lieferte er ab, wusste als Richter auch sofort, dass alte Auslegungsmaßstäbe, nach denen die Glatzen als sozial Geschädigte durchgingen, nicht mehr zeitgemäß sind. Sein Urteil sollte eben nicht nur drei Jungfaschisten wegsperren, sondern bei Gesinnungsgenossen präventiv wirken und obendrein auf die Bürger Eindruck machen.

3. Repressionspädagogik...

Es ist keineswegs ungewöhnlich, dass bei einer Aburteilung nicht allein an der Strafwürdigkeit der Tat nach dem Strafgesetzbuch Maß genommen wird, sondern zugleich an *Abschreckung* gedacht, oder dass wegen der Abschreckungsfunktion die Strafwürdigkeit neu beurteilt wird. Mittels der ziemlich endgültigen *Brechung* des Willens der drei *Täter* wird nämlich immer auch dem Willen der *Sympathisanten* eine *Kalkulation* unterbreitet. Die folgt insofern einer ebenso durchgesetzten wie merkwürdigen Logik: Denn die Kalkulation muss die inkriminierte Sache selbst, den Rechtsextremismus, überhaupt nicht ernsthaft in Zweifel ziehen. Härter noch: Der Rechtsextremismus kommt als die *geächtete* politische Praxis in solchen Überlegungen gar nicht vor. Nur das zu erwartende *Strafmaß* wird in die Rechnung einbezogen. Abschreckung macht gerade nicht aufmerksam auf die Gemeinheiten, die begangen wurden, sondern erlaubt, dass an der ausländerfeindlichen Überzeugung *festgehalten* wird. Allein die Frage wird aufgemacht, was man sich im schlimmsten Falle beim »Ausländeraufklatschen« einbrockt, und ob einem dies die politische Sache, das Vorgehen gegen Ausländer, *wert* ist?

Mit dieser Frage müssen alle Skins allerdings ab sofort umgehen. Da mögen die Entscheidungen von Neonazis und Rechtsradikalen so oder so ausfallen, da mögen sie angesichts des neuen Windes, der da aus den Gerichtssälen bläst, erst recht trotzig werden oder zu der »Einsicht« kommen, dass die Befriedigung, die ihnen die »Treibjagd auf Neger« bereitet, in keinem Verhältnis zu den möglichen Folgen fürs – versaute – weitere Leben steht. Oder es mögen ihnen die Reden von NDP-Funktionären einleuchten, die vor den Radikalismus gegenüber Ausländern die Erringung der Staatsmacht stellen. Immer erfahren sie dabei zugleich, dass es um ihre Sache nicht deswegen so schlecht steht, weil sie schlecht bzw. falsch wäre, sondern weil die politische Konkurrenz, die sie zum demokratischen Staat aufmachen wollen, von diesem als politische Kriminalität eingeordnet und behandelt wird. Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass – und erste, sofort öffentlich aus-

gebreitete Erfolgsmeldungen der Spitze der Verfassungsschutzorgane stehen dafür – Glatzen ihre Haare wachsen lassen, Skins anderes Schuhwerk erwerben und Jungfaschisten sich von der NPD und damit von ihrer öffentlichen Rundumobservierung zurückziehen. Immerhin können sie nicht vom Führerkult und Ausländerhass, sondern nur von Arbeit in Betrieben und Büros leben.

Die abschreckende Wirkung von Urteilen der genannten Art, von öffentlicher Ächtung, angedrohtem Berufsverbot, Führerscheinentzug oder Ähnlichem auf die Gesinnungsgenossen liegt also nicht darin, dass dem Ausländerhass abgeschworen wird, dass Skins ihren Rassismus kritisieren oder gar Nationalismus für schädlich erklären, sondern darin, dass all dies *versteckt* wird – und zwar dort, wo es entstanden ist und schon immer seine Heimstatt hatte, *im Kopf*. Mit der Abschreckung wird dem rechtsradikalen Rassistin ausschließlich nahegelegt, sich in Zukunft *unauffällig* zu *verhalten*. Genau das wäre die Klugheit, die aus dem Schaden der Abgestraften erwächst. An seinem Verhalten entscheidet sich, ob er zu den »Uneinsichtigen« gehört, denen gegenüber der Staat »den Machtkampf gewinnen muss«; oder ob er unter die »Einsichtigen« fällt, denen gegenüber er sich »verständnisvoll und entgegenkommend zeigen« kann – wie es in der FAZ hieß.

Das schließt für ihn so einiges ein, eben alles, was zu einem unauffälligen Staatsbürger in der Demokratie dazugehört: An regierungsfeindlichen Demonstrationen nimmt man nicht mehr teil, im Outfit passt man sich an, gegenüber Ausländern hält man sich zurück, und gewählt werden SPDCDUFDP oder Bündnis90/Die Grünen. Eine vollständige Absage an die Ausländerfeindlichkeit ist zudem gar nicht nötig, denn der Unterschlupf in den demokratischen Parteien schließt ein, dass auch der Ausländerfeindlichkeit eine neue Heimat geboten wird – nur eben eine *zeitgemäße* mit Greencard und Osterweiterung.

Im Februar 2001 hat die Bundesregierung nun zusätzlich einen Plan des Verfassungsschutzes präsentiert, mit welchem den Neonazis ein »Angebot« unterbreitet werden soll. »Aussteigerprogramm« heißt es und will »reueige Neonazis« in die demokratische Gesellschaft zurückholen. Den Gedanken an einen Ausstieg will ihnen die Bundesregierung mit der Aussicht auf Hilfe bei Arbeits- und Wohnungssuche schmackhaft machen. Auch mit diesem Plan ist nicht in erster Linie daran gedacht, verirrte Schäfchen wieder der Herde zuzuführen. Ein Rückfall in die alten Zeiten der »Integrationspolitik« kündigt sich nicht an. Vielmehr soll dieses Programm die »rechte Szene verunsichern und ausdünnen« (Schily), also einen Beitrag zu ihrer Zerschlagung darstellen. Die Kalkulation, auf die die Abschreckungspädagogik *setzt*, wird hier offensiv selbst als Mittel eingesetzt. Dabei ist sich der Staat der *Wirkung* seines harten Vorgehens gegen »die rechte Szene« mit verschärfter Überwachung, Verurteilung, Berufs- und NPD-Verbot offenbar so sicher, dass er selbst jenen Jungfaschisten nebst Anhang, die er zu unverbesserlichen Überzeugungstätern erklärt hat, dieses »Angebot« mit Aussicht auf Erfolg glaubt machen zu können.

Die Erpressung, mit der das Angebot operiert, stellt dabei als *Lohn* für den Fall, dass der Jungnazi seinem Umfeld abschwört, nur den staatlichen *Verzicht* auf die *Existenzvernichtung* in Aussicht. Das ist schon alles. Es lautet im Klartext: »Ihr habt ohnehin keine Chance, weder als Partei noch als Privatmenschen. Eure Partei zerschlage ich, Eure Existenz ruiniere ich. Die Mittel dafür habe ich in der Hand.«

Von Straffreiheit ist keine Rede.¹² So gesehen unterstreicht das Aussteigerprogramm nur noch einmal die Abschreckungsmethode. Von ausgesuchter Perfidie ist dabei die Überlegung, bekannte Aussteiger *öffentlich* als reuige Renegaten vorzuführen – »um die Szene zu verunsichern....!« Auch ein schöner Beleg dafür, wie sich der Staat den Zusammenhalt dieser braunen Gruppierungen vorstellt. Er weiß – woher wohl? –, dass immer dann, wenn der Führer wegläuft, auch die Mannschaft irritiert ist. Das muss sich doch zur Anwendung bringen lassen!

4. ... mit Kollateralnutzen

Der ganze Kanon öffentlich vorgestellter und schon zum Einsatz gebrachter Repressionsmaßnahmen *trifft* erstens die rassistischen Schläger und soll zweitens zugleich ihre Sympathisanten *abschrecken*. Doch *gilt* das Maßnahmenpaket – und damit beginnt der dritte Akt der *Repressionspädagogik* – immer auch denjenigen Ausländerfeinden, die nicht gleich mit Springerstiefeln und Baseballschlägern durch die deutschen Landschaften laufen, sondern die vielleicht »nur« eine Kritik an der »zu laschen« Ausländerpolitik der Regierungen Kohl und Schröder haben. Sie sollen am repressiven Umgang des Staates mit seiner unerwünschten Nationalismus-Konkurrenz von rechtsaußen *merken*, wie *ernst* es dem *Staat* mit seinen zentralen Lektionen ist. Und sie sollen sich als Bürger von der *Wucht* der eingesetzten Mittel gegen die Störenfriede überzeugen lassen, die richtigen Konsequenzen für sich ziehen und den verlangten Anstand zeigen. Der Bürger ist gefragt, der sich für seinen Staat begeistert, wenn der *Stärke* zeigt. Denn der entnimmt dem Arsenal eingesetzter Einschüchterungsmittel, dass er es mit seiner Herrschaft richtig getroffen hat. Er möchte partout nicht von Schwächlingen regiert werden!

So ergibt sich jene Mischung aus demonstrativer Bestrafung von rechtsextremen Straftätern *und* dem Appell an den Nationalismus guter Deutscher, aus faktischer Ausgrenzung der »Kanaken«-Feinde *und* der ideellen Eingrenzung anfälliger Deutscher, mit welcher dem deutschen Volk insgesamt mitgeteilt wird, dass und wie es seinen Patriotismus geistig auf Vordermann zu bringen hat, dass und wieso es überhaupt nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt ist, wenn es sich dieser Umerziehung verweigert: »Null Toleranz den Feinden der Toleranz!«¹³

Mit den staatlichen Klarstellungen wächst die Anzahl der Stimmen aus dem liberalen Off, die anmerken, dass »Repression *allein* keine Lösung« ist, weil sich Gedanken nicht verbieten lassen, und dass deswegen vor allem »Aufklärung« über Rechtsextremismus und seine Folgen Not täte. Als *Kritik* am rechtsstaatlichen Umgang mit den Ausländerfeinden will diese konstruktive Einmischung jedoch nicht verstanden werden.

¹² Dafür müsste auf die Kronzeugenregelung zurückgegriffen werden, die bei »Kameradenverrat« Strafrezuierung vorsieht.

¹³ Diese Parole ist nicht nur sehr geständig, da sie klarstellt, *dass* zur Toleranz notwendig immer Grenzen gehören, und *wer* es ist, der diese Grenzen zieht. Sie reizt überdies geradezu zu Sophismen. Denn Ernst genommen, fallen die Vertreter von »Null Toleranz« unter die »Feinde der Toleranz«, können also ihrerseits keinerlei Toleranz beanspruchen.

Kapitel 5

»Gedanken lassen sich nicht verbieten!«

1. Die Gedanken sind frei... – Leider!

Das nicht gerade zimperliche Vorgehen des Staates gegen Rechtsextreme wird von der Sorge begleitet, ob sich die *Wirkung*, die er sich von seinen Maßnahmen verspricht, denn auch einstellt. Der versammelte liberale Journalismus und die kritische Wissenschaft, die Grünen und linken Sozialdemokraten, Kirchenleute und Gewerkschafter werfen dem Verbieten und Einsperren, dem Ausgrenzen und Anprangern vor, es würde den Rechtsextremismus gar nicht aus den Köpfen vertreiben, weil man ja schließlich »*Gedanken nicht verbieten*« kann. Dieser Spruch, mit dem sich sonst die wegen ihrer »Extremeinsichten« verbotenen Parteien und eingesperreten Funktionäre selbst Mut zu machen versuchen, kommt jetzt als Einwand gegen das staatliche Vorgehen daher. Die Differenz zwischen *verbotenem Denken*, dem *eingesperreten Vertreter* der unerlaubten Gedanken und ihrer *Kritik* ist den Mahnern irgendwie geläufig. Und auch die darin enthaltene Feststellung, dass das Arsenal an repressiven Methoden der Umerziehung keine inhaltliche Kritik des Rechtsextremismus einschließt, dass folglich kein Verurteilter und keiner seiner vorsichtig gewordenen Freunde einen *sachlichen Grund* erfährt, von ihm Abstand zu nehmen, ist durchaus zutreffend. Dennoch besteht das Plädoyer der Warner gar nicht darin, das Verbieten durch das Überzeugen zu *ersetzen*. Dies tragen sie der staatlichen Kampagne nicht an. Um eines geht es ihnen bei ihrer Kritik mit Sicherheit nicht: Dass die Verurteilung von Jungnazis, das Verbot faschistischer Organisationen oder die Entfernung von NPD-Fahnen aus dem Weichbild des Brandenburger Tors mittels der Verschärfung des Versammlungsrechts zu *unterbleiben* hätte. Was nämlich dem inhaltlichen Befund nach eine *Kritik* an jedem staatlichen Repressionsakt ist, will gar nicht als diese Kritik, sondern ohnehin nur als *Ergänzung* des Einsatzes der Staatsgewalt um andere, mehr theoretische, bildende, aufklärende Maßnahmen verstanden sein. Wegsperrten: *ja*, Ausgrenzen: *ja*, Abschreckung und Drohung mit beiden Maßnahmen: *ja*, aber doch *nicht nur*, sondern *auch* Kopfbearbeitung. Es ist nichts als der *Effektivitätsstandpunkt*, der hier von liberalen Durchblickern eingenommen wird. Kleiden lässt er sich in die Befürchtung, dass die Rechten nach ihrer Entlassung dort weiter machen, wo sie einst aufhören mussten, dass ein Parteienverbot die weiterhin von ihrer Sache überzeugten Mitglieder in den Untergrund treibt oder dass Abschreckungsmaßnahmen ohnehin nur die Unentschlossenen ansprechen. Streng an der Logik des deutschen Volkslieds entlang, dem zufolge die freien Gedanken »kein Jäger erschießen kann«, sie sogar die wundersame Kraft in sich haben, »Schranken und Mauern entzwei(zu)reißen«,

wird vom Staat *zusätzlich* zur Brechung des Willens auch noch Überzeugungsarbeit eingefordert, damit die Eliminierung der Störung auch *vollständig* ist.

Das passt auf den ersten Blick nicht recht zusammen: Wer Menschen überzeugen will, der hat es darauf angelegt, ihren Willen mit anderen Urteilen auszustatten, nicht aber ihn zu brechen. Diese kritischen Menschen aber wollen beides: Repression *und* Aufklärung! Man könnte ihnen glatt entgegenhalten, dass eine zutreffende Kritik des Rechtsextremismus, ein erfolgreich durchgeführter Angriff auf die Fehler von Rassismus und Nationalismus den »uneingeschränkten Einsatz staatlicher Repressionsinstrumente« *vollständig überflüssig* machen würde – und im Übrigen wohl noch einiges mehr! Doch verfinde der Verweis auf diesen Widerspruch nicht, da diese Bande aufgeklärter Gewaltfreunde die eingeforderte Kopfbearbeitung weder als Ersatz noch als Kompensation der behaupteten Mängel des harten Vorgehens des Staates, sondern als dessen kongeniale Verlängerung mit anderen Mitteln denkt. Irgendwie glauben sie nämlich selbst nicht daran, dass Gedanken sich nicht verbieten lassen – zu Recht.

Dass die »Gedanken frei sind«, insofern jeder Einzelne von ihnen vom Homo sapiens selbst gedacht werden muss, ist eine Binsenweisheit.¹ Aus der folgt jedoch nicht, dass sie sich »nicht verbieten lassen«. Davon legen nicht nur Zensur und Bücherverbrennungen Zeugnis ab, sondern auch der Umstand, dass von Machthabern aus staatlich gewährter Gedankenfreiheit noch nie ein ernsthafter Einwand gegen Gedankenpolizeiarbeit abgeleitet wurde. Kein Staat erklärt sie für überflüssig. Es verhält sich vielmehr umgekehrt: Das Interesse am Verbieten bestimmter Gedanken resultiert gerade aus der Tatsache, dass es zum Leidwesen der Staatsmacht immer wieder Untertanen gibt, die Einwände gegen ihn haben und diese auch praktisch erheben; weswegen sie die Gewissheit, dass mit der Unfreiheit der Personen die staatsfeindlichen Gedanken ihrer *Wirksamkeit* beraubt sind, dann auch zum Leitmotiv ihres Vorgehens macht, wenn die Ächtung von Gedanken allein nicht das gewünschte Ergebnis bringt.

Aber auch ohne Einsperren funktioniert die Gedankenpolizei. Denn der Einwand, die staatliche Kontrolle von Gedanken müsse notwendig *unwirksam* bleiben, weil kein »Jäger sie erschießen kann«, geht ziemlich an der Psychologie des bürgerlichen Individuums vorbei.² Dass bereits die *Ächtung* eines Gedankens durch die herrschende Macht diesen als *falschen* Gedanken ausweist, den man deswegen zu *lassen* hat, ist nämlich eine ziemlich verbreitete und trotz ihrer Fehlerhaftigkeit keineswegs geächtete Schlussfolgerung.³

Außerdem wissen Staaten nur zu gut, dass abweichende *Gedanken allein* nicht zum »Zerreißen von Mauern und Schranken« taugen. Daraus hat die demokratische Herrschaft den Schluss gezogen, dass man sie nicht immer gleich verbieten

¹ Dass der Mensch in diesen seinen freien Gedanken gesellschaftlich eingerichtete Zwänge mit Notwendigkeit als falsches Bewusstsein reproduziert, ist hier nicht Thema (vgl. dazu das Kapitel 11).

² »Psychologie des bürgerlichen Individuums« lautet eine Schrift des GegenStandpunkt-Verlages, die der Frage ausführlich nachgeht, wie das Individuum seinen Alltag in der bürgerlichen Gesellschaft geistig verarbeitet, was es dabei mit seinem Geist anstellt und was ihm diese Verarbeitung einbringt.

³ Sie hat es in der Wissenschaft sogar zu einiger Reputation gebracht: Der Pragmatismus und seine neue Variante, der radikale Konstruktivismus, haben daraus gleich eine Philosophie gemacht.

muss; zumal dann nicht, wenn man selbst zu den ersten *Meinungsmachern* gehört, und, ausgerüstet mit einem pluralistisch aufgefächerten Meinungsmonopol, dafür sorgt, dass die aufs Meinen verpflichteten Bürger sich ganz frei die gewünschte Einheitsmeinung zulegen. Und Recht geben ihr die guten Erfahrungen, die die politischen und ideologischen Stände allseits mit der Wirklichkeit der *Meinungsfreiheit* gemacht haben. Es wissen eben nicht nur die Kritiker der Meinungsfreiheit, dass sie gerade auf die Vorschrift zur *Trennung* jedes Gedankens von seinen praktischen Konsequenzen baut. *Denken darf* man schon anders, als es gewünscht wird. Nur darf man den Gedanken, dass die Ausländer allesamt hier nichts zu suchen haben, nicht in die ausländerfeindliche *Tat* umsetzen. Außerdem legen die Verwalter dieses hohen Gutes großen Wert darauf, dass die erlaubte Freiheit mit gebotenem Respekt vor den Erlaubern honoriert wird, weswegen bekanntlich die Kritiker der Meinungsfreiheit nicht unter dieselbe fallen. Es sind also noch nie alle Gedanken durch den Grundgesetzartikel 5 gedeckt gewesen. Und schließlich ist mit der gewährten Meinungsfreiheit immer auch jeweils vordefiniert, *wo* denn die *Praxis* beginnt, also wann die Trennung von Gedanke und Tat als aufgehoben gilt. Heute ist diese Schranke sogar ziemlich eng gefasst: Wer rechtsextreme Parteien *wählt*, der äußert eben nicht nur seine subjektive Meinung, verschenkt nicht etwa eine Stimme, sondern *ermächtigt Verfassungsfeinde*. Das hat die Staatskampagne gerade klarstellen wollen. Und da auch die demokratische Politik der Trennung von Gedanke und Tat, auf die die Meinungsfreiheit *baut*, zugleich nie so recht *traut*, geht der Kampf gegen unerwünschte Einstellungen gelegentlich ziemlich weit. Damit rückt die Grenze zum faschistischen Misstrauen gegenüber jedem abweichenden Gedanken schon ziemlich nahe, wenn gegen ausländerfeindliche Gesinnung in der »Mitte der Gesellschaft« mit einer Umerziehungskampagne mobil gemacht wird. Dabei geht es dem Staat nicht nur darum, den Übergang zur unbefugten Totschlägerei zu verhindern und den Zustrom zu den neofaschistischen Parteien zu unterbinden. Für die Standortpolitiker, die sich ein in jeder Hinsicht verlässliches Volk wünschen, fällt inzwischen auch das »Mobbing« gegenüber Ausländern, jene den Alltag in Arbeit und Freizeit durchziehenden Nicklichkeiten zwischen In- und Ausländern unter unerwünschte *Praxis*.

Die konstruktive Kritik an der Kampagne erweist sich ihrem Gehalt nach also als Wurmfortsatz des staatlichen Skeptizismus gegenüber der Meinungsfreiheit. Immer schwingt in ihr das »leider«⁴ mit, wenn aus der Feststellung der Gedankenfreiheit die *ergänzende* Notwendigkeit von Überzeugungsarbeit eingefordert wird.⁵

Was schlagen die Kritiker nun im Einzelnen vor? Das Bemerkenswerte ist zunächst einmal, dass es in aller Regel bei der rein *methodischen* Forderung nach zusätzlicher Aufklärung bleibt. Da weiß sich dieses Interesse offensichtlich schon dadurch hinreichend bedient, dass warnend der Zeigefinger gehoben und auf die Einseitigkeit des staatlichen Maßnahmenkatalogs bloß *hingewiesen* wird. Um

⁴ »Ja fesselt man mich im finstern Kerker, so sind das doch nur vergebliche Werke!«

⁵ Der Einwand, beide Maßnahmen hätten verschiedene *Adressaten*, die harte Tour zielt auf die Unbelehrbaren, die theoretische Tour auf die Belehrbaren und auf die noch nicht verdorbenen Gemüter, trifft an dieser Stelle nicht. Denn die Volksliedfreunde selbst sind es, die die Kopfbearbeitung als *Ergänzung* zum harten Vorgehen einklagen.

welches Interesse es sich dann handelt, ist nicht schwer zu ermitteln. Höchstpersönlich will man eine gewisse *Distanz* zum staatlichen Zuschlagen aufbauen. Hier äußert sich das »leider« in der Form des politischen Gewissens, das auf Biegen und Brechen am demokratischen Ideal festhalten will, demzufolge der Streit mit abweichenden politischen Auffassungen von links bis rechts in zivilisierten Gesellschaften qua »*Diskurs*« und nicht wie im Faschismus mit Gewalt gelöst wird. Die staatsöffentliche Blamage dieser Meinungsfreiheits- und Konfliktregelungs-ideologien schmeckt vor allem kritischen Parlamentariern und Pressemenschen nicht. Dies und nicht mehr wollten sie auch nur öffentlich angemerkt haben. Und nicht im Traum haben sie daran gedacht, die Einrichtung von Diskussionszirkeln mit Rechtsradikalen und Neofaschisten zu befördern und sich an ihnen zu beteiligen. Es sei denn vor laufenden Kameras im Wahlkampf.⁶

Doch bleibt es dabei nicht. Gelegentlich wird die konstruktive Kritik konkret: Innerhalb der Kampagne haben sich zwei Abteilungen etabliert, die den falsch gepolten Inländer überzeugen und aufklären sollen. Die fallen allerdings dann auch entsprechend aus. Gemeint sind die *Vorbilder* für vorschriftsmäßiges Handeln und die *Aufklärung* über den Rechtsextremismus, die inzwischen von jeder Schule beim Verfassungsschutz, der Polizei und den anderen Landes- bzw. Bundeseinrichtungen für politische Bildung abgerufen werden kann.

2. Vorbilder

Vorbilder sind in einer gesonderten Aktion von der Bundesregierung nachgeliefert worden. Mit ihnen will der Staat für seine Lektionen damit werben, dass er *Promis* auffährt, die sie *teilen*. Das ist sachlich absurd, aber dem Verstand des Bürgers offenbar zuzumuten: Er soll sich von der staatlichen Botschaft dadurch überzeugen lassen, dass *andere* – berühmte Mitbürger – sie überzeugend *finden*. So bekannte und ausgewiesene Kritiker des Rechtsradikalismus wie Boris Becker, Franz Beckenbauer, Steffi Graf, Marius Müller-Westernhagen, Günther Jauch oder Veronika Ferres dürfen sich in den Dienst der anständigen nationalen Sache stellen und der Jugend als Vorbild dienen. Ihre Vorbildfunktion erfüllen sie dadurch, dass sie berühmt und reich sind, für Deutschland über ihre Erfolge Ehre eingelegt haben, in der Welt ziemlich herumgekommen sind, dabei noch keine Ausländer erschlagen, sich sogar gelegentlich mit ihnen verhandelt haben. Einige von ihnen sind bzw. waren mit »farbigen« Ehefrauen verheiratet, geben damit an wie »zehn nackte Neger« und lassen sich als personifizierten Antirassismus herumreichen. Marius Müller-Westernhagen, der Sänger – »Fraaaaaaihait!« –, gehört dazu. Und Boris Becker erklärt gar, dass er nun einmal auf farbige Frauen stehe, was seinem Getehtel fast den Anstrich eines vorbildlichen, antirassistischen Aktes verleiht.

⁶ Um etwas anderes handelt es sich, wenn etwa Schönbohm, CDU-Innenminister in Brandenburg, den Beweis für fehlende Berührungssängste höchstpersönlich antritt und rechte Clubs besucht. Sein Anliegen heißt nicht Streit. Er will umgekehrt aufzeigen, dass nicht alle rechten Jugendlichen mit Glatze zu den »Mörderbanden« gehören und verspricht sich von solchen Berührungen neue Wähler.

Worauf diese und ähnliche Aktionen setzen, ist erneut nicht die Überzeugungskraft des staatlichen Umerziehungsprogramms und schon gar nicht die der Urteile von Graf oder Becker. Deren Auffassungen zur Sache kennt man gar nicht, muss man gar nicht kennen und manchmal eigenen sie sich als Vorbild sogar nur solange, wie sie den Mund halten. Es reicht völlig aus, dass es sich bei ihnen um *Prominente* handelt, Deutsche, die es zu Ansehen und Reichtum gebracht haben, wodurch auch ihre deutsche Heimat ein wenig zusätzlichen Glanz abbekommen hat. Bemüht wird mit diesen Vorbildern eine Gleichung, die man schon aus dem Bereich der Politik kennt: Nach der nimmt die Bedeutung des Menschen für die politische »Wahrheitsfindung« in dem Maße zu, wie er es in der Hierarchie von Macht und Geld zu etwas gebracht hat. Je höher also ein Mensch in der gesellschaftlichen Rangordnung steht, desto mehr gibt sein Erfolg ihm Recht, desto mehr hat er also Recht und desto gewichtiger sind für andere die Gründe, ihm etwas nachzumachen – eben das, wofür er als Vorbild auserkoren worden ist. Müßig zu betonen, dass das eine, der Erfolg, mit dem anderen, der Wahrheitsfindung, gar nichts zu schaffen hat. Eher schon ließe sich an den Stationen des Aufstiegs dieser Vorbilder bebildern, dass von nichts nichts kommt, dass also eine Portion Rücksichtslosigkeit gegenüber Recht und Wahrheit regelmäßig zu jedem Erfolgsweg in dieser Gesellschaft dazu gehört. Das macht aber nichts. Im Resultat ist dies erloschen oder verziehen. Der Franz ist der Kaiser, der Boris ist wieder in Deutschland, Steffi Graf hat ein Herz für Kinder und Frau Ferres steht für sauberen Strom. Lauter Deutsche, deren *Erfolge* ihren *Anstand* belegen, weswegen sich dieser auch als Schmuck der Kampagne verwenden lässt.

Unzweifelhaft fällt die Werbung für den »Aufstand der Anständigen« mittels der Präsentation von Vorbildern nicht in den Bereich staatlicher Repression. Die Unterdrückung findet hier mehr als geistiger Akt statt. Denn da auch dieses Kampfmittel gegen Rechtsextremismus kein einziges kritisches Urteil über ihn kennt, folgt der Gleichung, demzufolge der Erfolg der genannten trüben Tassen für ihren antirassistischen Anstand bürgt, nur derjenige, der die Untertänigkeit bereits zur Eigenschaft seines Denkens ausgebaut hat.

3. Aufklärung

Das scheint bei der zweiten Abteilung anders zu sein. Zur Zeit werden Schulen mit Aufklärungsmaterial geradezu zugeschüttet: Beliebt ist Aufklärung über den *Rechtsextremismus*. Aber auch Aufklärung über den *Nationalsozialismus*, Aufklärung über *Demokratie* und *Marktwirtschaft* nebst einer Aufklärung über den *Wertekanon*, dem diese Gesellschaft verpflichtet ist, stehen hoch im Kurs.

Die inzwischen vorliegenden Aufklärungsbemühungen zeichnen sich durch einunddenselben Fehlschluss aus: Deutsche Bürger, jüngere zumal, kommen nicht aus *eigener Überzeugung* auf ausländerfeindliche Gedanken, *sondern fallen auf Rechtsextreme herein*. Sie werden, so lautet die gemeinsame Überzeugung der Aufklärer, deswegen zu Opfern fremdenfeindlicher Überzeugungsarbeit, weil sie nicht genug über die Rechtsextremen, ihre Organisationen, ihre Symbole, ihre Vernetzung, ihre Treffpunkte, ihre Tarnungen usw. *wissen*. Dem wird abgeholfen. Bei

allen Bundes- oder Landesbehörden⁷ lässt sich einschlägiges Material abrufen, das die Jugend über so wichtige Sachverhalte informiert, dass es Skins und Redskins gibt, die sich an der Farbe ihrer Schnürsenkel (!) unterscheiden lassen; dass die Zahl 99 ein Geheimcode ist, der auf den 9. Buchstaben des Alphabets, das H, verweist, dass also mit dem Doppel-H »Heil Hitler« und mit der 19 Adolf Hitler gemeint ist; dass die Neofaschisten frühgermanische Runen als Symbole verwenden, Hakenkreuze mit rund geformten Außenbalken bis zur Unkenntlichkeit tarnen, mit zahlreichen Websites im Internet vertreten sind und über eine eigene Musikszene verfügen.

Aufklärung über den Rechtsextremismus wird hier mit der *Identifizierung von Rechtsextremisten* gleichgesetzt. Aufgeklärt werden die jungen und alten Bürger nicht über die Staatskritik an den Ausländerfeinden, sondern über deren Outfit und Kultur. Das geschieht nicht zufällig so: Denn wo der Staat aus der an den Glatzen festgemachten Störung seiner Ausländerpolitik den Schluss zieht, die Störer *auszugrenzen*, da braucht der Bürger wirklich nur zu wissen, *wer* da ab sofort nicht mehr zu den anständigen Deutschen gezählt wird. Und um die Botschaft beherzigen zu können, muss er dann nur noch erfahren, *wie* diese unanständigen Deutschen *aussehen*.

Allerdings lebt diese Sorte Aufklärung von einer Unterstellung: Der Bürger muss sich jener Verurteilung des Staats bereits *angeschlossen* haben, von deren Notwendigkeit er doch gerade erst *überzeugt* werden soll. Die propagierte Werteerziehung des Bürgers zu »Toleranz und Menschlichkeit« geht darüber ihren bekannten Weg. Immer wird *unterstellt*, was doch mit der Aufklärung eigentlich erst *bewirkt* werden soll; dass nämlich der Inländer sich gegenüber dem Ausländer am Riemen reißt und in indischen Greencard-Besitzern einen Segen für den deutschen Standort sieht. Irgendwie gilt diesen Aufklärern der hierzulande aufgewachsene und erzogene Bürger quasi von seiner deutschen Natur her als richtig gepolt. Finden sich Teile der eigentlich achtenswerten Mitbürger auf der falschen Seite wieder, dann kann dies – dieser Logik zufolge – entweder nur daran liegen, dass sie nicht genau wissen, *wer* die Bösen sind, oder dass sie *Manipulationstricks* zum Opfer gefallen sind, mit denen die Rechtsradikalen ihre wahre Natur verschleiern; etwa dadurch, dass sie Hardrock spielen, Freunde des Kampftrinkens sind, für Ordnung eintreten und das deutsche Volksliedgut pflegen, lauter Beschäftigungen also, die dem deutschen Jungvolk von seriösen Bürgern vorgemacht und anempfohlen werden oder die ohnehin in den Umkreis ihrer eigenen Freizeitaktivitäten fallen. Teilt man den guten Deutschen rechtzeitig mit, dass Skins Springerstiefel mit weißen Senkeln tragen und »Störkraft« der Name einer neofaschistischen Rockband ist, dann können sie die *Bösen* identifizieren, ausgrenzen und ins Abseits stellen.

Auch an der geforderten Intensivierung der Aufklärung über den deutschen Faschismus lässt sich derselbe Unfug studieren. Wie schon in zahlreichen, von der Reinheit der deutschen Seele überzeugten Versuchen, die braune Anhängerschaft der NSDAP als Mitmachertum wider Willen zu erklären,⁸ wird auch jetzt erwartet,

⁷ Ungefragt erhält man vom Bundesamt für Verfassungsschutz das entsprechende Material über die »Bedrohung durch Linksextremisten« gleich mitgeliefert.

⁸ Vgl. R. Gutte/F. Huisken, Alles bewältigt, nichts begriffen!, Berlin 1997, S. 102

dass das Deuten auf die »Greuel des Nationalsozialismus« jeden Menschen, besonders den mit seiner Vergangenheit geschlagenen Deutschen davon abhält, erneut mit dem »braunen Gesocks« zu sympathisieren. W. Lemke, Bremer Bildungs-senator und turnusmäßig im Jahre 2000 Vorsitzender der Kultusministerkonferenz, betont: »Es ist ein wichtiger Punkt, den jungen Menschen vor Augen zu halten, was in unserem Land an Leid entstanden ist durch die Machtübernahme von Rechtsradikalen.«⁹ Also: Wenn »die jungen Menschen« wüssten, dass Rechtsradikale, die *heute* ihren Hass auf alles Undeutsche mit Knüppeln und Brandsätzen ausleben, bereits *gestern* ziemlich viel Leid produziert haben, dann würden sie um die Glatzen und die NPD einen großen Bogen machen.

Doch wieso sollten sie, wenn sie das »Leid« von heute wie das von gestern für zwingend *geboten* halten, um Schaden von *Deutschland* fernzuhalten! Oder vielleicht gerade deswegen? Der Schaden für Deutschland war damals immens, hört man aus der Rede des Senators heraus. Das muss doch überzeugte Patrioten davon überzeugen, dass sie sich nicht gewalttätig in die hiesige Ausländerpolitik einmischen und damit erneut Schaden für Deutschland heraufbeschwören. Die absurde Unterstellung eines eigentlich gegen den Faschismus gefeierten Deutschen löst sich wieder einmal in den *Appell an seinen Nationalismus* auf: »Wie könnt ihr nur so brutal mit Ausländern umgehen! Wisst ihr nicht, dass ihr damit Deutschland schädigt!« Oder wie es der Ministerpräsident von Brandenburg, M. Stolpe, in einer Talk-Show formulierte: »Sie (die Rechtsradikalen) müssen es in ihren Kopf gehämmert bekommen, dass sie keine Patrioten sind, sondern deutsche Interessen schädigen!«¹⁰ Und genau darin setzt die geforderte geistige Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nur die Logik der Repressionserziehung mit anderen, ziemlich aufgeklärten Mitteln fort.

Woher eigentlich die Ausländerfeindlichkeit kommt, wenn doch die Ausländerfeinde Opfer von Manipulation sind, ihnen allenfalls so etwas wie eine Anfälligkeit attestiert werden kann, nie aber ein eigener Grund, so über Inländer und Ausländer handfest zu urteilen, das steht in den Sternen. Ein Volk, das nur aus anfälligen Bürgern besteht, wäre sogar ziemlich geschützt, weil es den Rechtsextremismus, den Neofaschismus, auf den ein Volk hereinfallen kann, *im* Volk gar nicht *geben* könnte. Das deutsche Volk ist also schon ein ziemlich komplexer Menschenhaufen: Einerseits zeichnet es sich durch verbreitete Ausländerfeindlichkeit aus, ohne aber andererseits dafür irgendwelche Gründe zu besitzen. Und drittens gilt es dann doch wieder als ziemlich immun gegen die »braune Gefahr« und zwar als derart immun, dass es sogar als Waffe im Kampf gegen den Rechtsextremismus – gegen sich selbst? – eingesetzt werden soll; und zwar vermittelt seiner *Zivilkourage*.

⁹ In: Frankfurter Rundschau, 14.9.2000

¹⁰ Sehr ärgerlich ist auch die Tour, die ebenfalls nicht von Lemke erfunden worden ist, den Faschismus zunächst allein über das besondere *Ausmaß* des Leids von Juden, Kommunisten, Sinti und Roma moralisch ins Abseits zu stellen, um dann das Nachkriegsdeutschland mit seinem dadurch beschädigten Ansehen in der Welt als den eigentlich Leidtragenden vorzustellen.

Kapitel 6

Verordnete Zivilcourage

1. Ziviler Dienst an gültiger Staatsmoral

Die eindeutigsten Beweise von Zivilcourage erbringen jene Zeitgenossen, die anderen Menschen – ohne Rücksicht auf die eigene Versehrtheit und ohne an irgendeinen materiellen Vorteil zu denken – helfen, indem sie sich mutig und im Alleingang gegen ein politisches System und seine Ordnung auflehnen; und zwar gegen ein solches System, dem *rückwirkend die rechtsstaatliche Legitimation abgesprochen* wird. So gelten jene Deutschen, die zwischen 1933 und 1945 Juden bei sich versteckt hatten, nach 1945 als zivilcouragiert; wer dagegen heute einen von der Abschiebung bedrohten Afrikaner in Kirchenasyl nimmt, macht sich strafbar. Oder: Wer in der DDR in systemkritischen Flugblättern zum Sturz des SED-Regimes aufgerufen hat, gilt im wiedervereinigten Vaterland als couragierter Widerständler. Wer dagegen dasselbe hier und heute versucht, kann sich nicht eines Lobs für Zivilcourage, sondern der sorgfältigsten Überwachung durch Verfassungsschutzorgane sicher sein. Und: Im Faschismus wurde der Soldat, der seine Kameraden zur Desertation aufrief, an die Wand gestellt, heute mit einer Plakette an eben jener Wand geehrt; sein Bundeswehrkollege, der während des Kosovokriegs zum Ungehorsam aufruft, darf wieder mit Disziplinierung rechnen.

So ist das eben mit der Zivilcourage. Bei der kommt es immer ziemlich drauf an. Und nie geht es bei ihr einfach nur um die *Selbstverständlichkeit*, zum Protest die »Schnauze aufzumachen« oder einem bedrängten Menschen zu helfen, wenn es denn die eigenen Kräfte erlauben. Immer geht es darum, dass eine Tat als ehren- und tugendhaft ausgezeichnet wird, die die gerade amtierenden Tugendwächter ihrem Volk als vorbildlich anpreisen möchten. Deswegen sollte man auch sehr genau unterscheiden zwischen irgendeiner spontanen Hilfsaktion von Bürgern und deren *öffentlicher Belobigung* als Beweis für Zivilcourage. Mit einem solchen Lob wird ein couragierter Bürger auf ein Podest gestellt, Momente seines Handelns gepriesen, so als hätte er *diese ausstellen*, nicht aber andere Menschen *beschützen* wollen.

Ausgezeichnet wird dabei – erstens – die *Courage*, der *Mut*, also eine gehörige Portion Rücksichtslosigkeit sich selbst gegenüber. Als couragiert gilt also jener Zeitgenosse gerade nicht, der genau abwägt, was getan werden muss, damit sein Handeln Erfolg zeitigt; und der als Kriterium des Erfolgs auch seine eigene Unversehrtheit veranschlagt. Für Zivilcourage braucht es eine Portion jenes widersprüchlichen Heldentums, das helfen will und das dabei den Helden selbst oft ziemlich hilfsbedürftig aussehen lässt. Zweitens: Wer ein Kind aus dem Brunnen rettet, in den es gefallen ist, oder wer sich selbstlos um hilflose Senioren kümmert, der

beweist zwar auch Mut bzw. Opferbereitschaft, doch um den Lorbeerkrantz für Zivilcourage einzuheimsen, fehlt den Taten die Konfrontation mit *stärkeren Mächten*. Gegen die muss er unerschrocken und furchtlos angehen, obwohl es sich um die Stärkeren handelt. Deswegen gilt die Courage gerade wegen ihrer *zivilen* Eigenschaften als lobenswert. Das Zivile an der Courage besteht in der *Abwesenheit* alles Nicht-Zivilen, im Fehlen einer Ausstattung mit Machtinstrumenten! Da soll der Bürger eben, wie er geht und steht, all jener *Mittel ledig*, die eine erfolgversprechende Abwehr irgendeines Übergriffs einer überlegenen Kraft garantieren würden, quasi sich selbst in die Bresche werfen und, ausgestattet mit Regenschirm, einem Mund-, vielleicht noch einem Faustwerk und vor allem mit einem moralisch sorgfältig gefetteten Rechtsbewusstsein, den überlegenen Mächten zu trotzen versuchen. Ein Polizist in Uniform und gut bewaffnet hat es deswegen ziemlich schwer, dieses Lob zu kassieren, ist er doch von Staats wegen befugt, einem Ladendieb Handschellen anzulegen oder mit vorgehaltener Pistole einen Kriminellen zu stellen. Obendrein taucht er, wenn es Not tut, immer gleich in Mannschaftsstärke auf. Es braucht mithin eine ordentliche Portion jener *Ohnmacht*, die ohnehin das Signum des Bürgers ist, der von einem staatlichen Gewaltmonopol im übertragenen und wortwörtlichen Sinne *entwaffnet* worden ist. Deswegen fällt es – drittens – auch nicht unter Zivilcourage, wenn Menschen, die selbst irgendeinem ärgerlichen »Schicksal« entgehen wollen, ihre *Kräfte zusammenlegen*, sich *organisieren* und darüber versuchen, es mit einer sie schädigenden Gewalt aufzunehmen. Weniger verschlüsselt ausgedrückt: Weder Klassenkämpfe noch Bürgerkriege, weder Generalstreiks noch Massenblockaden fallen unter Zivilcourage. Als »Held des Alltags« gilt, wer entschlossen, mutig, mittellos und *einsam* handelt, kurz, ziemlich dumm ist.¹ Gelobt und ausgezeichnet wird er für die beispielhaft vorgeführte *Tugend der Selbstlosigkeit*. Übrigens kürzt sich damit erneut die *Hilfeleistung* ziemlich heraus: Wenigstens das *öffentliche* Lob der Zivilcourage gilt der Hilfe schon einmal nicht. Dass Menschen beschützt oder gerettet werden, das ist für sich allein nicht das Lobenswerte. Die Tat und ihre Umstände müssen sich als *Dienst an einer gültigen Staatsmoral* vorstellen lassen. Dann erst droht die Einladung beim Bundespräsidenten und der Eintrag ins Guinnessbuch besonders vorbildlicher Staatsbürger.

2. Couragierte Bürger als zivile Hilfsherifs

Wenn nun ein *Staat selbst* zur Zivilcourage aufruft, dann ist also in jeder Hinsicht Skepsis geboten. Mit Sicherheit ist nämlich davon auszugehen, dass er seine Bürger nicht zu *Ungehorsam sich selbst gegenüber* ermuntern, sondern umgekehrt deren Couragiertheit *für sich in die Pflicht* nehmen möchte. Und genauso verhält es sich zur *Zeit*: Bürger sollen, lautet der öffentliche Aufruf, gegenüber Glatzen und anderen Rechtsextremen, wenn sie in Verkehrsmitteln und auf deutschen Stra-

¹ Folglich trifft es, was der Fremdwörter-Duden an der Zivilcourage preist: »Zivilcourage: Mutiges Vorgehen, mit dem jmd. seinen Unmut über etwas ohne Rücksicht auf mögliche Nachteile gegenüber Obrigkeiten, Vorgesetzten o.ä. zum Ausdruck bringt.«

ßen Ausländer drangsaliieren, Flagge zeigen, mutig eingreifen und so ein Zeichen dafür setzen, dass der *Anstand* im deutschen Volk nicht verschüttet ist.² Denn erfahrungsgemäß ist es nicht selbstverständlich, dass sich deutsche U-Bahn-Passagiere einer Bande von Skins entgegenstellen, die einen Ausländer drangsaliieren. Wegschauen ist eher angesagt. Damit soll nun Schluss sein! Auf Kommando soll der Bürger sich zum Dienst an jener Kampagne verstehen, die der Staat gegen Rechtsaußen losgetreten hat. Und BILD würdigt bereits in einer Serie Bürger, die sich der Gewalt – sei es der von rechts oder der von Kampfhunden – couragiert entgegenstellen.

Solchen Beispielen ist denn auch mit aller gebotenen Klarheit zu entnehmen, welche Sorte von Ausländerfeindlichkeit *nicht* angeprangert und couragiert bekämpft werden soll: Es geht nicht um den Schutz von Ausländern vor den Abschiebekommandos des Staates und vor der Drangsaliierung durch Ausländerbehörden; es geht nicht um die Veröffentlichung der Grenzschutzpraxis und deren gesetzlicher Grundlagen; ebensowenig geht es darum, ein wenig nachzuforschen, was eigentlich mit den legal Abgeschobenen in ihrer Heimat, dem »Nichtverfolgerstaat« geschieht usw. Gegen welches Leid, gegen welche Roheit und gegen welche Täter der Bürger zivilcouragiert vorgehen soll, das gibt ihm praktischerweise der Staat vor. Und das ist fast schon der ganze Witz an der verordneten Zivilcourage: Nur Bürger mit solcherart gebremster und gut vorsortierter Zivilcourage sind als Hilfssherifs der Staatskampagne zu gebrauchen.

Interessant ist desweiteren, was da an Vorschlägen auf den Tisch kommt und als couragierter Beitrag zum »Aufstand der Anständigen« empfohlen wird. Nach dem Motto »Jeder kann etwas tun!« wird der Bürger aufgefordert, es sofort der Polizei zu melden, wenn in der Nachbarwohnung Nazi-Lieder gegrölt werden, wenn Glatzen sich regelmäßig in Wohnungen versammeln, wenn sie sich irgendwo zusammenrotten oder bestimmte Kneipen zu Stammkneipen erklären. Einzelne Bundesländer haben eine »Hotline« eingerichtet und Telefonnummern per Fernsehen verbreitet, über die »Bürger Straftaten mit rechtem Hintergrund melden oder auf rechte Aktivitäten aufmerksam machen«³ können. Die ohnehin verschärft angeordnete Bespitzelung der »rechten Szene« durch den Staatsschutz versucht sich hier ganz offen des Bürgers zu bedienen. Sein Recht und Ordnung verpflichteter, sonst eher kritisch beäugter Fahndungsstandpunkt darf sich jetzt melden – aber eben nur bei der Polizei. Und dafür hat er ja inzwischen sein Handy.

Eine andere Abteilung rät dem Bürger eine Fülle von Handlungsweisen an, mit denen Rechtsradikale »isoliert« werden können, um ihnen zu zeigen, dass sie nicht mehr zu dieser Gesellschaft dazugehören. Gastwirte sollen Glatzen mit NS-Symbolen nicht bedienen, der Bürger soll die Straßenseite wechseln, wenn Skinheads auftauchen, Lehrherr und Lehrer sollen auf »normale Kleidung« und »anständige Ausdrucksweise« dringen und die Fußballvereine ihre »Fanprojekte« durchsortieren – auch auf die Gefahr hin, dass diese dann ganz geschlossen werden müssen. Demonstrative Mithilfe beim Ausschluss aus dem nationalen Kollektiv ist hier ange-

² FAZ 8.9.2000: »Initiativen, Aktionen und Aufrufe zu mehr Zivilcourage im Kampf gegen rechts. Merkel: Dinge beim Namen nennen, Müntefering: Toleranz praktizieren.«

³ taz 15.8.2000

sagt. So hat der Bürger es mit in der Hand, die Rechtsextremen aus der »Zivilgesellschaft« auszugrenzen, ohne sie gleich der Staatsgewalt zu überantworten. Das gilt dann als Beitrag zum Kampf gegen – wie Kurt Biedenkopf es so treffend nennt – »politische Umweltverschmutzung«. Nicht nur von Altpapier und Bierdosen, sondern zusätzlich von Skins und Neonazis soll die »Umwelt« jetzt *gesäubert* werden.

Auch im Katalog für Zivilcourage steht also der Schutz von Ausländern und anderen von rechtsextremen Schlägern Bedrohten nicht im Zentrum. Zunächst einmal sollen sich die deutschen Bürger an der *Ausgrenzung* der »falschen Patrioten« beteiligen. Allerdings bleibt es dabei nicht, denn zugleich wird auch das »Weggucken«, das »Schweigen« angeprangert. Es kann nicht sein, erklärte der Bundespräsident kürzlich im Fernsehen, dass Skins in der U-Bahn farbige Mitbürger belästigen, und die übrigen Passagiere würden nicht eingreifen! Da müssten sich die Deutschen gewaltig ändern. Ihre Empörung, die sie angeblich unterdrücken, sollen sie, rät der Präsident, öffentlich machen. Und wenn erst einmal ein Fahrgast den Anfang gemacht hätte – sekundierte in einer Talkshow ein Konfliktforscher –, sei das Eis gebrochen und die Glatzen hätten keine Chance. Ob nun der Herr Konfliktforscher richtig liegt, sei fürs erste dahingestellt. Festzuhalten ist zunächst einmal, dass die prospektiven und tatsächlichen Opfer der Rechtsradikalen eher *Bürger-* als *Staatssache* zu sein scheinen. Diese spezifische Form der Ausländerbetreuung ist dem »Aufstand der anständigen« Bürger überantwortet: »Nachbarschaftshilfe«, nennt das H. Prantl.⁴ Nicht wegsehen, sondern hinsehen und dazwischentreten! Zumal, so fällt es einem Innenminister ein, der sonst ständig mehr Geld für seine uniformierten »Freunde und Helfer« und mehr Kompetenz beim Überwachen der Bürger einfordert, die Polizei wirklich nicht überall präsent sein kann und Deutschland kein Polizeistaat werden soll. Deswegen müssen die Bürger ihr Schweigen brechen und muss sich endlich einmal die »Zivilgesellschaft« – das sind »wir alle« – bewähren.

Einerseits geht es also darum, dass Bürger der Polizei etwas von der Arbeit im öffentlichen Nahverkehrswesen ab-, indem sie, ganz der eigenen Hochanständigkeit verpflichtet, freiwillig *Ordnungsaufgaben* übernehmen. Denn etwas anderes kommt dabei nicht heraus. Wo Bürger sich einmischen und Tätlichkeiten verhindern, stellen sie sich zwischen die Parteien und trennen sie. So sorgen sie dafür, dass der Ausländer unbeschadet in sein Wohnheim zurückkehrt und die Skins sich ohne erfolgreich abgeschlossene »Säuberungsaktion« zur Fortsetzung des Kampftrinkens zurückziehen.⁵ Wahr gemacht hätten die couragierten Anständigen nur das Motto des bayrischen Ministers Beckstein: »Jeder Asylant, der morgen abgeschoben wird,

⁴ Süddeutsche Zeitung vom 9.8.2000

⁵ Eine von viel Kreativität zeugende Hilfsaktion, die in den neuen Bundesländern angeregt worden ist, hat in dieser Hinsicht sofort Besorgnis ausgelöst. Geschäftsleute und Behörden sollen sich der »Aktion Noteingang« anschließen, deren Symbol Ausländern anzeigt, wo sie Schutz finden, wenn sie wieder einmal durch die Stadt gejagt werden; ein Schutz, der selbstredend nur vor Skins Sicherheit bieten soll, nicht aber vor *staatlichen* Abschiebern. Die braucht nämlich zusätzlich, als Schutz vor Racheakten von Jungfaschisten; was diesem schönen Argument für verlängerte Ladenöffnungszeiten sofort einiges an Wucht nahm.

muss heute sicher durch unsere Straßen gehen können.«⁶ So ist es! Dennoch gäbe es *einen* Gewinner und zwar einen *moralischen Gewinner*. Das wäre allein der deutsche Hilfspolizist. Immerhin hätte er seine Anständigkeit unter Beweis gestellt. Und so etwas, sagt Kanzler Schröder, sind wir »unserer *Selbstachtung* schuldig« – übrigens auch wieder als Deutsche wegen »unserer Vergangenheit«!⁷ Die durfte neulich schon zur Begründung außenpolitischer »Hygienemaßnahmen« gegen Milosevic herhalten, jetzt dient sie als wohlfeiles Argument für innenpolitische »Hygienemaßnahmen« mit Bürgerbeteiligung.

Andererseits hat sich der Bürger seiner Grenzen bewusst zu sein: »Die Ordnungsaufgabe kann nur von Polizei und Gerichten gelöst werden, nicht von gut gesinnten Bürgern.«⁸ Und so wird vor weitergehendem Einschreiten gewarnt: »Man kann der Polizei nur zustimmen, wenn sie Privatpersonen rät, sich nicht in gewaltsame Auseinandersetzungen mit Baseballschlägern einzumischen. Dasselbe wie »Wegschauen« muss das keineswegs bedeuten. Man kann dennoch helfen – etwa indem man eine Anzeige erstattet.«⁹ Alles hat eben schön ordentlich bei der legitimierten Staatsgewalt zuzulassen. Dass nur der Aufruf zur Zivilcourage ja nicht als Abtretung exekutiver Staatsgewalt an den Bürger missverstanden wird!

3. Pranger

Deswegen ist auch eine Aktion der »gut gesinnten Bürger« aus den Redaktionsstuben der taz arg in die Schusslinie geraten. Nach dem Motto »Merkt Euch diese Gesichter!« hatte die Zeitung führende Größen der Neonazi-Szene mit Namen abgebildet und sich prompt die Schelte eingefangen, dass diese Form des modernen *Prangers* einen Aufruf zur Selbst-, wenn nicht gar zur Lynchjustiz darstelle. Das geht nämlich nicht, dass die öffentliche Ächtung von »displaced persons« den einen oder anderen Bürger auf die Idee bringt, den Vollzug einer Strafe selbst in die Hand zu nehmen. Wohlgemerkt galt diese Kritik an der taz-Aktion weder dem Pranger selbst,¹⁰ noch outeten sich die Kritiker als Gegner staatlicher Gewalt. Sie befürchteten eine unerwünschte *Wirkung* dieses modernen Schandpfahls: »Wenn sich Medien die Prangerrolle anmaßen, kann es rasch, wie unlängst in England, wo Pädophile mit Bild und Adresse auf Titelseiten abgebildet wurden, zu Lynchatmosphäre und Selbstmorden kommen. Das aber hat nichts mit Zivilgesellschaft zu

⁶ Beckstein laut Süddeutsche Zeitung im August 2000

⁷ Presseerklärung der Bundesregierung vom 6.10.2000

⁸ K.v. Dohnanyi in: DIE ZEIT vom 17.8.2000

⁹ Ebd.

¹⁰ Der taz-Redaktion ist angesichts der vielfältigen Kritik, die sie einstecken musste, eingefallen, dass am Pranger die geachteten Ziehväter der Ausländerfeindlichkeit fehlten. Deswegen hat sie einen zweiten Pranger nachgeschoben. Der bildete Köpfe und einschlägige Zitate von Schily, Kohl, Beckstein, Schröder, Stoiber u.a. ab. Die Zitate waren eindeutig. Die Absicht der taz auch. Die Kopfzeile des Prangers lautete nämlich: »Euch haben sie beim Wort genommen!« Der fraternisierende Tonfall erklärt die ausländerfeindlichen Sprüche doch glatt zu Politiker-*Entgleisungen*. Dass sie deren Politik korrekt wiedergeben, will die taz gerade nicht behauptet haben.

tun.«¹¹ Gewalt in den *falschen*, nämlich in den *Bürgerhänden*, das wäre der eigentliche Skandal! Da hat denn der Aufruf zur Zivilcourage allemal seine Grenze. Als untertäniger Diener der Staatsgewalten darf der Bürger wachen Auges durch die »politische Umwelt« schlendern, nach vorgegebenem neuen Feindbild die Menschheit ideell und zivil durchsortieren – aus dem Vollzug von Strafen hat er sich strikt herauszuhalten, selbst wenn er von »guter Gesinnung« ist. Die darf er mit Aufklebern, selbstgefertigten Plakaten, Unterschriften und Kerzen an den Stätten besonders brutaler Übergriffe unter Beweis stellen. Aber der Staatsgewalt Konkurrenz machen und das Recht in die eigenen Hände nehmen, ist verboten – den Rechtsextremen *und* dem Bürger, der dafür sorgen soll, dass die Ministerin Däubler-Gmelin nicht das Land verlassen muss, dessen Rechtswesen sie verwaltet: »Ich will nicht in einem Land leben müssen, in dem Menschen mit dunkler Hautfarbe in Angst und Schrecken versetzt oder Obdachlose tot geschlagen werden.«¹² Dass dem Staat nichts über sein Gewaltmonopol geht, hat sich bereits herausgestellt. Jetzt nehmen Pressemenschen und Leserbriefschreiber denselben Standpunkt ein: Sie sorgen sich um die ungebrochene Ausübung der Gewalt durch den Staat, als ob sie dafür bezahlt würden – was ja für einige von ihnen auch zutrifft.

Dass der Pranger, der ein mittelalterliches Verfahren kopiert, den Regeln des Rechtsstaats *widerspricht*, weil er eine Form der Verurteilung *ohne* rechtmäßiges Verfahren darstellt, und bereits den Hinweis auf die *Gesinnung* für strafwürdig erklärt, charakterisiert die eingespielte Zusammenarbeit zwischen den vier Gewalten jedoch nicht zutreffend. Und dass hier ein Verfahren gewählt wird, das in unserem rechtsstaatlichen System völlig *unüblich* ist, lässt sich gleichfalls nicht halten. Denn abgesehen davon, dass auch die *taz* ihre *Verurteilungen* nur in Form von *Urteilen* unter das ihr zugeneigte Leserpublikum bringen kann, ohne dass diese damit Rechtsgültigkeit hätten, und abgesehen davon, dass der gegenüber allem und jedem aufgemachte Rechtsstandpunkt so ziemlich die einzige Messlatte ist, an dem die – und beileibe nicht nur die gelbe – Presse jeder ins Rampenlicht gerückten Person an die Wäsche geht, wird doch ein wenig unterschlagen, dass von dem inkriminierten *taz*-Verfahren die ganze Staatskampagne gegen den Rechtsextremismus selbst lebt: Gesinnung wird zum Straftatbestand, Vorverurteilung nach Haarschnitt und Kleidung zum Prinzip und obendrein dem Bürger die Rundumverdächtigung der Nachbarschaft als Beitrag zur Zivilcourage vorgestellt. In einem »Kopf hoch« betitelten ZEIT-Artikel mit Ratschlägen zur Zivilcourage beantwortet ein Justiziar der Berliner Polizei z.B. die Frage: »Mein Nachbar hört Marschmusik und hat ein verdächtiges Tattoo. Soll ich ihn anzeigen?«, folgendermaßen: »Man sollte alles melden, was einem seltsam vorkommt. Am besten verlässt man sich auf sein Gefühl; man braucht ja keine Angst zu haben vor einer Falschaussage. Die Polizei ist dankbar dafür...«¹³

¹¹ Frankfurter Rundschau vom 22.8.2000

¹² Vgl. »Initiative Gesicht zeigen« der Bundesregierung. Ob Frau Däubler-Gmelin sich ein gutes halbes Jahr nach ihrer vielversprechenden Ankündigung inzwischen mit Auswanderungsplänen trägt, ist unbekannt.

¹³ DIE ZEIT vom 17.8.2000

Es macht die Sache nicht besser und kann die taz nicht entschuldigen, wenn den Bürgern die Welt permanent wie eine einzige ideelle Gerichtsverhandlung vorgeführt wird und nur noch Schuld- und Gerechtigkeitsfragen gewälzt werden.¹⁴ Es ist dieses durchgesetzte Klima, in welchem jedermann sich als kleiner Staatsanwalt fingiert, das die taz mit dem Pranger bewusst radikalisiert hat. Von wegen: »Das hat nichts mit Zivilgesellschaft zu tun!« – es ist ihr Prinzip, dessen Brutalität immer nur dann auffällt, wenn der Bürger mal die Fiktion zur Wirklichkeit macht und selbst die Gewalt des Staates in seine Hände nimmt.

4. Zivilcourage aus der Mitte gegen die Mitte der Gesellschaft

Die ganze Sache mit der verordneten Zivilcourage krankt nun zusätzlich daran, dass *die Subjekte und die Objekte von Zivilcourage ziemlich zusammenfallen*. Deswegen hat der zitierte Konfliktforscher ebenso Unrecht wie alle jene Politiker, die als zentrale Gründe für das Wegschauen der Bürger *Angst, Resignation* oder die Befasstheit mit *eigenen Sorgen* angeben.¹⁵ Wohl mag es das alles geben, jedoch hat die Aufforderung zur Zivilcourage darin ihren Haken, dass die deutschen Nahverkehrsteilnehmer, Passanten oder Kneipiers die Ausländerfrage gleich oder ähnlich beurteilen wie ihre geschorenen Landsleute. Und wenn sich diese deutschen Ausländerfeinde von den Glatzen nur dadurch unterscheiden, dass sie bei aller Kritik am Staat die Ausländerpolitik immer noch für dessen Sache halten, dann reicht dies zwar aus, um sich selbst vom rohen Treiben fernzuhalten. Doch zu einer »couragierten« *Intervention* gegen die »mutigen jungen Leute, die wenigstens was tun« (Berliner Bürgerin im O-Ton TV), haben *diese* Deutschen wenig Veranlassung.

Wenn deutsche Politiker und deutsche Öffentlichkeit einerseits eine im Volk *verbreitete* Ausländerfeindlichkeit nicht mehr leugnen, andererseits eben dieses Volk dazu aufrufen, gegen Ausländerfeindschaft praktisch aufzustehen, dann passt das nicht zusammen. Es sei denn, man deutet den Aufruf zur Zivilcourage weniger als Motivation zur *tätigen* Intervention denn als weitere Form der *Volksbelehrung*. Und zwar als eine solche, die den gediegenen deutschen Ausländerfeind auf die schon genannte Tour zusätzlich *national-moralisch* in Bedrängnis bringen will: Wer möchte denn nicht von den obersten Deutschen für anständig gehalten werden. Oder umgekehrt: Wer möchte sich schon gern von den gewählten Sachwaltern der deutschen Sache als unanständiger, moralisch verkommener, folglich ziemlich undeutscher Deutscher beschimpfen lassen!

So steht denn auch nicht zu erwarten, dass in Zukunft bei jeder Pöbelei durch Jungfaschisten die anwesenden Deutschen geschlossen aufstehen und die Jungmannen zur Raison bringen. *Wie* der mehr oder weniger heimliche Sympathisant

¹⁴ Bemerkenswert ist in dem Zusammenhang, dass jeder TV-Kanal inzwischen seine eigene Gerichtsserie hat, in der der Bürger nicht etwa *Rechtshilfe* erhält, sondern sein *Rechtsbewusstsein* als Beurteilungsprinzip einer jeglichen Affäre, mit der er konfrontiert wird, aufgemöbelt wird.

¹⁵ Vgl. G. Meyer, A. Hermann, Zivilcourage im Alltag, Beilage zum Parlament, B7-8/2000, S. 3

der rassistischen Übergriffe solche Volksbelehrung über das, was sich für den anständigen Deutschen gehört, verarbeitet, das wird sich erweisen. Festzuhalten gilt allerdings, dass sich auch diese Abteilung der »antifaschistischen Front gegen rechts« nahtlos in das bisher vorgestellte Umerziehungsprogramm einordnet. Der Einsatz des staatlichen Repressionsapparates und die Schnellurteile mit ihrer Abschreckungsfunktion zielen ebenso wie die »Aufklärungsprogramme«, die Werteerziehung mit Vorbildern und die Kampagnen für mehr Zivilcourage ausschließlich auf die *Mobilisierung des gehorsamen Nationalismus*.

Dabei leistet auch die Debatte um das NPD-Verbot ihre Dienste; wenngleich erneut die öffentliche *Debatte* über das Verbot das eine und das *Verbot selbst* das andere ist, das es zu klären gilt. Verbot tut Not, so heißt die Botschaft ans Volk. Dann ist die rechtsextreme Konkurrenz weg vom Fenster, wissen die Verbieter, die sich dabei allerdings vor allem mit den Folgen der *Zulassung* dieser Partei herum-schlagen müssen.

Kapitel 7

Das NPD-Verbot: Eine weitere Lektion über Demokratie

1. Wehrhafte Demokratie

Die deutschen Parteien sind sich inzwischen einig geworden: Die NPD muss verboten werden. Der Verbotsantrag ist mit 73 Aktenordnern an Begründungen auf den Weg gebracht. Nur die FDP ist sich noch nicht recht einig. Sie will, wo sie das Freiheitliche schon im Namen trägt, wenigstens die Partei sein, die am längsten Bedenken anmeldet.¹ Zu dem Mittel des Parteienverbots, zu diesem – wie es heißt – »äußersten in der Demokratie zugelassenen Mittel« zu greifen, bereitet den Parteien wenig Schwierigkeiten. Beckstein, der bereits mehrfach zitierte bayrische Innenminister von der CSU, der den Stein ins Rollen gebracht hat, erklärt frank und frei: »Wir dürfen nicht zulassen, dass unter dem Schutz des Parteienprivilegs neonazistisches Gedankengut und Gewalt gefördert werden.«² Für ihn steht die Verfassungswidrigkeit der NPD fest. Die DVU und die REPs kämen, ginge es nach seiner Ordnungsvorstellung, gleich danach an die Reihe. Sozialdemokraten wie Schröder, Schily und Gabriel sekundieren ihm und haben gleichfalls keinerlei Bedenken, dass die in der Verfassung als eines der höchsten Güter hochgehaltene Meinungsfreiheit einen ernstzunehmenden Einwand abgeben könnte.

Diese Bedenken zu bewältigen, das überlassen sie den professionellen Bedenkenträgern. Die wissen und halten mit diesem Wissen nicht hinterm Berg, »dass sie sich an einem schmerzhaften Prozess beteiligen: Parteiverbote haben jeder Demokratie weh getan, weil sie die Demokratie an sich (!) in Frage stellen, die Freiheit des Andersdenkenden vor allem. Und sie treffen die Parteien, denen das Grundgesetz keine geringere Rolle zuweist, als an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken.«³ Das mit den Schmerzen ist allerdings schlicht die Unwahrheit und nur als Tribut an ein verbreitetes und durchaus gelegentlich noch gepflegtes idealistisches Missverständnis der deutschen Nachkriegsdemokratie zu deuten. Es lautet, dass jedermanns Meinung erlaubt sei und jedermann seine Partei gründen könne, wenn er nur wolle; wenngleich so etwas flüssig nur noch deutschen Sozialkundelehrern für die Sekundarstufe I von den Lippen geht. Denn Demokratie buchstabiert sich

¹ Dabei beziehen sich diese Bedenken gar nicht auf die Verletzung der »Freiheit des Andersdenkenden«, sondern gerade umgekehrt darauf, ob die Andersdenkenden nicht in einem langen Verfahren zuviel Freiheit eingeräumt bekommen – und zwar für ihre freie Selbstdarstellung.

² Bayernkurier 32/2000

³ Süddeutsche Zeitung 12.8.2000

seit dem Wirken der Väter des Grundgesetzes »wehrhafte Demokratie«. Mit der sollen die »Lehren aus Weimar« gezogen werden, deren wichtigste lautet, dass auf keinen Fall dem *Volke*, diesem obersten Souverän in der Demokratie, die Entscheidung darüber überlassen werden darf, *welche Partei* zur Regierung der Nation geeignet ist. Deswegen werden Parteien auch nicht einfach gegründet und angemeldet, sondern von Verfassungsorganen erst nach sorgfältiger Prüfung zugelassen und dann mit einem Parteienprivileg ausgestattet – oder eben auch nicht. Gelegentlich werden sie auch wieder verboten. Das, so kann man jetzt überall nachlesen, ist in der Geschichte der Bundesrepublik bisher zweimal geschehen. Einmal hat es einen bedeutungslosen Verein von Altfaschisten, die SRP, und einmal die KPD getroffen, die allerdings 1952 weniger bedeutungslos war.⁴ Und immer, so steht zu lesen, hat sich »die Demokratie« dabei fürchterlich schwer getan, hat es ihr eminent »weh getan«, zu tun, was nun einmal *zu ihrem Schutze* getan werden *musste*, nämlich gegen die Grundprinzipien der Demokratie zu verstoßen – wie seit 1951 die ewiggleiche, paradoxe Begründung lautet. Paradox ist sie deswegen, weil die Wächter über die Demokratie behaupten, sie müssten leider regelmäßig die Regeln des demokratischen Systems *verletzen*, um es zu *schützen*! Wenn aber nun zum *Schutz der Demokratie* zugleich *solche Maßnahmen* gehören, die sie selbst *außer Kraft setzen*, dann spricht das zum einen nicht sehr für die »Widerstandsfähigkeit« von Demokratie und dann fällt es zum anderen dem neutralen Beobachter schwer zu entscheiden, welche Sorte von Verletzung demokratischer Regeln eigentlich verfassungsfeindlicher ist, die der NPD oder die der Verfassungsschützer.

Aber, wie gesagt, Politiker sind an dieser Aporie noch nie verzweifelt. Denn die Demokratie wird von ihnen ohnehin nur als *Herrschafts-*, besser: *Herrschafts-stabilisierungsinstrument* geschätzt. Und nur deswegen *verfügt* die Demokratie auch über die Mittel, mit denen sie sich vor unerwünschten Parteien schützt. Den Politikern bereitet es keine Kopfschmerzen, in der Verfassung Regeln zu verankern, die im Notfall das ganze demokratische Prozedere sistieren.⁵ Geschützt werden immer nur die *Zwecke*, denen sich die demokratische Herrschaft in politischer und ökonomischer Hinsicht verschrieben hat, und die sie gegen unliebsame Konkurrenz und störende Kritik durchsetzen will – und diese Zwecke gelten dann als die Inkarnation eines Wertesystems. Nur darum geht es auch diesmal. Und die Bedenken, dass Parteiverbote »die Demokratie *an sich* in Frage stellen«, sind schnell damit erledigt, dass sie in aller Offenheit als Beleg für die »wehrhafte Demokratie« vorgestellt werden – und ohne größeren Widerstand⁶ vorgestellt werden können.

⁴ In den Wahlen brachte sie es z.B. in NRW auf knappe 14% und bei Betriebsratswahlen schnitt sie in vielen Regionen als stärkste Kraft ab.

⁵ Dazu gehört vor allem die Notstandsgesetzgebung.

⁶ Die NPD mobilisiert natürlich dagegen und H. Mahler sieht schon Sternstunden auf sich zukommen. (Vgl. auch Kapitel 8)

2. Verbot zerschlägt Partei gründlich

An der NPD stört in *erster* Linie, dass sie sich als Sammelbecken und organisatorisches Rückgrat von Skins und neofaschistischen »Kameradschaften« in aller Öffentlichkeit strikt ausländerfeindlich betätigt. In *zweiter* Linie soll verhindert werden, dass diese Partei weiteren *Zulauf* erhält. Und *drittens* taugt der NPD-Verbotsantrag nebst der öffentlich geführten Debatte auch dazu, die Maßstäbe für politischen Anstand im Volk weiter zu verankern.

Die Prognosen darüber, welche Wahlchancen der rechte Block aus NPD, DVU und Repts in Zukunft hat, gehen zwar auseinander, und es überwiegen jene Hochrechnungen, die die NPD weit unterhalb der 5%-Klausel ansiedeln, doch wollen es die Politiker darauf jetzt nicht mehr ankommen lassen. Es reicht ihnen, dass hier ein organisiertes und logistisch recht gut bestücktes Zentrum jenes Nationalismus entstanden ist, den sie als Störung der »nationalen Sache« ausgemacht haben. Als ärgerlich empfinden sie es, dass die NPD als zugelassene Partei über das Recht verfügt, Demonstrationen zu veranstalten, Räume anzumieten, Sendezeiten im Rundfunk zu belegen und Anspruch auf staatliche Parteienfinanzierung hat – was die politische Konkurrenz nun gar nicht leiden kann. Regelmäßig werden Versuche, Demonstrationen zu verbieten und Versammlungen zu untersagen, per Gerichtsbeschluss zurückgewiesen, was nach dem Parteienprivileg, das nun einmal der NPD gewährt worden ist, rechtsstaatlich völlig in Ordnung geht. »Eine nicht verbotene Partei verfügt über Rechte«, schreibt der ehemalige Innenminister und spätere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, CDU. So ist das nun einmal. Folglich muss die *Partei* verboten werden, wenn es stört, dass sie ihre *Rechte wahrnimmt*.

Mit der Feststellung der Verfassungswidrigkeit, die – da macht es sich die Demokratie im Unterschied zum Verbot von Vereinen nicht einfach – Sache des Bundesverfassungsgerichts ist, wäre so eine Partei aller Rechte und Mittel beraubt. Die Partei würde aufgelöst, das Parteivermögen eingezogen, die Gründung von Ersatzorganisationen verboten, jeder Versuch, den organisatorischen Zusammenhang anderweitig aufrecht zu erhalten, wäre ebenso strafbar wie das weitere Herstellen, Lagern und Verbreiten von Propagandamaterial. Zudem wäre das Versammlungsrecht unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen verwirkt! Da ist im Parteiengesetz wirklich an alles gedacht worden. So eine Partei ist nach ihrem Verbot als Organisation vollständig platt, zumal ihre Funktionäre und Mitglieder weiter unter sorgfältiger Beobachtung stehen, da der Rechtsstaat ja wissen muss, ob die Träger der Partei sich an das Verbot halten. Darüber hinaus wandern in der Regeln einige Funktionäre hinter Gittern.

Dieses nach Art 21 GG erlaubte »äußerste Mittel der Demokratie« *ist* also eines: Sein Einsatz schafft die vollständige Zerschlagung der gesamten sachlichen, finanziellen und personellen Wirkungsmöglichkeiten der Partei. Dabei ist der Verbotsantrag selbst schon die halbe Miete. Denn das Bundesverfassungsgericht kann die Beschlagnahme des Parteivermögens, die Durchsuchung von Parteibüros und Sicherstellung von Propagandamaterial »zu Beweis Zwecken« anordnen – wie Beckstein in seiner Begründung hoffnungsfroh ausmalt: »Bereits in Folge eines Verbotsantrags könnten somit Logistik und Strukturen der NPD massiv getroffen

werden.«⁷ Der Minister ist wenigstens ehrlich: Er gibt gleich als politischen *Zweck* aus, was nach rechtsstaatlicher Logik allenfalls die *Wirkung* beweissichernder Maßnahmen wäre, nämlich die ziemlich weitgehende *Zerschlagung* der Partei vor ihrem *rechtskräftigen Verbot*.⁸ Was die Hüter des Rechtsstaats »totalitären Regimen« regelmäßig als Willkürakte ankreiden, geht hier völlig in Ordnung, denn immerhin ist – so lautet die ganze Affäre auf rechtsstaatlich – »Gefahr im Verzug«. Und da in der Presse darüber räsoniert wird, dass es Jahre dauern kann, bis so ein Verbotsantrag rechtsgültig wird – BILD: »NPD verbieten – wie schnell geht das?«⁹ –, ist ein Schelm, wer Böses bei diesem Verfahren denkt.

3. Verbots-Hürden

Dass mit dem politischen Befund über die Verbotswürdigkeit der NPD das Rechtsurteil des Bundesverfassungsgerichts noch nicht gefällt, sondern erst eingeleitet und in seinem Ausgang durchaus nicht gewiss ist, *das* ist es, was bei den Politikern die *echten* Bedenken auslöst. Schily & Co. sind nämlich mit ihrem Urteil längst fertig und »leiden« – nicht etwa daran, dass sie zu einem »an sich« demokratiefeindlichen Mittel greifen. Sie leiden umgekehrt an der *Demokratie*, genauer: an der demokratischen *Rechtsstaatlichkeit*, der sie sich verschrieben haben. Die gesamte politische Debatte über den Verbotsantrag wird beherrscht von der Frage, ob die von Regierung und Parlamenten mit dem Antrag vorgelegten Beweismittel dem *Bundesverfassungsgericht* für ein Verbot *ausreichen*. Es kann sein, argwöhnen die Antragsteller, dass unsere guten Gründe von der obersten Gerichtsbarkeit nicht anerkannt werden, dass unser politischer Befund von Verfassungsrichtern *ausgehobelt* wird. Nicht dass sie ihre Beschwerde in einen solchen Klartext kleiden würden, aber ihr Gehalt besteht schon darin, die dreigeteilte Gewalt – diesen Stolz demokratischer Herrschaftsausübung – für ein einziges *Hindernis* ihrer Politik zu halten. Ihre Sorge über die Unwägbarkeit der Entscheidungen der unabhängigen Judikative verrät einen anspruchsvollen *Maßstab*: Sie bedauern das Fehlen der *Einheit von legislativer und judikativer Gewalt*, kurz: das, was man *Diktatur* zu nennen pflegt. In dem Verfahren, das sie einleiten müssen, sehen sie lauter juristische Barrieren für die von ihnen politisch für notwendig gehaltenen Maßnahmen. Wozu, mögen sich die entschlossenen Innenminister fragen, haben wir denn – da ist sie schon wieder – die *wehrhafte* Demokratie eingerichtet, wenn das *demokratische* Prozedere dann doch diese Wehrhaftigkeit konterkarieren kann!

Damit tun sie allerdings den Vätern der deutschen Verfassung Unrecht: Die sind davon ausgegangen, dass das Nachkriegsprojekt sich eine Verfassung zu geben hat, die einerseits keinem seiner erklärten Feinde irgendeine tiefgreifende Umgestaltung erlaubt, die aber andererseits noch an den zentralen Prinzipien demokratischer Herrschaftsbestellung und -ausübung festhält. Und zwar aus gutem Grund:

⁷ Bayernkurier 32/2000

⁸ So hat sich denn z.B. auch die faschistische SRP 1952 mit dem gestellten Verbotsantrag zeitgleich selbst aufgelöst.

⁹ Bild 20.10.2000. Das KPD-Verbot zog sich von 1951 bis 1956 über fünf Jahre hin.

Denn zu den Lehren aus Weimar gehört nicht nur das institutionalisierte Misstrauen in den politischen Sachverstand des »obersten Souveräns«, des Volkes, sondern aus gutem Grund auch eine Portion Misstrauen in die politische Führung. Ihr eine Instanz an die Seite zu geben, die das oberste Anliegen nationaler Politik, nämlich die deutsche Sache nach innen und außen voranzutreiben, *noch einmal* juristisch begutachtet und so quasi *verdoppelt*, schien geboten. Dass diese Verdoppelung aufwändig ist und es je nach Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts schon mal zu abweichenden Urteilen kommt, nervt heute die Politiker, die – gar nicht zu Unrecht – in der Judikative *ihr Instrument* sehen und sich deswegen schwer damit abfinden, dass sie sich in der *Form* ihrer Betätigung gelegentlich als eine *lästige Erschwernis* der Ausübung von Regierungspolitik erweist. Nicht dass ein derartiges Verfahren letztlich nicht doch zum gewünschten Ergebnis kommen könnte, doch bis es so weit ist, können Jahre ins Land gehen, zumal in der Demokratie dummerweise der Gegenseite ebenfalls Rechtsmittel zugestanden werden müssen. Gewaltenteilung und das Bundesverfassungsgericht mit seiner Kompetenz, das mag etwas für ungefestigte Demokratien sein, denken die auf raschen Vollzug erpichten Politiker heute, aber doch nicht für uns!¹⁰

Die Besorgnis, ein sich stark verzögerndes, halbherziges oder gar *ablehnendes* Urteil der obersten Rechtsinstanz würde der NPD nur Auftrieb geben, hat schließlich zu der waghalsigen Überlegung geführt, man solle den Verbotsantrag nur dann einbringen, wenn seine *Annahme gesichert* ist. Dass dies der Sache nach die Grenze zur *Nötigung* des Bundesverfassungsgerichts überschritten hat, mochte niemandem auffallen. Vielmehr stürzten sich die Politiker auf die Aufgabe, *wie* das zu bewerkstelligen wäre: Wenn der Verbotsantrag, so lautet ihr Argument, von allen Parteien des deutschen Bundestages und von allen antragsberechtigten Einrichtungen, Regierung, Bundestag und Bundesrat, eingebracht würde, dann *könne* doch das Bundesverfassungsgericht gar nicht anders! Andere juristisch geschulte Politiker stellen laut die Überlegung an, ob es nicht möglich sei, die NPD ohne Verbotungsverfahren kalt zu stellen, also das Bundesverfassungsgericht einfach *auszuhebeln*. Die Kopie des US-amerikanischen Verfahrens, über Zivilrecht so hohe Strafen zu verhängen, dass damit das Parteivermögen kassiert werden kann, gehört ebenso dazu wie die Verwandlung der NPD in einen Zusammenschluss von Einzelorganisationen, sogenannten »Kameradschaften«, Clubs und Jugendbünden, die als Vereine vom Innenminister verboten werden könnten.

¹⁰ Kein Wunder, dass in der Öffentlichkeit und bei Wissenschaftlern Stimmen laut werden, die das Verbot *ablehnen*: Der Antrag sei ein Armutszeugnis für die Republik, die doch angesichts ihrer gut bestückten Ordnungskräfte auch ohne dieses starke Geschütz mit den rechten Gewalttätern fertig wird. Das Problem NPD würde sich, wie in der Vergangenheit, von allein erledigen. Die Demokratie in Deutschland sei nach 50 Jahren so gefestigt, dass das Verbot überflüssig sei. Mit dem Verbot schaffe man nur attraktive Märtyrer, die dann eventuell im Untergrund nicht mehr kontrollierbar wären. Das Verfahren werte die NPD nur auf... Genau genommen gelten diese Argumente gar nicht dem Verbotsantrag und seinem politischen Anliegen. Sie erörtern vom Standpunkt des *geteilten* Zwecks kritisch die *Wirkungen* des Verbots, problematisieren von daher die *Notwendigkeit* des Verfahrens oder verkünden ihr Vertrauen in den Wähler, dem jedoch gerade Dampf gemacht werden soll, weil er als der Volksgenosse gilt, der gegen die unerwünschte Ausländerfeindlichkeit gerade nicht gefeit ist.

Doch nicht mit Schily, der weiß, dass er um die *zugelassene Partei* nicht herumkommt! Und für deren Verbot, so erfuhr der aufmerksame Zeitungsleser, sind mit dem Parteiverbots-Artikel des GGs ziemlich *hohe Hürden* errichtet worden: Es reicht nicht, wenn die NPD »die obersten Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht anerkennt, vielmehr müsse eine ›aktiv kämpferische, aggressive Haltung‹ gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen.«¹¹ Und deren Nachweis – durchgeführt an Programm, Erklärung und Verhalten der Anhänger – soll nun für den Antrag das eigentliche Problem darstellen.

4. Der Ärger mit der Parteizulassung

Und da ist etwas dran, doch in einem ganz anderen Sinne, als sich dies Innenminister und Verfassungsrichter zurechtlegen. Denn vor der Frage, wie man der zugelassenen Partei verfassungskonform den Garaus machen kann, steht eine ganz andere: Warum haben die Verfassungshüter, die sich jetzt so schwer tun, der NPD eigentlich die Lizenz als eine Partei, die innerhalb des demokratischen Spektrums zu tolerieren ist, erteilt? Gibt der Staat nicht damit, dass er eine einmal nach allen Vorschriften des Parteiengesetzes *zugelassene Partei* später zur *verfassungsfeindlichen Partei* erklärt, zu verstehen, dass er einen schweren Fehler gemacht hat? Oder sollte er, als ihm das Programm zur Begutachtung vorlag, nicht erkannt haben, dass in der Partei »die verfassungswidrigen Bestrebungen deutlich überwiegen«? Sollte er dem »Parteiprogramm und Erklärungen« nicht entnommen haben, dass sich die Partei gegen die FdGO wendet? War er unfähig, aus den »Ideen« die »Handlungen« abzuleiten? Konnte er aus der Programmatik etwa nicht auf die »aggressiv-kämpferische Haltung« seiner Mitglieder schließen? Hat man den politischen Grundsätzen der NPD nicht entnehmen können, dass sich hier eine neofaschistische Partei aufstellt?

Oder anders gefragt: Warum haben die Hüter der parlamentarischen Demokratie eine Partei erst zugelassen, von der sie nun behaupten, dass sie »neonazistisches Gedankengut und Gewalt fördert«, die also dem demokratischen Selbstverständnis zufolge mit allen geheiligten Grundsätzen der Nachkriegsordnung brechen will? Dass sich die NPD »massiv gewandelt hat« (Beckstein), dass sie sich massiv verjüngt und ihre öffentliche Präsenz verstärkt hat, wird schon so sein. Doch in dem, *was* sie nun deutlicher *präsentiert*, wird sie schon die NPD geblie-

¹¹ Das Zitat geht weiter: »Der Grundgesetzkommentar von Mangoldt/Klein/Starck bemerkt dazu, ›verboten sind keine Ideen, nur Handlungen‹, damit sich das Parteiverbot von jeder Art der ›Inquisition‹ unterscheide. Bei der Beurteilung, ob eine Partei das Ziel hat, die ›freiheitlich demokratische Grundordnung‹ abzuschaffen, blicken die Richter auf das Ganze: Parteiprogramm, Erklärungen, Verhalten der Anhänger. Wenn Skinheads Ausländer verprügeln und töten, verstoßen sie gegen die Menschenrechte des Grundgesetzes, und damit, so befand das BVerfG im SRP-Urteil gegen die Grundordnung. Schwierig ist es zu beurteilen, ob das Verhalten einzelner Gewalttäter der gesamten Partei zugerechnet werden kann. Das ist nicht einmal der Fall, wenn einzelne Parteifunktionäre ›entgleisen‹. Im KPD-Urteil forderte das BVerfG, dass die verfassungswidrigen Bestrebungen in der Partei deutlich überwiegen und sich daraus entsprechende politische Aktionen ergeben müssen.« (Süddeutsche Zeitung, 12.8.2000)

ben sein, als die sie mit ihrer Zulassung angetreten ist. Und in der Tat haben sich ihre parteipolitischen Grundsätze nur nach Diktion und Thematik, nicht aber in der politischen Stoßrichtung geändert. In der Familien-, Ausländer-, Souveränitäts- oder Wehrfrage werden dieselben Prinzipien vertreten, wie sie 1963 von Thielen und von von Thadden verkündet worden sind: Sie wollten gegen den »Monopolanspruch der Bonner Parteien« antreten und eine »von *fremden Interessen* unabhängige deutsche Politik« betreiben.¹² Das ist auch heute noch ihr Motto: »Wir stehen mit einem lebensrichtigen Menschenbild gegen *Fremdherrschaft* und *Fremdbestimmung*, gegen Überfremdung, Ausbeutung und Unterdrückung...«¹³ Das zieht sich wie ein roter Faden durch alle Punkte des Parteiprogramms – und erregt offensichtlich bei deutschen Politikern keinen Verdacht. Es scheint so, als würden Demokraten im Programm der NPD durchaus ihre eigene Sache, ihre eigenen Maßstäbe und letzten Ziele wiederentdecken. Da müssen die Thielens, von Thaddens, Freys oder Deckerts – wie einige berüchtigte Vorsitzende dieser Partei hießen – schon den Holocaust leugnen oder Hitler zu einem begnadeten deutschen Politiker erklären, also in ihren Auftritten explizit gegen deutsches Spezialrecht verstoßen,¹⁴ damit an der NPD überhaupt etwas Faschistisches entdeckt wird.

Ja, wenn die Errichtung von KZs, das Verbot der Volksparteien, die Vorbereitung auf einen Weltkrieg, Antisemitismus und Euthanasie offen propagiert würden, dann hätten unsere demokratischen Berufsnationalisten keine Probleme mit der Identifizierung der NPD als Nachfolgeorganisation des Hitler-Vereins. Wo aber davon *nicht* die Rede ist, statt dessen die »deutsche Familie als Grundlage des deutschen Volkes«, die Sicherung der »deutschen Souveränität«, die Erhaltung »der Natur als allgemeiner Lebensgrundlage« und die Sicherung der »nationalen Grundlagen der Wehrpolitik« gefordert werden, entdecken auch bundesdeutsche Gerichte in den Grundsätzen dieser Partei nichts, was nicht mit der FdGO verträglich wäre.¹⁵

So stehen die Antragsteller vor dem Dilemma, dass vielleicht gar nicht als durchgesetzter *Parteistandpunkt* nachgewiesen werden kann, was nach *demokratischen Grundsätzen* überhaupt erst zum *Verbot* der NPD reicht. Und umgekehrt, wählen sie, könnte der ärgerliche Fall eintreten, dass alles, was der Partei – »nach Parteiprogramm, Erklärungen und Verhalten der Mitglieder« (s.o.) – *nachgewiesen* werden kann, gar nicht ausreicht, um der Partei die *Verfassungsfeindlichkeit* zu bescheinigen.

¹² Vgl. Fischer-Chronik von 49-99, S. 345

¹³ Dies und Folgendes aus dem aktuellen Parteiprogramm der NPD.

¹⁴ Es gibt im deutschen Recht die Besonderheit, dass selbst bestimmte *Meinungen* verboten sind, deren Äußerung bereits als Verletzung des deutschen Anstands betrachtet wird. Die Leugnung des Holocaust, der sogenannte Geschichts-Revisionismus, gehört dazu. Soweit der Nachtrag zur Rechtsauffassung, derzufolge »nur Handlungen«, aber keine »Ideen« verurteilt werden dürfen, damit sich Strafverfahren in der rechtsstaatlichen Demokratie »von jeder Art Inquisition unterscheiden«, wie die Grundgesetzkommentatoren erklärend hinzufügen.

¹⁵ So hat es wenigstens der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof gesehen, der 1978 feststellte, es sei nicht erwiesen, dass die NPD verfassungsfeindliche Ziele verfolge. Anders hatten es 1975 die drei westlichen Stadtkommandanten von Berlin gesehen, die der NPD die Teilnahme an der Wahl und jeden öffentlichen Auftritt mit dem Hinweis untersagten, dass es sich bei der NPD um eine Nachfolgepartei der NSDAP handle. Ihre Begründung bezieht sich dabei nicht auf die Programmatik der Partei, sondern auf Äußerungen bekannter Funktionäre.

5. Ist die NPD demokratisch oder faschistisch?

Die Probe aufs Exempel kann da Aufschluss bringen:

* Was vermeldet die NPD zum Thema *Familie*?

»Die kleinste Gemeinschaft innerhalb unseres Volkes ist die Familie. Ihr gehört daher die besondere Zuwendung und Pflege des Staates. ... Die Familie ist lebendes Bindeglied überlieferter Traditionen. In ihr werden die Muttersprache gelehrt und Kultur und Gebräuche vermittelt. ... Im Zusammenleben mit Eltern und Geschwistern erfährt der Heranwachsende in der häuslichen Geborgenheit die natürliche Erziehung, die ihm hilft, sich zur Persönlichkeit zu entwickeln. ... Die Leistung der Hausfrau und Mutter ist mit keiner Arbeitsleistung anderer Berufe zu vergleichen. Ihr gebührt ein ... Hausfrauen- und Müttergehalt...«

Und? Ist das undemokratisch, gar verfassungsfeindlich? Davon kann keine Rede sein. Dieses Bekenntnis der NPD zu einer Form von Gemeinschaftlichkeit, in der der Naturvorgang des Zeugens und Gebärens zum verpflichtenden Grund für das dauerhafte Zusammenleben von Menschen erklärt wird, entspricht durchaus der Verfassung.

Auch die Ableitung eines Erziehungsauftrags aus eben diesem Naturvorgang, dem umgekehrt die erzwungene langjährige Unterwerfung der Gezeugten unter die Erzeuger entspricht, ist schlechte demokratische Sitte. Sogar die höchst moderne und unter Feministen beliebte Forderung, auch noch die Hausfrau und Mutter unter die Gesetze von Lohnarbeit zu subsumieren – allerdings ohne der Frau jenes aktive und passive Kündigungsrecht zuzugestehen, das zur Lohnarbeit gehört –, fehlt nicht. Faschisten und Demokraten *teilen* nämlich diese Berufung auf die Familie als biologisch begründete und staatlich eingerichtete Keimzelle der Gesellschaft, und deswegen sehen Demokraten bei den Faschisten und umgekehrt Faschisten bei den Demokraten keinen Grund, die Prinzipien ihrer Familienpolitik wechselseitig zum Volksverrat zu erklären.

Wenn Faschisten auch noch knallhart ausplaudern, dass der Staat für diese Sorte Zusammenleben sein Volk auf ihre Biologie verpflichtet – »Die Familie ist Träger des biologischen Erbes... Besonderer Schutz haben dem werdenden Leben und der werdenden Mutter zu gelten« –, dann mag das vielleicht als Formulierung anstößig sein, nicht aber der Sache nach.

Dies gilt auch für einen Grundsatz, den so deutlich vielleicht kein Demokrat in sein Programm schreiben würde: »Kindergeld als volkspolitische Maßnahme des Staates darf *nur* an *deutsche* Familien ausgezahlt werden.« Nicht dass er ernstliche Einwände geltend machen würde, immerhin findet sich im § 1 des Bundeskindergeldgesetzes von 1997 die Formulierung, dass an Ausländer, die zur »vorübergehenden Dienstleistung nach Deutschland entsandt« werden, *kein* Kindergeld gezahlt wird, die Zahlung vielmehr an die Aufenthaltsberechtigung bzw. -erlaubnis geknüpft ist.

In der Zuspitzung dieses Prinzips ist denn auch schon die ganze familienpolitische Differenz zwischen Faschisten und Demokraten eingeschlossen: Zwar geht auch das deutsche Familienministerium davon aus, dass Ausländer *eigentlich keinen* Anspruch auf jene Zuschüsse besitzen. Denn mit dem Kindergeld möchte der Staat seine Originaldeutschen gerade dazu *motivieren*, etwas gegen das »Aussterben der

Deutschen« zu tun.¹⁶ Doch kennt er *Ausnahmen* von dieser Regel. Und die sind dem Faschisten ebenso wie vielen Rechtskonservativen ein Dorn im Auge. Wenn nämlich, sagt das Bundeskindergeldgesetz, so ein Ausländer die Voraussetzungen erfüllt, sich hier für Deutschland nützlich zu machen, dann kann man ihm weder die Gründung einer Familie noch das Kindergeld bestreiten. Doch, sagt die NPD und insistiert darauf, dass mit dem »biologischen Erbe« eben nichts anderes als die Erhaltung der *deutschen Rasse* gemeint ist. Wo der demokratische Staat inzwischen gute Gründe kennt, auch »fremdstämmigen« Menschen die Ehre der deutschen Staatsbürgerschaft zuteil werden zu lassen, wenn sie denn in seine bevölkerungs-, ordnungs- oder wirtschaftspolitische Kalkulation passen,¹⁷ da geriert sich selbst der moderne Faschist sehr prinzipiell. Am *biologischen Rassismus*, der sich übrigens überhaupt nicht wie ein *Naturprozess* durchsetzt, sondern immer der *staatlichen Gewalt* zu seiner Verwirklichung bedarf, will er keine Abstriche machen: »Kindergeld als volkspolitische Maßnahme darf *nur* (!) an deutsche Familien gezahlt werden.«

Es soll noch ein zweites Beispiel angeführt werden:

* Was sagt die NPD zum *Umweltschutz*?

»Der Mensch ist Teil der Natur. Deswegen ist Natur nicht einfach nur ›Umwelt‹ des Menschen. ... Der Schutz der Natur kann daher nicht einseitig auf ökonomischen Überlegungen beruhen. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist wichtiger als die Rentabilität von Betrieben. ... Alle gentechnisch veränderten Waren müssen in Deutschland der Kennzeichnungspflicht unterliegen. Für die Erforschung und Weiterentwicklung alternativer Energien sind Mittel aus dem Atomforschungsprogramm bereitzustellen. Zum Schutz der Natur gehört auch der Schutz des Tieres und der Erhalt der Artenvielfalt...«

Da lacht das grüne Herz, der Tierschützer ist begeistert und der Umweltminister Trittin würde die Partei glatt als einen neuen Verbündeten in die Arme schließen, wenn diese nicht NPD hieße und des Neofaschismus verdächtig würde. Wo steckt hier das Besondere der faschistischen, sich von der aller demokratischen Parteien unterscheidenden Programmatik? Erhaltung der Artenvielfalt, Kritik von Gentechnologie und Atomenergie, Ökologie *vor* Ökonomie usw., all das kennt man auch von radikalen Umweltschützern, die inzwischen dadurch gesellschaftlich zu höchsten Ehren gekommen sind, dass sie SPD, CDU/CSU und FDP ebenfalls auf »ökologisches Denken« verpflichtet, hier und da Verfassungsänderungen durchgesetzt und für die »Umwelt« ministerielle Zuständigkeit erstritten haben. Oder verhält sich die NPD etwa opportunistisch? Springt sie auf diesen Zug auf – ganz gegen ihre Grundsätze? Mitnichten. Das Interesse an der »Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen« *eint* auch hier Demokraten und Faschisten.

Der Grundgedanke ist auch hier ebenso so simpel wie ärgerlich: »Natürliche Lebensgrundlagen« zu erhalten ist Staatsgebot, denn wie soll ein Staat aus Land und Leuten, aus der Natur des Staatsgebiets etwas Großes zaubern, wenn diese »Lebensgrundlagen« durch ihre Benutzung zerstört werden, als Ressourcen nicht

¹⁶ An ein Geld, mit dem den Kindern armer Familien ein vernünftiges Aufwachsen finanziert werden soll, hat er nie gedacht. Dafür sind die Zuschüsse ohnehin viel zu knapp bemessen.

¹⁷ Vgl. dazu das Kapitel 10

mehr zur Verfügung stehen und für die Infrastruktur wegen Verseuchung ausfallen. Wenn Boden, Wasser, Luft und Menschennatur – »Der Mensch ist Teil der Natur.« (NPD) – in einem Atem als schützenswerte Güter genannt werden, dann steht fest, dass es dem bürgerlichen Lager nicht darum zu tun ist, die Natur für eine rationelle Benutzung zum Wohl von *Menschen* zu sichern. Vielmehr ist hier der *Staat* als der *Benutzer* und *natürliche* sowie *Menschen-Natur* als der zu *benutzende Stoff* vorgesehen! Die Sorge um die *Volksgesundheit* ergänzt das Programm. Auch die sollte man tunlichst nicht verwechseln mit der Sorge um die physische Intaktheit der Menschennatur als der nun einmal unabdingbaren Voraussetzung für die eigene Lebensgestaltung. Auch bei ihr geht es allein um die Absicherung des dauerhaften, *staatlich ermittelten Gesundheitsverbrauchs* durch kapitalistische Ökonomie, politische Benutzung und Volksernährung, der immer eine beträchtliche Rate an Leukämietoten, Creuzfeldt-Jakob-Erkrankungen oder Asbestlungen einschließt. Faschistische und demokratische Systeme sind in dieser Hinsicht gleichermaßen Großverbraucher. Sie wissen ihr Volk an allen nur denkbaren Fronten – Produktions- und Kriegsfronten – ziemlich rücksichtslos gegenüber der Gesundheit des *einzelnen* Bürgers einzusetzen.

Dennoch gibt es auch hier den Punkt, wo dem NPD-Programm ein Dissens zu ihrer demokratischen Konkurrenz zu entnehmen ist. Faschisten denken bei Natur immer zugleich an *Kultur*: »Deutsche Landschaften sind Kulturlandschaften. Deshalb kann Umweltschutz grundsätzlich nicht getrennt von der kulturellen Entwicklung gesehen werden. .. (Es führt die Zerstörung von natürlichen Lebensgrundlagen) zwangsläufig zur Vernichtung der traditionellen Bindungen und Kulturen. Der Mensch wird entfremdet und entwurzelt, er verliert seine Identität.« Umweltschutz ist Heimatschutz und Heimatschutz *ist* Sicherung der Identität des deutschen Menschen, ganz besonders in den ländlichen Regionen.¹⁸ So gesehen trägt Umweltschutz zur Verwurzelung des deutschen Menschen in der deutschen Scholle bei, hat der seine nationale Identität über den deutschen Boden zu finden, der eben mehr ist als kultivierter Erddreck: Heimat ist er, folglich der höchste nationale Wert, dem der Mensch sich bei seiner Benutzung ehrfurchtsvoll zu *unterwerfen*, den er zu erhalten, zu verteidigen und seinen Kindern zur weiteren Pflege zu übergeben hat.

Der geübte Zeitungsleser weiß sofort, dass die in dieser *Naturalisierung* des nationalistischen Grundgedankens enthaltene Umkehrung des Verhältnisses von Naturressourcen und ihrer Benutzung durch und für den Menschen auch Demokraten nicht völlig fremd ist. Die CDU stellt den ökologischen Teil ihres Programms unter das Motto: »Für die Bewahrung der Schöpfung.« Und die SPD verkündet, dass ihr ökologischer Grundsatz »Ehrfurcht vor dem Leben« lautet. Sie propagieren damit eine Demuts-*Moral* gegenüber der Natur, die sich jedoch nicht der Erhaltung der deutschen Art verpflichtet, sondern sich für die einsichtsvolle Unterwerfung der Bürger unter profane kapitalistische und staatshaushalterische Zwecke abrufen lässt: Etwa für die Begründung der Öko-Steuer und die Müllsortierung, mit der »wir alle unseren Beitrag zum Umweltschutz« – und deswegen ganz ge-

¹⁸ Im Februar 2001 haben denn auch Neonazis prompt zur Teilnahme an den Aktionen gegen die Castor-Transporte aufgerufen – und zwar mit eben diesem Motto: »Umweltschutz ist Heimatschutz!«

trennt von der Verursacherfrage – erbringen sollen. So ruiniert der saure Regen natürlich den *deutschen* Wald, wenn der Staat sich um den Rohstoff der *kapitalistischen* Holzverarbeitungsindustrie kümmert. Und es wird der *deutsche* Rhein gerettet, wenn die Erhöhung von Abwasser- und Kanalisationsgebühren den *Staatshaushalt* entlasten und der *Wasserwirtschaft* nutzen soll. Dass diesem Umweltschutzkonzept auch so mancher menschliche Müll zum Opfer fällt, ist gleichfalls keine originär faschistische Ordnungsvorstellung. Die demokratischen Verwaltungen aller deutschen Großstädte haben auch so ihre Konzepte zur Eindämmung von Bettelei, Streunerei, Wegelagerei, also zur Entfernung von Obdachlosen. Erschlagen tun sie diese nicht gleich – das muss man ihnen allerdings lassen.

Auch hier gelangt man zum gleichen Befund: Die Sachwalter der FdGO können am Programm der NPD nichts Verfassungsfeindliches entdecken. Die meisten dort niedergelegten Prinzipien finden sie sogar in ihren eigenen Grundsatzprogrammen wieder. Und sie sehen keine Veranlassung, den von den »Nationaldemokraten« gar nicht verschwiegenen Blut-und-Boden-Übergang aus dem Spektrum jener politischen Auffassungen zu streichen, die von der Verfassung gedeckt werden. Den Faschismus erkennen sie darin *nicht*, da ihnen die Berufung auf das deutsche Blut und den deutschen Boden als nationalistische *Begründung* für ihre Bevölkerungs-, Agrar-, Umweltschutz- und revanchistische Außenpolitik selbst nur allzu geläufig ist.

Selbst die zum *genuinen* Repertoire von Neofaschisten gehörenden und im Klartext formulierten Feststellungen, dass »Arbeitsplätze zuerst an Deutsche zu vergeben sind«, »Deutschland größer als die Bundesrepublik ist«, »die Todesstrafe eingeführt« gehört, der mit der EU einhergehende »freiwillige Souveränitätsverzicht einer Selbstaufgabe Deutschlands gleichkommt« usw., führen noch nicht zum Befund, es mit einer faschistischen Partei zu tun zu haben. Denn auch hier entdecken deutsche Politiker durchaus Vorstellungen, die in ihren eigenen Reihen vertreten werden, ohne dass dies zum Parteiausschluss führt. Sozialminister Blüm hat vor kurzem noch die Priorität der Deutschen bei der Arbeitsplatzvergabe als ministerielle Verfügung festgeschrieben. Dass »wir« immer noch Ansprüche auf Teile der Tschechischen Republik haben, verkünden nicht nur die Sudetendeutschen auf ihrem Pfingsttreffen. Der Ruf nach der Todesstrafe wird nach jeder Kinderschändung laut. Und die Debatte darüber, inwieweit die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion die Selbstaufgabe Deutschlands oder einen Machtzugewinn bedeutet, ist auch noch nicht endgültig beendet. In all diesen *Prinzipien* der NPD entdecken Politiker und Verfassungswächter demokratische *Optionen*, sie erkennen in den nicht hintergehbaren *Grundsätzen* dieser modernen Faschisten *mögliche Wege*, denen sie sich keineswegs verschließen.

Sie sind weder blind noch dumm oder maßlos tolerant. Wie sollen sie den Faschisten auch identifizieren, wenn er in seiner modernen Ausgabe wie jeder Demokrat auch erst einmal den Prinzipien bürgerlicher Politik, also der Sache der Nation, sprich: der kapitalistischen Wirtschaftsweise, der Souveränität des Nationalstaats nach innen und außen, der Übereinstimmung von Volk und Staat, der Sortierung nach In- und Ausländern, der Keimzelle Familie und dem deutschen Boden verpflichtet ist. Wenn die Faschisten nicht praktisch als Störung, also z.B. als unbefugte Totschläger von Ausländern auftreten oder sich als Nachfolgepartei der NSDAP outen, dann entdecken Demokraten die bestehende politische Diffe-

renz allenfalls als verbale Übertreibung und als praktische Borniertheit bei der Sortierung zwischen In- und Ausländern. Die von den Rechtsradikalen bedingungslos eingeforderte Dienstverpflichtung für die *nationale Gemeinschaft* geht für sie schon in Ordnung, wenn die Dienste sich nur an der *Ökonomie* dieser nationalen Gemeinschaft und deren Erfordernissen orientieren – wenigstens in Friedenszeiten. Nur eben umgekehrt soll es nicht sein, dass sich der Standpunkt der deutschen Volksgemeinschaft *über* den imperialistischen Anspruch nationaler Ökonomie erhebt. Doch da – wie gleich zu zeigen sein wird – die Neofaschisten in dieser Hinsicht durchaus auch noch lernfähig sind, bleibt es erst recht bei dem Befund: Demokraten können Faschisten nicht kritisieren, weil sie im Programm der Faschisten nur wiedererkennen, was sie an Verfassungs- und Politikgrundsätzen in eigenen Programmen niedergelegt haben.

Das Bedenken der Berliner Politiker, das höchste deutsche Gericht könnte an der NPD nichts Verfassungsfeindliches entdecken, hat also folgenden harten Kern: An dem von der NPD vorgetragenen Nationalismus entdecken Demokraten nichts Verbotenes, weil sie ihn von ihrem eigenen Nationalismus gar nicht unterscheiden können. In den ausgemachten Differenzen erkennen sie nur Positionen, die im Spektrum der anerkannten demokratischen Parteien fast wortgleich vertreten werden und schon deshalb nicht als Angriff auf die nationale Sache gewertet werden können. Es kann deshalb nicht verwundern, dass der Beweis zur *Zeit umgekehrt* geführt wird: Jetzt, wo der Verbotsantrag der NPD wegen Verfassungsfeindlichkeit auf dem Tisch liegt, handelt es sich um ein Programm, das faschistische Forderungen enthalten *muss*. Erst die politisch gewünschte Ausschaltung der NPD diskriminiert ihre Grundsätze. Für sich sind sie nicht zu beanstanden. Nur deswegen ist eine Rede Schröders oder Stoibers bei den Vertriebenenverbänden, in der das Recht der Deutschen auf sudetendeutschen Boden bekräftigt wird, nicht faschistisch, sondern berechtigt – wird sie doch von einem Demokraten gehalten. Verkündet die NPD dasselbe, wird das Hakenkreuz mitgedacht, und schon handelt es sich bei ihr um eine chauvinistische Organisation. Und nur aus diesem Grund gehen die Bedenken von Stoiber, ob Deutschland nicht zuviel Kompetenzen an Brüssel abtritt, in Ordnung: Er ist eben Demokrat. Dasselbe aus dem Mund eines NPD-Funktionärs wäre verboten, denn der ruft gelegentlich »Heil Hitler«! So einfach ist das letztlich. Und nur so funktioniert die Deklaration der Verfassungsfeindlichkeit der NPD: *Denn die NPD wegen ihres Nationalismus zu verbieten, hieße, sämtliche demokratischen Parteien gleich mit zu verbieten*. Aber das soll nun wohl doch nicht sein.

Dass Demokratie und Faschismus sich ausschließen, ist also eine Unwahrheit. Demokraten können lässig bei Faschisten programmatische Anleihen machen, weswegen sie den Faschismus in deren Programmen auch nicht erkennen. Und Faschisten haben umgekehrt keine Probleme, sich auf dem Boden der FdGO zu bewegen und politische Grundsätze vorzulegen, in denen demokratische Politiker in erster Linie sich selbst entdecken. Gelegentlich verabschieden sie sich sogar selbst von alten »faschistischen Zöpfen« und machen ihrerseits Anleihen bei erfolgreichen demokratischen Nationalisten.

Kapitel 8

Fünf Thesen des NHB zum NPD-Verbot

1. Neofaschistische »Selbstkritik«

Die NPD macht gegen den Verbotsantrag der Regierung mobil. Auf Demonstrationen wirbt sie für ihre Sache und klagt die Politik an: »Parteiverbot statt Meinungsfreiheit« und fordert »Argumente statt Verbote«. Natürlich ist eine NPD weit davon entfernt, sich hinter die linksgewirkten Ideale der Demokratie zu stellen. Es liegt ihr fern, unbegrenzte Meinungsfreiheit von rechts- bis linksaußen zu fordern oder dem Staat den Verzicht auf seine Gewaltmittel anzuempfehlen. Da mögen die Verfasser solcher Parolen vielleicht daran gedacht haben, den demokratischen Staat einmal in entlarvender Absicht an *seine eigene* Freiheits- und Toleranzpropaganda zu erinnern, mit einer *ernstgemeinten Berufung* auf sie hat die NPD nichts im Sinn. Das stellt denn auch in gebotener Klarheit der NHB, der Hochschulbund der NPD, in »5 Thesen zum Verbot der NPD« dar.¹

Diese Thesen sind deswegen bemerkenswert, weil sie nicht nur das Bild von einer Partei in der strikten NSDAP-Nachfolge, sondern vor allem auch das in der Öffentlichkeit durchgesetzte Urteil korrigieren, demzufolge das »braune Gesocks« nur aus »hirnlosen Saufbrüdern« besteht.² Gestimmt hat das noch nie. Immer war ihm in erster Linie nur die Staatspropaganda zu entnehmen, dass abweichende und in der Demokratie störende Politik ihren Grund nur darin haben kann, dass die Menschen gar nicht oder nicht gründlich genug über die doch auf der Hand liegenden Vorzüge der Demokratie nachgedacht haben. In Konsequenz dieser Gleichung rechts = dumm wird denn auch den Schulen von höchsten Stellen nach wie vor empfohlen, die Überlegenheit des demokratischen Wertesystems im Unterricht durch die Darstellung des faschistischen »Verbrecherregimes« mehr zu würdigen.

Bei den studierten Neofaschisten vom NHB käme man mit solch dumpfer Demokratieeinschwörung³ schlecht an. Die haben nämlich inzwischen über das »Dritte Reich« nachgedacht und herausgefunden, dass Hitler an seinem eigenen »Fundamentalismus«, an seinen »sozialdarwinistischen« Übertreibungen »gescheitert« ist: »Seine Volksgemeinschaft schloss sozialdarwinistisch zu viele (!) aus: Sozialisten, Aristokraten, konservative Offiziere, Kirchen, Vertreter der deutsch-jüdischen Symbiose, »entartete« Künstler, Homosexuelle.« Ihre *Kritik* an der NSDAP

¹ Vollständiger Thesentext im Kasten

² So wirbt DIE ZEIT im Spiegel 8/2001 in einer doppelseitigen Reklame für ihr gehobenes Blatt: »Der Kampf gegen die Dummheit hat gerade erst begonnen.« Gemeint sind die Rechtsextremisten.

³ Vgl. dazu auch die Schulbuchuntersuchung von R. Gutte/F. Huiskens, Alles bewältigt, nichts begriffen!, in der nachgewiesen wird, dass diese Einschwörung das *Prinzip* der Unterweisung über den Gegenstand Nationalsozialismus ist.

5 THESEN DES NHB ZUM VERBOT DER NPD¹

1) Der »Kampf gegen Rechts«, als dessen zentraler Bestandteil das Verbot der NPD geplant ist, reiht sich ein in die unheilvolle Tradition der Staatszerstörungen, die zu den Katastrophen des 20. Jahrhunderts führte. Sie hatten ihre Wurzeln in der Zerstörung der Staatsdialektik von Schutz und Gehorsam. Das an Julius Streicher erinnernde Spektrum verbalpornographischer Ausfälle selbst höherer politischer Repräsentanten wie »braune Ratten«, »rechtes Ungeziefer« oder mit »Stumpf und Stiel ausrotten« dokumentiert den Willen der politischen Klasse zur Exklusion der Patrioten vom Gemeinwesen. In dieser Hinsicht imitiert der »Kampf gegen Rechts« ironischerweise den historischen Nationalsozialismus und dessen Scheitern: »Des Scheiterns erster Hauptgrund war: das Dritte Reich fußte auf einem Fundamentalismus als Bürgerkriegspartei. Seine Volksgemeinschaft schloss sozialdarwinistisch zu viele aus: Sozialisten, Aristokraten, konservative Offiziere, Kirchen, Vertreter der deutsch-jüdischen Symbiose, »entartete« Künstler, Homosexuelle. Eingliederungsbereitschaft nützte wenig. Sympathisierende Warnungen nützten nichts. Das Regime setzte sich propagandistisch unter Vollzugszwang« (Hans-Dietrich Sander). Die NPD kann den Vorwurf des Neonazismus also getrost an die Absender zurückgeben.

2) Der »Kampf gegen Rechts« trieft vor Irrationalität. Man wähnt die deutsche Welt voller Dämonen und eine neurotisierte politische Klasse praktiziert ihren Exorzismus in Form des geplanten NPD-Verbots. Der »Kampf gegen Rechts« ist nur teilweise hypermoralisch verbrämter Wille zur Macht und Machterhaltungsstrategie, bei vielen ist er schon Wahn und Wirklichkeitsverlust. Dort wo der Antisemit überall die jüdische Weltverschwörung vermutet, sieht der Antifaschist überall das braune Gespenst, ob in Reden von Martin Walser, der Bildung einer bürgerlich-rechtsliberalen Regierung in Österreich oder überhaupt in jeglicher Kritik an Phänomenen der Moderne wie Beschleunigung, Abstrahierung, Quantifizierung oder Entortung. Merkwürdig ist dabei nur, das die nationalsozialistischen Verbrechen einerseits zum tragenden, entrückten Element einer neuen Quasi-Religion gemacht werden sollen, andererseits aber bei jeder passenden und vor allem unpassenden Gelegenheit im tagespolitischen Streit verwurstet werden.

3) Mit dem NPD-Verbot soll ein »Symbol« gegen »rechts« gesetzt werden. Abgesehen davon, dass eine derartige Vorgehensweise das staatliche Instrument des Parteienverbots pervertiert, schwelgt nur der Staat in symbolischer Politik, der seine realen Gestaltungsmöglichkeiten schon längst an Wirtschaft und Globalisierung abgetreten hat. Übrig bleibt eine Regierung, die zwar keine Deutschen mehr, dafür aber nur noch Menschen kennt – der Staat als Lichterkette. Rot-Grün, dass nach zweijähriger Regierungszeit die saubere Bilanz eines Angriffskrieges und eines Antrags auf Parteiverbot vorweisen kann, vergisst dabei, dass es traditionelle Politikfelder wie Pazifismus, Bürgerrechte, Meinungsfreiheit und Gesellschaftskritik räumt und anderen Kräften überlässt. Die Unionsparteien, die in der antifaschistischen Einheitsfront natürlich nicht fehlen dürfen, vergessen, dass man sie bald für den verhassten rechten Rand der Republik halten könnte und dass sie bei einer Verselbständigung der Hetze »gegen Rechts« nur verlieren können. So sind die Unionsparteien zwar zur Vorspiegelung von Gegensätzen systemnotwendig, andererseits aber als neuer antifaschistischer Prügelknabe gerade gut genug. Den bisherigen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung bei der an eine DDR-Staatsparade erinnernden Gutmenschen-Demo am 9. No-

vember in Berlin, als Paul Spiegel in Beisein der CDU-Vorsitzenden Merkel die vorsichtige Forderung der Union nach »deutscher Leitkultur« mit dem Verbrennen von Synagogen und dem Ermorden von Obdachlosen gleichsetzte.

4) Seit 1989, das eine ebenso gewaltige historische Zäsur wie das Jahr 1789 darstellt, treten überall auf der Welt wieder die Völker als die Subjekte der Geschichte hervor. Die politische Klasse in den europäischen Staaten meint aus ideologischer Verblendung, dass sie diesen Prozess zumindest in Europa aufheben könnte. Den Kampf gegen eine machtvolle historische Grundströmung kann man nur verlieren. In diesem Zusammenhang wäre ein NPD-Verbot so, als ob man nach Ernst Jüngers treffendem Wort auf die Barometer einschlägt, wenn ein Sturm aufzieht. Die Deutschen sind dabei wieder mal am gründlichsten und fallen in ihre größte Schwäche, den Extremismus, zurück. Am deutlichsten wird dieser Umstand dadurch dokumentiert, dass Leute, die Carl Schmitt ansonsten für den Leibhaftigen halten, selbst nur dazu imstande sind, das Recht als Waffe zu sehen, das es gerade so hinzubiegen gilt, dass es für das Verbot einer 7000 Mitglieder starken Partei reicht. Deshalb soll das »G 10-Gesetz« geändert werden, um Abhörprotokolle der Verfassungsbehörden in das Verbotverfahren einzuführen und deshalb sollen die die NPD belastenden V-Leute der Verteidigung zu Befragungen nicht zur Verfügung stehen.

5) Eine Demokratie hat die konstitutionelle Pflicht, den Austrag politischer Debatten nicht zu behindern. Genau darin scheint aber das Hauptinteresse der politischen Klasse der Berliner Republik zu bestehen. Sie zerstört damit irreversibel die Grundlagen der Bundesrepublik, die immer mehr der Light-Version, dem Zerrbild einer anderen antifaschistischen Diktatur auf deutschem Boden gleicht, die vor 10 Jahren im Orkus der Geschichte verschwand. Auch das Hauptmerkmal des Niedergangs, die ideologische Erstarrung und Verhärtung, die die für jedes Gemeinwesen unerlässliche Zirkulation der Ideen und Eliten verunmöglicht, ist in der späten BRD das gleiche wie in der späten DDR. Die vielfältige Verzahnung der politischen und wirtschaftlichen Probleme wird die Krise zwangsläufig immer stärker vertiefen und eine Jugend auf den Plan rufen, die die manische Fixierung auf das Materielle, die das einzige Band ist, mit dem das System sie noch an sich fesseln kann, überwindet. Sie wird den Keim legen, aus dem später der Baum der europäischen und deutschen Freiheit wachsen wird.

¹ Thesen des NHB – dem Hochschulbund der NPD – sind in den Unis verteilt worden.

heißt im Klartext: Hitler hätte neben tatsächlichen Volksschädlingen und eindeutigen Nichtariern völlig unnötigerweise lauter bekennende Patrioten und andere gute Deutsche, die trotz anderer Lebensauffassung durchaus der deutschen Sache zugänglich und zuträglich gewesen wären,⁴ »ausgeschlossen«.⁵ Diese Jungfaschisten

⁴ Homosexuelle Faschisten und Neofaschisten gab und gibt es immer wieder. Künstler können der deutschen Sache dienen, auch wenn sie nicht nur den Führer abpinseln, und dass es unter den Sozialisten viele nationale Sozialisten gab, dafür sprach ohnehin der Name der Partei. Interessant ist deswegen nur, wer bei der Aufzählung *ausgelassen* worden ist: Kommunisten, Sinti, Roma und »reinrassige« Juden!

⁵ Die Gaskammern als Form des »Ausschlusses aus dem Gemeinwesen« einzuordnen, ist zwar an Zynismus kaum zu überbieten, trifft aber durchaus die Absicht der »historischen« Faschisten: Volksreinheit war ihr Zweck und nicht Mord.

haben nicht nur an deutschen Stammtischen gut zugehört, an denen der Hitler so mancher Übertreibung in der »Judenfrage« bezichtigt wird, sondern offensichtlich auch bei deutschen und ausländischen Historikern gelernt, die schon immer der Auffassung waren, dass Hitler den Weltkrieg gewonnen hätte, wenn er die »Untermenschen und Vaterlandsverräter« statt in die Gaskammern an die Front geschickt hätte, was überdies noch ungeheure logistische Kapazitäten – Transportmittel, Schienenwege, Baumaterial etc. – freigesetzt hätte.⁶

Diese NPD kann sich heute einen modernen Faschismus durchaus mit gemäßigerem Rassismus vorstellen – aufgeschlossen gegenüber der Homosexualität, gegenüber moderner Kunst und »Negermusik«, gegenüber voll eingedeutschten Juden und den Kirchen, die schon 1933 dem Führer keine Glaubenskonkurrenz machen wollten. Und da der deutsche Sozialismus ohnehin immer im Dienst an der Nation aufgegangen ist, gibt es für sie an ihm auch nur auszusetzen, dass er sich früher manchmal nicht deutlich genug von den Kommunisten abgesetzt hat und dass er heute »die deutschen Arbeiter« an die Multis verrät.⁷ Schließlich – so befindet das faschistische Geschichtsurteil – waren es gerade die deutschen Faschisten, die nach der »Machtergreifung« die »soziale Frage« mit Arbeitsbeschaffungsprogrammen, Suppenküchen und mit rigoroser Beendigung jeder Bettelei wieder auf die nationale Tagesordnung gesetzt hatten. Ihr Faschismus, erklären sie treuherzig, käme ganz ohne Holocaust aus. Und sie bewerten es heute gar als Zeichen von »Wirklichkeitsverlust«, wenn »der Antisemit überall die jüdische Weltverschwörung vermutet«. Sie ihrerseits hätten solchen Verschwörungstheorien abgeschworen und würden auch den »Sozialdarwinismus« nicht mehr übertreiben. Für sie wäre *nicht jeder* supranationale Zusammenschluss Deutschlands von vornherein verdächtig. Und bei völkischer Selektion würden sie schon Rücksicht auf den *patriotischen Willen* und die *nationale Verwendbarkeit* selbst jener Volksgenossen nehmen, die eigentlich nicht so ganz zur deutschen Art passen. Dass sie dabei von demokratischen Volkssortierungsprinzipien einiges abgeschaut haben, geben sie natürlich nicht zu. Dennoch ist unbestreitbar, dass auch den neuen Faschisten nicht entgangen ist, dass der erfolgte Wiederaufstieg Deutschlands zu einer der führenden Mächte unter Einsatz von allerlei nicht »rassereinem« und sogar

⁶ Vgl. dazu z.B. S. Haffner oder Th. Kenneally. Letzterer in: Schindlers Liste, München 1994, S.133: An den Holocaust sei schwer zu glauben gewesen, »weil es unvorstellbar schien, dass die Nationalsozialisten während eines Krieges auf Tod und Leben Tausende von kampffähigen Männern, dringend benötigte Waggons, die ohnehin überlastete Eisenbahn, eine beträchtliche Bürokratie, ganze Arsenalen automatischer Waffen und Mengen von Munition, nicht zu reden vom technischen Aufwand in den Mordfabriken für die Vernichtung eines Gegners verwenden sollten, der weder militärisch noch wirtschaftlich von Bedeutung war, sondern einzig als ein Phantom in abartigen Hirnen spukte.«

⁷ »Bei der politischen Begutachtung der Lage sind«, so der GegenStandpunkt, »die Rechtsradikalen die Einzigen, die vom Standpunkt der Nation aus die soziale Frage aufwerfen und an den Antworten, die »das Leben« ihnen gibt, leiden: Im Geschäftsgang der kapitalistischen Volkswirtschaft sehen sie, zumindest in Teilen, das Volk vernachlässigt und benachteiligt. Vom waltenden Geschäftsgeist in nutzloser Arbeitslosigkeit gehalten, um die Gelegenheit gebracht, mittels Arbeit für die Nation seinen vollen Ertrag zu Deutschlands Wohlfahrt zu erbringen und damit seine Würde zu wahren, sehen sie das gute Volk gegen seine Bestimmung erniedrigt und durch falsche oder fehlende Benutzung missbraucht.« (Heft 4/2000, S. 99)

auswärtigem Menschenmaterial bewerkstelligt worden ist und ziemlich viel auswärtige Beziehungen bzw. Zusammenschlüsse den Weg zur »Wiedervereinigung« und zur europäischen Führungsmacht geebnet haben. Wo der real existierende imperialistische Erfolg der Nation nicht von der Hand zu weisen ist, da machen diese aufgeklärten Faschisten schon einmal Abstriche von ihrem rassistischen Rigorismus.

2. Demokratische Politik grenzt die Falschen aus

An dieser aparten Kritik am »historischen Nationalsozialismus« – er hätte glatt zu viele Falsche umgebracht – nehmen die gebildeten Neofaschisten in ihrer Verurteilung des NPD-Verbotsantrags durch die demokratischen Parteien Maß. »Ironischerweise« würde deren »Kampf gegen rechts« das »Scheitern des historischen Nationalsozialismus imitieren«. Schon wieder würde die politische Klasse die *Falschen* aus dem Gemeinwesen ausschließen. Der NHB entdeckt in der Kampagne gegen den Rechtsextremismus »den Willen der politischen Klasse zur Exklusion der Patrioten vom Gemeinwesen«. ⁸ Wie Hitler einst mit seinem überspannten Rassismus auch gute Patrioten »ausgegrenzt« und damit dem Staat schweren Schaden zugefügt hätte, so würden heute die herrschenden demokratischen Parteien erneut statt der linken Vaterlandsverräter ausgerechnet die Patrioten der NPD vom Gemeinwesen ausschließen wollen.

Auch dieser Fehler, so behaupten sie, wird sich in der Zukunft schwer rächen: Das NPD-Verbot reiht sich ein »in die unheilvolle Tradition der *Staatszerstörungen*, die zu den Katastrophen des 20. Jahrhunderts führte«. Gemeint ist damit Folgendes: Bei den »Katastrophen des 20. Jahrhunderts« handelt es sich um die beiden verlorenen Weltkriege, in denen Deutschland seine Großmachtvorstellungen begraben musste. Angelastet werden diese »nationalen Desaster« den herrschenden politischen Kräften. Denn die hätten sich dadurch der »Staatszerstörung« schuldig gemacht, dass sie sich nie um die wahre Einheit von Volk und Staat gekümmert, ⁹ statt dessen immer wieder die nationalen Kräfte durch falsche Aus- oder Eingrenzungen geschwächt und deshalb auch verblendet das Volk nicht gegen seinen wahren Feind, den staatsfeindlichen Kommunismus, geführt haben.

Wie nahe diese Sichtweise auch der Sortierung der Welt nach Freund und Feind durch die Siegermächte des letzten Weltkrieges steht, belegt das bekannte Churchill-Zitat, demzufolge er sich nicht sicher gewesen sein soll, ob mit der militärischen Niederwerfung des deutschen Faschismus nicht »das falsche Schwein geschlachtet« worden wäre.

Heute stellt sich für die NPD die Welt wieder einmal ähnlich dar. Zwar spielen für sie ihre alten Feinde – Bolschewismus und Judentum – keine beherrschende Rolle mehr. Sie haben als feindliche, staatszerstörende Mächte erst einmal ausge-

⁸ Alles Kursive in Zitaten von FH.

⁹ Im NHB-Text heißt das: »Zerstörung der Staatsdialektik von Schutz und Gehorsam« und meint, dass der Staat Schutzraum für sein Volk ist, dessen Bestimmung nach innen und außen erfüllt, und deswegen Gehorsam verlangen muss.

dient. Dafür hat die NPD erstens sich weltweit neu etablierende Staatsfeinde entdeckt und geht sie zweitens in sheherischer Gewissheit davon aus, dass erneut und ebenfalls »überall auf der Welt die Völker wieder als die Subjekte der Geschichte« hervortreten. Die neuen *Feinde*, das sind »Wirtschaft und Globalisierung«, an welche heute der Staat seine »realen Gestaltungsmöglichkeiten längst abgetreten hat« und nur noch volksfeindlich als deren Marionette fungiert. Die *neuen Kräfte*, die »Völker als Subjekte der Geschichte«, die nur Ausdruck einer »machtvollen historischen Grundströmung« sind, das sind – *sie selbst*. Dass *sie* das Volk und seine wahre Bestimmung verkörpern, das ist ihr Credo. Und da es sie nun einmal *gibt*, ihre weltweite Vernetzung ihnen – darin ähnlich den linken Globalisierungsgegnern – zudem mitteilt, dass *die Völker* auf dem Vormarsch sind, ist die »historische Grundströmung« bereits unter ihrer Führung schwer zu Gange!

3. Ohnmächtiger Staat

Aus dieser mit hoffnungstriefender Perspektive angereicherten *neuen* Verschwörungstheorie erklärt sich denn auch, warum die NPD die Kritik am NPD-Verbotsantrag der rot-grünen Regierung weniger als *Kampfansage* an den politischen Feind denn als *Mahnung*, nicht wieder die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen, vorträgt. Sie will die deutsche »politische Klasse« auf ihre vor »Irrationalität triefende« Verblendung verweisen: Statt in der NPD den Vorboten und Ausdruck eines neuen Volkspatriotismus zu entdecken und sich mit ihm zu verbünden, schwelge sie in ihrer »verselbständigten Hetze gegen rechts« nur noch *ohnmächtig* in »symbolischer Politik«. Ohnmächtig der Globalisierung – was immer das auch für den NHB ist – ausgeliefert, kennt sie »keine Deutschen mehr, dafür nur noch Menschen«, ohnmächtig der Wirtschaft unterworfen, holt sie auch dann noch, wenn Deutsche arbeitslos sind, Ausländer als Arbeitskräfte ins Land. Gleichfalls gilt es der NPD als Zeichen eines unpatriotischen Kottaus vor den moralischen Reinheitsgeboten der Weltöffentlichkeit, wenn der Staat wieder einmal Patrioten von rechts ausgegrenzt. Er habe glatt die Distanzierung von »nationalsozialistischen Verbrechen zur Quasi-Religion« gemacht. Höhnisch zitiert der NHB ohne Quellenangabe die Überschrift eines FAZ-Kommentars, »Der Staat als Lichterkette«, um den Machtverfall und die nationale Treulosigkeit der deutschen Führung zu geißeln. So erinnert sie die demokratischen Parteien an ihre »konstitutionellen Pflichten« und entdeckt überdies in der »vorsichtigen Forderung der CDU nach ›deutscher Leitkultur« durchaus patriotische *Anknüpfungspunkte*.

Doch wehe, die politische Klasse der deutschen Republik nimmt sich diese Mahnung der NPD nicht zu Herzen, dann wird das »eine Jugend auf den Plan rufen, die die *manische Fixierung auf das Materielle*, die das einzige Band ist, mit dem das System sie noch an sich fesseln kann, (unter Führung der NPD; FH) überwindet. Sie wird den Keim legen, aus dem dann später der Baum der europäischen und deutschen Freiheit wachsen wird«.

Mit dieser Drohung werden die Neofaschisten allerdings auch keinen großen Eindruck machen, denn das vorgelegte Programm wird von den regierenden Demokraten in seinen Grundzügen längst eifrig betrieben. Ganz abgesehen davon,

dass es mit der »manischen Fixierung auf das Materielle« wohl noch nie sehr weit her war, strengen sich die letzten Regierungen ziemlich an, dem »verwöhnten Volk« mit seiner »Vollkaskomentalität« den Sinn für die wahren Werte wie Leistung, Heimat, Familie und Nation beizubringen. Für die Jugend wird die Werterziehung zum schulischen Pflichtprogramm und per Kopfnoten wieder ordentlich zensiert. Auch die Hoffnung auf eine »europäische und deutsche Freiheit«, die immer als Freiheit *von* jeder Bevormundung durch die Supermächte und als Freiheit *für* weltweiten »europäischen und deutschen« Einfluss gedacht ist, eint die Regierung und ihre neofaschistischen Kritiker. Verzicht auf patriotische Gesinnung lässt sich der nationalen Führung und ihrer Opposition nun wirklich nicht vorhalten. Dass sie Deutschland mittels und als Teil von Europa zu Weltmachtgröße verhelfen wollen, ist ihr erklärtes Ziel. Von Staatszerrüttung ist weit und breit nichts zu sehen, und dass die Nationalstaaten ohnmächtige Befehlsempfänger der globalisierten Wirtschaft wären, ist ein von den Nationalstaaten selbst gern benutzter Befund, mit dem sie ihre Standortpolitik, d.h. eine Politik der Bekämpfung jener »manischen Fixierung (des Volks) auf das Materielle«, als Sachzwang ausgeben, dem sie leider selbst willenlos gehorchen müssen.

4. Mahnungen ziehen nicht

Die Frage nach dem Grund der Entzweiung zwischen diesen beiden Abteilungen von Verantwortungsdeutschen ist schon lange beantwortet:¹⁰ Es bleibt eben dabei, dass Patriotismus nicht gleich Patriotismus ist; es bleibt aktuell bei der *Differenz* zwischen dem Patriotismus der nationalen Führung und dem Patriotismus der rechts-extremistischen bis neofaschistischen Opposition: Alle oder nicht alle Ausländer raus! Nur nimmt sich diese Differenz aus der Sicht des NHB etwas anders aus als aus der der Staatsparteien. Während nach wie vor die konzertierte Aktion von Thierse, Schröder, Schily und Beckstein in der »Ausländer-raus-Politik der Straße« einen, auch im Volk verbreiteten störenden Radikalismus gegenüber Ausländern, Ausländischem und dem Ausland entdecken, lautet der zentrale Vorwurf der NPD: »Ihr schließt die Falschen, überzeugte Patrioten, nämlich *uns* aus dem Gemeinwesen aus!« Sie scheint also letztendlich weniger Probleme mit dem *Sachgehalt* der nationalen Politik von Rotgrün zu haben, als mit dem Rigorismus, mit dem die Regierung heutzutage den für schädlich erklärten Patriotismus wegsäubert. Sie stellt sich ihre Rolle im neuen Aufbruch Deutschlands anders vor. Selbst den harschen Tönen ihrer Kritik ist nämlich nicht nur die Furcht vor dem Verbot, sondern auch die insgeheime Sehnsucht zu entnehmen, wie der Haider mit seiner FPÖ in Österreich zusammen mit allen Patrioten Verantwortung für die nationale Sache zu übernehmen.

Doch die demokratischen Volksparteien haben keinen Bedarf. Ihnen reicht es nämlich schon, wenn in den *eigenen* Reihen hinsichtlich des nationalen Erfolgs der euro-imperialistischen Politik Bedenken angemeldet werden und es bei jeder,

¹⁰ Vgl. Kapitel 2 und 7

für den Aufstieg zur europäischen Weltmacht notwendigen Preisgabe von Momenten nationaler Hoheit innerhalb der demokratischen Parteien Fraktionen gibt, die vom Ausverkauf nationaler Interessen reden. Da haben ihnen deutsche Haider gerade noch gefehlt. Folglich werden nicht, wie die NPD anmahnt, »politische Debatten ausgetragen«, sondern es wird munter ausgegrenzt und werden Zeichen fürs Volk gesetzt. Der Ex-Juso-Führer und sein Ex-Sponti-Vize sind da gar nicht zimperlich – weder nach rechts noch nach links.¹¹ Da zeigen sie die ganze Stärke des deutschen Staats. Aber das ist der NPD auch wieder nicht recht.

Die Differenz zwischen der herrschenden Demokratie und den Rechtsextremen in der Ausländerpolitik lässt sich in zwei Worte fassen: »Deutschland den Deutschen – *nicht alle* Ausländer raus!« Sie stehen aber für mehr, nämlich für zwei unterschiedliche Definitionen und Erfolgswege der nationalen Sache. Der eine verfolgt den weltweiten Erfolg der kapitalistischen *Volkswirtschaft*, der andere pflegt in allen Abteilungen der Politik den Standpunkt der *Volksgemeinschaft*. Der Unterschied in der Sache wird hierzulande nicht in der Form der politischen Konkurrenz ausgetragen – das hätte die NPD gerne. Die Konkurrenz ist mit den Verhältnissen entschieden und diese Entscheidung mündet in den Antrag zum Parteiverbot. Der kommt ganz ohne ein einziges Argument gegen programmatische Leitsätze und Parolen aus, ganz ohne eine »politische Debatte« – auch die hätte die NPD gerne geführt. Wer sich dieser staatlichen Sortierung von erlaubtem und unerlaubtem Denken *nicht* anschließen will, wer beispielsweise wissen will, was von der zentralen Parole der NPD zur Ausländerpolitik zu halten ist, der muss sie schon analysieren.

¹¹ Die Linksausgrenzung findet zur Zeit mittels der Fischer-Trittin-68-Debatte statt. In der geht es unter anderem um die Botschaft: Wenn die linken Protestierer von einst heute in der Regierung sitzen, verbietet sich für Linke jede Systemkritik.

Kapitel 9

»Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!« – Kritik einer Parole

1. »Die Deutschen« – eine gemeine Abstraktion

Dass es sich bei dieser Parole um *das* Markenzeichen der Rechtsextremen und Neofaschisten handelt, ist bekannt. Inzwischen weiß der deutsche Bürger auch, dass er dabei nicht mitschreien oder mittun darf, wenn er weiterhin zu den guten Deutschen gezählt werden möchte. Der Imperativ der Parole der Neofaschisten ist verboten und das reicht den meisten Deutschen. Wer sich jedoch nicht der staatlichen Sortierung von erlaubtem und unerlaubtem Denken unterwerfen will, wer wissen will, wie man dem nationalistischen Gedanken beikommen kann, der muss sich die Parole selbst vorknöpfen. Was ist an der Parole zu kritisieren? Worin ist sie falsch? Was will die Parole »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus« sagen?

»Deutschland den Deutschen!«: Irgendwie fehlt in der ersten Hälfte ein Verb! *Gehört* Deutschland nur den Deutschen? Ist Deutschland allein den Deutschen *vorbehalten*? Soll Deutschland nur den Deutschen *nützen*? Sollen nur Deutsche in Deutschland *leben* dürfen?

Was immer auch der Imperativ meint, er lebt von der Entscheidung, von Unterschieden oder gar Gegensätzen *zwischen* »den Deutschen« *abzusehen*. Da ärgert sich zwar der deutsche Neonazi ebenso wie der überzeugte deutsche Demokrat über steigende Mieten, die der deutsche Hauseigentümer kassiert, weil ihm bereits das Privateigentum das staatlich verbürgte Recht gibt, Leute ohne Dach über dem Kopf ausnehmen zu dürfen – und zwar Inländer wie Ausländer. Da kommt zwar dem deutschen Rechtsextremen ebenso wie dem deutschen Grünen die Galle hoch, wenn deutsche Betriebe mit der Verpestung von Land, Luft und Wasser die physische Natur der Inländer – und der Ausländer – ziemlich angreifen und sich dabei auf die Einhaltung deutscher Emissionsgesetze berufen, die von Auflagen mit unzumutbaren Kosten im Interesse des Wachstums der deutschen Nationalökonomie absehen. Da registriert zwar der arbeitslose Skinhead ebenso wie der sozialdemokratisch wählende deutsche Familienvater sauer, dass das Arbeitslosengeld immer weniger wird und die Sozialhilfe an immer mehr Auflagen geknüpft ist, weil der deutsche Sozialstaat beschlossen hat, dass die Kosten für – in- und ausländische – ausgemusterte Arbeitskräfte zu hoch sind, zumal wenn sie die Lohnnebenkostenkonten der Betriebe belasten.

Doch all diese erfahrenen sozialen Unterschiede und Klassegegensätze sind für das Urteil der NPD über die Deutschen unerheblich. Das »Deutschland den Deutschen« *fingiert* eine *Gemeinsamkeit* aller Deutschen und eine Identität zwi-

schen deutschem Volk und deutschem Staat, die im Alltag all dieser guten Deutschen nicht nur nicht aufzufinden ist, sondern in ihm Tag für Tag widerlegt wird. Weder trifft es die Lebensverhältnisse *der* Deutschen, dass sie in ihrer Gesamtheit in Deutschland gut aufgehoben sind, dass sie in ihrer individuellen Lebensgestaltung vom deutschen Staat geschlossen eine Vorzugsbedienung erfahren; noch bedeutet es für jeden Deutschen, dass sie ein ziemlich großes Los gezogen haben, weil der Staat sie allesamt über einunddenselben Kamm der Gleichheit vor dem Recht schert. Materiell werden die Deutschen von ihrem Staat je nach der Wertschätzung bedient, die er ihnen entgegenbringt; die wiederum hängt ganz davon ab, was sie zur deutschen Sache beitragen können. Und da schneidet der deutsche Mensch, dessen Kapital- und Grundeigentum deutschen Reichtum verkörpert, nun einmal etwas besser ab, als der deutsche Bürger, der nicht mit solchem Privateigentum gesegnet ist, an dessen dauerhafter und lohnender Benutzung der Erfolg der deutschen Nationalökonomie hängt. Eines lässt sich also schon dem Vordersatz der Parole entnehmen: Er nimmt *nicht* Maß an den Verhältnissen, die das Leben der Verfechter dieses nationalistischen Imperativs bestimmen. Die behauptete, zunächst noch inhaltslose Identität aller Deutschen mit ihrem Staat lebt von einer *Abstraktion*, die zwangsläufig den Alltag der Mehrheitsdeutschen falsch, nämlich *rechtsidealistisch deutet*.

Die zweite Hälfte der Sentenz stiftet letzte Klarheit – auch über die erste Hälfte, obwohl sie als deren Schlussfolgerung daherkommt: »*Weil* Deutschland den Deutschen..., *deswegen* Ausländer raus!« Diese Botschaft ist eindeutig, obwohl sie ganz ohne Begründung daherkommt. *Warum* haben die Ausländer ausnahmslos das deutsche Land zu verlassen? *Wobei* stören sie die Deutschen? Und *wen* von den ziemlich unterschiedlich gestrickten und ausgestatteten Deutschen? Etwa *alle* Deutschen? *Worin* soll die behauptete *Unverträglichkeit* zwischen den Deutschen und den Ausländern bestehen? Inwiefern *schädigen* sie Deutschland und die Deutschen?

Natürlich gibt es Unverträglichkeiten die Menge: Wenn unter den beengten Wohnverhältnissen die schreienden Kinder von In- und Ausländern den jeweiligen Familien auf den berühmten Keks gehen, wenn eine deutsche bzw. ausländische Familie unangemeldet Feste veranstaltet, die die zur Schichtarbeit verdonnerten Familien von In- bzw. Ausländern empfindlich in ihrer Ruhebedürftigkeit stören, wenn im Betrieb ein in- bzw. ausländischer Vorgesetzter in- oder ausländische Arbeiter schikaniert, wenn ein in- bzw. ausländischer Grundbesitzer die in- bzw. ausländischen Mietparteien mit Hausordnungen, Staffelmieten und Nachzahlungen unter Druck setzt usw. Solche Unverträglichkeiten gibt es zu Hauf. Sie spielen sich zwischen Inländern, zwischen Ausländern und natürlich auch zwischen Inländern *und* Ausländern ab. Sie haben ihren *Grund* aber weder im Status des Inländers noch in dem des Ausländers. Sie erklären sich aus beengten Wohnverhältnissen, Konkurrenz am Arbeitsplatz, Abhängigkeiten vom Hauseigentümer oder Ähnlichem und sind deswegen überall dort anzutreffen, wo sich In- und Ausländer den Bedingungen, die diese Gesellschaft für jedermann bereithält, unterwerfen müssen. Regelmäßig kürzt sich die bestimmte Staatsbürgerschaft der beteiligten »Konfliktparteien« heraus, wenn der *Inhalt* der Unverträglichkeit konkret benannt wird. Selbst der Ärger des Beamten im Arbeitsamt über den ausländischen Klienten, der des Deutschen nicht mächtig ist, des Lehrers, der es mit Kindern zu tun

hat, die aus demselben Grund dem Unterricht nicht folgen können, oder des Polizeibeamten, der einen Dealer mit fremder Staatsangehörigkeit einbuchtet usw., hat nichts mit einem grundsätzlichen Antagonismus zwischen *den Deutschen* und *den Ausländern* zu schaffen; wie dies der deutschkundige Ausländer – sei er Erwachsener oder Kind – ebenso belegt wie der Umstand, dass das Delikt des Rauschgift-handels die konkrete Tat, nicht aber die Staatsbürgerschaft des Täters betrifft; wenn gleich das bei den Folgen für den Täter schon anders aussieht.

Auch hier lebt die Parole also – zwangsläufig spiegelbildlich zum erfundenen Recht des Deutschen – von einer *dem* Ausländer *zugesprochenen Eigenschaft*, die er qua jener Zuordnung besitzen soll, die sein Staat *an ihm* vorgenommen hat. Menschen mit unterschiedlicher Staatszugehörigkeit haben diese als ihren *höchstpersönlichen Charakter* an sich, auch wenn es unmöglich ist, dafür den Beweis in den konkreten Alltagszerwürfnissen zu finden; *es sei denn*, dass die In- und Ausländer sich selbst als Verkörperung dieser nationalistischen Ideologie aufführen. Dann sind spielende Kinder in der Nachbarwohnung nicht deshalb ein Ärgernis, weil die Zimmerwände aus Pappe sind, sondern weil *Türkenkinder* immer schreien *müssen*. Und dann ist dem deutschen Schaltermecht im Arbeitsamt klar, dass seine Verständigungsprobleme mit dem Ausländer nicht etwa daher rühren, dass er selbst keinen Türkischkurs gemacht hat, ihm kein Dolmetscher zur Seite steht oder dem Ausländer kein Sprachunterricht angeboten wird, sondern dass *die Ausländer* sich einfach der »deutschen Leitkultur« nicht unterordnen *wollen*.

2. Der nationalistische Standpunkt schafft sich Beweise

Die Begründung für die behauptete Unverträglichkeit zwischen Deutschen und Ausländern gibt es immer gleich im *Plural*: Da sind die Arbeitsplätze, aber auch die Sozialhilfe und Kindergartenplätze, die Ausländer den Deutschen wegnehmen. Da stören sie die Ordnung, verderben mit Drogen deutsche Kinder, bringen die organisierte Kriminalität ins Land, machen deutsche Frauen an und vergewaltigen sie. Deutsche Stadtteile verwandeln sie in Ausländerghettos. Sie machen das Leben in solchen Vierteln unerträglich, weil sie sich wie zu Hause aufführen. Hängen alle Balkons mit Wäsche voll und ihr islamisches Gedudel muss man Tag und Nacht anhören. Man traut sich nicht mehr in diese Viertel. Sie untergraben die schulische Versorgung der deutschen Kinder. Sie bringen fremde, undeutsche Kulturen, Gebräuche und Religionen ins Land und überfremden uns damit. Sie haben kein Gefühl für unser Land und würden es im Krieg nie verteidigen. Sie entzweien die Gesellschaft, weil sich Deutsche und Ausländer feindselig gegenüberstehen. So droht der Verlust der nationalen Identität und gerät die deutsche Volkssubstanz in Gefahr. Gelegentlich sind sie schlicht nur faul und stinken! Kurz: Sie passen einfach nicht zu *uns*.¹

¹ Antworten entnommen aus dem NPD-Programm und Interviews mit Rechtsextremen. (vgl. z.B. H.-D. König, Sozialpsychologie des Rechtsextremismus, Frankfurt a.M. 1998 und W. Heitmeyer, Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie, Weinheim u. München 1992).

Einem solchen Katalog ist auf den ersten Blick die *Beliebigkeit* der einzelnen Antworten zu entnehmen. Nicht nur dass bestimmte Vorwürfe einfach nur albern sind und sich z.T. direkt widersprechen – sind Ausländer nun faul oder nehmen sie Deutschen die Arbeitsplätze weg, leben sie nun nach den Regeln ihrer Kultur oder sind sie unordentlich, ziehen sie sich in ihre Ghettos zurück oder überfremden sie uns –, die Beliebigkeit besteht vor allem darin, dass keiner dieser ausländerfeindlichen Befunde als *begründetes Urteil* Ernst genommen werden will, folglich auch keine *Entkräftung* irgendeines dieser Urteile zu korrigieren vermag. Die vergleichsweise einfache Widerlegung stößt auf Gleichgültigkeit und Unverständnis. Eine Kritik des verbreitetsten (Vor-)Urteils – etwa so: viele Ausländer dürfen gar nicht arbeiten, entlassen wird in deutschen Betrieben von Deutschen, mit der Verschärfung der Rückkehrregeln, der Asyl- und Ausländergesetze ist der Ausländeranteil gesunken, sind die Arbeitslosenzahlen aber nicht zurückgegangen, sondern gestiegen, und bekanntlich stehen in der Konkurrenz um offene Stellen In- und Ausländer in einer langen Schlange, weswegen, würde man einmal der falschen Vorwurfslogik folgen, eben auch Deutsche den Ausländern und Deutsche den Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen – löst nur die Präsentation des nächsten aus. Dann wird z.B. die Ghettobildung beklagt und der Hinweis, dass doch für ihn das Ghetto der beste Schutz vor der Überfremdung sein müsse, mit der Verdächtigung der Ausländer als Drogendealer »entwaffnet« usw.

Es erweist sich, dass die Urteile der Parole keiner gesonderten Begründung bedürfen, weil sie für sich selbst schon die ganze Begründung *sind*. Längst steht die Unverträglichkeit von Deutschen und Ausländern fest. In der Logik des Denkens dieser Ausländerfeinde steht also das Verhältnis von Urteil und Begründung auf dem Kopf. Dass Ausländer in Deutschland nichts zu suchen haben, davon sind sie felsenfest überzeugt und dafür brauchen sie *keine* Begründung. Die rassistischen Bilder über Ausländer gelten als *für sich selbst sprechende* Belege des ausländerfeindlichen Standpunktes, die jeden, der sie nicht akzeptiert, als Vaterlandsverräter ausweist.

Es fehlt also in der Parole *nichts*, kein Verb und keine weitere Erklärung. Sie gibt nichts anderes als den *nationalistischen Standpunkt* wieder und zwar *pur*. Es bedarf für den Rechtsextremen keiner Begründung, warum »Deutschland den Deutschen«... – was auch immer. Denn es wird nichts anderes als die *unverbrüchliche Identität* von Deutschland und den Deutschen, von deutschem Staat und deutschem Volk verbalisiert und aus dem Deutschtum *für sich* die Unverträglichkeit mit dem Ausländischen »abgeleitet«: Weil der Mensch nicht deutsch ist, deswegen besitzt er kein Recht aufs Hiersein, stört er den Zusammenhang von Volk und Staat! So schlicht ist das! Und so falsch ist das!

3. Der Bürger und sein Vaterland

Es hat nämlich mit der *nationalen Identität* von Volk und Staat schon seine eigene Bewandnis. Geht man einmal nicht der Frage nach, warum sich gelegentlich tatsächlich so etwas wie ein Volkscharakter herausbildet, sondern fragt sich, worin eigentlich die *Liebe zu Deutschland* begründet ist, die immer eine *Verbundenheit*

mit dem *deutschen Staat* markiert und nicht etwa in einer Zuneigung zu bestimmten, gleichfalls hier lebenden *Menschen* oder in einer Vorliebe für hier zu findende *Landschaften* aufgeht, so lässt sich eines mit Bestimmtheit festhalten: *Erwidert wird sie nicht!* Die praktische Stellung des Vaterlands zu seinen Bürgern hat mit Sympathie, Stolz, Zuneigung oder gar Liebe nun wirklich nichts zu tun. Die Verbundenheit, die es zwischen Staat und Volk in der Nation wirklich gibt, ist eine sehr *kalkulierte*. Das merkt man immer daran, dass alle heimat- und nationalverbundenen Deutschen, die dem Staat dadurch unangenehm auffallen, dass sie zum großen Ganzen wenig beisteuern können, ausgedient haben oder einfach nur anders als erwünscht denken, erkennbar mit wenig Gegenliebe rechnen können. Es wird mit ihnen sogar ziemlich schnöde verfahren: Die Beachtung ihrer Interessen hält sich in engen Grenzen, von Hilfe ist dann wenig zu merken, wenn sie am meisten benötigt wird, und wenn die Bürger gar als Störer eingeordnet sind, dann rettet sie ihr Deutschtum weder vor Ausgrenzung noch vor dem Kadi. Es fällt auf, dass beim Staat an der Stelle der *Zuneigung* die brutale Beurteilung der *Nützlichkeit* der Bürger für seine Anliegen steht. Das geht bis hin zur Auszeichnung von Menschen für bestimmte Leistungen. Wenn erfolgreiche Olympioniken mit Staatsmetall behängt werden, dann honoriert der Präsident die Ehre, die seine Bürger *für ihn* eingelegt haben. Deswegen werden Kicker auch schon mal öffentlich gescholten, die in Schwarzrotgold spielen dürfen, aber einfach die Nationalhymne nicht mitsingen, obwohl sie in der Regel den Stimbruch schon hinter sich haben. Der Staat leistet sich sogar den Offenbarungseid, dass er Bürger *posthum* ehrt, also jene Inländer, die in ihrer Liebe zum Vaterland auf sich selbst bis zum Einsatz ihres Lebens keine Rücksicht genommen haben.

Von der heimeligen Berufung aufs eigene Deutschtum hat man also nur dann etwas, wenn man sich in den Dienst der nationalen Sache stellt. Doch *was* man davon hat, das lässt sich auch nicht in Heller und Pfennig, sondern nur in die ziemlich kleine Münze der *ideellen Honorierung* von Nützlichkeit und Gehorsam umrechnen. Denn eines steht ebenfalls fest: Selbst diejenigen, die besonders brav arbeiten, brav Steuern und Versicherungsbeiträge zahlen, die beim Lohn an Lohnnebenkosten zu denken sich angewöhnt haben und bei nationalen Großereignissen innerlich stramm zur Fahne stehen, werden für brave Dienste und Treue zur Heimat nicht etwa *reicher* entlohnt, sondern gleichfalls nur allein gemäß ihrer Rentabilität. So wird Überzeugungsdeutschen, die Kraft und Gesundheit, Familie und manchmal das eigene Leben in den Dienst des Vaterlandes stellen, als Vergütung nur das Echo ihrer eigenen nationalistischen Überzeugung zurückgegeben: Was diese *anständigen Staatsbürger* an Lebensleistungen erbringen, erfährt den Lohn in der Form ihrer öffentlichen Belobigung *als* anständige Staatsbürger.

Wer das für *Undankbarkeit* hält und sich als *enttäuschter Nationalist* schmolend zurückzieht, der weigert sich, aus der erfahrenen Diskrepanz zwischen seiner Liebe *zum* und der Ausnützung *durch* das Vaterland den einzig senkrechten Schluss zu ziehen. Dass nämlich sein Nationalismus überhaupt nur zur *ideellen Kompensation* für jenen regelmäßig bei Staat und Kapital landenden *materiellen* Reichtum taugt, der immerhin von ihm, dem fleißigen Deutschen erwirtschaftet worden ist.

Damit liegt die zweite »Inkongruenz« auf dem Tisch: Der Staat predigt seinen Bürgern, dass es im Leben auf Werte ankommt und der Materialismus den Charak-

ter verdirbt. Dem »Konsumterror« soll man als guter Deutscher nicht verfallen und sich seine »Vollkaskomentalität«² abschminken. Gelegentlich geht er sogar soweit, bestimmte harmlose Vergnügungen der Jungdeutschen als Hedonismus zu verteufeln und sich – leider völlig unberechtigter Weise – besorgt zu fragen, was wohl aus Deutschland werden mag, wenn der Nachwuchs das Vergnügen über die Pflicht stellt. Dabei zeigt ein Blick auf seine Anliegen, dass *er* Materialist durch und durch ist. An seiner ökonomischen Existenz, dem Kassieren von Steuern, der Verschuldung bei Geldbesitzern und dem Ausgeben der Staatsknete für alle Abteilungen von Politik, deren Räson insgesamt eben nicht Bürgerwohlstand, sondern Kapitalwachstum heißt – zwei Größen, die man heute wirklich nicht mehr verwechseln kann –, ist abzulesen, dass für den Staat, der seinem Volk den Verzicht als Wert predigt, Materialismus notwendiger Inhalt und oberstes Gebot ist. Und so passt das auch gut zusammen! Denn den überzeugten Patrioten, den Liebhaber von Heimat und Vaterland, der voller Inbrunst verkündet: »Staatsverbundenheit lohnt sich – 10 Jahre Arbeit und 40 Jahre Leben in Saus und Braus!«, den findet man immer nicht!³

Gute Gründe gibt es für die Parole von dem Deutschland, in welchem Ausländer nichts verloren haben, weil es nur für die Deutschen da ist, also nicht. Und wie sieht der – schlechte – *Grund* aus?

Zu klären sind dafür folgende Fragen: Warum beginnt jede Gründung einer Nation mit der *staatlichen Menschensortierung* zwischen In- und Ausländern? Warum *machen* sich die zur Nation zusammengeschlossenen Bürger ein Ausländerproblem, obwohl sie von sich aus gar keines *haben*, und warum *radikalisieren* sie es gelegentlich sogar in einer Weise, dass die Regierenden darin die Einmischung der Straße in ihre politischen Angelegenheiten sehen? Genau genommen reduzieren sich diese Fragen zunächst auf *eine* Frage: Warum legen Staaten auf diese, regelmäßig sehr ungemütlich verlaufende Scheidung nach In- und Ausländern solchen Wert? (Kapitel 10) Denn die Bürger, die Inländer, beziehen sich immer nur auf eine solche von ihnen *vorgefundene* Scheidung – selbst dann, wenn sie sich das Gegenteil einbilden. Immer ist das nörgelnde oder zündelnde Getöber von Inländern die *Bürgerreaktion* auf diese Grundlage jeder staatlichen Ausländerpolitik. Zu klären ist also zum zweiten, warum sie den staatlichen Standpunkt *teilen*, warum sie ihn gelegentlich sogar kritisch *gegen* die oberste Sortierungsbehörde wenden und dann von dieser zur Räson gebracht werden. (Kapitel 11)

² Ein wirklich freches Bild, das der Kohl da in die Welt gesetzt hat. Irgendwie scheint er nicht zu wissen, wie die ökonomische Logik der Vollkaskoversicherung funktioniert. Dass die Versicherung bei Totalschaden auch nur einen Pfennig herausrückt, liegt nur daran, dass die Versicherten vorher beträchtliche Teile ihres Einkommens bei ihr abgeliefert haben.

³ Damit ist über diesen *Dreischritt* der Parolenkritik – Widerlegung des Belegmaterials der Ausländerfeinde, Nachweis ihres nationalistischen Standpunkts vor dem Begründen und Kritik des Nationalismus – nebenbei noch einmal aufgezeigt, warum sich Demokraten mit der Kritik des Rechtsradikalismus zu schwer tun: Immer wieder fiele ihnen eine durchgeführte Kritik ziemlich schwer auf ihre eigenen Füße.

Kapitel 10

Staatliche Menschengruppierung nach In- und Ausländern: Staatsbürgerschaft, »Gastarbeiter«, Einwanderungsgesetz und »demokratische Leitkultur«

1. Inland und Ausland

Die vornehmste Aufgabe moderner Nationalstaaten besteht in der interessierten Begutachtung, Pflege und Entwicklung all dessen, was sich auf ihrem *Territorium* befindet: Land und Leute! Das *Land* ist nicht nur Landschaft, sondern eine Ansammlung von natürlichen Ressourcen, Städten und Dörfern, Ackerbau und Viehzucht, Fabriken und Büros, Straßen und Schienen, Schulen, Kirchen, Krankenhäusern und Gefängnissen usw. Zusammen mit den *Leuten* ergibt das ein veritables Produktionsverhältnis. Dessen Charakter ist Land und Leuten bei näherer Betrachtung sofort anzusehen. Denn das Land und was auf ihm herumsteht, ist *Eigentum* und die Leute sortieren sich nach ihm in solche, die über *Eigentum* verfügen, und in solche, die für Eigentümer verfügbar gemacht worden sind. Ein solches Produktionsverhältnis funktioniert nach den Regeln kapitalistischer Rentabilität und bedarf zu seinem Funktionieren der Staatsgewalt, die erstens dafür sorgt, dass das *Eigentum* auch von denen respektiert wird, die keines besitzen, und die zweitens mit der Sicherung der Freiheit einer jeden Person, die zu seinem Volk gehört, dafür Sorge trägt, dass die *Sachgesetze* des kapitalistischen *Eigentums* sich per freier *Willensentscheidung* aller Eigentümer und Nichteigentümer flott betätigen können. Anders gesagt: Es halten sich die modernen Zivilisationen viel darauf zugute, dass bei ihnen die zur Lohnarbeit genötigten Menschen nicht *mit Gewalt* in die Fabrik getragen werden müssen, sondern dass per gewaltsamem Ausschluss aller auf Lohn angewiesenen Produzenten von ihrem eigenen Arbeitsprodukt – und dies ist die zentrale Leistung des staatlichen *Eigentumsschutzes* – jedermann aus ganz *eigenem Interesse* heraus bemüht ist, an Geld für seinen Lebensunterhalt heranzukommen.

Da diese Form der *sachlich installierten Nötigung* der Mehrheit eines Volkes in kapitalistischen Gesellschaften obendrein noch nach dem »alten Verfahren des Eroberers, der den Besiegten Waren abkauft mit ihrem eigenen, geraubten Geld«,¹

¹ K. Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 608

verläuft, ist zugleich sichergestellt, dass überhaupt nur Lohn verdient werden kann, wenn sich dies für den »Eroberer« lohnt. Die Ware, die da abgekauft wird, ist das Arbeitsvermögen, und gekauft wird sie mit Werten in der uns bekannten Geldform, die nichts anderes sind als das Resultat der erfolgreich ausgebeuteten Arbeitskraft. So bedeutet denn diese *Sortierung* der Leute *am Eigentum* zugleich die notwendige *Verewigung* des Klassegegensatzes von Lohnarbeit und Kapital – ungeachtet aller Mittel- und Zwischenschichten.

Die Sortierung aller Landesbewohner am Eigentum schließt deren *Sortierung an der Macht* ein: Denn nur, wenn die Klassen entmachtet sind und der Staat die ganze Macht zum Schutz jener hehren Prinzipien von Eigentum und Person einsetzt, wenn sich alle Bürger an die Gesetze halten, nur dann läuft der Laden ohne Dazwischenkunft von störenden Vorstößen zur Verbesserung von Lohn, Lebens- und Arbeitsbedingungen; und nur dann stellen sich auch beim Staat jene Mittel ein, die er braucht, um erfolgreich seinen Schutz- und Entwicklungsaufgaben nachgehen zu können. Es liegt damit auf der Hand, welcher Klasse jene vollständige Entmachtung aller Bürger in erster Linie gilt, die dann als Rechtsstaat, und das heißt immer als Berechtigung zu eigenständiger Lebensbewältigung, gefeiert wird – womit im Übrigen das Kapitel der realexistierenden *Gleichheit aller Staatsbürger* abgeschlossen wäre. Deswegen gibt es an dieser gleichen Unterwerfung aller Bürger unter ein als Staatsgesetz gefasstes Staatsinteresse nichts zu feiern, da sie die Ungleichheit der Menschen vorm Eigentum als *Verpflichtung* auf die herrschende Ordnung und diese als Katalog von *Rechten* festschreibt.²

All dies macht kapitalistische Nationalstaaten von ihren Manchester-Anfängen bis in ihre Globalisierungs-Gegenwart wesentlich aus. Die Gründe für die Sortierung der Staaten nach In- und Ausland, der Menschen nach In- und Ausländern und für den wenig freundlichen Umgang, der Ausländer immer dann erwartet, wenn es sie in fremde Länder zieht, sind damit zugleich offenbar: Der kapitalistische Nationalstaat *hat* nicht nur Gründe für die Sortierung, er *ist* ihr Grund. Es reicht nämlich zum einen der Schutz, den der Staat aus ganz eigenen Interessen Eigentum und Personen angedeihen lässt, immer nur soweit, wie seine Macht reicht. Und die reicht nur soweit, bis sie auf die Macht eines anderen Nationalstaats trifft, der dann den Grund für dieselbe begrenzte Reichweite seiner Staatsgewalt in der Existenz des anderen Staates sieht. Mit diesem, an Grenzen, Grenzbewachungen und Grenzstreitigkeiten aller Art abzulesenden Verhältnis zwischen modernen Nationalstaaten, die sich wechselseitig voneinander ausschließen, werden aus Ländern nationale Territorien und aus Menschenansammlungen unterschiedliche Staatsvölker. Diese Geburtsstunde der Differenz zwischen In- und Ausländern lebt davon, dass der jeweilige Staat ein ziemlich possessives Verhältnis zu den Leuten eingeht, die sich auf *seinem* Territorium tummeln. Es ist *sein* Volk, weil er es für

² Gelegentlich, etwa wenn die arme Rentnerin, die beim Kaufhausdiebstahl erwischt wird, zu derselben Geldstrafe verurteilt wird wie der Yuppie, der sich desselben Delikts schuldig gemacht hat, wird dieser Sachverhalt als *Ungerechtigkeit* – falsch – zur Kenntnis genommen. Falsch deswegen, weil das Maß ›Gerechtigkeit‹ am Recht festhält und zugleich dessen Zweck, die Absicherung jenes Produktionsverhältnisses, für das dieser Gegensatz von Armut und Reichtum konstitutiv ist, geleugnet wird.

das Produktionsverhältnis, dem er sich selbst verpflichtet hat, einspannt. Das Ausschlussverhältnis, das zwischen Staaten eingerichtet ist – »Du hast bei mir und ich habe bei Dir erst einmal nichts zu suchen!« –, betrifft eben nicht nur das Land, sondern auch die Leute. Und beides in einer doppelten Weise. Mit der Errichtung der Staatsgewalt *auf* einem und *über* ein Territorium wird zum einen die auswärtige Macht daran gehindert, sich fremdes Land anzueignen, und umgekehrt ist dies auch dem inländischen Staat nicht gestattet – es sei denn, er will es mit der fremden Gewalt in der einen oder anderen Weise zu tun bekommen.

Dass der Nationalstaat so ein Interesse an *grenzübergreifender* politischer und ökonomischer Betätigung jedoch ständig hervorbringt, liegt ganz in seinen Erfolgen im Landesinneren begründet. Je größer das »Wachstum«, zu dem es seine Nationalökonomie bringt, desto mehr erweisen sich Staatsgrenzen als Schranken des nationalen Reichtums und um so stärker wird der Wunsch, mit der Überwindung dieser Schranken fremdstaatlichen Reichtum für die eigene Geschäftswelt zu öffnen. Für die Menschen, die jetzt als Staatsvolk ihren Stempel erhalten haben, gilt dasselbe: Zunächst einmal unterliegen sie weder dem Zugriff durch fremde Mächte, noch kann der einheimische Staat seinerseits fremdes Volk für sich rekrutieren, ohne sich mit deren Führung in jener Weise ins Benehmen zu setzen, wie dies unter Staatsgewalten nun einmal üblich ist. Die grenzübergreifende Geschäftemacherei, kurz: die Entwicklung des Weltmarkts, verleiht diesem Verhältnis ebenfalls eine neue Verlaufsform. Mit der Sortierung der Staaten nach den »reichen« im »Norden« und den »armen« im »Süden« werden deren Völker in höchst unterschiedlicher Weise für die nationalen Anliegen mit Beschlag belegt: Sie sortieren sich darüber nach Benutzten und Unbenutzten bzw. nicht mehr Benutzten, woraus sich ein weltweites Überangebot an disponibler Arbeitskraft ergibt, das sich nicht nur geduldig in sein Schicksal ergibt, sondern sich seit einiger Zeit und zum Verdross der »reichen Staaten« nach ganz anderen als den Gesetzen von Nachfrage und Angebot auf die Suche nach Überlebensmöglichkeiten macht. Im kapitalistischen Nationalstaat und seinen Aktivitäten ist also nicht nur die Menschensortierung nach Hiesigen und Fremden, sondern auch das begründet, was er dann sein *Ausländerproblem* nennt.

Was all jene *Menschen wollen*, die da insgesamt als Volk für Staatszwecke rekrutiert worden sind, findet in dem Verhältnis zwischen den politischen Gewalten keine Berücksichtigung – es sei denn, es lässt sich gerade für deren Anliegen in Anschlag bringen. Staaten verhalten sich zu den Völkern wie zu einem ihnen zur Verfügung stehenden und ihnen ergebenden Besitzstand. Jede gelungene Dienst*verpflichtung* für die ökonomischen und politischen Abteilungen der nationalen Sache übersetzen sie sich in den Befund, dass diese als Volk zusammengefasste Menschenansammlung diesen Zwecken auch *zugeneigt* ist. Und dasselbe Verhältnis unterstellen sie immer auch beim konkurrierenden Nationalstaat: Dessen Volk gilt ihm wie das seine als dem anderen Staat dienstbar *und* zugetan. Und gerade daraus erklärt sich die wenig freundliche Behandlung, die Nationalstaaten jenen Ausländern angedeihen lassen, die aus ganz eigenen Gründen um Einlass bei ihnen nachsuchen. So ein Angehöriger eines fremden Volks, ein Ausländer, ist für sie nicht ein Individuum mit seinen Anliegen und Urteilen über die Welt, sondern ein dem *ausländischen Staat verpflichtet*er Volksgenosse. Leute, die sich ihre Staats-

angehörigkeit nicht ausgesucht haben, werden wie Personifikationen von Staatszwecken beurteilt *und* behandelt. Jeder Mann und jede Frau, die ins Ausland umsiedeln will, wird äußerst kritisch begutachtet, weil sie ihrer Staatsbürgernatur nach woanders hingehören. Was kann schon ein Fremder, sprich: Bürger eines fremden Staates, im Ausland wollen, wo er doch nur seinem Heimatstaat zugetan ist. Der an eigene und fremde Nationalmannschaften herangetragene Maßstab von loyalen Staatsvölkern begründet automatisch die *Verdachtshaltung* gegenüber Ausländern, die ihre Heimat wechseln wollen. Es bedarf dazu nicht erst des ethnischen Rassismus, um diesen Illoyalitätsverdacht in Ausländergesetzen festzuschreiben. Dafür reicht schon der jedem modernen Nationalstaat eigene, gar nicht biologisch daher kommende Staatsbürgerrassismus, der es zur ersten Natur von Menschen erklärt, zuverlässiger und pflichtgetreuer Bürger *seines* Staates zu sein.

Diese, den modernen Nationalstaaten eigene Stellung zu ihrem Staatsvolk erweist sich bei näherer Betrachtung als *Ideal*. Kein Wunder bei der Benutzung der Mehrheit dieser Volksgenossen für fremdes Eigentum! Jedoch handelt es sich nicht um jene Form des Idealismus, in der Wunsch und Wirklichkeit ein vollständig getrenntes Eigenleben führen. Nationalstaaten *arbeiten* permanent an der Verwirklichung dieses Ideals, nicht etwa weil sie vom Volk geliebt werden wollen, sondern weil das staatlich verwaltete kapitalistische Produktionsverhältnis, in dem das Volk sich nützlich zu machen hat, ohne dessen *praktische* Zustimmung keinen Reichtum für Staat und Kapital abwirft, sondern sich in Klassenkämpfen aufreißt. »Aus der Geschichte« haben moderne Staaten nämlich viel gelernt. Obwohl die Geschichte – entgegen anderslautenden Darstellungen – keine Geschichte der Klassenkämpfe *ist*, so fanden doch *in ihr* regelmäßig und reichlich Klassenkämpfe statt. Es gab Zeiten, in denen Lohnarbeiter ihr Klasseninteresse nicht so bereitwillig dem nationalen Interesse untergeordnet haben, wie das hier und heute der Fall ist. Die Zustimmung gerade dieser Volksteile zum Staat herzustellen, gehört folglich zu seinen vordringlichen Aufgaben. Dabei gelang und gelingt es dem Staat immer wieder, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Viele seiner Maßnahmen zur Sicherung einer brauchbaren Arbeiterklasse gerade gegen die ruinösen Folgen ihrer Benutzung durch das Kapital haben zugleich eine ausgesprochen *loyalitätsfördernde Wirkung* ausgeübt.³ Die geht etwa aus von der Arbeitsschutzgesetzgebung, der Zulassung von Gewerkschaften, dem Wahlrecht auch für die Klasse der Eigentumslosen, der Einrichtung und Entwicklung des sonstigen Sozialstaats und der Etablierung von Arbeiterparteien im parlamentarischen Getriebe. Gerade all diesen Abteilungen ist dabei zu entnehmen, dass sich Staatstreue heute etwas anders abspielt als zu Zeiten, wo sie von Hörigkeit kaum zu unterscheiden war. Sie stellt sich her über jene heute selbstverständliche Wahrnehmung von Rechten, über die das Leben in der Arbeitswelt, in der Öffentlichkeit und in der Privatsphäre nun einmal verläuft. Als ausdrückliche *Zustimmung* zum Hüter und Wahrer dieser Rechte besteht sie faktisch im falschen geistigen Nachvollzug aller Pflichten, die als diese unentbehrlichen Rechte organisiert sind.⁴ Dabei nutzen Bürger die ganze Band-

³ Und bei manchen Abteilungen des Sozialstaats fallen sogar beide Zwecke zusammen.

⁴ Zu dem falschen geistigen Nachvollzug vgl. das nächste Kapitel 11.

breite von überzeugter Vaterlandsliebe bis hin zu den bekannten Formen konstruktiver oder rasonierender Kritik aus.

Zufrieden ist der Staat, wenn sich darüber eine *Politisierung* aller privaten Anliegen seiner Bürger – seien es nun Arbeiter oder Angestellte, Hausfrauen oder Hausmänner, Lehrlinge oder Studenten usw. – durchsetzt; wenn seine Bürger es sich angewöhnt haben, *ihre Alltagsaffären* in Familie und Schule, Arbeit und Freizeit immer durch die Brille des *nationalen Interesses* zu betrachten. Erst dann werden sie Bürger nach seinem Geschmack, wenn sie alle sie betreffenden Fragen von Geld und Arbeit, Gesundheit und Freizeit, Wohnung und Ernährung oder Studium und Lehre an nationalen Notwendigkeiten, die ihnen jede Regierung rechtzeitig mitteilt, von sich aus *relativieren*; wenn sie also in dem Lohnraub namens Steuer einen Segen für die Bürger sehen und die Sozialversicherungen, mit denen der Staat die kapitalistische Produktion von Massenelend absegnet, für eine Errungenschaft halten, die ihre Lebensqualität verbessern soll; wenn sie es als Resultat von noch nicht richtig durchgesetzter Chancengleichheit ausgeben, dass die Mehrheit des Nachwuchses regelmäßig von jeder weiterführenden Bildung ausgeschlossen wird; oder wenn sie dem Staat die Lüge abnehmen, er würde Tiermehl und Rinderherden ihretwegen, also der Verbraucher und ihrer Versorgung wegen, verbrennen lassen; wenn also für alle Staatsbürger gleichermaßen die Verpflichtung aufs Interesse ihres Staates als Maßstab für die Berechtigung ihrer privaten Anliegen durchgesetzt ist. Erst dann ist das Volk so richtig das Staatsvolk, »*seines*«! Es steht dem Staat in jeder Hinsicht zur Verfügung, gerade indem es seine *privaten* Interessen verfolgt. So sorgt es im Bewusstsein, dass sein Wille gilt, für seine Verfügbbarkeit.

Wenn auch seine Bürger keine Klassen, sondern nur noch Deutsche kennen, dann weiß der Staat sich mit ihnen ziemlich einig. Doch da die Subsumtion des Privatinteresses unter den Staatsbürgerstandpunkt notwendigerweise *immer wieder* mit den Leistungen kollidiert, die gerade dem lohnabhängigen Volksteil abverlangt werden, ergibt sich aus dem *Ideal* eine Daueraufgabe des Staates. Und eines kann – im Vorgriff auf das nächste Kapitel – hier auch schon festgehalten werden: Die aus seinem Inländerideal abgeleitete Verdachtsstellung, die der Staat gegenüber Ausländern einnimmt, wird in dem Maße von seinen Bürgern geteilt, wie sie die gewünschte Zustimmung zu den Anliegen des Heimatstaats zeigen, sich also als *Nationalisten* aufführen.

Damit ist die Ausgangsfrage vollends beantwortet: Die Sortierung zwischen In- und Ausländern begründet sich aus dem Konstitutionszweck von kapitalistischen Nationalstaaten. Die Errichtung von Staatsgewalt über Land und Leute etabliert ein Ausschlussverhältnis zu allen anderen Nationalstaaten. Dem werden die Völker subsumiert. Die werden gerade wegen der ungemütlichen Benutzung, für die sie mehrheitlich vorgesehen sind, quasi zur Loyalität »verpflichtet«, was dann im Verhältnis der Staaten zu fremden Völkern jenen Staatsbürgerrassismus aktiviert, der das Urteil in die Welt setzt und praktisch umsetzt, dass Ausländer in ihrer angestammten Heimat zu bleiben haben, da man sich auf sie als eingeschworene Untertanen einer fremder Staatsgewalt nicht so ohne weiteres verlassen kann. Geschützt werden damit nicht die Inländer vor »parasitären« Ausländern, sondern geschützt werden soll mit dieser Ausgrenzung – und mit ihren unfreundlichen Ver-

laufsformen wie Abschiebung, Grenzkontrollen, Flüchtlingslager, begrenzter Aufenthaltsberechtigung, begrenztem Familiennachzug – der ungestörte Betrieb im Inland. So gesehen lässt sich die staatliche *Ausländerfeindlichkeit* durchaus auf das Interesse des Staates an Absicherung seiner praktischen *Inländerfeindlichkeit*, d.h. der Benutzung des Staatsvolks für die recht unbekömmlichen Zwecke kapitalistischer Reichtumsproduktion zurückführen.

2. Staat begutachtet Volk

Der Gedanke an Herstellung und Sicherung von Dienstbarkeit und Staatstreue spielt bereits eine Rolle, wenn Staaten beginnen, das *vorgefundene* Volk in Augenschein zu nehmen, wenn sie sich als Nation konstituieren. Bereits mit der Frage, *wer zu seinem Volk gehört*, aktiviert der Staat Kriterien, die nicht nur nichts zu schaffen haben mit den Anliegen der begutachteten Volksgenossen, sondern die immer von dem Interesse bestimmt sind, *Nichtdazugehörige* zu identifizieren – Ausländer eben oder Inländer, die für ihn eigentlich keine sind –, oder umgekehrt, Ausländer als *Dazugehörige* zu kennzeichnen. Es bergen also diese Kriterien viel Zündstoff, weil sie die Infragestellung von vorgefundenen Sortierungen einschließen.

Zu ihnen gehören immer auch *quantitative*. Gelegentlich äußern Staaten, die sich diesen Standpunkt leisten können, ihre Unzufriedenheit mit dem, was sich da als Resultat einer neuen Grenzziehung in ihren Gefilden an Menschenmassen tummelt. Da klagt z.B. eine Herrschaft über ein *Zuwenig* an Volk und lädt Fremde ein, sich auf seinem Territorium niederzulassen und sich zu ihrem Volk zu gesellen, mit oder ohne Anfrage bei deren Heimatstaat. Solche Staaten heißen »*Einwanderungsländer*« und rühmen sich dann ihrer Toleranz unter Verweis auf den etablierten multikulturellen »*melting pot*«. Zu diesem Selbstlob steht die Liste an *Auflagen*, ohne deren Erfüllung aus der Einwanderung allerdings auch nichts wird, in merkwürdigem Kontrast. Manchmal erklärt ein Staat umgekehrt, er hätte *zuviel* Volk bei sich, weswegen er auch schon mal Geburtenkontrollen verordnet und das Kinderkriegen in staatszuträgliche Bahnen lenkt. Oder es kommt vor, dass dann Volksteile mit staatlicher Hilfe auf fremden »*Boden*« verpflanzt werden – mit oder ohne Zustimmung der Verpflanzten oder des jeweiligen politischen Wächters über den gleich mit dazu beschlagnahmten Boden. Dem anderen *Volk* werden sie deswegen noch lange nicht automatisch zugeschlagen. Obwohl sie zu viele sind, lässt sich aus solchen, in Wolga- und andere Regionen verpflanzten Volksteilen außenpolitisch so manches machen – besonders wenn diese Menschen sich noch als *Soundso-Stämmige* fühlen. Oder es werden diejenigen, die »*zuviel*« sind, ganz ohne solche Perspektive ausgesondert. Dies ist besonders dann der Fall, wenn in Völkern von der Herrschaft *falsche*, nicht zu dem eigentlichen Volk passende, sein harmonisches Leben geradezu störende Volksteile entdeckt werden. Beispiele für die Methoden ihrer »*Entfernung*« aus dem Volkskörper finden sich nicht nur in der Vergangenheit von 1933 bis 1945. Verschwiegen werden soll auch nicht der Fall, dass ein Staat nicht nur beschließt, zu wenig Volk, sondern auch zu wenig *Land* zu haben. Daraus wird selten eine freundliche Einladung an fremde Bürger, weil die eben nicht befugt sind, neben ihrer Habe noch ein Stück des Territoriums ihrer

Heimat mitzunehmen. Um ein solches Anliegen zu verwirklichen, braucht es schon mehr staatliche Phantasie im Umgang mit anderen Staaten und z.B. so griffige Wiedervereinigungsideologien wie die von den »Brüdern und Schwestern«. Dann sind Eroberungen – mit und ohne heiße Kriege – angesagt. Dass von Eroberern ins Visier genommene Staaten Volksteile und Staatsgelände freiwillig *abtreten*, ist eher selten, kommt aber vor – wie nicht nur jüngst auf dem Balkan vorexerziert. Friedlich kann es auch dabei nicht zugehen, zumal dann nicht, wenn es sich um Staatsgründungsprojekte handelt, bei denen Völker *und* Territorien »ethnisch gesäubert« werden. Aus aktuellen Gründen sei noch eine besonders aparte Variante erwähnt: In der soll ein Staat – nicht ganz freiwillig – Teile seines zusammeneroberten Territoriums an ein anderes Volk abgeben, ohne es jedoch vollständig von Teilen seines Volkes zu räumen, die sich in der feindlichen Umgebung ihre fundamentalistischen Wehrdörfer eingerichtet haben. Ein Zusammenschluss mit dem anderen Volk wird, wie man weiß, von den politischen Repräsentanten beider Völker aus Gründen der ethnischen Volksreinheit strikt abgelehnt.

Festzuhalten ist nach diesem kursorischen Blick auf die mannigfachen Verhältnisse von Staat, Volk und Territorium, Inland und Ausland, Inländer und Ausländer erstens, dass es sich bei ihnen *immer* um ziemlich *gewaltträchtige* Fragen handelt. Zweitens ist ihm zu entnehmen, dass über den *Umfang des* und die *Zugehörigkeit zum Staatsvolk* allein von den *Staatsgewalten entschieden* wird. Als Resultat solcher »Entscheidungsprozesse« gibt es das Volk dann als das *deutsche, französische, russische oder amerikanische Volk*. Erst diese besondere *nationale* Bestimmung von Volk macht aus einem Haufen disparater menschlicher Individuen jene Größe, der sich die einzelnen Volksgenossen bekennd zuordnen: »Ich bin ein Deutscher, Franzose, Pole ...!« Die damit demonstrierte *Identität* der Deutschen, Briten etc. ist es, auf die es dem staatlichen Dativ – »meinem Volk« – ankommt. Widerlegt sind damit alle von Politikern vorgebrachten und von Politologen ausgeschmückten Behauptungen, dass es so etwas wie eine *vorstaatliche Volksidentität* ethnischer, kultureller, sprachlicher oder historischer Art gibt, also ein auf ewig *zusammengehörendes Volk*, das dann nur politisch *zusammengefasst*, sozusagen in eine stabile Form gegossen werden muss, über welche dann die Belange des Volkes verwaltet und zu seinem Wohl geregelt werden.⁵ Und drittens findet die gewaltsame Komposition des Staatsvolks ihr Kriterium immer auch in dem staatlichen Anspruch an *Loyalität*, die er von seinem Volk verlangt. Die Gewissheit, dass jedermann sich letztlich dem Gewaltmonopol zu unterwerfen hat, hindert ihn nicht daran, »falsche« Volksteile auszusortieren. Und die entfernt er auch nicht *wegen* ihrer Hautfarbe, Religion oder Herkunft, sondern weil der Staat an natürlichen oder an gesellschaftlichen Merkmalen von Menschen etwas entdeckt haben will, was zu seinen inländischen Vorhaben nicht passt. Es gibt also Staaten, die sortieren mit der Definition ihres Volkes nicht nur die Fremden aus, sondern erklären sogar ganzen Teilen des vorgefundenen Staatsvolks selbst die Feindschaft. Inländer haben – wie gezeigt – keine Veranlassung, darin einen Freundschaftsbeweis des Staates ihnen gegenüber zu erblicken. Im Gegenteil!

⁵ Zur weiteren Widerlegung vgl. F. Huisken, *Ausländerfeinde und Ausländerfreunde*, S. 86; und H. Auinger, Haider. *Nachrede auf einen bürgerlichen Politiker*, Wien 2000, S. 30ff.

3. Volk und Bevölkerung, oder: Wie wird man ein Staatsbürger?

Wie Staaten die Menschengruppierung im Einzelnen *handhaben*, ist an ihren Ausländer- und Inländergesetzen abzulesen. Letztere, die Inländergesetze, heißen Staatsbürgerschaftsgesetze. Ihrer Existenz ist bereits zu entnehmen, dass sich die Frage »Wer ist Deutscher?« weder an dem faktischen Aufenthalt auf deutschem Territorium noch an dem Willen zum Leben in der Lüneburger Heide oder im Bayrischen Wald entscheidet. Auch mit dem Nachweis eines deutschen Stammesbaums ist die Sache manchmal nicht abgetan. Und selbst von freiwilligen Loyalitätserklärungen solcher Menschen, die partout zum deutschen Volk gehören wollen, macht der Staat sich nicht abhängig. Er erlässt seine Gesetze, und denen ist das *besondere staatliche Interesse* an der Sortierung zwischen *In-* und *Ausländern* zu entnehmen. Immer gehören zum Staatsvolk nur solche Landesbewohner, die der *Staat* als *seine* Staatsbürger *deklariert* und mit entsprechenden Papieren *ausstattet*.⁶ Sofern auf dem Staatsterritorium neben dem Volk noch andere Menschen leben, die es – aus welchen Gründen auch immer – aus anderen Gegenden in das Land verschlagen hat, oder welche die Staatsführung auf ihrem Territorium vorgefunden, sie aber der Staatsbürgerschaft nicht für würdig befunden hat, ziert das Staatsgebiet nicht nur ein Volk, sondern eine *Bevölkerung*.

Mit der Deklaration von Menschen zu Inländern wird also zugleich zwischen dem *Staatsvolk* und der *Bevölkerung* des Landes unterschieden. Die einen, die gehören dazu! Und die anderen leben zwar auf dem Staatsterritorium, gehören aber im eigentlichen Sinne des staatlichen Volksbegriffs nicht da hin! Damit bekommt die Sortierung zwischen Inländern und Ausländern eine neue Qualität: Klargestellt ist, dass diese Sortierung nicht nur entlang der Landesgrenzen verläuft, sondern auch im jeweiligen Inland zur Geltung gebracht wird. Jetzt dürfen auch die *Inländer selbst* sich von leibhaftigen Ausländern abgrenzen. Ganz konkret wird der Bürger mit dem staatlichen Interesse an dieser Sorte Menschengruppierung vertraut gemacht. Er erfährt: In »seinem Land« leben welche, die da eigentlich nicht hingehören, dies aber dürfen oder auch nicht. Und es liegt an ihm, ob ihn die Entscheidungen des Staates über Legalität oder Illegalität des Aufenthalts der Fremden überzeugen oder nicht.

Ob und in welchem Umfang der Staat Fremde einlädt, zulässt oder abschiebt, hängt davon ab, ob das vorgefundene und sich vermehrende Volk den Ansprüchen genügt, die er in quantitativer und qualitativer Hinsicht an es stellt. Deswegen nimmt er die Entwicklung des Volkes in die Hand und greift in sie ein, wenn er mit ihr unzufrieden ist. Manchmal argwöhnt er, dass sein Volk »aussterben« könnte, weil die Geburtenrate absinkt, ein anderes Mal entdeckt er einen »Bevölkerungsüberschuss« und wieder ein anderes Mal stört ihn der Umstand, dass der letzte Krieg zuviel Opfer in der männlichen Bevölkerung gefordert hat. Es interessiert ihn sehr, ob sein Volk genug an jenen Menschen enthält oder hervorbringt, die die Entwicklung seiner Nationalökonomie erfordert oder die zur Landesverteidigung benötigt werden.

⁶ Dabei kann es durchaus vorkommen, dass Menschen ihre Staatsvolkszugehörigkeit im Laufe ihres Lebens mehrere Male wechseln müssen. Anschaulich in H. Auinger, Haider, S. 30

Abstammungsrecht (*ius sanguinis*)

Die *grundlegenden Prinzipien* der Reproduktion des Volkes bzw. der dauerhaften Sicherung des Volkskörpers, die der hiesige, der deutsche Staat, für sich beschlossen hat, und die er im Einzelnen mit seiner Familien-, Sozial-, Gesundheits- oder Bildungspolitik verfolgt, sind dem *ius sanguinis* – Gesetz des Blutes – zu entnehmen. Dieses bis vor kurzem allein gültige Staatsbürgerschaftsgesetz kodifiziert den staatlichen Beschluss, dass sich das Volk jeweils *aus sich selbst* heraus reproduzieren soll. Es setzt damit auf das *Abstammungsprinzip*: Deutsche Eltern, die aus sehr privaten Gründen *Kinder* in die Welt setzen, sind mit der Tatsache konfrontiert, dass es sich dabei automatisch um *deutsche* Kinder handelt. Ihr Nachwuchs ist von Gesetzes wegen gleich mit dem Stempel der bestimmten Staatsbürgerschaft ihrer Eltern versehen, womit das staatliche Zugriffsrecht beschlossene Sache ist. Gefragt wird dabei keiner. Das ist auch nicht nötig, denn in der Regel wird dieser Staatsakt mindestens als eine Selbstverständlichkeit, als das Recht des Blutes abgehakt. Diesem an Verwandtschaft orientierten Subsumtionsverfahren entnehmen dann deutsche Väter und Mütter, dass es gar nicht anders sein *kann*, als dass sie ihren Nachwuchs Deutschland zur Verfügung stellen. Natürlich wird in dieser Sicht der Dinge das tatsächliche Verhältnis ein wenig auf den Kopf gestellt: Es handelt sich bei der Bluts-Regelung zur völkischen Selbstrekrutierung um das staatsrechtliche Resultat eines Hoheitsaktes und nicht etwa umgekehrt um die staatliche Befolgung eines natürlichen, über das Blut vermittelten *vorstaatlichen* Prinzips der Deutschwerdung – wie dies die *Ideologie* vom *ius sanguinis* den Deutschen weismachen will.⁷

Was bei theoretischer Betrachtung wie eine Tautologie anmutet – es wird die Frage nach der Staatsbürgerschaft des einen Menschenwesens mit dem Hinweis auf die Staatsbürgerschaft von anderen Menschen beantwortet –, macht für den hiesigen Staat Sinn: Immer vorausgesetzt, er kann die *Familie* als »natürliche« Form des Zusammenlebens und »Keimzelle« seines Staatswesens etablieren, und vorausgesetzt, die Familien schaffen sich regelmäßig wie gewünscht Kinder an, dann – und dies ist bereits dem Abstammungsrecht als politisches Interesse zu entnehmen – setzt er immer zugleich darauf, dass der Volknachwuchs, der in *deutschen Familien* aufwächst, ziemlich automatisch *deutsch* sozialisiert wird.⁸ Die Rede von der »Keimzelle« trifft die Sache. Denn es ist die Familie eben weder eine Gemeinschaft, in der es sich Menschen unterschiedlichen Alters gut gehen lassen sollen, noch die »Sozialform«, in der Kinder nur geboren werden. Es handelt sich vielmehr um eine Einrichtung, deren erster Zweck vom Staat vorgegeben ist: Nachwuchs für die Volksgemeinschaft zu produzieren und zu sozialisieren, also deutsche Kinder bzw. Kinder deutsch groß zu ziehen.

Mit diesem Beschluss des Staates, nach dem Abstammungsprinzip zu verfahren, wird zugleich sein Interesse sichtbar, den deutschen Volkskörper ganz prinzipiell nach außen ab- und alle Ausländer mit Einbürgerungsinteresse vom deutschen Volk auszuschließen: Wie sollen auch Ausländer deutsche Inländer werden,

⁷ Und welches bei Linken als Beleg für den immer noch gültigen völkischen Rassismus des Faschismus gewertet wird. Es wird sich zeigen, was daran richtig und was daran falsch ist.

⁸ Die berühmten »Verhältnisse« besorgen in der Regel den Rest.

wo sie doch über keine deutschen Eltern verfügen! Der Fall ist klar und in dieser Klarheit *gewollt*. Ausländer, ob nun angeworben oder ohne ausdrücklichen staatlichen Wunsch zugewandert, sind und bleiben damit Ausländer – in Deutschland: Da kein Blut deutscher Eltern, also kein deutsches Blut in ihren Adern fließt, sie das Deutschsein nicht mit der berühmten Muttermilch eingesogen haben, sind sie auch nicht berechtigt, deutsche Staatsbürger zu werden. Ausländer können von ihrer Abstammung her einfach nicht Deutsche werden – wo sie doch von Ausländern *abstammen*; was ihnen im Übrigen noch lange nicht das Recht gibt, sich in »unserem Inland« *wie Ausländer aufzuführen*.

Geburtsrecht (ius soli)

Dass diese völkische Logik *staatlichem Interesse* und nicht dem Ruf des *Blutes folgt*, ist auch noch einmal dem Umstand zu entnehmen, dass andere Staaten durchaus nach anderen Rechtsgrundsätzen verfahren. Da gibt es den Fall, dass eine Staatsmacht per Gewalt Land und Leute erobert, letztere dann zum eigenen Staatsvolk zuschlägt und so »umerzieht«, dass schon nach einigen Generationen alle Unterschiede zwischen Alt- und Neuvolk verschwimmen. So ein im *ius soli* (Recht des Bodens bzw. Geburtsrecht) gefasstes Verfahren setzt das imperialistische Interesse des Staates in Recht um. Und dann gilt eben bindend, was mit viel militärischem Aufwand durchgesetzt worden ist: Kinder, die – um das bekannteste europäische Beispiel heranzuziehen – etwa auf französischem Territorium geboren werden, sind automatisch Franzosen. Bei Ausländerfreunden steht dieses Geburtsrecht in dem Ruf, fortschrittlich zu sein. Dabei gründet es – wie der Fall Frankreich zeigt – auf kolonialer Eroberungspolitik, die Teile von Nordafrika zu französischem Staatsterritorium, deren Bewohner zu Franzosen erklärt und den männlichen Teil des dazu eroberten Volks in französische Uniformen gesteckt hat. Das hat sich als Methode der nationalen Sozialisation so sehr bewährt, dass bis heute die in Frankreich aufwachsenden Kinder der vornehmlich aus den ehemaligen Kolonien immigrierten Familien automatisch die französische Staatsbürgerschaft erhalten. Fortschrittlich ist daran nichts, denn was als großzügiges Eingehen auf ein Einbürgerungsbegehren z.B. von Nordafrikanern gedeutet wird, nimmt allemal Maß an dem staatlichen Interesse und macht vom Willen der Immigranten nichts abhängig: Wenn sich Kinder von Zugewanderten, die in ihrer Heimat ohnehin schon halb zu Franzosen gemacht worden sind, hier »eingelebt« haben – was bleibt denen auch anderes übrig –, dann kann man ihnen, auch ohne dass sie französische Eltern vorweisen können, die französische Staatsbürgerschaft verpassen.⁹

Einwanderungsrecht¹⁰

Wieder andere Staaten, wie zum Beispiel jenes große Land, das seinem Volk den »pursuit of happiness« als Lebensprinzip verschrieben hat, *importieren* regelmäßig »frisches Blut« in ihren »Schmelztigel« und werden deswegen auch »Ein-

⁹ Der französische Staat ist inzwischen dabei, diese Regelung auf ihre aktuelle Tauglichkeit zu überprüfen. Er findet durchaus Gefallen an Bestimmungen des Abstammungsprinzips.

¹⁰ Jedes dieser Rechte bzw. Prinzipien erweitert die jeweils vorausgegangenen Prinzipien: Ius sanguinis und ius soli *gelten* in den USA und in Frankreich *erweitert* das ius soli das ius sanguinis.

wanderungsländer« genannt – eine Bezeichnung, die hierzulande bis zum Jahre 2000 nicht nur von der NPD noch mit »Durchrassung« oder »Volkssubstanzverlust«, also einem nationalen Niedergang gleichgesetzt wurde. Dass auch die USA, die ein solcher Niedergang nie gestört hat, mit ihren Staatsbürger- und Einbürgerungsgesetzen keineswegs den Mühseligen und Beladenen der Welt eine sichere Burg und ein geschützter Hafen sein woll(t)en, sondern nur ein Nationalstaat, der ebenfalls auf ein Volk und auf Volkszuwachs wert legt, der ihm *treu* ergeben ist, offenbart das Prüfungsverfahren, dem sich Einbürgerungsinteressenten zu unterziehen haben. Zu schwören haben alle Neuamerikaner einen Eid auf die Verfassung, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt: »Ich schwöre und (!) beede hiermit, dass ich ohne Einschränkung und (!) gänzlich der Loyalität und (!) Treue gegenüber jedem fremden Fürsten, Machthaber, Staat oder Souverän entsage und (!) abschwöre, dessen Untertan oder Bürger ich zuvor gewesen bin; dass ich die Verfassung und Gesetze der Vereinigten Staaten von Amerika gegen alle äußeren und inneren Feinde unterstützen und (!) verteidigen; dass ich gegenüber diesen einen wahren Glauben und (!) wirkliche Loyalität haben; dass ich, sofern das Gesetz es verlangt, für die Vereinigten Staaten mit der Waffe kämpfen; dass ich in den Streitkräften der Vereinigten Staaten, sofern das Gesetz es verlangt, zivilen Dienst leisten; dass ich, sofern das Gesetz es verlangt, unter ziviler Leitung Arbeit von nationaler Wichtigkeit ausführen werde; und dass ich diese Verpflichtung frei, ohne geistigen Vorbehalt oder mit der Absicht einer Ausflucht eingehe; so wahr mir Gott helfe.«

Diesem Eid ist nicht nur zu entnehmen, was dieser Staat alles mit seinen *Inländern* vorhat, sondern auch wie ernst es ihm mit dem Schwur ist. Mit dem Schwurinhalt und mit den fast durchgehend verdoppelten Schwurformeln macht er deutlich, wie sehr er einer puren Willenserklärung von Ausländern noch *misstraut*. Das haben im übrigen nach Pearl Harbour die japanischstämmigen US-Amerikaner erfahren. Sie wurden bis Kriegsende in Lagern zusammengefasst und nur wenigen von ihnen gelang es, der Kasernierung durch Kriegsdienst, natürlich an der pazifischen Front zu entgehen. Es steht dieser Fall noch einmal dafür, wie wichtig Nationalstaaten die Abstammung nehmen. Selbst dort, wo sie mit dem Eid den Jungamerikaner ab- und anschwören lassen und von ihm als Eintrittsbedingung ins kapitalistische Paradies gleich mal eben die Bereitschaft kassieren, das Leben, das er doch in den USA erst so richtig beginnen will, für die stars and stripes zu opfern, da glauben sie dem »Schwur und Eid« im Ernstfall dennoch nicht – und zwar nur wegen seiner »falschen« Abstammung. Sie denken in jeden neu Eingebürgerten das *Ideal* ihres Staatsbürgers hinein, demzufolge sich die angestammte Volkzugehörigkeit und Staatstreue wie eine Eigenschaft fest in die Natur eines jeden Bürgers eingräbt, so dass selbst ein *Schwur*, also ein Willensakt, welcher sich durch keine Erfahrung und durch kein Argument erschüttern lassen soll, daran nicht viel ändern kann. Es kommt eben, wähen sie, die fremde Staatsbürgernatur immer wieder durch!

Fazit: Die Staatsbürgerschaftsgesetze stehen also insgesamt für folgendes Interesse: Es ist allein Sache des Staates, wie man und wer Staatsbürger wird. Der will nicht einen Haufen x-beliebiger Leute für sich einsetzen, sondern er will ein *Staatsvolk*, das nach *Umfang*, *Zusammensetzung* und *Tauglichkeit* zu seinen *Staatsanliegen* passt. Das Anliegen von Menschen, die es auf der Flucht vor Hunger, Ver-

folgung und anderen Staatskatastrophen in die eine oder andere Weltgegend zieht, zählt da wenig. Wer nach den Regeln des Staates Ausländer ist, hat im Inland erst einmal nichts verloren – es sei denn, der Staat beschließt, wie gleich an Hand des deutschen Beispiels näher erklärt wird, anderes. Die Regeln zur Rekrutierung und Reproduktion der einheimischen Mannschaft sind deshalb mit Notwendigkeit *immer Ausgrenzungsregeln*. Und diese Ausgrenzung, die in doppelter Weise funktioniert, nämlich aktiv als Ausgrenzung von Fremden und passiv als Ausgegrenztsein von der Verfügung über Fremde, ist nie nur ein formaler Akt, der sich in bürokratischen Verwaltungsvorgängen erschöpft. Denn immer zählt der Wille der Leute – und das gilt für Aus- und Inländer – nur soweit, wie ein staatliches Interesse an ihm besteht. Die Ausgrenzung von Ausländern heben auch jene Staaten nicht auf, die mit Immigranten und Einbürgerungsinteressenten scheinbar großzügiger umgehen. In jedem Fall wird *der Ausländer* – und dies ist allen Staatsbürgerschafts- und Einbürgerungsgesetzen zu entnehmen – zunächst einmal deswegen der *Illoyalität* gegenüber dem fremden Staat verdächtigt, *weil* er Ausländer ist und deswegen von seiner Abstammung her als treuer Diener – »Untertan oder Bürger«, wie es in der US-amerikanischen Eidesformel heißt – des falschen, nämlich seines Heimatstaates gilt. Das trifft auch auf all jene Fälle zu, in denen ein Staat seine Heimmannschaft durch auswärtiges Menschenmaterial anreichern will. Im *ius soli* wird die Einbürgerung davon abhängig gemacht, dass ein Mensch bereits auf dem Territorium seines neuen Heimatstaates *geboren* ist. Es geht der Staat davon aus, dass er deswegen vielleicht nicht mehr jene Bindung zur Heimat der Familie besitzt wie die Eltern. In den USA tritt der »Schwur und Eid« – doppelt genährt hält bekanntlich besser – an die Stelle der Abstammungs- und Territorialgeburtsregelung. Und es ist paradoxerweise gerade diese dem *Neubürger* in den USA abverlangte *Willenserklärung*, die deutlich werden lässt, warum Staaten im Umgang mit Ausländern, die Teil ihres Volkes werden wollen, der eingeforderten *Willenserklärung* zugleich auch wieder *nicht* so ganz trauen: Alle Nationalstaaten, gerade die modernen, zivilisierten und demokratischen, gehen selbst dann, wenn aus Eingebürgerten längst unbescholtene Bürger geworden sind, davon aus, dass ihnen die loyale Zugehörigkeit zu ihrem Herkunftsstaat wie eine letztlich nie völlig zu tilgende Natureigenschaft anhaftet.

4. »Ausnahmen« vom Abstammungsprinzip

In Deutschland galt bis vor kurzem allein das Abstammungsrecht. Alle Deutschen, die nicht wissen wollten, dass ihr Volkszusammenhang einem in Gesetzesform gegossenen Staatsinteresse folgt, konnten sich einbilden, dass das Deutschsein wirklich eine Frage der Biologie ist. Ausländer waren deswegen – und sind es bis heute noch – für sie das, was das deutsche Ausländerrecht über sie verfügt: Fremde, die sich nur mit staatlicher Genehmigung und mit strengen staatlichen Auflagen konfrontiert in Deutschland aufhalten dürfen, denen aber der Zugang zum deutschen Volkskörper verschlossen ist.

Ausnahmen gab es vornehmlich zwei, die die produktiv ausgelegte Logik des *ius sanguinis* zur Legitimation eines staatlichen Interesses an der Einvernahme

von fremdem Land und fremden Leuten benutzt, und deshalb recht eigentlich keine Ausnahmen darstellen. Sie können deutlich machen, dass das Abstammungsrecht sich nicht nur zur hermetischen Abriegelung benutzen lässt, sondern auch *imperialistischen* Aktivitäten den Schein des Rechts verleiht, der jenen Staatsanliegen, die dann in das *ius soli* gegossen wurden, in nichts nachsteht. Wenn ein Staat – in diesem Fall der westdeutsche – auf fremdem Staatsterritorium Menschen »entdeckt«, die seiner, mit historischen Verweisen diplomatisch auf Vordermann gebrachten außenpolitischen Staatsräson zufolge, *Volksdeutsche* sind, dann will er damit einem fremden Souverän gegenüber Ansprüche auf Teile seines Volkes geltend machen. Die Rede ist von den sogenannten Wolgadeutschen und der DDR; wobei sich im zweiten Fall diese Ansprüche in einem Fall gleich auf ein ganzes Volk nebst Territorium bezogen. Bürger fremder Staaten gelten dabei dem hiesigen unter Verweis auf eine inzwischen ziemlich überholte politische Landkarte als die Seinen.¹¹ Das rassistisch passend gedeutete Abstammungsprinzip – »Was zusammen gehört, das wächst auch zusammen!« – taugte in dem einen Fall dazu, den Anspruch auf die Annektierung der DDR aufrecht zu erhalten, in dem anderen Fall wurde daraus das Recht auf Einmischung in innersowjetische Belange abgeleitet.¹²

Dass die Russlanddeutschen zum deutschen Volk gehören, obwohl sie aus der Fremde kommen und gelegentlich nicht einmal deutsch sprechen, das musste den Inländern auch erst einmal beigebracht werden. Denn sie hatten sich den *politisch* begründeten und ziemlich komplizierten demokratischen Rassismus der fremden Staatsbürgernatur unter freundlicher Mitwirkung von Erziehung, Politik und Öffentlichkeit gleich *ethnisch-biologisch* in fremde Haut- und Haarfarbe, fremde Sprache, Sitten und Religionen übersetzt, folglich die heimgeholten »deutschstämmigen« Bürger der Sowjetunion erst einmal als Ausländer eingeordnet. Einmal dazu erzogen, dass man sich im deutschen Volksgenossen auch auf zehn Metern Entfernung noch *wiedererkennt*, fällt es schwer, in dem »Russen« den Deutschen zu erblicken. So etwas kann nicht ausbleiben, wenn der Staat seinem Volk ein nach *politischen Interessen* kalkulierter Volksrekrutierungs- und Volkseroberungsprinzip als die *natürlichste* Sache von der Welt nahe bringt.

5. Ausländer als »Gastarbeiter«

Deswegen hatte die nationale Volkserziehung auch einiges zu tun, als ab 1956 echte Ausländer angeworben wurden, die »uns« beim Wiederaufbau helfen sollten. Zwar war nicht vorgesehen, die italienischen, portugiesischen oder türkischen »Gastarbeiter« – wie ihr Name schon sagt – einzudeutschen, vielmehr hatten sie nach erbrachter Dienstleistung am deutschen Wirtschaftswachstum wieder in ihre

¹¹ Eine der ältesten Landkarten befindet sich bekanntlich in der Bibel!

¹² Dass in beiden Fällen die außenpolitischen Absichten aufgingen, die BRD sich die DDR mit samt dem DDR-Volk einverleibte, und die SU letztlich vor der kalten imperialistischen Kriegserklärung kapitulierte, erklärt sich allerdings nicht aus der Wucht des Abstammungsprinzips – wie W. Brandt in seinem geflügelten Wort behauptet haben wollte.

Heimat zurückzukehren. Dennoch »fremdelten« die guten Abstammungsdeutschen erheblich. Dabei nahm ihnen damals noch kein Ausländer den Arbeitsplatz weg. Ein in Millionenstärke anrückendes Heer ausländischer Arbeitskräfte, die dann auch noch ihre Familien nachholten und sich hier ziemlich häuslich niederließen, war eine Herausforderung für den Blutsdeutschen, der sein Deutschland als Reservat der Deutschen zu betrachten gelernt hatte. Denen musste deshalb von höchster Stelle mitgeteilt werden, dass ausländische Lohnarbeiter »auch Menschen« sind, die man folglich im Lande nach Maßgabe der Funktionen, für die sie hergeholt worden waren, gewähren zu lassen hat. Dieses zeitgenössische Toleranzedikt offenbarte dabei, wie der Nationalismus der Deutschen mit der Anwesenheit von ca. vier Millionen ausländischen Arbeitskräften versöhnt werden sollte: »Auch Menschen« meint eben wirklich nicht mehr, als dass eine Behandlung als »Viech« irgendwie nicht als schicklich gilt, eine Gleichstellung mit dem deutschen Herrenmenschen allerdings erst recht nicht angemessen ist. So konnten deutsche Lohnarbeiter denn die *Einbildung* pflegen, es gäbe *innerhalb* ihrer Klasse ein *Zweiklassensystem*, bestehend aus deutschen Arbeitern und ausländischen Untermenschen, die für jene Drecksarbeit zuständig sind, die einem Deutschen nicht zuzumuten ist.

Als jedoch die »Gastarbeiter« wenig Anstalten machten, das »Wirtschaftswunderland« wieder zu verlassen, als der Arbeitsmarkt dann mehr Nachfrage nach Arbeit denn Arbeitsplätze offerierte, als zudem alle als »Rückkehrhilfen« getarnten politischen Abschiebungsversuche nicht den gewünschten Effekt hatten, und als obendrein Flüchtlinge und Asylbewerber ohne Einladung zusätzlich die Zahl der hier lebenden Ausländer auf sieben Millionen anschwellen ließen, war bekanntlich »das Boot voll«. Der völkische Abstammungsnationalismus der Deutschen ließ sich von allen großen Parteien bequem gegen »die Ausländer« mobilisieren, die hier nichts bzw. nichts mehr verloren hatten, sondern »uns« nur Arbeitsplätze, Sozialknete, die Frauen, die Kindergartenplätze, die Volksreinheit und die Ordnung wegnehmen wollten.

Politisch taugte die erst provozierte und dann benutzte Ausländerfeindschaft der Deutschen zur Durchsetzung neuer Verfassungsgrundsätze und Ausländergesetze, die das *alte* Sortierungsprinzip zwischen In- und Ausländern den *neuen* Zeiten mit »Flüchtlingsströmen« und »Asylbewerberwellen« anpasste. Nach wie vor galt: Inländer, das sind die Abstammungsdeutschen, Ausländer haben hier nichts zu suchen, es sei denn, sie lassen sich zur Mehrung des nationalen Wohls auf die eine oder andere Weise zeitlich befristet und rechtlich begrenzt einsetzen. »Durchmischung« darf nicht sein, Ghettobildung von Ausländern ebenfalls nicht. Ein bisschen Humanismus, den »wir uns wegen unserer Vergangenheit schuld sind«, war allerdings auch immer dabei, wenngleich überraschenderweise jede humanitäre Aktion der Ausländerpolitik aufs Harmonischste mit außenpolitischen Feindschaftserklärungen oder Rücksichtnahmen konvenierte.¹³

¹³ Vgl. dazu Kapitel 2

6. Das neue Staatsbürgerschaftsgesetz

Erst der Streit über die doppelte Staatsbürgerschaft signalisierte im Jahre 1998 jenes *Umdenken* in der Ausländerpolitik, das heute sowohl die Debatte über ein Ein- bzw. Zuwanderungsgesetz bestimmt, als auch ihren Niederschlag in der Kampagne gegen den inzwischen für überholt erklärten völkischen Abstammungsnationalismus der Deutschen gefunden hat. Ein Realismus, der manchem Politiker beachtliche Revisionen seiner eingespielten Ausländerhetze abverlangte, deutete sich an und wurde im Koalitionsvertrag zwischen der SPD und den Bündnis/Grünen zum ersten Mal, wenngleich in einer Weise formuliert, die noch an die gewohnte Sortierung erinnert: »Wir erkennen an, dass ein *unumkehrbarer Zuwanderungsprozess* stattgefunden hat und setzen auf die *Integration* der auf *Dauer* bei uns lebenden Zuwanderer, die sich zu unseren *Verfassungswerten* bekennen.«¹⁴

Der Formulierung lässt sich zunächst einmal entnehmen, dass das bisher ausschließlich geltende Abstammungsgesetz, das *ius sanguinis*, *relativiert* werden und um Momente des *ius soli* und um Anleihen beim US-amerikanischen Verfassungschwureid *ergänzt* werden sollte. Die überkommene deutsche Sortierungsgesetzgebung, die sich 1993 mit der Radikalisierung des Asylgesetzes noch einmal ein scharfes Instrument zur effektiveren Ab- und Ausweisung unerwünschter Ausländer geschaffen hatte, passte offensichtlich nicht mehr zu dem, was die neue rotgrüne Regierung den »unumkehrbaren Zuwanderungsprozess« nannte. Es begann sich der Standpunkt durchzusetzen, dass besonders jene einst als »Gastarbeiter« ins Land geholten Ausländer, die sich in Deutschland niedergelassen und bereits mindestens in der 2. Generation samt Großfamilie ihren Beitrag zum Volks- und Steueraufkommen, zu den Sozialkassen und zur Bevölkerungsentwicklung geleistet hatten, deren Kinder bzw. Enkel in Deutschland und in deutschen Schulen deutschsprachig aufgewachsen waren und auf eindringliches Befragen auch Deutschland als ihre »Heimat« anzugeben wussten, dass also diese Ausländer als Teil der hiesigen *Bevölkerung* gelten konnten. Wenngleich in der Feststellung der »Unumkehrbarkeit« des ehemals politisch gewünschten »Zuwanderungsprozesses« noch ein *Bedauern* darüber mitschwingt, dass der Prozess wohl irreversibel und dass die Rechnung mit der zeitlich nur begrenzten Arbeitsleistung dieser auswärtigen »Gäste« eben nicht aufgegangen ist, so verwies doch das neue Einbürgerungsangebot bereits darauf, dass es den rotgrünen Politikern nicht darum ging, zähneknirschend eine Suppe auszulöffeln, die die Amtsvorgänger ihnen mit der Anwerbung von Arbeitsimmigranten eingebracht hatten. Man konnte sich durchaus vorstellen, dass inzwischen gut assimilierte Ausländer der Gnade des Deutschtums teilhaftig werden dürften, obwohl dies dem noch gültigen Staatsbürgerschaftsprinzip widersprach.

Dabei war den Politikern aller Parteien im Prinzip klar, dass das als Gnadenakt verkaufte Einbürgerungsangebot seine *Grundlage* in dem unübersehbaren Beitrag hat, den solche Ausländer für den deutschen Standort erbringen. Es gab und gibt keinen Industriezweig hierzulande, der nicht ganz selbstverständlich die Bewer-

¹⁴ Vgl. dazu F. Huisken, Der Streit um den Doppelpass, in: Kalaschnikow 1/99, S. 94ff. Dort auch alle Zitatnachweise. Sperrung im Zitat von FH.

bung von bleibeberechtigten Ausländern berücksichtigt, deren Zähigkeit, Anstelligkeit und Anspruchslosigkeit inzwischen schätzen und gegen deutsche Bewerber auszuspielen gelernt hätte. Ganze Sphären des einheimischen Geschäftslebens, wie etwa das Bau-, Gaststätten- und Hotelgewerbe haben sich darin eingerichtet, gerade in diesem Bevölkerungsteil die nötige Arbeitsreserve vorzufinden. Ähnliches gilt für Dienstleistungsbereiche, wie etwa das Gesundheitswesen, in dem nicht nur das Schwestern-, sondern auch das ärztliche Personal ziemlich bunt »durchmischt« ist.

7. »Deutschland braucht Einwanderer«

Keine zwei Jahre nach der Doppelpassdebatte ist es dann soweit, dass die *Grundlage* des *Duldungsstandpunktes* gegenüber den längst integrierten Ausländern selbst offen und *offensiv* zugleich formuliert wird: »Deutschland braucht Einwanderer«, schreibt die Süddeutsche Zeitung am 8.8.2000 in ihrem Wirtschaftsteil und zählt unter der Überschrift »Kollege Ausländer« mit erlesen höflichem Vokabular und einer sachadäquaten Portion Zynismus auf, worin sich Ausländer für Deutschland geradezu vorbildhaft nützlich machen:

■ »Ausländer haben sich zu Wohlstandsträgern entwickelt. Sie unterstützen den Sozialstaat mehr, als sie selbst von ihm an Zuwendungen beziehen.« Was irgendwie kein Wunder ist, weil dieser Sachverhalt längst zu den Kriterien gehört, von denen die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis abhängig gemacht wird.

■ »Sie führen jährlich rund 100 Milliarden an Steuern und Sozialabgaben ab, bekommen aber nur rund die Hälfte als staatliche Transferleistungen zurück. Allein bei den Rentenkassen übersteigen die Einnahmen die Ausgaben um das Dreieinhalbfache.« Woran sich die deutschen Rentner ein Beispiel nehmen sollten, die offensichtlich ziemlich zählebig sind und die ihrem Drang, das Lebensende in der Heimat zu verbringen, ärgerlicher Weise nicht in der Türkei nachkommen können.

■ »Ausländer sind auch unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsverteilung gar nicht mehr wegzudenken. Würden alle nichtdeutschen Erwerbstätigen ausreisen, käme der Wirtschaftsmotor etwa im verarbeitenden Gewerbe ins Stottern. Vor allem Betriebe im Bau-, Hotel- und Gaststättengewerbe, bei der Abfallbeseitigung oder bei Reinigungsdiensten könnten ohne Ausländer nicht überleben, weil sich, wie es heißt, Deutsche für diese Aufgaben (!) nicht interessieren.« Das ist zwar eine Milchmädchenrechnung, weil die entwickelte Vorstellung, die genannten Gewerbe müssten *ohne* Ausländer auskommen, gerade den Beweiszweck widerruft, für den sie erfunden worden ist: Es gehören diese Ausländer eben längst zum deutschen Geschäftsleben *dazu*. Doch erfüllt diese Rechnung ihren Zweck, die Ausländer ausschließlich unter dem Gesichtspunkt eines Ausländer-Beitrags zum nationalen Wachstum zu würdigen. Und auch der kleine Unterzweck dieser Darstellung, demzufolge die Ausländer eine für den »Kollegen Inländer« geradezu *vorbildliche* Arbeitsauffassung besitzen, wird deutlich – noch deutlicher allerdings im Lob der für nationale Rechnungsweisen ausgesprochen kostengünstigen ausländischen Großfamilie:

■ »Natürlich hat Arbeitslosigkeit auch zugereiste Mitarbeiter nicht verschont. (hübische Untertreibung! FH) Ausländer haben dieses Problem aber für die Allgemein-

heit kostengünstiger in den Griff zu kriegen versucht als andere. Wer Arbeit hat, unterstützt beispielsweise in weitaus höherem Umfang seine Angehörigen, als das bei den Deutschen der Fall sonst üblich ist. ... Wenn es jemandem wirtschaftlich schlecht geht, helfen die Verwandten aus.« Wodurch erklärt wäre, warum die Politik sich neuerdings wieder so rührend die deutsche Familie angelegen sein lässt, und warum die Werte »Solidarität« und »Gemeinschaftsgefühl« eine Renaissance erleben. Kurz, am noch nicht durch den deutschen Sozialstaat versauten Ausländer soll sich der Inländer nicht nur ein Beispiel nehmen, sondern an dessen Umgang mit Lohnsenkung und Lohnverlust kann er zusätzlich ablesen, was der moderne Sozialstaat *ihm* gerade zu verordnen beginnt.

■ »Zudem verhinderten überdurchschnittlich viele Ausländer ihre eigene Arbeitslosigkeit durch eine Flucht (!) in die Selbständigkeit. Binnen acht Jahren hat sich deren Zahl auf 300.000 verdoppelt. Sie haben aber nicht nur sich selbst wieder in Lohn und Brot gebracht, sondern darüber hinaus auch noch anderen neue Jobs geboten.« Und zwar, wie das Institut der Wirtschaft ausgerechnet hat, 160.000 an der Zahl, wodurch auf jeden Brotgeber ungefähr ein *halber* Beschäftigter fällt; womit über die »Flucht in die Selbständigkeit« denn auch schon alles Nötige vermeldet ist.

Aber auch die Banken mögen Ausländer:

■ »Ausländer sind auch bei Banken oft gern gesehene Kunden ..., weil Ausländer in Deutschland in Notzeiten besser mit ihren Problemen fertig werden als viele andere. Entscheidend dürfte ihre größere Flexibilität bei der Einschränkung des Lebensstandards sein, wenn mit dem Kredit ein bestimmtes Ziel erreicht werden soll.« Womit mal wieder ein Stück Wahrheit über den (Klein-)Kredit ausgeplaudert wäre, der nämlich die Freiheit des Geldausgebens nicht erhöht, sondern beschränkt.

Auch wenn man einige interessierte Übertreibungen abzieht, dann gibt es an der Feststellung nichts zu deuteln, dass sich der Standpunkt des Geschäftslebens mit dem Standpunkt, dass Ausländer in Deutschland *nichts* verloren haben, inzwischen *beißt*. Deutschland, sprich: die deutsche Geschäftswelt, kann Ausländer gut *gebrauchen*. Und zwar jene Ausländer, die sich hier niedergelassen haben, ebenso wie solche, die über besondere Qualifikationen verfügen und deswegen erst noch ins Inland geholt werden müssen. Beide Gesichtspunkte der Wirtschaft hat sich die Politik inzwischen *zu Eigen* gemacht: Von den mehr als sieben Millionen Ausländern sind große Teile integraler Bestandteil des nationalen Getriebes, stellen den nichtdeutschen Teil der hiesigen Arbeitsbevölkerung dar und haben sich so oder so deutschen Belangen unterworfen. Dazu sollen von Fall zu Fall und je nach Bedarf von Geschäft und Politik weitere Ausländer nach dem Muster der Greencard-Regelung dazukommen.

So vermeldet sogar die CDU ganz offen: »Die CDU sagt Ja zur Zuwanderung.«¹⁵ Denn: »Zuwanderung bietet für eine Gesellschaft in vielfältiger Hinsicht auch eine große Chance der Bereicherung.« Und: Eine »gesteuerte Zuwanderung qualifi-

¹⁵ »Arbeitsgrundlage für die Zuwanderungs-Kommission der CDU-Deutschlands« vom November 2000; aus: www.cdu.de

zierter Fachkräfte liegt daher durchaus im Interesse unserer Volkswirtschaft und damit des gesamten Landes«. Das erklärt die Vorsitzende, Frau Merkel, jener Partei, die noch vor wenigen Jahren Wahlkämpfe mit »Kinder statt Inder« bestritten und anlässlich der Einbürgerungsdebatte rassistisch »gegen Ausländer« mobilisiert hat.

Darüber hinaus gibt der deutsche *Nationalstaat* heute zusätzlich noch *eigene* Gründe dafür an, die Ausländerfrage für sich neu zu beantworten: So werden in der Debatte über ein »Einwanderungsgesetz« die Leistungen von Ausländern für die Sozialkassen veranschlagt und ihr Beitrag zur Lösung »demografischer Probleme« erörtert. Auch hier kennt die CDU ihre Tabus von gestern nicht mehr. Sie will »prüfen, ob und wieweit auch durch gesteuerte Zuwanderung ein Beitrag zur Lösung sich abzeichnender demografischer Probleme geleistet werden kann.« Zunächst geradezu pragmatisch und ungebremst durch völkische Reinheitsgebote empfiehlt die CDU zum Abbau der »Überalterung der Bevölkerung« die Einfuhr von jungen Ausländern, die hier Familien gründen und durch honorierte, eifrige Nachwuchsproduktion der »prognostizierten intensiven demografischen Alterung« der inländischen Bevölkerung Einhalt gebieten mögen. Dass mit der Berücksichtigung der »demografischen Komponente« bei der Klärung von Zu- bzw. Einwanderung nicht der formelle Gesichtspunkt eines soziologisch befriedigenden Altersaufbaus der Bevölkerung im Vordergrund steht, die Nation mit ihrer Gesamtbevölkerung auch keinen Schönheitspreis gewinnen will, macht der CDU-Fachmann für diese Fragen, W. Bosbach, deutlich. Erneut geht es in erster Linie um *Standortkonkurrenz*: »Die Arbeitnehmer und Unternehmer in einer Gesellschaft mit der für die Bundesrepublik prognostizierten intensiven demografischen Alterung müssen für den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme überproportional hohe Lasten aufbringen... Diese Entwicklung belastet die Arbeitnehmer und ihre Familien wie die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen, die auch durch diese Entwicklung einen gravierenden Standortnachteil erleiden.«¹⁶

Zwar muss man hier erst einmal einiges zurechtrücken, denn erstens lassen sich die »Lasten« von Lohnarbeitern und ihren Familien schlecht mit denen von Betrieben, die »im internationalen Wettbewerb« stehen, vergleichen, und zweitens ist mit dem Umbau des Sozialstaats die weitere Belastung der »Arbeitnehmer« und Entlastung der »Unternehmer« von Lohnnebenkosten auch so längst in vollem Gang. Doch ist wenigstens das *Interesse*, um das es geht, zutreffend benannt: Eine weitere *Entlastung des Kapitals* von Lohnzahlungen, die in die Sozialsysteme gehen, steht an. Die wird auch schon eifrig betreiben. Jetzt überlegen Politiker zusätzlich, ob sie nicht verbunden werden sollte mit einer Verjüngung des beschäftigten Teils der hier hierzulande disponiblen Arbeiterklasse durch frisches Zuwandererblut, mit dem dafür gesorgt werden könnte, dass die Beschäftigten über einen längeren Zeitraum in die Sozialkassen einzahlen können. So wird das »demografische Problem« erläutert, zu dessen »Lösung« sich selbst die C-Parteien eine »Zuwanderungspolitik« vorstellen können. *Demografische* Probleme sind das nicht.

¹⁶ W. Bosbach (MdB CDU), Zuwanderungsbegrenzung und Zuwanderungssteuerung im Interesse unseres Landes, aus: www.cdu.de

Es handelt sich um die *Übersetzung* des Interesses an einer weiteren Senkung von Lohnnebenkosten ohne zusätzliche »Belastung« der Sozialversicherungen in Fragen der Demografie. Aber wie man weiß, gibt es dafür auch noch andere Lösungen: Aus der Belastung der Versicherungen lässt sich immer wieder eine Belastung der Versicherten machen.

8. Geregelt Zuwanderung forciert Ausgrenzung

Mit dem allmählich erwachten und jüngst mit Macht artikulierten polit-ökonomischen Interesse an bisher Zugewanderten und an weiterer Zuwanderung wird jedoch keines der grundlegenden Prinzipien der Ausländerpolitik über Bord geworfen. Folglich ist von vornherein beschlossene Sache, dass nicht etwa Zu- oder Einwanderung per neuem Gesetz *erlaubt* wird, sondern »geregelt« werden muss. »Ein Zuwanderungsrecht wird es mit mir nicht geben!«, erklärt Schily in der Tagesschau am 18.2.2001. Also nicht Zuwanderung, sondern allein »gesteuerte Zuwanderung« bringt einen Beitrag zu den »demografischen« und anderen Problemen, an denen die Nation leidet. Es müssen die neuen Gesetze so abgefasst sein, dass wirklich nur *erwünschte* Zuwanderer und die auch nur in einem erwünschten *Umfang* die Staatsgrenzen passieren. Es handele sich, sagt der Innenminister von der SPD, immer nur um *bestimmte* Zuwanderer in *begrenzter* Zahl, die abhängig sei von unseren *Integrationsmöglichkeiten* und überdies *europatauglich* sein müsse! Sonst könnte ja jeder kommen, was ja noch schöner wäre!

Dieses von allen etablierten Parteien abgehakte Prinzip schließt also seine *Umkehrung* immer gleich mit ein: Ab sofort müssen alle *unerwünschten* Ausländer effektiver am Betreten der Republik gehindert werden. Die moralische Legitimation für härtere Maßnahmen beim Abweisen und Abschieben ergibt sich aus der neu erklärten Bereitschaft, bestimmte Ausländer – eben die, von denen die Republik sich einen Vorteil verspricht – nun ins gelobte Land hineinzulassen. Und wenn sich an denen noch das eine oder andere humanistische Motiv festmachen lässt, dann ist auch das gut und nicht schlecht. Kein Wunder, dass darüber das 1993 schon einmal verschärfte Asylgesetz in die Schusslinie gerät. Die einen wollen es gleich ganz streichen bzw. den Zuwanderungsbegrenzungsregeln subsumieren, die anderen wollen – nachdem hier erst einmal ordentlich aufgeräumt worden ist, wozu im Übrigen auch noch ein paar nette Regeln erfunden und zur Anwendung gebracht werden müssen¹⁷ – den Asylanspruch tilgen, der ihnen schon immer ein Dorn im Auge war. Dass man sich mit dem unerwünscht angereisten und illegal eingeschleusten Pack herumschlagen muss, es trotz der »Nichtverfolgerstaaten-« und »sicheren Drittstaaten-Regelung« nicht umstandslos abschieben kann, sondern auf eigene Rechtsgrundsätze, auf europäische Verabredungen und auf internationale Konventionen Rücksicht nehmen muss, hat aufzuhören. So wollen FDP und CDU/CSU den Individualanspruch auf Asyl durch eine »institutionelle Garantie« ersetzen. Mit ihr soll der angebliche *Asylmissbrauch* bekämpft werden,

¹⁷ Da läuft im Übrigen schon einiges: siehe die Naturalversorgung in Sachsen, siehe die verschärfte Kontrolle der Mobilitätsbeschränkung usw.

der bei Lichte besehen in nichts anderem als in der Benutzung des gültigen Rechts, also in der Wahrnehmung des *Individualanspruchs* selbst besteht. Dass Ausländer bereits Rechtsansprüche geltend machen können, bevor ihnen deutsche Behörden den Stempel »brauchbar« verpasst haben, ist eben der ganze Missbrauch. Die Vorteile der »institutionellen Garantie« ohne den individuell einklagbaren Anspruch liegen auf der Hand: Erledigung des Verfahrens durch deutsche Behörden, zügigere Überprüfung bei Beschwerden per Verwaltungsentscheidung und Streichung der Rechtswegegarantie erlaubt saubere und schnellere Erledigung der Asylbegehren auf dem Verwaltungswege.

9. Integration

Gesteuerte Zuwanderung und verschärftes Abschieben wird ergänzt bzw. muss – darin sind sich alle Parteien einig – ergänzt werden durch neue Regeln für und Anstrengungen bei der *Integration*. Das ist nur recht und billig, denn mit den Zuwanderungsgesetzen wird das Verhältnis von *nationaler Bevölkerung* und *Staatsvolk* neu bestimmt: Die Ausländer, die das Volk zur Bevölkerung angereichert haben, stellen dann keine »Durchrassungs-« und »Durchmischungsgefahr« mehr dar, haben nicht mehr ständig mit Ausgrenzungen zu rechnen, sondern werden zu geduldeten bis erwünschten Teilen der nationalen Bevölkerung. Sie sind kein Fremdkörper mehr, sondern der deutschen Herrenrasse ein wenig näher gerückt, *gehören* folglich irgendwie *dazu*. Dies alles jedoch nur unter einer *weiteren Voraussetzung*: Sie müssen den Beweis ihrer Nützlichkeit für den deutschen Standort ergänzen um Belege ihrer *Integrationsbereitschaft*. Der möchte sich der Staat nämlich noch einmal getrennt versichern: Als Müllwerker, Kellner, Reinigungsfachkraft, Familienvorstand und Imbissbudenbesitzer *gebraucht* zu werden und einen *Platz* in der deutschen Gesellschaft gefunden zu haben, reicht dem deutschen Staat nicht aus, um Ausländern zu attestieren, dass sie zur hiesigen Bevölkerung *dazu* gehören, also nach seinem höchsten Ratschluss integriert *sind*. Das müssen die noch einmal *gesondert* und zwar als *willentliches Bekenntnis* zur neuen Heimat unter Beweis stellen.

Integration wird deshalb groß geschrieben und die CDU-Chefin, A. Merkel, erläutert, was mit dem eingeforderten Bekenntnis gemeint ist: »Jedes Staatswesen und jede Gesellschaft muss auf ein bestimmtes gemeinsames Fundament, ein gegenseitiges Vertrauen und ein Zusammengehörigkeitsgefühl achten. Zu diesem Fundament zählt auch die Akzeptanz eines gemeinsamen Grundwertekanons. Anders kann ein Gemeinwesen mit unterschiedlichsten individuellen Lebensvorstellungen nicht stabil bleiben. Ohne Loyalität gegenüber den grundlegenden Wertvorstellungen des Aufnahmestaats und entsprechendem gemeinsamen Identitätsbewusstsein kann unser Gemeinwesen weder seine Aufgaben erfüllen noch seine Bürger für das Gemeinwohl aller in Pflicht nehmen.«¹⁸

¹⁸ Siehe »Arbeitsgrundlage für die Zuwanderungs-Kommission der CDU-Deutschlands« vom November 2000; aus: www.cdu.de

Um »Parallelgesellschaften« und »Separierungstendenzen« im Keim zu ersticken, die in der inzwischen von den Bündnis/Grünen aus dem Verkehr gezogenen »multikulturellen Gesellschaftskonzeption« etwas zu Unrecht entdeckt werden, verlangen alle Ausländerpolitiker Anstrengungen bei der Erlernung der deutschen *Sprache*, das Bekenntnis zur deutschen *Verfassung*, die Unterwerfung unter die hiesige *Rechtsordnung* und die Einordnung in die herrschenden *sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse* und nicht nur dies. Die Erfüllung dieser Loyalitätsbeweise soll nicht den Zuwanderern selbst überlassen werden, sondern über staatliche »Eingliederungsprogramme« sichergestellt werden, deren obligatorische Absolvierung inzwischen von mehreren Seiten gefordert wird.¹⁹

Wichtig ist bei diesen Vorstellungen zunächst weniger die Frage, wie sie durchgesetzt und wie ihr Erfolg überprüft werden soll, sondern ihre *Absicht*: Wenn schon Zuwanderer in größerem Umfang als Bestandteil der nationalen Bevölkerung akzeptiert werden, dann müssen sie sich auch am *Ideal* messen lassen, das die hiesige Politikermannschaft von seinem inländischen Staatsvolk besitzt. Es kann deswegen auch nicht verwundern, dass an den ausländischen Teil der Bevölkerung Kriterien angelegt werden, die nach dem reformierten Staatsbürgerschaftsgesetz fast schon identisch mit den *Einbürgerungskriterien* sind.

Es ergibt sich also Folgendes: Mit der neuen Parole »Deutschland braucht Einwanderer« ist jene Tour der Ausgrenzung außer Kraft gesetzt worden, die der Logik des Abstammungsgesetzes folgte und den ausländischen Lohnknechten, die für das deutsche Wachstum angeworben wurden, *generell* das Recht absprach, sich als Teil der hiesigen Bevölkerung zu verstehen. Ausgegrenzt und sortiert wird gleichwohl weiter, nur verläuft die Sortierung jetzt nicht mehr an der deutschen Abstammungsgrenze, sondern nimmt Maß am Nutzen von Ausländern für die deutsche Sache. Das *ius sanguinis* wird folglich in seiner *gesetzlichen Fassung* geändert, d.h. um das *ius soli* *ergänzt*, nicht aber in seinem *politischen Zweck* relativiert. Der Ausländer, dem ein Bleiberecht zuerkannt wird, hat nun mit eigenen Anstrengungen an sich herzustellen, was im Abstammungsgesetz als Eigenschaft des Blutes gilt, nämlich dass er *integraler Teil eines deutschen Volkskörpers* ist.

Zwar wird nach wie vor an *der Differenz* zwischen dem deutschen *Staatsvolk*, bestehend aus reinen Deutschen, und der mit Zuwanderern angereicherten *Bevölkerung* festgehalten, doch ist mit der Neubestimmung des Verhältnisses von In- zu Ausländer erstmals ein *Übergang* vom Zuwanderer zum Deutschen angelegt. Denn wenn Kontingente von Ausländern als Teil der Bevölkerung geduldet bis geschätzt werden, wenn sich der brauchbare Einwanderer ohnehin für den Erwerb des Bleiberechts deutscher als jede Deutsche aufführen soll, dann ist ausländerpolitisch unterstellt, dass auch Menschen *nichtdeutscher Abstammung* das *deutsche Volk* bereichern können. Die seit 1999 gültigen neuen Einbürgerungsregeln tragen dem Rechnung und eröffnen dem Ausländer erstmals die *Deutschwerdung* als *Recht* und als *Option*.²⁰

¹⁹ Unter anderem wird dies von Fücks, Grüner, Chef der Heinrich-Böll-Stiftung und Mitglied der Stüßmuth-Kommission gefordert.

²⁰ Also nicht mehr nur als die Ausnahme, die die Regel des Abstammungsprinzips bestätigt.

Die hier geborenen Kinder der Zuwanderer fallen bereits unter das *ius soli*, das »Geburtsrecht«. Aber auch dies nicht einfach so, sondern nur dann, wenn die *Eltern* sich *erfolgreich* integriert und nützlich gemacht haben und Aussicht besteht, dass dies in der Zukunft so bleibt. Dies und nichts anderes ist der politische Sinn der *Voraussetzungen* für die Einbürgerung nach dem Geburtsrecht, denen zufolge sich ein Elternteil »mindestens acht Jahre dauerhaft und rechtmäßig« in Deutschland aufgehalten haben und überdies über eine weiterhin gültige »Aufenthaltsberechtigung« verfügen muss. Daneben eröffnet das neue Staatsbürgerschaftsrecht auch jenen Ausländern, die nicht hier geboren wurden, seit kurzem die *Einbürgerungsoption*, wenn sichergestellt werden kann, dass die ökonomische, juristische, politische und sprachliche Integration gelungen ist, was nach deutschem Verständnis auch die Aufgabe der alten Staatsbürgerschaft einschließt. Dabei sind die in den Einbürgerungsvoraussetzungen benannten Integrationskriterien nicht etwa der Integrationspraxis aller guten Deutschen entlehnt. Hier aktiviert der Staat erneut sein Staatsbürger-*Ideal*. Grob geschätzt hätte gut die Hälfte aller Deutschen die Heimat zu verlassen, wenn von der Erfüllung dieser Kriterien ihr weiterer Verbleib in Deutschland abhinge.²¹

Es ist damit endgültig der Standpunkt aufgegeben, dass allemal die *angestammte Nationalität* eines Menschen Priorität hat vor dem *Nutzen*, der aus ihm für eine nationale Sache herausgeholt werden kann. Jetzt gilt umgekehrt, dass ökonomische und politische Bewährung von Fremdstämmigen an den weltweiten Kalkulationen der Nation glatt die *Neubestimmung ihrer Nationalität* begründen kann. Wer so beieinander ist, dass Deutschland ihn gebrauchen kann, der darf mit Fug und Recht bei jenem Volk anklopfen und um Eintritt bitten, das es immerhin soweit gebracht hat, dass sich Menschen aus allen Weltgegenden hier einfinden, um sich in bzw. für Deutschland und seinen weltweiten Erfolg nützlich zu machen.

10. Kritik und Umgewöhnung

Eine Kritik der neuen Regelungen und Pläne durch die Rechtsextremen ist gewiss: »Rassenmischung« – wie das die NPD nennt – ist nämlich unausbleiblich, wenn Nichtdeutsche eingedeutscht werden – wo sich doch für die Neofaschisten unter den Deutschstämmigen schon viel zu viele Zeitgenossen befinden, die nicht würdig sind, den Ehrentitel »Deutscher« zu tragen. Und da ihnen »Rassenmischung als Völkermord«²² gilt, ist mit den neuen Regeln nicht nur der Untergang Deutschlands gewiss, sondern ausgemachte Sache, dass die Totengräber des deutschen Volkes und von Deutschland überhaupt im Berliner Parlament sitzen.

Dabei beruht das *Lob* des alten Abstammungsrechts durch die Faschisten auch auf einem kleinen, aber feinen Missverständnis. Denn die Beibehaltung des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1913 (!) durch die Bundesrepublik begründete

²¹ Dazu gehören: acht Jahre Aufenthalt, Versorgung der Familie und dies ohne Rückgriff auf den Sozialstaat, Deutschkenntnisse, Unbescholtenheit, Eid auf die Verfassung und Abgabe der alten Staatsbürgerschaft – in der Regel.

²² NPD nach Spiegel 45/2000

sich nicht aus einem heiligen Schwur auf den rassistischen Gehalt des Abstammungsprinzips. Es verhält sich – wie immer, wenn es um Paragraphen und Gesetze geht – vielmehr so, dass Politiker *beschlossen* haben, auf die *deutsche Familie* als *Keim- und Frischzelle* des deutschen Volkskörpers zu setzen. Dafür mussten sie sich das passende Gesetz stricken – wobei sie in diesem Fall nicht viel zu stricken hatten. Deswegen ist für die regierenden wie für die opponierenden nationalen Demokraten die Ergänzung des Abstammungsrechts durch das Geburts- und Einbürgerungsrecht zwar gewöhnungsbedürftig, da es eine Reihe von bewährten Touren der parteipolitischen Volksverhetzung – eigentlich – nicht mehr erlaubt, aber durch die selbst geschaffenen politischen und ökonomischen Umstände, die die nationale Sache heute definieren, *gut begründet*. Rechtsextremisten und Neofaschisten, denen dieser kalkulatorische Umgang mit dem Abstammungsgedanken fern liegt, die die Bestimmung des Volks durch das deutsche Blut der Eltern für ein Heiligtum erachten, das auch durch die schönste Aussicht auf globale Siege in der Standortkonkurrenz nicht zu relativieren ist, machen also aus dem Abstammungsprinzip einen *höheren* politischen Zweck, dem sich materieller Reichtum und auswärtiger Erfolg der Nation allemal unterzuordnen haben. Dass sich ihr Blut- und Boden-Rassismus an den Erfolgen, die die deutsche Nation seit dem verlorenen Zweiten Weltkrieg errungen hat und die sie mit dem supranationalen Europa-Projekt noch auszubauen gedenkt, ziemlich blamiert, ist das eine. Das andere ist, dass sie dies wenig bis gar nicht überzeugt.²³ Ihre Erfolgskriterien buchstabieren sich nämlich etwas anders als die von Schröder, Fischer, Kohl, Stoiber und Merkel. Sie beziffern die Leistungen der Nation nicht in erster Linie nach Wachstumsraten, Staatseinkünften, Währungsparitäten und Handelsbilanzen, sondern nach Reinheit und Sauberkeit des Volkskörpers, nach Ordnung und nationaler Gesinnung und geschlossener Versammlung der Volksgemeinschaft hinter Staat bzw. Führer. Erst im Dienst an dieser völkischen Sache macht für sie auch die Pflege der Bilanzen und Profite Sinn.

Dass es auch rechtsextreme Politiker gibt, die aus Opportunismus gegenüber einem übersehbaren und weltweit anerkannten nationalen Erfolg die Seiten wechseln, liegt eben daran, dass sie die marktwirtschaftlichen Leistungen der Nation nicht gering achten, sondern nur anders einordnen. Weswegen es ja auch den umgekehrten Weg geben soll, dass gut beleumundete Demokraten den modernen Erfolgskriterien und den supranationalen Erfolgswegen der Nation gegenüber kritisch werden und angesichts der Entwicklung von Europa die Frage stellen, was denn nun aus Deutschland und seinem Deutschtum werden soll.

11. »Demokratische Leitkultur«

Es sind aber nicht nur demokratische Politiker, die Umstellungsprobleme haben, nicht nur Neofaschisten, die sich gleich gar nicht mit der neuen Ausländerpolitik anfreunden können. Bei den braven Abstammungsdeutschen sind ebenfalls erheb-

²³ Den in Kapitel 8 untersuchten Thesen des NHB ist zu entnehmen, dass darüber innerhalb des neofaschistischen Lagers auch eine Debatte entbrannt ist.

liche Anpassungsschwierigkeiten festzustellen. Zweifel entstehen: Soll ihnen ihre Liebe zur Heimat madig gemacht werden, sollen sie ihren Patriotismus vergessen, ihren Stolz auf Deutschland und Deutschtum verstecken? Für sie wird der Übergang von ausländisch zu deutsch plötzlich völlig fließend, da auf die alten Abstammungsregeln kein Verlass mehr ist. Gibt es denn das Deutsche noch, wenn jetzt jeder angesiedelte Ausländer als Teil der inländischen Bevölkerung respektiert werden soll und gar Deutscher werden kann? Da mag schon die NPD-Parole »Deutschland lässt sich nicht verbieten« bei dem einen oder anderen Blutspatrioten verfangen, argwöhnen inzwischen die um ihre Wählerklientel besorgten Parteien und sinnen auf Abhilfe. Gefragt ist eine Form der Bestärkung des Patriotismus der anständigen Deutschen, die ihnen die Abgrenzung vom Ausländischen erlaubt und die dennoch nicht des Rechtsextremismus verdächtigt wird. Das Kunststück, das von den demokratischen Parteien verlangt wird, ist nicht ohne. Und was sie bisher – ohne einen Begriff davon zu besitzen – vorgelegt haben, hat mehr Unruhe gestiftet und Staub aufgewirbelt als Gemüter beruhigt.

Da gibt es zum einen die von oben dekretierte Neufassung von Deutschlandliebe, zu der ab sofort eine neue Portion Toleranz und die Bereitschaft gehören soll, nach Beckstein zwischen nützlichen und obendrein schädlichen Zuwandern zu unterscheiden. Ausländerdiskriminierung – wenigstens, wenn sie von den Glatzen ausgeht – ist undeutsch, deutsch dagegen ist es, sich einzumischen, wenn Farbige von Skins drangsaliert werden. Ab sofort soll es zum guten Deutschen gehören, Ausländer als Beitrag zum Wachstum zu begrüßen, statt in ihnen den Angriff auf den Arbeitsplatz zu wittern. Und signalisiert wird ihnen das von der Regierung auch durch eine Plakataktion, auf der schwarze, braune und gelbhäutige Menschen T-Shirts mit der Aufschrift »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein!« geradezu trotzig in die Kamera halten. Diese, in einem Anfall von Übereifer von der grünen Ausländerbeauftragten Beck-Oberndorf initiierte Kampagne verlangt vom Volksdeutschen nun nicht allein, den Ausländer als Bereicherung der nationalen Sache zu betrachten, sondern mit ihm seinen höchst eigenen Patriotismus zu teilen, also jede Differenz zwischen ihm, dem Original-Deutschen, und dem bleiberechtigten oder gar eingebürgerten »Neger« zu tilgen. Die Neofaschisten hat man jedoch damit todsicher nicht auf seiner Seite.

Für andere ist das Angebot der CDU/CSU, sich wieder einmal auf die »deutsche Leitkultur« zu besinnen, akzeptabler. Es hat jedoch den umgekehrten Schönheitsfehler, dass mit ihr auch die NPD kein Problem hat, die sich die »deutsche Leitkultur« gleich in die überlegene »deutsche Art« übersetzt. Lange Zeit war dies auch die Sichtweise der C-Parteien. Denn dass die deutsche Kultur etwas *Besonderes* ist, sich durch sie Deutsche von Nichtdeutschen unterscheiden, dass diese Besonderheit im *Deutschtum* angelegt ist und sich damit diese Kultur über andere Kulturen erhebt, womit aus der deutschen Kultur eben eine Kultur mit *Führungsanspruch* wird, die andere Kulturvölker in ihre inferioren Schranken verweist – eine Leistung, die allerdings kaum von Kultur vollbracht werden kann –, das haben die Rechtsextremisten gedacht und das denken sie noch immer. Doch soll mit dem Insistieren auf der »demokratischen Leitkultur« heute gerade eine *Differenz* zum Nationalismus der Glatzen und der NPD benannt werden. Deswegen ist der Zeitpunkt der Wiederbelebung dieser Parole eben auch alles andere als zufällig.

Enthält sie doch – zur einen Seite hin – bei aller Nivellierung des Abstammungsgedankens, die die neuen Zuwanderungsregeln enthalten, das Angebot an den deutschen Geist, dass deutsch eben doch deutsch bleibt. Da mögen noch so viele Ausländer zuwandern, ihren Beitrag zum deutschen Standort leisten und vielleicht sogar eingebürgert werden, deutsch im Sinne der »deutschen Leitkultur« können sie einfach nicht werden. Geborener Repräsentant der »deutschen Leitkultur«, so beruhigen CDU/CSU die irritierten nationalistischen Gemüter, das ist und bleibt der Abstammungsdeutsche: Zwar wird zwischen inländisch und ausländisch nicht mehr am »Blut« sortiert, weil sich es als unpraktisch herausgestellt hat, auf nützliche Ausländer wegen ihrer falscher Abstammung zu verzichten, doch darf der Volksdeutsche an eine rein deutsche Identität, die ihn vom eingebürgerten Deutschen immer noch unterscheidet, weiterhin glauben. Denn es ist immer der Fremde, der sich dabei der deutschen *Leitkultur* zu assimilieren hat. Da bleibt bei aller politischen und rechtlichen *Gleichstellung*, bei aller Sprachkenntnis und kulturellen Anpassung – so darf der Deutsche weiterdenken – immer noch etwas, was den Originaldeutschen vom Eingedeutschen *unterscheidet*. Denn alle seine Integrationsleistungen werden nie gänzlich tilgen können, dass *er* es ist, der sich »unserer Kultur« und zwar gegen seine Herkunftskultur zu unterwerfen hat.

Doch wird mit der Behauptung einer »demokratischen Leitkultur« die Logik des Abstammungsprinzips zugleich – und das ist eben die andere Seite derselben Medaille – auch wieder *fallengelassen*. Sie wird aufgegeben, insofern sich an ihm nicht mehr die Zugehörigkeit zum deutschen Staatsvolk *entscheidet*. Deutscher kann man auch mit »fremdem Blut« werden, wenn man sich nur den Anforderungen deutschen Leitkultur unterwirft. Wobei ein Witz darin besteht, dass niemand anzugeben vermag und auch angeben will, was denn nun die deutsche Leitkultur im Einzelnen ausmacht. Das fällt gerade nicht in die Leitkultur-Debatte. Das bleibt – abgesehen von juristischen Implikationen der Integrationsregeln – den deutschen Bürgern überlassen, die das Bedürfnis umtreibt, sich doch weiterhin von den »Negern mit deutschem Pass« unterscheiden zu können. Die dürfen sich zur Beruhigung ihrer nationalistischer Identitätsprobleme diese rein *methodische Erlaubnis* zur Sortierung selbst ausmalen. Mit Sicherheit werden sie fündig, weil sie fündig werden und deshalb auch noch zwischen *angeborener* und *angeeigneter* Leitkultur unterscheiden *wollen*.

Bürger, also Inländer, *beziehen* sich auf die Scheidung zwischen Inländern und Ausländern, die jedoch allein das Werk des Staates ist. Warum schließen sie sich dieser Sortierung an, machen sie auf ihre Weise zu ihrer Sache und übertreiben sie gelegentlich so, dass sie es sich sogar mit der politischen Vollzugsgewalt für Ein- und Ausgrenzung verderben – wie die Kampagne gegen den Rechtsextremismus zeigt?

Kapitel 11

Wie demokratische Bürger rechtsextrem werden

1. Ich bin Deutscher!

Warum *übernehmen* die Staatsbürger die Kriterien jener Menschensortierung, mit denen der Staat »sein Volk« von anderen Völkern abgrenzt? Warum machen sich die Einsortierten nicht nur die Unterscheidung zwischen In- und Ausländern, sondern auch noch die damit in die Welt gesetzte abstrakte Generalverdächtigung fremder Bürger zu eigen? Sie haben doch gar nichts gemein mit jenen Interessen, die dem Verdacht gegenüber Ausländern staatspolitischen Sinn geben. Sie sind nicht die Subjekte staatlicher Konkurrenz, sondern gehören zum Material, mit dem diese Konkurrenz betrieben wird. Ihre Privatsachen fallen nicht nur nicht mit den Staatssachen zusammen, sondern werden durch ein staatliches Regelwerk in Grenzen gebannt, an denen ihnen auffallen müsste, dass es wahrlich kein zwangsläufiges Glück ist, Inländer zu sein. Dasselbe könnten sie auch dem rassistisch gestrickten Verdacht gegenüber Ausländern entnehmen. Denn nur zu deutlich offenbart der zugleich den staatlichen Generalanspruch gegenüber allen Inländern: Loyalität ist von ihnen verlangt, das meint praktisches Mittun bei, prinzipielle Zustimmung zu den zentralen Staatsaffären und nichts als konstruktive Kritik.

Auch aus den alltäglichen Kontakten der Inländer mit den Ausländern ergeben sich keine Gründe, sich der staatlichen Ausländerbestimmung anzuschließen. Nicht, dass Ausländer nicht gelegentlich stören, etwa wenn deren Kinder Lärm machen, sie selbst einen Eingang zuparken, den Müll nicht beseitigen oder bei ihren Festen wenig Rücksicht auf Nachbarn nehmen – handele es sich bei denen nun um Deutsche, Türken oder Libanesen. All das gibt es, doch findet es sich bei Inländern in der gleichen Weise, wie es umgekehrt eben auch die gute Nachbarschaft zwischen Menschen mit verschiedenen Staatsdokumenten gibt. Der Grund für die Abstraktion von all den konkreten Besonderheiten, die den Alltagskontakt tatsächlich ausmachen, liegt nicht in diesem beschlossen, sondern wird nur dann zum Anlass für Ausländerfeindlichkeit, wenn die – bei In- und Ausländern – schon vorher im Kopf festsaß.

Die Einstiegsfrage ist also weiter zu präzisieren: Warum schließen sich Inländer dem Standpunkt des Staates in der Ausländerfrage an, *obwohl* sich weder in ihrer Privatexistenz noch in ihrer alltäglichen Berührung mit Ausländern dafür Gründe ausmachen lassen? Aber vielleicht braucht es die auch gar nicht. Vielleicht ist die Frage, was denn der zusammengeschlagene Ausländer dem Skin *getan*, ebenso abgeschmackt, wie die Feststellung, dass er ihn gar nicht *gekant* hat. In der Tat muss der Inländer auch keinen Ausländer kennen, um ihn nach Hause zu wün-

schen. Es reicht völlig, wenn er sich auf den *Standpunkt des Inländers* stellt, wenn er also das Urteil übernimmt, das der Staat über *ihn selbst* fällt, wenn er ihn zum Inländer erklärt und diese völkische Abstraktion mit seiner Subsumtion unter alle staatlich erlassenen Gesetze und Regeln exekutiert. Wer nämlich die Tatsache, dass er per Staatsgesetz, also rücksichtslos gegenüber seinem eigenen Willen zum Deutschen *gemacht* worden ist, zu dem Befund verdreht, er *sei* ein Deutscher, der erklärt den Schuh für passend, in den ihn der Staat gesteckt hat. Mit dem darin enthaltenen ersten Fehlurteil über seinen Bürgerstatus ist der Nationalist und Ausländerfeind schon ziemlich fertig. Dieser Bürger hat sich ganz freiwillig und ohne Not nicht nur in das *nationale Kollektiv eingeordnet*, sondern zudem beschlossen, in den Kategorien der unbedingten Zugehörigkeit zu diesem nationalen Kollektiv zu *denken*. Das beginnt mit jener, den tatsächlichen Sachverhalt entstellenden Redeweise, er *sei* ein Franzose oder Deutscher, seine Nationalität sei so etwas wie eine Eigenschaft von ihm. Und das setzt sich in der Formulierung von »*unserem Land*« fort, in der die wahren Besitz- und Verwendungsverhältnisse auf dem Kopf stehen, und dieses Denken mündet in das verbreitete »*Wir*«, mit dem dann nicht nur alle Gegensätze *im Volk* und auch der *zwischen* staatlicher Gewalt und Volk durch den Einheitsplural getilgt sind, sondern bereits »*die Anderen*«, die Bürger anderer Staaten ins Visier genommen sind und zwar als solche, die *nicht* zum »*Wir*« dazugehören – und dies, obwohl sich die Ausländer durch das *gleiche* Verhältnis auszeichnen, das auch die Inländer ausmacht. Denn auch »*die Anderen*« sind als Volk durch einen Staat mit Beschlag belegt – nur eben durch einen anderen.

2. Ohne Alternative

Der Grund für das massenhafte Festhalten an diesem Fehlurteil ist damit noch nicht benannt. Dass ein Mensch sich selbst als Inländer bestimmt, sich ziemlich selbstverständlich bis quasi-naturwüchsig als Zugehöriger zu einer *bestimmten Nation* versteht, ist bei den wenigsten Nationalisten das Resultat einer gediegenen Kosten-Nutzen-Bilanz. Da täte sich der Mensch auch schwer, denn erstens unterscheidet sich das, was einen Lohnarbeiter oder eine kleine Angestellte, eine Hausfrau oder einen Schüler, einen Rentner oder einen Arbeitslosen, einen Kranken oder einen Gesunden, einen Politiker oder einen Steuerzahler, einen Grundeigentümer und einen Mietskasernenbewohner in *Deutschland* erwartet, nicht groß von dem, was in der *Fremde*, also z.B. England, Frankreich oder Norwegen auf ihn zukäme. Und zweitens braucht's für eine *positive* Bilanz entweder bereits die Zugehörigkeit zur Minderheit der dauerhaft Gutverdienenden oder jene Sorte unsäglichlicher Moral, die sich entweder nicht entmutigen lassen will, dafür den Vergleich mit afrikanischen Hungerbäuchen parat hält oder in chronischer Bescheidenheit eine Erfüllung sieht – beides Einstellungen, die sich bereits entwickelter Formen von Nationalbewusstsein bedienen.

Die meisten Bürger halten sogar die Frage, ob es sich denn *lohne*, Deutscher oder Amerikaner zu sein, bzw. ob denn die (Zwangs-)Mitgliedschaft in diesem politischen Gemeinwesen die Erfüllung der eigenen Lebensziele – hinsichtlich Arbeit und Geld, Wohnung und Familie, Freizeit, Gesundheit und Bildung – ge-

bracht habe, bereits für einen Anschlag auf ihre Integrität. Dass es als *unanständig* gilt, von der gelungenen Realisierung eigener Anliegen die Beurteilung eines Staatswesens abhängig zu machen, verweist darauf, dass für viele Bürger der Staat mit seinen legislativen, judikativen, exekutiven und weiteren Einrichtungen gar nicht jenes Zwangsverhältnis ist, das ihre persönliche Lebensperspektive nur eingeschränkt gelten lässt. Dass die Bürger moderner kapitalistischer Demokratien vielmehr umgekehrt die bescheidenen Resultate ihrer jeweiligen Lebensbilanz eher sich selbst als dem politisch verwalteten Produktionsverhältnis anlasten, liegt – *erstens* – an der *Alternativlosigkeit* ihrer Staatsbürgerexistenz.

Wer hier als Deutscher geboren ist oder wer als Deutscher zum hiesigen Volkskörper zugelassen wird und nicht von Haus aus über eine sprudelnde Einnahmequelle verfügt, der hat sich erst einmal mit allen vorgefundenen Lebensumständen zu arrangieren: Der *muss* sich auf dem Warenmarkt herumtreiben, der *muss* dafür Geld verdienen, der *muss* dafür eine Arbeit finden, der *muss* deshalb mit Seinesgleichen konkurrieren, der *muss* nützlich sein für Reichtumsvermehrung in fremden Diensten, der *muss* die Staatsschule durchlaufen, der *muss* auch dann fremdes Eigentum achten, wenn er kein Einkommen verdient, der *muss* sich damit abfinden, dass seine Mündigkeit politisch bestimmt wird, dass auch sein Privatleben in Ehe und Familie aus einem Haufen Pflichten besteht, dass er zum Dienst an der Waffe gerufen werden kann und gelegentlich Leute umbringen *muss*, mit denen er nichts zu schaffen hat usw. Und dies, obwohl er sich keine dieser Vorgaben ausgesucht hat, und auch dann, wenn er mit ihnen gar nicht einverstanden ist. Da mag der Mensch über den demokratischen Nationalstaat und die kapitalistische Ökonomie *denken*, was er will, er mag ein Anhänger irgendeiner vorbürgerlichen Subsistenzwirtschaft oder kommunistischer Planwirtschaft sein, er muss dennoch ganz wie der überzeugte Vertreter des Privateigentums seinen Lebensunterhalt verdienen und dabei das Eigentum anderer und die Inkarnation kapitalistischen Reichtums, das Geld, ohne das kein Lebensmittel auf seinen Tisch kommt, *praktisch respektieren*.¹

Zweitens ist nun die nachfeudale bürgerliche Gesellschaft so patent gestrickt, dass der erzwungene Dienst am Geld und an der nationalen Souveränität ganz als *freie* Verfolgung des privaten *Interesses* eines jeden Bürgers vollzogen wird. Hinter keinem Bürger steht ein Ordnungshüter, der ihn mit Gewalt zum Geld-Waren-Tausch nötigt, ihn zur Schule trägt, ihn zur Arbeitssuche nötigt usw. Jeder einkommensabhängige Bürger schaut sich ganz von sich aus in der Gesellschaft nach Mitteln und Methoden um, um aus Notwendigkeit zum Geldverdienen das *Beste* für *sich* zu machen.² Und genau darin liegt der Übergang zum nächsten folgenschweren Fehlschluss: Wer sich um eine gute Ausbildung bemüht, um einen der besseren Jobs zu ergattern, wer sich in der Arbeit anstrengt und mit Abendkursen seine Qualifikation aufzubessern bemüht ist, wer in der Konkurrenz also keine

¹ Dass jeder alles ändern könne, wenn er wolle, weil er dazu nur eine Partei gründen müsse, fällt in den Bereich des demokratischen Schwindels, weil bekanntlich jede Partei, die an diesen prinzipiellen Zwängen etwas ändern will, in unserer »wehrhaften Demokratie« unter Extremismusverdacht fällt.

² Vgl. dazu auch Kapitel 10.1

Anstrengung unterlässt, der *praktiziert* einen Standpunkt zu Ausbildung und Beruf, Lohn und Leistung, der sich aus den ihm *vorgegebenen* Mittel zur Bewältigung seiner Lebensnotwendigkeiten und *ihren* Gesetzen ergibt. Denen muss er sich unterwerfen, wenn er nicht vor die Hunde gehen will. Wer nun dem eigenen *kalkulatorischen* Umgang mit all diesen hübschen Einrichtungen des demokratischen Kapitalismus *deren Daseinszweck* entnimmt, der liegt falsch. Denn sie sind nicht als *Mittel* für *ihn*, als Wege zur Aufbesserung *seiner* Geldwünsche in die kapitalistische Welt gekommen. Früher oder später *erweisen* sie sich auch als das, was sie wirklich sind: nämlich als Instrumente, bei deren Benutzung fürs Geldverdienen sich seine *Lohnabhängigkeit* erfüllt. Anders gesagt: Ob Arbeit und die Qualifikation für ihn ein Einkommen bringen, wie lange und welches, das liegt eben gar nicht in seiner Hand. Dennoch gibt es für ihn im Kapitalismus *keine anderen* Wege, um an das erste aller Lebensmittel, an Geld, zu kommen. Kein Wunder, dass der Wunsch nach einem praktischen *Zurechtkommen* unter solchen vorgefundenen Verhältnissen dann auch das *Denken* entsprechend zurechtet. So wird aus der praktischen *Notwendigkeit* zum Geldverdienen schnell eine *Chance* und aus den Rentabilitätswängen, denen seine Arbeit gehorcht, werden lauter mehr oder weniger günstige *Bedingungen* für sein Einkommen.

Und da diese Einrichtungen, derer sich der Mensch bei seiner »Lebensgestaltung bedient«, nach staatlichen Gesetzen funktionieren oder vom Staat in die Welt gesetzt worden sind, weiß der Bürger auch sofort, wem er diese wunderbare Ausgestaltung der Gesellschaft zu einem Ensemble von Chancen und Mitteln, die er nur ergreifen und sachgerecht einsetzen muss, *verdankt*: dem *Staat*, der darüber zu *seinem* Staat geworden ist. Dieser *versorgt* ihn zwar nicht, aber er versorgt ihn mit lauter *Instrumenten*, die er nur richtig und eifrig bedienen muss, um sein Glück zu machen.

Die Vaterlandsliebe gründet also auf dem falschen geistigen Nachvollzug der alternativlosen praktischen Verpflichtung auf die Regeln und Einrichtungen des demokratischen Kapitalismus, als deren Urheber der Bürger den Staat weiß. Die Verwechslung aller *vorgeschriebenen Zwänge* zum Geldverdienen mit *Mitteln*, die es *seinetwegen* gibt, bindet ihn dann in Treue fest an den für diese Ordnung zuständigen Herrn. So schafft die unzutreffende Einordnung aller praktischen Sachzwänge, denen der für nationale Dienste rekrutierte Mensch unterliegt, jene Sicht auf das Gemeinwesen mit seinen Freiheiten und mit seinen Spiel(verderber)regeln, in der es als *Heimat* erscheint, als beste aller möglichen Welten, in der man es zu etwas bringen *kann*, wenn man sich selbst nur geschickt anstrengt.³

Übrigens fällt so ein Bekenntnis zu Deutschland keineswegs *unkritisch* aus. Das zeigt sich schon daran, *wie* der Deutsche in seinem deutschen Kapitalismus zurechtkommt. Fällt die private Bilanz *negativ* aus, dann sagt ihm sein Staatsvertrauen, an wen er sich mit seinen Beschwerden zu wenden hat. Dies besonders

³ Der Rechtsextreme »beginnt« also als ganz gewöhnlicher deutscher Nationalist. Er *teilt* mit allen Stammtischlern und Hobbypolitikern den Standpunkt, dass Deutschland seine Heimat ist und er es – bei aller Kritik, die er an »denen da oben« übt – im Prinzip recht gut getroffen hat. Deswegen sind die Übergänge zwischen den Nationalisten und den ausländerfeindlichen Rechtsextremen – vor und zurück – auch fließend.

dann, wenn er zunächst einmal aus der Beschädigung seines materiellen Interesses durch Markt und Betrieb brav den Schluss gezogen hat, dass *er selbst* es war, der die gebotenen Chancen nicht ordnungsgemäß ergriffen, es an Leistung und gutem Willen hat fehlen lassen, die praktische Umsetzung dieser Selbstbeziehung aber an seiner Lage gar nichts geändert hat. Früher oder später steht also der Staat und die ihm angedichtete Sorge um seine Bürger selbst auf dem Prüfstand. Hat er es vielleicht an der richtigen Politik *fehlen* lassen oder *konnte* er nur nicht, wie er in Verantwortung für das Wohlergehen seiner Bürger eigentlich *will*? Dieser kritische *Idealismus* guter Staatsbürger, der jeden Nationalismus von unten auszeichnet und in dem das tatsächliche Dienstverhältnis glatt auf den Kopf gestellt ist, lässt sich dann vom Staat prächtig *gegen* die Bürger verwenden: Die Logik, derzufolge der Staat für die Bürger um so mehr tun kann, je mehr sie für ihn tun, also zu Gunsten seiner politischen Handlungsfähigkeit auf eigene Ansprüche und Geld verzichten, ist durchgesetzt und funktioniert, auch wenn das erwartete »Um zu« immer wieder herausgeschoben und folglich immer erkennbarer zum volksbetreffenden Vorwand für neue Programme der Volksverarmung wird. Heute, weiß man, geht es nur um *Arbeitsplätze*, für die der Staat Bündnisse einrichtet, sich verschuldet, Öko-Steuern erhöht, die Lohnnebenkosten senkt und die Sozialleistungen zusammenstreicht. Auch bzw. gerade wenn die sich nicht einstellen, erwartet sich der Bürger von seinem Staat *richtige Führung*: Er *will* an seine Potenz unbedingt glauben.

3. Ausländer sind schuld

Noch hat so ein guter Deutscher keinen Grund, seinen Nationalismus *gegen* die Ausländer auszurichten. Noch hat er genug mit sich zu tun. Noch hat er damit zu tun, sich als Überzeugungsdeutscher in seiner Heimat irgendwie einzurichten. Noch sitzt er mit den Ausländern, sofern sie in seiner Heimat leben und arbeiten, im gleichen Boot. Denn auch sie sind von demselben Produktionsverhältnis, derselben ökonomischen Gesamtlage und aktuellen Konjunktur betroffen – daran ändert auch der andere Pass nichts.

Doch verwandelt sich all dies schlagartig, wenn der deutsche Nationalist sich – mit freundlicher Unterstützung aller Einrichtungen zur Volkserziehung – daran macht, *Schuldige* für *seine Dauerkrise* zu suchen. Der aus praktischer Rason erfolgte ideelle Schulterchluss mit der Führung seiner politischen Heimat erfährt eine Bewährungsprobe, wenn die Politik ihm mitteilt, dass sie trotz aller Anstrengungen nicht so könne, wie sie wolle. In solidarischer Kritik mit seinem obersten Geld- und Arbeitgeber verbunden, weiß er, dass sein *Deutschland*, sein *deutscher* Staat den deutschen Bürger nie mittellos in der Misere hängen lassen würde, in der er sich als Beschäftigter, Teilzeitarbeiter, Frühinvalide, Arbeitsloser oder Sozialhilfeempfänger gerade befindet. Mit diesem aus der Liebe zur Heimat erwachsenen Fehlschluss macht er jetzt gegenüber allem *Undeutschen* den *Fahndungsstandpunkt* auf. Es bewährt sich das Denken in Kategorien des *nationalen Kollektivs* jetzt beim Ausgrenzen. Schnell wird er deshalb fündig: Überall entdeckt er – mit oder ohne Hilfe beflissener politischer Agitatoren – Ausländer, Ausländisches,

das Wirken des Auslands und erste inländische Vaterlandsverräter. Das Ausland »macht uns mit seinen Dumpingpreisen kaputt«, die Deutschen kaufen viel zu viele ausländische Autos und überhaupt nehmen uns die Ausländer die Arbeitsplätze weg. Stimmen tut keine diese Beschwerden: Denn Preiskonkurrenz betreiben nicht nur die ausländischen Betriebe, ob die in »ausländische Autos« gesteckte inländische Zahlungskraft ins Ausland abfließt oder in inländische (Rationalisierungs-)Investitionen geht und »Arbeitsplätze kostet«, ist dem puren Kaufakt ebensowenig anzusehen, wie der Automarke die nationale Lokalisierung des Kapitals, bei dem sie produziert wird. Und schließlich befinden über Umfang und Verteilung von Arbeitsplätzen bekanntlich immer noch die Betriebe, nicht aber diejenigen, die um sie konkurrieren. Doch ausgerüstet mit der Gewissheit, dass Inländer und Ausländer verschiedene Menschenschläge sind und letztere eigentlich woanders hingehören, nämlich in *ihre* Heimat, ist die *Feindschaftserklärung* der guten Deutschen fertig. Dazu braucht es nicht einmal eine Kampagne vom »vollen Boot«. Auch ohne sie tut die staatliche Sortierung nach Hiesigen und Fremden ganz prinzipiell ihre Wirkung.

Es zeigt sich erneut, dass der Standpunkt des Ausländerfeindes rein aus der Stellung des Inländers zu seiner *Heimat*, z.B. zu Deutschland kommt. Der braucht dazu keinen Ausländer, muss keinen einzigen persönlich kennen. Und schon gar nicht bedarf es der *Erfahrungen* im Umgang mit Ausländern, um diesen Standpunkt *hervorzubringen*. Die sind dabei fast ein wenig hinderlich; was all jene braven Deutschen belegen, die den Standpunkt vom »vollen Boot« teilen, Ausländer zum Teufel wünschen, davon jedoch immer die Alis, Mehmeds oder Meleks aufnehmen möchten, die sie als fürchterlich normale Nachbarn kennengelernt haben.⁴

4. Der Rassismus der Ausgrenzung

Mit seinem nationalistischen Fahndungsstandpunkt, demzufolge alles Heil im Prinzip schwarzrotgold gestreift ist und alles Unheil ausländische Farben trägt, hat sich der Bürger die politische Inländer-Ausländer-Sortierung neu zurechtgelegt. Um in dem Ausländer, den er auf dem inländischen Arbeitsmarkt und in inländischen Fabriken entdeckt, den *Schuldigen* für seine eigene oder eine nationale Misere auszumachen, braucht's ein nationalistisches Rechtsbewusstsein: Für diesen Deutschen steht fest, dass ein Nichtdeutscher kein *Recht* auf einen deutschen Arbeitsplatz hat – unabhängig davon, wie sehr ihn selbst die Abhängigkeit von Einkommen mit dem Ausländer verbindet. Lichtjahre ist dieser Nationalkolektivist von der Forderung entfernt – die es historisch durchaus einmal gegeben hat –, dass Lohnabhängige für das materielle Wohl aller Bedürftigen streiten sollen, egal welchen Pass sie besitzen. Er erklärt dagegen sein *Deutschtum* zu einem *Privileg*: Ich bin Deutscher, gehöre hierher und habe als Deutscher ein *Recht* auf nationale Vorzugsbehandlung, *weil* ich Deutscher bin – und aus keinem anderen Grunde. Dass

⁴ So klärt sich denn auch das scheinbare Paradoxon schnell auf, demzufolge Ausländerfeindlichkeit auch dort grassiert, wo es fast keine Ausländer gibt. In der Tat: Zu ihrer Ausbildung braucht es nur Inländer und ganz viel kommunen inländischen Nationalismus.

er Rechte besitzt, der Ausländer aber nicht, das bestätigen ihm das Ausländerrecht und die Klagen von Ausländern, sie seien hier rechtlos. Und deswegen ist er sich auch sicher, dass die politisch kodifizierte *Minderberechtigung* aus der *Minderwertigkeit* dieses Menschenschlages herrührt. Dass es sich gerade umgekehrt verhält, die Minderberechtigung die Minderwertigkeit als zusätzliche Minderung der Subsistenz praktisch vollstreckt, geht nicht in seinen nationalistisch eingefärbten Verstand.⁵ Er hält daran fest, dass die Deutschen irgendwie schon die *wertvolleren* Menschen sind, denen denn auch die Leitkultur zusteht – immer mit Betonung auf *Leit-*!

Damit verfügt er nun über ein Gut, das ihm wirklich niemand nehmen kann: seine Einbildung, als Deutscher etwas *Besseres* zu sein. Das hält er fest, auch wenn er Dauermitglied im Heer der Arbeitslosen ist oder als Frühinvalide von der Rente nicht leben und nicht sterben kann. Weil nicht jedermann Deutscher ist, weil *er* diesen besonderen nationalen Status *besitzt*, hat es dann wohl auch nicht jedermann *verdient*, Deutscher zu sein, lautet seine Logik. Schon hat er sich über den Ausländer emporgehoben – egal wie sehr Deutschland ihm das Leben schwer macht; und schon wird sein Deutschtum sein wichtigster »Besitz«, obwohl er sich dafür nichts kaufen kann, sondern für ihn immer nur draufzahlen muss. Recht hat er darin, dass ihm diesen »Besitz« so leicht niemand nehmen kann, weil er von Geburt an Deutscher *ist*, Blutsdeutscher eben.

Alle *staatlichen* Sortierungsgründe, Verdachtsmomente und Feindschaftserklärungen tauchen auch bei ihm auf, jedoch nicht in ihrer staatlichen Gestalt. Vielmehr gibt es sie nun in einer *Übersetzung in seine Sphäre*: Aus dem Ausländer wird ein Anschlag auf seinen privaten Alltag, der ihm das Wohnen und Arbeiten, das Einkaufen und das Anstehen beim Arbeitsamt zusätzlich oder allererst schwer macht. Nicht selten nimmt dies Züge von Verfolgungswahn an, so etwa wenn Belästigungen erfunden werden oder etwas als Beeinträchtigung deutscher Lebensqualität durch Ausländer beklagt wird, was integraler Bestandteil deutscher Freizeitkultur ist. Als Nationalist hat er sich zu einem ganz eigenen Ausländerfeindbild vorgearbeitet, das zwar im *Ergebnis* dem Prinzip staatlicher *Ausländerpolitik* Recht gibt, jedoch in seiner Genese und mit der seiner Privatsphäre entnommenen Begründung nicht auf derselben Linie liegt. Wo der Staat immer noch national kalkulierend mit seinem Urteil über den Ausländer, der »nicht zu uns gehört«, umgeht, da *definiert* sich der Bürgernationalist allein über den völkischen Standpunkt vom höherwertigen Deutschtum und entdeckt, dass sein Leben in seiner Heimat wegen der Anschläge von minderwertigen Nichtdeutschen so nicht mehr lebenswert ist.

In dieser Bewertung ist die *staatliche Tat* der Staatsbürgerschaftszuschreibung nun endgültig zur Folge einer *natürlichen* Menschensortierung verdreht. Es steht alles auf dem Kopf. Nicht staatliches Interesse an loyalen, sprich: ihrer Staatsgewalt vollständig dienstbar gemachten Bürgern bringt die unterschiedliche Rechtsstellung von In- und Ausländern zustande. Vielmehr soll sie der Vollzug einer längst

⁵ Dabei könnte er der in Kapitel 10 dargestellten Entwicklung des Ausländerrechts von der Asylgesetzgebung bis zur Greencard entnehmen, dass vor jedem Arierbewusstsein nationalpolitische und -ökonomische Nutzenüberlegungen die Konjunkturen des ziemlich gnadenlosen Umgangs mit Ausländern bestimmen.

vor der staatlichen Aktion feststehenden Sortierung nach höher- und minderwertigen Menschen sein. Der Nationalismus weiß sich durch die *Volksnatur* ins Recht gesetzt.

Für die *Bestätigung* ihres *rassistischen* Befundes, zu dem sie sich allein vorgearbeitet haben, finden Bürger in deutscher Politik jede Menge Material. Der dem Buchstaben des Ausländerrechts folgende *praktische* Umgang mit Ausländern – illustriert mit dem »vollen Boot«, dem »Kinder statt Inder«, mit den Vollzugsmeldungen beim Abschieben von Asylbewerbern oder neuerdings etwas komplizierter mit der Scheidung zwischen »nützlichen« und »auszunützenden« Ausländern – führt ihm die mindere Rechtsstellung von Ausländern sattsam vor und zwar gleich als Voraussetzung für das Einfahren *nationaler Erfolge* gegenüber den Fremdlingen. Und vor kurzem sah sich der deutsche Rechtsextreme sogar noch durch die überparteiliche Asylpolitik und die sie begleitende Volksagitation, die 1993 sehr konsequent in ein Asylgesetz gemündet ist, voll *ins Recht* gesetzt.

5. Der Rechtsextreme als Staatskritiker

Der Rechtsextremist bzw. Neofaschist ist damit fast »fertig«. Nur eine Frage ist noch zu klären: Wie wird aus dieser, häufig ganz ins praktische Gefühl übergegangen *Identität* zwischen diesem Nationalisten und seinem Staat denn nun ein *Zerwürfnis*; und zwar ein Zerwürfnis der Art, dass – wie die Kampagne des Jahres 2000ff. zeigt – diese radikalen Deutschen dem Staat die ausländerpolitische Gefolgschaft aufkündigen und dieser umgekehrt in ihnen »Systemfeinde« entdeckt, die es auszugrenzen gilt?

Wenn der deutsche Nationalist sich zu dem Standpunkt vorgearbeitet hat, dass Ausländer und Ausländisches eine Gefahr für Deutschland bedeuten, wenn er zugleich in der staatlichen Politik nicht jene Anstrengungen entdeckt, die er für notwendig hält, um dieser Gefahr zu begegnen, dann verliert er schon mal das Vertrauen in die deutsche Führung. Aus dem überzeugten, sich mit seiner Führung in politischem Einklang wählenden Nationalisten wird auf diese Weise ein *enttäuschter Nationalist*.⁶ Anlässe, die ihn in seinem Standpunkt bestätigen, findet er genug. Etwa wenn er entdeckt, dass es in der zu Höherem berufenen Heimat nicht nach

⁶ Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus *resultieren* also nicht – um das noch einmal methodisch zu sagen – aus sozialer Ausgrenzung, sondern aus einer falschen, nationalistischen Erklärung derselben. Deswegen kommen sie eben auch nicht nur bei unteren Schichten und Klassen vor, sondern in allen Klassen und Schichten. Nur ist es eben für die Klasse, die das Material des politischen Nationalismus darstellt, ein etwas anderer Weg, auf dem sie dazu kommt, die Sache der Nation zu der ihren zu erklären. (Dieser Weg steht in diesem Kapitel 11 im Zentrum der Analyse, weil Menschen, die von der Nation nichts haben, die wenigsten Gründe haben, zu ihren Liebhabern zu werden!) Bei Angehörigen der »politischen Klasse«, einschließlich der ideologischen Stände, verläuft dieser Weg anders, weil ihre Sache mit der der Nation ziemlich zusammenfällt. Umgekehrt ist damit das Rätsel gelöst, warum Empiriker eine »hohe Korrelation« zwischen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und »sozialer Ausgrenzung« feststellen: Wenn der Nationalismus im Volk *durchgesetzt* ist, dann wird natürlich auch die eigene materielle Notlage nur noch nationalistisch beurteilt. Und wenn bei der Beurteilung dieser Lage von Menschen in den »neuen Bundesländern« zugleich immer auf *zwei* Schuldige gedeutet wird, auf die Ausländer *und* auf die Inländer

seinen Ordnungsvorstellungen zugeht, deutsche Arbeiter massenhaft keine Arbeit finden, unter den Drogendealern auch Ausländer zu finden sind, sich mafiose Strukturen als Fremimport herausstellen und der eine oder andere Ausländer hierzulande zu einem Wohlstand kommt, von dem der brave deutsche Rassist nur träumt,⁷ platzt ihm schon mal der Kragen. Der vom Ausländerrecht erlaubte Aufenthalt von Ausländern in Deutschland ist dann für ihn ein Schritt zur »Durchrassung« (Stoiber), zur Zersetzung des Volkes, dem anzugehören sein ganzer Stolz ist. Die Rein- und Gesunderhaltung des Volkskörpers ist für ihn die Voraussetzung für eine den Deutschen gebührende Stellung in der Welt. Wenn sich Angehörige anderer Nationen, Kulturen oder Völker hier niederlassen wollen, wenn es sie nicht – wie die Deutschen – in ihre eigene Heimat zieht, dann steht für ihn fest, dass sie Deutschland *schädigen* wollen. Allenfalls kann er sich vorstellen, dass Ausländer hierzulande mit minderen Rechten und in untergeordneter Stellung, sozusagen als Arbeitsvieh, Dienste verrichten, die den Deutschen nicht zuzumuten sind. Auch gegenüber (ausländischen) Kapitalen entwickelt er so seine Vorbehalte, weil die gelegentlich zur »Kapitalflucht« neigen und von deutscher Arbeit geschaffenen Reichtum ins Ausland transferieren. Und für all das muss er weder »Mein Kampf« noch das NPD-Programm gelesen haben, dafür muss er weder ein Mitglied der DVU sein noch sich die Haare kurz geschoren haben.

Es kann überdies vorkommen, dass er nun selbst *innerhalb* des deutschen Volkes ziemlich viel Undeutsches entdeckt. Nicht jeder, der die deutsche Staatsbürgerschaft *besitzt*, hat sie für ihn *verdient*. Ein Deutscher muss eben auch in der *Lage* und *willens* sein, zur Pflege und Stärkung Deutschlands Opfer zu bringen. Behinderte, Obdachlose, Schwule und Linke sind für ihn deswegen keine Deutschen.

All das spricht schließlich schwer gegen die nationale Führung. Und der enttäuschte Nationalist, dem schon die pure Anwesenheit von Ausländern als *Angriff* auf seine *nationale Identität* gilt, der sich von Volksfeinden und Volksverrättern umzingelt sieht, sich also immer ein wenig wie im Krieg für die gerechte deutsche Sache wähnt, beschließt, selbst etwas gegen den Verrat und die Gefahr zu *unternehmen*. Da mag der eine es bei der Protestwahl von NPD oder DVU bewenden lassen, der andere den Schritt zum Eintritt in eine der rechtsextremen Parteien beschließen, die es der »Berliner Republik« zeigen wollen, und wieder andere nehmen die »Säuberung des Volkskörpers« mit Springerstiefeln und Baseballschlägern gleich selbst in die Hand. Der Rächer am nationalen Verrat der hiesigen Führung mag spontan, aus »dem (Bier-)Bauch heraus« handeln oder eine politische Doppelstrategie zur Machtübernahme – auf der Straße und im Parlament – ausgeknobelt haben, auf jeden Fall ist er sich sicher, dass die *deutsche Sache* bei der deutschen Führung nicht mehr in den richtigen Händen ist. Sein Handeln er-

aus dem Westen, dann soll man sich nicht wundern, dass der doppelt enttäuschte Nationalismus – einmal vom Umgang des Staates mit den Ausländern und vom Umgang des Staates mit den frisch dazu erworbenen Inländern – rabiat wird. Übrigens ganz ohne Erfahrung mit Ausländern und ganz ohne eine DDR-Sozialisation. (Vgl. dazu: F. Huysken, Deutsche Lehren aus Rostock und Mölln, S. 27ff.)

⁷ Über den Reichtum von Inländern würde er sich nie *so* aufregen, weil die es trotz der Ausländer so weit gebracht haben.

folgt aus jenem nationalistischen Rechtsbewusstsein, das dann auch Märtyrer hervorbringt. Eine höhere Aufgabe, als der gesäuberten deutschen Nation zu ihrer rechtmäßigen Größe und Stärke zu verhelfen, kennt er nicht. Und nichts als das hat er im Kopf und im Herzen, wenn er sein Credo herauslässt: »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!«

Und dann kann es geschehen – wie eben im Sommer 2000 –, dass die politische Führung beschließt, diesen rechtsextremen Angriff auf ihre Ausländerpolitik und auf ihr Gewaltmonopol zurückzuschlagen: Lauter gute Deutsche, die ihre nationalen Lektionen gelernt, die ihr falsches Bewusstsein von der deutschen Heimat, mit der sie sich ganz eins wähen, radikalisieren und gegen die nationale Regierung der »Volksverräter« wenden, werden »ungerechterweise« aus der Gemeinschaft der anständigen Deutschen ausgegrenzt.

Bei dieser Ausgrenzung versäumt es die Politik nicht, den Rechtsextremismus zu einer *Fehlentwicklung* in der Demokratie zu erklären. Seine Entstehung verdanke sich *Versäumnissen* in Schule und Familie, vielleicht sogar einer *Vernachlässigung* der Jugendpolitik, die sich Politiker selbst anlasten, *Fehlern* in der Darstellung der Güte unseres Gemeinwesens und *Mängeln* bei Aufklärung über den deutschen Faschismus. Als hätten sie eine Ahnung davon, dass die verbreitete Ausländerfeindlichkeit notwendiges Produkt der nationalstaatlichen Substanz des demokratischen Kapitalismus ist, beginnt das große *Dementi*. Dieses ist das Feld der Sozialwissenschaft.

Kapitel 12

Shell-Studie Jugend 2000: Ausländerfeindlichkeit hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun!

1. Nationalismus ist Hurratriotismus

Immer noch gibt es eine Fülle von Untersuchungen, die die verbreitete Ausländerfeindlichkeit von Deutschen festgestellt haben, aber leugnen, dass es sich dabei um das Resultat einer *nationalistischen* Sicht der eigenen Lebensumstände handelt, ja, die darüber sogar die Ausländerfeindlichkeit der Ausländerfeinde leugnen. Zu den prominentesten unter diesen Untersuchungen gehört die jüngste Shell-Studie »Jugend 2000«. In der heißt es z.B.: »Unsere Untersuchungen enthalten eine Überraschung: Entgegen immer wieder zu hörenden Behauptungen wird das Deutschlandbild nicht aus nationalistischen Ideologien gespeist. Das gilt auch für die ausländerfeindlich gesonnenen Jugendlichen, ihr Bild von Deutschland fällt nicht positiver (!) aus als das der anderen Gruppen und ist weit entfernt von nationalistischer Überhöhung. ... Die große Mehrheit der deutschen Jugend (ganz besonders in Ostdeutschland) teilt die Ansicht, dass *zu viele Ausländer bei uns* leben. Diese Einschätzung hat *nicht* von vornherein etwas mit *Ausländerfeindlichkeit zu tun* (bei der ausländerfeindlichen Jugend erreicht aber dieses Urteil eine besonders hohe Zustimmung). Sie erwächst insbesondere bei denen, die sich schlechtere Chancen ausrechnen und sich eher benachteiligt fühlen, aus der Wahrnehmung einer Konkurrenzsituation zwischen Deutschen und Ausländern.«¹ Die Studie folgert, »dass das Deutschlandbild der heutigen Generation eher nüchtern-kritisch ausfällt. Es ist weit entfernt von einem wie auch immer gearteten *Hurratriotismus*.«²

Es fehlen einem fast die Worte und man ist versucht, den Verdacht von korrupter Sozialwissenschaft zu bemühen, die für gewünschte Ergebnisse Daten frisiert. Dem ist aber nicht so, es ist schlimmer. Die Studie bringt in diesem aktuellen Befund nur auf den Begriff, was Politik und Wissenschaft unter Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit verstehen, und unterstreicht das mit empirischen Daten, die prompt auch nur das ermitteln, was durch die falschen Urteile der Shell-Forscher

¹ Jugend 2000, 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000, Bd. 1, S.18f. (Hervorheb. FH). Die Shell-Studie ist zwar vor dem Beginn der Kampagne erschienen, dennoch repräsentiert sie eine nach wie vor lebendige Abteilung sozialwissenschaftlicher Jugendforschung – und zwar exemplarisch.

² Ebd., S. 311

vorgegeben ist. Nationalismus, den gibt es *nur* als Hurratriotismus, folglich nur als »die übersteigerte, intolerante Erscheinungsform des Nationalgedankens und Nationalbewusstseins...«, die den »internationalen Frieden gefährdet, indem (sie) das nationale Eigeninteresse (sacro egoismo) über alle anderen Werte erhebt«. Dagegen wird als »unentbehrliche Voraussetzung jeder Staatlichkeit (der) maßhaltende, die gegenseitige Anerkennung und Achtung der Nationen nicht ausschließende Patriotismus« gesetzt.³ Und beim Bürger wird der »maßhaltende Patriotismus« überhaupt erst dort zum »Nationalismus« bzw. »Hurratriotismus«, wo er Ausländer anzündet, sich in ausländischen Fußballstadien mit dortigen Hooligans und Polizisten im Namen deutscher Überlegenheit Straßenschlachten liefert oder eben mit »Hurra« in den Krieg zieht, weil er den eigenen Staat für seinen Freund hält und im fremden Staat seinen Feind erblickt – sofern ihm denn seine Führung ein überzeugendes Feindbild vermittelt. Der Bürger, der sich »bloß« Siege für Deutschland wünscht, der die Anwesenheit von Ausländern »bloß« verurteilt, der den deutschen Beitrag zum Jugoslawienkrieg »bloß« gutheißt und der »bloß« Verständnis dafür hat, dass Deutschland wegen der Standortkonkurrenz an ihm sparen muss, der ist deswegen kein Nationalist, weil er selbst »maßhält« und »keinen Frieden gefährdet«. Das überlässt er den anderen, nämlich seiner Regierung, der er auf diese Weise freie Fahrt in allen nationalen Fragen erteilt. Aber bei deren Politik handelt es sich erst recht nicht um Nationalismus, weil sie von Repräsentanten einer gewählten demokratischen Regierung gemacht wird. Nationalismus beginnt folglich nicht mit der *vaterländischen Gesinnung*, sondern reduziert sich auf *unfriedliche Taten* – wobei die unfreundlichen Taten der eigenen Politiker ebenfalls ausgenommen sind.⁴

2. Nationalismus ist unkritisch

Das Überraschende des Befundes, den die Shell-Wissenschaftler aus dem Hut gezaubert haben, liegt also weniger in der Ermittlung der Einstellung der Jugendlichen, als vielmehr in ihrem eigenen Nationalismus-Begriff.

Wer den Nationalismus nur als unfriedlichen Hurratriotismus zur Kenntnis nehmen will, der weiß auch, dass ein »*kritisches* Deutschlandbild« und eine »nationalistische Einstellung« einfach nicht zusammenpassen. Nationalismus ist für die Shell-Forscher immer *kritiklose Zustimmung* zu Deutschland. Kritik, gar Kritik an der »eigenen Lebenssituation« kann deswegen, so ihr Schluss, nie nationali-

³ dtv-Lexikon, 13/S. 58

⁴ Denn unsere Demokraten sind ja *gegen* jeden Nationalismus (bei den anderen) – wie sie in der Kampagne gerade zeigen. Nationalismus, erfährt man von ihnen, gibt es als politische Praxis letztlich immer nur bei den anderen, bei diesen undeutschen braunen Schlägertrupps, bei anderen Völkern und Staatenlenkern, zumal bei solchen, die – wie etwa Saddam, Milosevic oder Gaddafi – nicht so spüren, wie sich dies die fried- und vaterlandsliebende westliche Staatengemeinschaft vorstellt. Da steht felsenfest: Bei denen handelt es sich zweifelsfrei um *Nationalisten*, also um Hurratrioten, die man deswegen auch zur Raison bringen muss – was, wie jedermann weiß, ein rein anti-nationalistisches Anliegen ist, das dann schon wieder einmal ganz besonders in deutsche Zuständigkeit fällt.

stisch sein. Dass es dabei vielleicht ein wenig auf den *Inhalt* der Kritik ankommt, ist ein Gedanke, der den Forschern fremd ist. Dabei könnte eigentlich auch ihnen geläufig sein, dass Hitler ein vehementer Kritiker der Weimarer Verhältnisse war, dass die NPD heute an fast allen Abteilungen deutscher Politik eine Kritik hat und dass die Skins Ausländer durch die Städte treiben, weil sie an der herrschenden Ausländerpolitik deren Kompromissbereitschaft kritisieren. Es handelt sich jeweils um Kritik an *deutscher Politik* im Namen des *Deutschlandbildes*, das sich diese Rechtsextremen verfertigt haben. In all diesen Fällen werden die herrschende nationale Regierung, ihre Innen- und Außenpolitik, ihre Entwicklung und ihre Leistungen an dem gemessen, was sich der Ausländerfeind für sein Deutschland an Größe, Stärke und Reichtum erwartet. Jede Abweichung davon ist für ihn Anlass zur Kritik an nationaler Politik.

So passen Nationalismus und eine *Kritik* an Deutschlands aktueller Lage zusammen: Die Treue zu Deutschland, die Verbundenheit mit dem Deutschtum, die aus der »deutschen Sache« abgeleiteten Ansprüche auf Volkseinheit, staatliche Souveränität und Weltmacht stellen gerade das *Maß* der kritischen Beurteilung der deutschen Führung dar. So kann es auch kaum verwundern, dass eine rechtsextreme bis faschistische Bewegung für eine demokratische Führung der Staatsgeschäfte fast nur Kritik übrig hat. Diese Kritik entfällt, sobald sie oder die Ihren das Heft in die Hand genommen haben und selbst Deutschland führen. Anders verhält es sich übrigens mit den der deutschen Sache nicht minder, nur eben anders verpflichteten *Demokraten* auch nicht. Auch sie leiten aus ihrer Sicht der nationalen Angelegenheiten ab, dass faschistische Politik – genauer: das, was sie dafür halten – für das heutige Deutschland eine nationale Katastrophe wäre.

Die untersuchten Jugendlichen, die aus ihrer Ausländerfeindlichkeit – und anders als nationalistisch gibt es die nun einmal nicht – kein Hehl machen, sind also gerade darin politikkritisch. Denn ob sie nun den Ausländern die Arbeitslosigkeit, den Lehrstellenmangel oder die Besetzung von Diskos anlasten, jede dieser Schuldzuweisungen enthält die Beschwerde, dass der deutsche Staat sie, die Deutschen, im Stich lässt.

3. Opfer können keine Nationalisten sein

Des weiteren soll es sich bei der Ausländerfeindlichkeit deutscher Jugendlicher in Ost und West deswegen *nicht um Nationalismus* handeln können, weil – so haben die Forscher herausgefunden – die feindliche Einstellung gegenüber Ausländern bei ihnen *nicht* das Produkt »der Attraktivität rechtsextremer Milieus« ist, »*nicht* aus nationalistischen Ideologien« rechtsextremer Organisationen stammt, *sondern* – wie es heißt – aus der »Angst vor Arbeits- und Chancenlosigkeit (resultiert), die sich in der These (!) von der Konkurrenz zu Asylanten und Ausländern, die zu zahlreich seien und einem deshalb die Stellen wegnähmen, niederschlägt (!) und ihr Objekt findet«. ⁵

⁵ Shell-Studie, Bd. 1, S. 260

Nationalismus liegt demzufolge nur dann vor, wenn Jugendlichen der Kontakt zum »rechtsextremen Milieu« nachgewiesen werden kann. Wenn sich unter ihren Freunden keine Glatzen oder NPDler befinden, wenn sie nie auf rechten Rockkonzerten waren oder mit Skins nie einige Paletten von Dosenbier geleert haben, dann kann ihre Ablehnung von Ausländern kein Nationalismus sein. Logo! Dass die falsche Erklärung der eigenen sozialen Misere bereits den ganzen Nationalismus transportiert, auf den Deutsche jeden Alters auch ohne Anleitung durch die NPD kommen, ist den Jugendforschern verborgen. Ebenso halten sie es für völlig ausgeschlossen, dass die deutschen Bürger vielleicht von gewählten Demokraten davon überzeugt worden sind, dass »das deutsche Boot« schon Schlagseite hat und ein guter Deutscher deswegen zum verbalen oder schlagfertigen Ausgrenzen jener Menschen mit fremdem Pass berechtigt ist. Und erst Recht hat in ihrem Weltbild der Gedanke keinen Platz, dass Bürger nur deshalb solchen Unfug – von wem auch immer die Reden vom »vollen Boot«, der »Durchrassung« oder »Durchmischung« in die Welt gesetzt worden sind – *glauben*, weil sie sich in ihrer praktisch notwendigen und theoretisch falschen Akkomodierung an die ihnen vorgeetzten Lebensumstände ganz allein zu Überzeugungsdeutschen gemauert haben, welche die nationalistischen Befunde für *zutreffend* halten.

Außerdem, von wegen »*sondern*«: Wenn der Bürger die »Arbeitslosigkeit« den Ausländern in die Schuhe schiebt, handelt es sich, so die Jugendforscher, deswegen nicht um Nationalismus, weil er doch so gute Gründe für seine Ausländerfeindlichkeit hat, nämlich die *Angst* vor Arbeitslosigkeit. Klartext: Weil er selbst *Opfer* ist, deswegen kann er nie zu den *Bösen* gehören, deswegen ist auch seine Ausländerfeindlichkeit eigentlich keine, sondern sozialer Protest gegen drohende Not, die sich bloß »in der These von der Ausländerkonkurrenz *niederschlägt*!« Sein Hass auf Ausländer bildet folglich nur die *äußere Form* eines ganz anderen *Gehalts*. Also kann man die auch irgendwie vernachlässigen, ist sie doch nur äußerlich. Es werden also eine *Lage*, die ökonomische Notlage drohender Arbeitslosigkeit, und *deren Erklärung* zu einem Verhältnis von »Gehalt« und »Form« verdreht.

Die – verkehrte – theoretische Einlassung und ihr objektiver Gegenstand verhalten sich in dieser Wissenschaft deswegen wie Form und Inhalt zueinander, weil die Schuldzuweisung von Jugendlichen an die Adresse der Ausländer gar nicht als geistiger Akt, als bewusster Erklärungsversuch, sondern nur als Angstprodukt, als unbewusste Absonderung von Seelenmüll eingeordnet ist. Nach dieser Verwandlung der – falschen – Erklärung in eine bloße Form kann man von jeder weiteren Befassung mit ihr Abstand nehmen, und die ausländerfeindlichen Konsequenzen theoretisch entschuldigen – obwohl die rabiaten Konsequenzen vieler jugendlicher Rechtsextremer merkwürdigerweise gar nicht zum angeblichen »Gehalt«, also zur ökonomischen Not, sondern nur zur »Form«, nämlich zur Schuldzuweisung an die Ausländeradresse passen. Also wird es sich wohl auch um eine Schlussfolgerung *aus* der Schuldzuweisung, d.h. aus der falschen Erklärung handeln, deren Gegenstand die eigene soziale Notlage ist. Die wäre also zu kritisieren, was jedoch Sache der Jugendforscher nicht ist. Sie erforschen nur, was deutsche Jugendliche denken, und machen sich einen sozialpsychologischen Reim darauf. Alles andere geht sie nichts an.

So denn auch die Feststellung, dass die Rede von den Ausländern, die den Inländern »die Stellen wegnähmen«, nicht einmal den Charakter einer »These« besitzt, die ernsthaft zu überprüfen wäre. Wenn sich nämlich ein deutscher Arbeiter oder Lehrling schon auf die *Konkurrenz* besinnt, in der er sich mit anderen Lohnabhängigen um Arbeitsplätze zu bewerben hat, dann müsste ihm neben dem Ausländer eigentlich jeder *deutsche Mitbewerber* gleichermaßen als ein Konkurrent einfallen, der ihn um den Arbeitsplatz bringen könnte. Denn die Konkurrenz um Arbeit, die Menschen ohne eigene Geldquelle dazu nötigt, sich wechselseitig die heute knapp gehaltenen Arbeitsplätze zu bestreiten, ist erst einmal eine rein *ökonomische* Angelegenheit. Und als solche ist sie brutal genug. Jetzt soll der Skandal der Konkurrenz aber allein darin liegen, dass sich die Falschen, eben die Ausländer, auch noch an ihr beteiligen dürfen. Es gehört schon einiges dazu, sich die Erfahrung, dass die Ausländer gerade deswegen mit den Deutschen in der selben Schlange im Arbeitsamt anstehen, weil sie die gleiche Angst um »Arbeits- und Chancenlosigkeit« umtreibt, aus dem Kopf zu schlagen. So etwas schaffen Inländer⁶ nur, wenn sie die ausländischen Bewerber einfach aus dem Kreis der *berechtigten* Konkurrenten ausgrenzen. In der *politischen* Vorsortierung der Konkurrenz offenbart sich der ganze Nationalismus: Deutsche Arbeitsplätze nur für Deutsche, besser: Konkurrenz um deutsche Arbeitsplätze nur für Deutsche!⁷

Die befragten Jugendlichen erklären sich also – ebenso wie ihre Altvorderen – »ihre eigene Lebenssituation« nationalistisch und *verharmlosen* damit auch noch die kapitalistische Gemeinheit, die Angewiesenheit auf Einkommen von den Lohnarbeitern als Konkurrenzkampf gegeneinander austragen zu lassen. Sie ziehen aus ihrem *Deutschsein* den Schluss, dass dann auch nur ihnen die hiesigen Arbeitsplätze – übrigens: was ist an denen eigentlich deutsch? – zustehen. Ihre *Angewiesenheit* auf Geld für Arbeit, die sie mit den Ausländern *teilen*, verwandeln sie in den *Rechtsanspruch*, der ihnen qua Staatsbürgerschaft bzw. Volkszugehörigkeit im Gegensatz zu den Ausländern zukommt. So funktioniert ihr Nationalismus.⁸ Deswegen will hier auch häufig genug nur ein *nationalistisches Rechtsbewusstsein* bedient, nicht aber Geldmangel beseitigt werden. Der ließe sich nämlich wirklich am besten dadurch bekämpfen, dass alle Konkurrenten um Arbeitsplätze – Inländer und Ausländer – sich zusammenschlossen, gleich ein »Zusammenhang zwischen den Beschäftigten und den Unbeschäftigten«⁹ herstellen würden, um die Betriebe ganz undeutsch zur Zahlung zu nötigen.

⁶ Und entsprechende nationalistische Fehldeutungen gibt es immer auch bei den Ausländern, bei denen im Inland und bei denen im Ausland.

⁷ *Arbeitslosigkeit* soll also bekämpft werden, indem neue Arbeitslose produziert werden! Die Rechnung, welche ausländische Beschäftigte gegen inländische Arbeitslose aufrechnet, sich also ca. 2,3 Mio. ausländische beschäftigte Arbeitskräfte in eine Reduktion der deutschen Arbeitslosen um eben dieselbe Zahl übersetzt, zählt schlicht *nur deutsche Arbeitslose*. Das Rechenexempel rechnet nämlich gar nicht vor, wie es zu *neuer Beschäftigung* kommen kann, sondern schlägt nur eine *Umverteilung* zwischen *ausländischen Beschäftigten* und *inländischen Unbeschäftigten* vor. Dabei nimmt es für Ausländer rücksichtslos jene Notlage ideell in Kauf, die es für sich und seine Volksgenossen gerade überwinden möchte.

⁸ Deswegen ist diese Sorte nationalistischer Beschwerde über die eigene Notlage nicht mit einem falschen Kampf um Arbeit und Einkommen zu verwechseln.

⁹ K. Marx, Das Kapital Bd. I, S. 670

4. Nationalismus kommt von der Anfälligkeit

Mit ihrem »*sondern*« bringen die Forscher zugleich zum Ausdruck, dass sie sich Nationalismus eigentlich nur als Resultat von *Manipulation* vorstellen können: Nur wenn jemand auf die »Attraktivität rechtsextremer Milieus« hereinfällt, kann er jene Einstellung offenbaren, die eigentlich gar nicht zu seinem Wesen passt und deshalb auch nie das Resultat bewusster politischer Überlegungen darstellt. Dem Manipulations*interesse* des rechten »Milieus« entspricht die *Anfälligkeit* auf Seiten der Opfer. Das heißt: Wenn Deutsche, deutsche Jugendliche zumal, sich die Haare rasieren und die Springerstiefel schnüren, dann kann dies nur daran liegen, dass sie rechtsextremen *Verführern* in die Hände gefallen sind, deren »attraktives Milieu« – übrigens: was muss eigentlich in Köpfen passiert sein, um Kampfsaufen, das Grölen von Hetzliedern und die Einschwörung auf »Kameradschaften« attraktiv zu finden¹⁰ – sie gefügig für die Übernahme »nationalistischer Ideologien« gemacht hat. All diese sozialpsychologischen Versuche, die Ausländerfeindlichkeit aus Anfälligkeiten *für sie* zu erklären, sind nicht darin zu kritisieren, *dass* die Forscher sich dafür interessieren, warum Jugendliche bei solchen rechtsradikalen Gangs *mitmachen*. Sie sind allein deswegen so albern, weil sie eigentlich etwas ganz anderes erklären, nämlich die *Verbreitung* des ausländerfeindlichen Rechtsextremismus. Deswegen müssen sie immer *voraussetzen*, was sie *erklären* wollen: Den Rechtsextremismus selbst. Den *gibt* es einfach als das »rechtsextreme Milieu«, und dieses Milieu selbst darf man zunächst nicht weiter mit der Frage belästigen, wo und weshalb es sich wohl gebildet hat.

Dass sich das Milieu aus sich selbst heraus erklärt, dass folglich *alle* Mitglieder so einer rechtsextremen Kameradschaft auf das Milieu *hereingefallen* sind, das sie selbst *bilden*, kann schlechterdings nicht sein, weil auf diese Weise das Milieu ganz mit denen zusammenfällt, die auf es fliegen. Als Rechtsextremismuserklärung *hebt* sich diese gruppenpsychologisch argumentierende Theorie selbst *auf*. Die dem Befund zugrunde liegende Sortierung nach Gut und Böse, nach Verführern und Verführten löst sich erneut ganz in das Interesse auf, die deutsche Jugend vor der Nationalismuskritik in Schutz zu nehmen.

Übrigens kann und soll nicht bestritten werden, dass sich Jugendliche den Skin-Gruppen anschließen, auch ohne dass sie selbst schon Fans von Ausländerdrangsalierung sind. Weiblichen Jugendlichen mag es gefallen, dass da männliche Jugendliche den Ton angeben, wie dies zum Ehrenkodex deutscher Jungmannen gehört. Männliche Jugendliche mögen tatsächlich etwas an der dort herrschenden Kameradschaft finden, die sich für sie von dem andauernden Kleinkrieg in jenen Familien, in der jede Geldausgabe einen Streit auslöst, und von dem dauerhaften Gegeneinander in den schulischen und betrieblichen Konkurrenz-

¹⁰ Den Forschern leuchtet also ein, dass so etwas für Jugendliche attraktiv sein kann und ist. Sie liegen nicht ganz falsch, denn wenn man Kids vorher Gemeinschaftlichkeit als Wert gepriesen hat, wenn sie ihre Väter dabei beobachtet haben, wie sie beim Wettsaufen Punkte machen, und wenn bei ihnen der Schulunterricht über jenes Hetzlied gut ankommt, das für sie den »brüderlichen« Einsatz für die »Freiheit des Vaterlandes« vorsieht, dann fällt es ihnen leicht, all dies in dem rechtsradikalen »Milieu« wiederzufinden.

beziehungen unterscheidet. Es muss den ersten Kontakt zu Glatzen wirklich kein ausländerfeindliches Motiv bestimmen. Doch kommt keiner dieser Heranwachsenden um eine Entscheidung, ob er in der »Gruppe« weiter mitmachen will oder nicht, herum, wenn diese offenbart, dass sie ihm keineswegs einfach die fehlende Familie ersetzen will, sondern von ihm die Teilnahme am »Kanaken-Aufklatschen«, dem zentralen Gruppenzweck, erwartet. Und spätestens, wenn ihm dann als »Feuertaufe« das Anzünden eines Asylantenheims abverlangt wird, muss er Farbe bekennen. Dazu gehört auch die Verarbeitung der Erfahrung, dass auch diese »Kameradschaft« streng hierarchisch organisiert ist und alle später dazu Gestoßenen und weniger Mutigen die Fußabtreter für den Rest der Mannschaft sind. Folgt er und bleibt er, ist er einer, der dazu gehört, und kann nun selber treten. Wenn nicht, dann nicht! Letztlich kürzt sich also das Argument von den vielen gänzlich *unpolitischen* Skins heraus: Ohne die einschlägigen Zwecke der Gruppen irgendwie zu teilen, *bleibt* niemand in ihr und erklärt niemand den Bund der Glatzen zu *seiner* Clique.

Damit ist zugleich der nächste Fehler der Manipulationstheorie angesprochen: Wenn große Teile dieser Jugend der Ansicht sind, es würden zu viele Ausländer in Deutschland leben, dann soll das, behaupten die Shell-Wissenschaftler, deshalb keine nationalistische Ausländerfeindlichkeit sein, weil diese Heranwachsenden gar *nicht selbst* auf diese »Ideologie« gekommen sind. Ihnen mag man so etwas nicht zutrauen, schon gar nicht einer großen Zahl von ihnen. Eine *willentliche* Entscheidung, bei diesen »Kameradschaften« *wegen* ihrer rechtsextremistischen Ausländerfeindlichkeit mitzumachen, leugnen alle Anfälligkeitstheorien. Beim »Fidschi-Aufmischen« machen sie nur wegen der »sozialen Kontakte«, des vorgängigen Alkoholkonsums und der anschließenden musikalisch ausgestalteten Siegesfeier mit. Dass sich diese mehr oder weniger lockeren Gangs nicht zufällig Ausländer oder was sie dafür halten, also auch »Undeutsche« wie Obdachlose und »Anti-deutsche« wie Linke aufs Korn nehmen, verschwindet hinter der psychologischen Konstruktion eines Menschen, der sich »attraktiven Milieus« nicht deswegen anschließt, weil eigene Interessen und die Anliegen, um die sich das »Milieu« entwickelt, zusammenpassen, sondern weil sie ihm als »Ersatz« für *fehlende* Bindung, Nestwärme, Geborgenheit, Anerkennung in den gesellschaftlich wertvollen Milieus wie Kindergarten, Familie, Schule, Sportverein oder Kirche dienen.

So wird aus dem bestimmten Willen und dem konkreten Interesse als Motiv, bei Skins oder der NPD mitzumachen, ein negativer Grund, nämlich die *Abwesenheit*, *Unzugänglichkeit* oder *Fehlkonstruktion* der eigentlich herbeigesehnten moralisch wertvollen Milieus. Es bleibt das ewige Geheimnis des psychologischen Ratschlusses, warum sich etwa der *versagte* Wunsch nach intakter Familie im Umbringen von Ausländern austobt. Als wenig überzeugend erweist sich auch der nachge-reichte Befund dieser intimen Kenner der menschlichen Seele, dass dies keineswegs so sein *müsse*, da sich der *Frust* über die zerbrochene Familie auch anders, z.B. in tiefer Depression, gestärkter Leistungsmotivation, Homosexualität oder im Sektananschluss *äußern könne*. Dem Inhalt des Arguments nach stellt dies eine wissenschaftliche Bankrotterklärung dar: Denn dem benannten Grund der Anfälligkeit für *rechtsextreme Milieus* wird zugleich bescheinigt, er könne Grund für *alles mögliche* sein. Dass ihm damit seine Erklärungskraft gerade bestritten wird,

gilt in der Psychologie umgekehrt als Gütezeichen der Disziplin, die es sich »nicht so einfach« macht, »multikausales« Vorgehen favorisiert und auf diese Weise ungerührt behauptet, dass nichts das ist, was es ist. Alles muss darauf befragt werden, was »dahinter« steckt, welch verborgene und nur dem Psychologen zugängliche Seelenpein sich hier eine Ersatzbefriedigung verschafft. Überhaupt liegt man als Psychologe nicht falsch, wenn man so ziemlich jedes Handeln auf »Ersatz-« herunterbringt; besonders das Handeln, das diese Gesellschaft als *Störung* ihres Funktionierens deutet – Neofaschisten, Kriminelle, Drogenmilieus, Schülergewalt usw. –, wird als Ersatzhandlung gedeutet, weil es irgendwie nicht sein kann, dass solche Bürger das wollen, was sie tun.¹¹

Übrigens wenn – um auch dies noch einmal zu unterstreichen – dem sachlichen Gehalt nach dieselbe Ausländerfeindlichkeit, dieselbe Diskriminierung, dieselbe Gewalttätigkeit *legal*, d.h. als demokratisch verabschiedete und *rechtsstaatlich abgesegnete Politik* stattfindet, fragt kein Psychologe, welche Frustration, welcher Aggressionsstau, welche frühkindliche Traumatisierung sich in der Beschlussfassung und Durchsetzung von Ausländerrecht bei Kanther und Schily, bei Kohl und Schröder, bei Fischer und Westerwelle ihren »Ersatz« sucht.

4. Nationalismus kommt von den Ausländern

Belegt wird die Behauptung, Ausländerfeindlichkeit resultiere aus »schlechteren Lebensbedingungen«, zusätzlich mit dem für bedeutsam erachteten Befund, dass »Ausländerfeindlichkeit offenbar nicht aus persönlichen *Erfahrungen* mit Ausländern resultiert; im Gegenteil.«¹² Da die Autoren der Studie diesen Umstand für »besonders erwähnenswert« halten, muss man wohl davon ausgehen, dass sie so etwas nicht nur angenommen haben, sondern es zudem für durchaus *vorstellbar* erachten, dass häufiger persönlicher Kontakt zu Ausländern einen braven deutschen Jugendlichen zu dem empirischen Schluss führt, dass die Ausländer stinken, stehlen, unsere Arbeitsplätze besetzen, es ihnen hier einfach zu gut geht, sie vom deutschen Sozialstaat alles nachgeschmissen bekommen usw. Dass ein derartiges Urteil über Ausländer notwendigerweise die Erfahrungen mit ihnen bereits durch die nationalistische *Brille* der Ausländerfeindlichkeit bewertet und einordnet, kann den Shell-Forschern nur deswegen nicht eingefallen sein, weil sie diese Brille offensichtlich selbst tragen. Es verhält sich eben exakt umgekehrt, als die Studie es unterstellt: Nicht Erfahrungen – die eben nichts anderes als ein Haufen *singulärer* Eindrücke von diesen und jenen Menschen, mit ihren spezifischen Lebensumständen, ihrer Freundlichkeit oder Unfreundlichkeit, ihrer Gläubigkeit oder Ungläubigkeit, ihrer Gesetzestreue oder -untreue, ihren fremdartigen Gerichten oder ihrer Assimilation an Bratkartoffeln, Currywurst und Grünkohl sind –, also: nicht *Er-*

¹¹ Dazu noch einmal der Verweis auf einen besonders brutalen Gipfel dieser Geheimwissenschaft: G. Vinnai, Fremdenfeindlichkeit und die Linke, in: Bremer Lehrerzeitung, 01-2001.

¹² Im Text heißt dies: »All das gibt mit gebotener Vorsicht (!) dazu Anlass (!), als Hintergrund (!) für hoch ausländerfeindliche Einstellungen schlechtere Lebensbedingungen ... zu behaupten (!).« (Bd. 1, S. 258)

fahrungen machen *ausländerfeindlich*, sondern die *ausländerfeindliche Brille* bestimmt die *Deutung und Sortierung von Erfahrungen*. Und weil das so ist, braucht es keinen einzigen persönlichen Kontakt auch nur zu einem einzigen Ausländer, um alle geschlossen ideell des deutschen Landes verweisen zu wollen.¹³

5. Nationalismus ist undeutsch

Bleiben noch die *Verführer* selbst. Dumm ist es, dass auch sie *Deutsche* sind, also eigentlich zu den *Anfälligen* gehören. Viel schöner wäre es für die Forscher, wenn es sich bei den Anstiftern zur Ausländerfeindlichkeit selbst um Ausländer handeln würde. Das sind sie jedoch eindeutig nicht. Aber vielleicht handelt es sich ja wenigstens um Undeutsche. So ähnlich muss – wie bereits berichtet – der eine oder andere Politiker auch gedacht haben, weswegen er den harten Rechtsextremen auch »einprügeln wollte, dass sie keine guten Deutschen« (Stolpe) sind. Zur Erklärung der Verführer muss dann entweder die *verfälschte* Menschennatur mit ihren »xenophoben« Instinkten und »aggressiven« Trieben herhalten, die Erfahrung »autoritärer Verhaltensmuster«¹⁴ wie Prügel in der Familienerziehung oder die eine oder andere unkontrollierte verbale ausländerfeindliche *Entgleisung* von Politikern.¹⁵

Fazit: Diese jungen Deutschen sind – erklären die Jugendforscher im Auftrag ihrer Tankstelle – ziemlich in Ordnung, obwohl große Teile von ihnen sich dem Urteil anschließen, dass »bei uns zu viele Ausländer leben«. Aber das hat ja mit Ausländerfeindlichkeit ebensowenig zu tun wie das Asylgesetz, die Abschiebungsverordnungen oder das Schengener Abkommen. Aus Nationalisten, also aus Hurratrioten, besteht die deutsche Jugend schon gar nicht. »Man könnte sagen: was Deutschland angeht, hat sie ein gesundes (!) Selbst- bzw. Fremdbild.«¹⁶ Aber dafür muss man sie eben auch »als Deutsche« nach ihrer Stellung zu »den Ausländern« befragt haben.¹⁷

Andere Sozialwissenschaftler gehen nicht so ungerührt zur Tagesordnung über, sondern machen sich aus ihr ein Problem; zumal dann, wenn ihre alten Deutungen des Rechtsextremismus und die daraus abgeleiteten praktischen sozialpädagogischen Schlussfolgerungen nicht mehr gefragt sind oder gar auf dem Index stehen. Manche werden sogar zu Kritikern der Staatskampagne gegen rechts.

¹³ Das funktioniert nach jener brutalen Ausschluss-Logik, die nur solche Erklärungen zulässt, die ins Konzept passen: Wenn Ausländerfeindlichkeit überhaupt nur aus »persönlicher Erfahrung« oder von »schlechten Lebensumständen« stammen kann, dann bleiben nur noch die Lebensumstände, wenn Erfahrungen einfach nicht vorliegen.

¹⁴ Shell-Studie, Bd. 1, S. 260

¹⁵ Vgl. dazu Kapitel 13

¹⁶ Shell-Studie, ebda., S. 325

¹⁷ Keinen Aufschluss gibt die Studie übrigens darüber, wie viele Jugendliche die Fragerei dieser Sozialwissenschaftler als nationalistische Indoktrination zurückgewiesen haben.

Kapitel 13

Heitmeyers Kampagnenkritik: Idealistische Versöhnung mit dem Kritisierten

1. Sozialwissenschaft und Politik

Zu Beginn der 90er Jahre konnte der Eindruck entstehen, dass Politiker in Fragen des Rechtsextremismus den Analysen von Sozialwissenschaftlern *folgen*. Das Material für diesen Schein lieferte die bis vor kurzem bestehende *Übereinstimmung* von politischen und wissenschaftlichen Urteilen über die jugendlichen Ausländerfeinde. Diese wurden als eine Minderheit sozial desintegrierter und desorientierter Jungdeutscher eingeordnet. Politisch ausgerichteten Rechtsextremismus oder gar Neofaschismus mochte man an den Tätern von Rostock, Mölln und Solingen nicht so recht erkennen; falsche Verarbeitung von Problemen, die ihnen die »Risikogesellschaft« mit ihren »Individualisierungstendenzen« bereitet, aber immer. Die Konsequenzen, die Politiker, Sozialpädagogen und Justiz aus den Befunden zogen, entsprachen dem Bild, das man sich von den rechtsradikalen Schlägern zurechtgelegt hatte: Verurteilt wurden »rohe Gewalttaten«, deren politische Motivation trat in den Hintergrund – was angesichts der offiziellen Hetze gegen Ausländer damals nicht verwundern konnte. Sozialpädagogen erfanden die »akzeptierende Jugendarbeit«, mittels derer ausgesuchte Rechtsextreme gerade unter Ausblendung ihrer Ausländerfeindlichkeit als hilflose Gesellschaftsopfer »akzeptiert« und wieder in die Gesellschaft »integriert« werden sollten.

Mit dem »Aufstand der Anständigen« aus dem Jahre 2000 wird dieser Eindruck demontiert und jedermann kann sich nun, wenn er nur will, ein zutreffendes Bild vom Zusammenhang zwischen Politik und Sozialforschung machen. Aus politischen Gründen korrigiert die hiesige Führungsmannschaft aus Regierung und Opposition ihr Bild vom desintegrierten jugendlichen Ausländerfeind. Sie stellt es geradezu auf den Kopf, denn nun handelt es sich bei denselben Glatzen und der NPD um »braunes Gesocks«, um politische Überzeugungstäter, die in der Gemeinde der anständigen Deutschen nichts verloren haben. Der inzwischen von der Politik für unpassend erklärte völkische Nationalismus von Teilen der guten Deutschen begründet diese Kampagne gegen Rechtsextremismus und gibt ihr Ziel und Mittel. Aus den »verirrten Modernisierungsopfern« ist nun eine Gefahr für die deutsche Demokratie geworden, der mit der ganzen Härte des Rechtsstaats begegnet werden soll und wird.

Die über ein gutes Jahrzehnt hinweg gültigen sozialwissenschaftlichen Urteile sind ab sofort *politisch* ohne Belang; besser: sie werden als wissenschaftliche Le-

gitimation eines politischen Standpunkts nicht mehr gebraucht, weil sie zu diesem einfach nicht mehr passen. Und rückblickend wird heute deutlich, dass die Bielefelder Arbeiten auch während der Asyldebatte der 90er Jahre nicht etwa deswegen reüssierten, weil Politiker sie so überzeugend fanden, sondern weil sie eine Affinität zum politischen Zeitgeist aufwiesen – und nur deswegen kamen sie bei Politikern an. Die Jugendforschung von Heitmeyer, Hurrelmann, Möller oder Krafeld gab einem Regierungskonzept, das seine Gründe in einem *asylpolitischen* Anliegen hatte und für dessen Durchsetzung eine kontrollierte Portion Ausländerfeindlichkeit im deutschen Volk durchaus funktional war, die wissenschaftliche Gloriole und sonst nichts. Bei allem kritischen Touch, den diese Forschung auszeichnet, ist denn auch nichts anderes herausgekommen als eine theoretische Parteinahme für den Standpunkt, dass unsere Nachkriegsdemokratie nie im Leben der Grund sein kann für Neofaschismus und Rechtsextremismus. Denn eigentlich gibt es den gar nicht, die Ausländerfeindlichkeit der Glatzen ist nur der Schein, äußere Form, hinter der sich in Wirklichkeit »Modernisierungsoffer« verstecken, denen – nicht etwa mit Arbeit, Verdienst und ordentlicher Unterkunft, wie es der sozialwissenschaftlichen Opferlogik eigentlich entsprechen würde, sondern mit guten Worten – mit Werteerziehung geholfen werden muss, damit sie sich wieder unauffällig in die Gesellschaft integrieren.¹

Diese Sozialwissenschaft, welche noch nie Politik *begründet* hat, hat jetzt auch als wissenschaftliche *Legitimation* herrschender Politik ausgedient. Die macht heute klar, dass sie ganz ohne die Resultate des angestrebten Forschens der Sozialwissenschaftler auskommt. Die Gründe ihres politischen Tuns sind ganz von dem Interesse diktiert, die deutsche Nation voranzubringen und alle inneren und äußeren Störungen – und seien es auch »nur« Störungen in Gestalt einer nicht mehr funktionalen Volkseinstellung zur Ausländerfrage – beherzt zu beseitigen. Dafür braucht es Sozialwissenschaft nicht, hat es sie noch nie gebraucht. Manchmal greift die Politik auf Theorien zurück, um ihrem Interesse den *Schein* von wissenschaftlicher Begründetheit zu verleihen. Abhängig macht sie aber von der Überzeugungskraft der Elaborate solcher geistigen Dienstleistung und ihrer Akzeptanz in der Öffentlichkeit nichts. Die »Kampagne für Toleranz und Menschlichkeit« hat sie sogar ganz ohne wissenschaftlichen Beistand aus dem Boden gestampft und es war ihr vollständig gleichgültig, ja nicht einmal ein Problem, dass die ehemals zur theoretischen Einnordung der gehobenen Stände, Feuilletonleser und der Intelligenz eingespannten Sozialwissenschaftler auf einmal fürchterlich alt aussahen. Die Vertreter der *Macht* hat es noch nie gekümmert, wenn die Repräsentanten des *Geistes* aus ihrer eingebildeten monströsen Selbstüberschätzung, sie würden kräftig mit am Rad der Zeit drehen, gerissen und unsanft darauf verwiesen werden, dass sie im Kapitalismus überhaupt nur als Zeitgeistmoderatoren öffentliche Karriere machen.

¹ Vgl. dazu F. Huisken, Zur Kritik von W. Heitmeyers Rechtsextremismustheorie: Theoretisch desorientiert – politisch orientiert, in: deutsche jugend 11/93

2. Akzeptierende Jugendarbeit aus dem Verkehr gezogen

Explizit und stellvertretend für den ganzen einschlägigen Wissenschaftlerstall hat der Erfinder der »Akzeptierenden Jugendarbeit«, F.J. Krafeld, dann in allen überregionalen Tageszeitungen sein Fett abbekommen. Wohlgermerkt, mit vernünftiger Kritik haben diese von Häme und geheuchelter Empörung getragenen journalistischen Verrisse nichts zu tun. Sie haben eine alte Kritik aus dem linken Lager ausgedudelt² und dieser ihren eigenen Steuerzahlerstandpunkt untergejubelt: Um »*Glatzenpflege mit Staatsknete*« handelt es sich, wussten jene Schreiberlinge plötzlich, die noch vor kurzem einfühlsame Berichte über diese »viel Engagement erfordernden Integrationsbemühungen um verirrte Jugendliche« verfasst hatten. Dabei war dieser linke Spruch ursprünglich schon ein wenig anders gemeint: Er sollte auf die mit »Knete« unterfütterte Affinität zwischen staatlicher Ausländerpolitik und einem sozialpädagogischen Integrationskonzept verweisen, das von der wissenschaftlichen Leugnung des Rechtsextremismus bei den Rechtsextremisten lebt. In der ZEIT, der Süddeutschen Zeitung oder in der FAZ taugt diese schamlose Anleihe nun dazu, um sie in ihr Gegenteil zu verdrehen.³ Aus dem damaligen Verweis, der auf die *Unwilligkeit* und *Unfähigkeit* der demokratischen Geistes- und Machtelite aufmerksam machen wollte, tatsächlich den Neofaschismus als *politisches Konzept* und ihren notwendigen Zusammenhang mit dem demokratischen Kapitalismus zu *kritisieren*, wurde nun abgeleitet, dass so etwas völlig *unnötig* ist, weil Rechtsextremisten nicht von Sozialpädagogen integriert, sondern von den Repräsentanten der Staatsgewalt desintegriert, aussortiert, verboten und weggesperrt *gehören*. Das Argument, das schon den Antrag auf das NPD-Verbot begleitete, es sei nicht länger hinnehmbar, dass diese Partei einen Anspruch auf Steuergelder besitzt, mussten sich nun die um ihre Jobs bangenden Sozialpädagogen anhören: Kein Steuergroschen mehr für die »Akzeptierende Jugendarbeit«! Als ob die alternativ empfohlene Behandlung der Glatzen durch Polizei, Justiz und im Gefängnis nicht ebenfalls die eine oder andere Mark kosten würde! So war denn aus der Parole, die auf eine politische *Nähe* zwischen demokratischer Staatsgewalt und Ausländerfeindlichkeit der Straße aufmerksam machen wollte, das Gegenteil geworden: Die Begründung für die hartnäckigste *Verfolgung* der Rechtsextremen *durch* die Staatsgewalt.

3. Kampagnen-Schelte

Nun ist es allerdings die eine Sache, wenn die Politik die Sozialwissenschaft mal wieder sehr eindeutig auf ihre recht reduzierte Rolle als Ideologieproduzentin stößt, aber eine ganz andere Sache ist es, wie die betroffenen Wissenschaftler diesen objektiven Sachverhalt für sich zur Kenntnis nehmen und wie sie mit ihm umgehen. W. Heitmeyer – er steht nun einmal für die Bielefelder Forschung und wird

² Vgl. dazu F. Huisken, Über das Versagen der Sozialpädagogik im Kampf gegen den Rechtsextremismus, in: standpunkt: sozial, 3/93

³ Vgl. ZEIT vom 10.8.2000, Süddeutsche Zeitung vom 12.8.2000, FAZ vom 16.8.2000

auch als ihr Aushängeschild eingesetzt – wenigstens hat sich weder schmolldend zurückgezogen noch hat er sich explizit bemüht, »seinen Ansatz« dem neuen politischen Wind anzupassen. Gefragt wie eh und je, hat er sich vom sozialwissenschaftlichen Konzeptlieferanten für Jugend- und Familienministerien zum *Kritiker* der aktuellen Kampagne gemausert; und zwar zu einem Kritiker, der den Protagonisten der Kampagne so einiges vorwirft: In ihrer Kampagne würde »die finanzielle Standortgefährdung gegenüber der Gefährdung der Menschenwürde überwiegen« und der Eindruck vermittelt, »als ob man das Problem ruck zuck lösen könne, wenn man nur entsprechend auftrumpfe«; es werde der Rechtsextremismus »verharmlost« und nur ein »neuer Selbsttäuschungsversuch über den Zustand dieser republikanischen Gesellschaft eingeläutet«, den er im Übrigen für ziemlich prekär hält; es würden Politiker mit ideologischer Rhetorik den Rechtsextremen gefährliche Vorlagen liefern, deren »Gewalt legitimieren«. Und Heitmeyer scheut sich nicht einmal, Werte anzugreifen, etwa wenn er sich bemüht, den Begriff der Toleranz zu »problematisieren, weil der oft nichts anderes als Duldung meint«. Das NPD-Verbot kritisiert er ebenso wie er das Fehlen von »ursächlich bezogenen Maßnahmen« beklagt usw.⁴

Diese Abrechnung bedarf einer Analyse. Denn was auf den ersten Blick als Verriss erscheint, dem so mancher kritische Begutachter der Staatskampagne erst einmal zustimmen wird, erweist sich schlussendlich als Produkt des Interesses, sich *konstruktiv* in das Kritisierte *einzumischen*, und leistet deshalb nichts als eine *idealistische Versöhnung* mit jener Politik, deren Kampagne er angreift.

Ein Artikel von W. Heitmeyer vom August 2000 beginnt folgendermaßen: »In den vergangenen vierzehn Tagen schien es so, als überwiege in der Diskussion um den Rechtsextremismus die Gefährdung des Standorts gegenüber den Gefahren für die Menschenwürde.«⁵

Die Darstellung, derzufolge in der Politik gegen den Rechtsextremismus zwei Linien in einem erbitterten Streit miteinander liegen und in diesem Streit zwischenzeitlich die Vertreter der Position »Standortgefährdung« gegenüber der Position »Menschenwürde« die Oberhand gewonnen hätten, ist eine Erfindung, die allein auf das Konto von Heitmeyers guter Meinung über die Politik geht. Die Initiatoren der Kampagne haben nämlich von vornherein gar keinen Zweifel daran gelassen, dass sie den Rechtsextremismus allein unter *einem* Gesichtspunkt betrachten: Durch rechtsextremen, völkischen Nationalismus wird nationale Standortpolitik gestört. Deswegen »*schien es*« auch nicht, sondern *verhält* es sich so, dass »der Standpunkt Standortgefährdung« die Debatte bestimmt. Mit der Relativierung des unzweifelhaften und öffentlich gemachten politischen Interesses der Regierung – »Wir lassen uns nicht von der Straße unsere Ausländerpolitik diktieren.« (Schrüder), »Es gilt zwischen Ausländern, die uns nützen, und solchen, die uns ausnützen, zu unterscheiden!« (Beckstein) – macht Heitmeyer nur deutlich, welchen Maßstab *er* für die Politik gegen Rechtsextremismus gerne zur Anwendung gebracht hätte: die

⁴ Diese und alle folgenden Zitate aus: taz 2.8.2000, Neue Westfälische 5.8.2000, Süddeutsche Zeitung 30.8.2000 und Manuskript für eine Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion am 6.9.2000.

⁵ Der Artikel in der Süddeutschen Zeitung ist im Kasten dokumentiert.

GEFÄHRLICHE SELBSTÄUSCHUNG¹

Rechts kommt nicht aus dem Nichts

Von Wilhelm Heitmeyer

In den vergangenen vierzehn Tagen schien es so, als überwiege in der Diskussion um den Rechtsextremismus die Gefährdung des Standorts gegenüber den Gefahren für die Menschenwürde; als wäre das Problem neu und als könnte man es schnell lösen. Damit aber würde diese Gesellschaft versuchen, sich über ihren eigenen Zustand etwas vorzumachen.

Es ist zu fragen, ob sich die Debatte ums Verbot der NPD nicht in eine Entlastungsfalle hineinmanövriert. Kommt die Vorprüfung zu einem negativen Ergebnis, dann erschiene diese Partei verfassungsgemäß, was positive Auswirkungen auf die Mitläufer hätte. Kommt das Verfassungsgericht zum negativen Urteil, dann hat dies positive Auswirkungen auf die Parteioorganisation. Und wenn das Verbot erfolgreich wäre, könnten sich die Gewalttäter zu politischen Märtyrern stilisieren. Auch gibt es die Wirkungsfalle, denn aufgrund der Verbote der 90er Jahre dürften wir die heutigen Probleme angesichts unterstellter Wirksamkeit gar nicht haben. Noch prekärer ist die Repressionsfalle mit schärferen Gesetzen. Die liberale Demokratie bliebe auf der Strecke – genau das, was die Rechtsextremen wollen. Es ist Vorsicht angebracht, damit eine Politik sozialer Sicherung nicht zu einer Politik öffentlicher Sicherheit wird.

Zahlreiche Widersprüche zwischen Rhetorik und Handeln sind derzeit erkennbar. Die Debatte ist defensiv und hechelt den Rechtsextremisten hinterher. Man setzt am Ende der Entwicklungsprozesse von menschenfeindlichen Einstellungen an, die in die Wählerschaften der demokratischen Parteien hineinragen und auf die man bei knappen Wahlentscheidungen angewiesen ist. Diese Einstellungen verdichten sich zum Rechtsextremismus, wenn Gewalt hinzukommt und sich in Gruppen organisiert. Wenn man am Ende des Prozesses ansetzt, geht das Interesse daran verloren, in welchen Stadien menschenfeindliche Einstellungen und Gewalt entstehen.

Das sind eben Neonazis.

Es wird oft so getan, als wären die Rechtsextremisten Sonderfälle in einer ansonsten intakten Gesellschaft; diese moralischen Entlastungsstrategien und Abschirmungsinteressen gehören auf den Prüfstand. Der Blick ist auf die Mitte der Gesellschaft zu lenken, weil dort Probleme entstehen, deren Auswirkungen sich am rechtsextremen Rand zeigen. Die Umdeutungsaktivitäten – nämlich: die Probleme zu personalisieren (»Das sind eben Neonazis«), zu pathologisieren (»Verrückte«) oder zu biologisieren (»Gewalttäter«) – geraten leicht zur moralischen Selbststilisierung und müssen zur politischen Selbstentlastung erhalten. Rechtsextremismus setzt sich aus einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen und Gewalt zusammen. Diese Ideologie wird auch von Teilen der Eliten dieser Gesellschaft produziert und gewinnt umso größere Legitimation für die Gewalt jener Gruppen, je höher die soziale Position dieser Elite ist. Das beginnt schleichend, mit Unaufmerksamkeiten, beispielsweise wenn Wissenschaftler die Ausschwitzlüge propagieren und der Historikerverband nicht bemerkt, dass sein Verbandstag von dem rechtsextremen Verlag gesponsert wird, der Bücher zur Ausschwitzlüge publiziert. Dazu gehört das Wort eines Konzernvorstandes, der von »Wohlstandsmüll« sprach. Und dazu gehört ein ehemaliger Innenminister eines Bundeslandes, der sich gegen eine durchrasste Gesellschaft aussprach.

Ebenso gefährlich ist der Minister, der zwischen nützlichen und uns ausnützenden Ausländern unterscheidet. Hier beginnt die Ideologie der Ungleichwertigkeit. Die Rechtsextremen radikalisieren diese Position.

Die Probleme beginnen sehr früh, und zwar dort, wo es um Anerkennung von Gleichwertigkeit und Unversehrtheit geht. Die meiste Gewalt wird nicht durch Jugendliche auf der Straße ausgeübt, sondern in Familien erfahren. Damit wird das Recht auf Unversehrtheit verletzt, Respekt geht verloren, Gewalt wird als effektives Handeln erlernt, besonders, wenn die soziale Integration auf dem Spiel steht. Wer einem Verlust an Anerkennung ausgesetzt ist, erkennt auch andere Personen und soziale Normen nicht mehr an. Die Gewaltschwelle sinkt, und wenn dann noch Ideologien der Ungleichwertigkeit vorhanden sind, sowie Gruppen, die über Stärkedemonstrationen noch Anerkennung versprechen, dann ist der Prozess vollendet.

Es gibt also kein abruptes Auftauchen aus dem Nichts. Am Anfang steht oft Angst um Arbeit, Wohnraum und Zugehörigkeit. Verunsicherung bildet den Nährboden. Sie ist in großen Teilen der Bevölkerung, vor allem in Ostdeutschland, vorhanden und verbunden mit jenen scheinbaren Sicherheiten über nationale Identität. Über das inzwischen extrem hohe Maß an Gleichgültigkeit braucht sich niemand zu wundern, wenn hinter vorgehaltener Hand das Recht des Stärkeren gepredigt wird. In radikalisierter Form findet man dies auch bei den Rechtsextremen, hier allerdings nicht individuell, sondern kollektiv, gegenüber Fremden oder Schwächeren. Rechtsextreme Parteien und Organisationen sind die Nutznießer sozialer Desintegrationsängste und -erfahrungen.

Natürlich gibt es Punkte, wo eine positive Anerkennung nicht mehr greift, weil eine negative Anerkennung in rechtsextremen Gruppen viel wichtiger geworden ist. Dann bleibt nur noch massive Repression, um Leben zu schützen. Insgesamt gehören die Integrations- und Desintegrationsprobleme in dieser Gesellschaft auf die Tagesordnung. Dabei geht es um eine doppelte Integrationsperspektive, also von Zugewanderten und von Teilen der Mehrheitsgesellschaft. Deshalb haben auch die Wirtschafts- und Finanzressorts mehr mit unserer Thematik zu tun, als gemeinhin gedacht wird.

Nirgends wird die Brisanz deutlicher als im Alltag von Städten und Stadtteilen, wo Menschen unterschiedlicher sozialer Lagen und ethnisch-kultureller Herkunft zusammenleben, aber die Rückzugstendenzen von Migranten unübersehbar sind. Es ist deshalb notwendig, dass sich die Stadtgesellschaften mehr und intensiver denn je um den Integrationszustand ihres Gemeinwesens kümmern. Das bedeutet auch, dass sich die lokalen Eliten zu Wort melden müssen, was bisher nicht passiert. Aber erfahrungsgemäß wollen die Bewohner sogenannter besserer Gegenden mit dem Thema wenig zu tun haben und legen Distanz zu Fremden an den Tag. Der Lack von angeblich liberaler Toleranz blättert schnell ab, wenn zum Beispiel Symbole einer fremden Religion im eigenen Wohngebiet auftauchen.

Im Übrigen halte ich den Begriff der Toleranz für eher problematisch, weil er oft nichts anderes als Duldung meint, was immer auch eine Art versteckter Abwertung enthält. Toleranz betont das Konfliktlose, je negiert gar Konflikte, die für Gesellschaften, die sich oft in sehr ambivalenten Modernisierungen befindlichen, den Normalfall darstellen. Der angemessene Begriff wäre Anerkennung, was auf ein konflikthafes Ringen um gemeinsam geteilte Prinzipien angelegt ist, auf Unversehrtheit und Gleichwertigkeit. Daher müsste Politik ihre Maxime überprüfen, wo positive Anerkennung verknappt wird, um die Modernisierungsdynamik in Gang zu bringen, aber auch Verlierer oder Verunsicherte produziert werden, die dann auch negative Anerkennung noch als Gewinn verbuchen.

Wir brauchen eine Migrationspolitik, die Anerkennung gibt und gleichzeitig Anerkennung für die egalitären Grundprinzipien dieser Gesellschaft einfordern kann. Die Frage ist, ob Schule bei zunehmender Leistungsanforderung noch andere äquivalente Anerkennungsmöglichkeiten bereithält. In der Familie wäre zu fragen, wie die Anerkennung von Unversehrtheit gesichert werden kann. Die zentrale Frage ist also: Wie kommen wir zu einer neuen Kultur der Anerkennung?

Vor diesem Hintergrund lässt sich leider nicht vermeiden, dass einige Gewissheiten erschüttert werden. Paul Spiegel hat gefordert, dass ein Ruck durch die Gesellschaft gehen müsse. Aber woher soll dieser Ruck kommen, wenn die Mehrheit der Bevölkerung fremdenfeindliche und gleichgültige Positionen einnimmt und sich bestenfalls von Gewalt distanzieren, sich die Möglichkeit alltäglicher Diskriminierungen aber offen hält?

Eine Ächtung dieser Gewalt soll betrieben werden, aber sie wird inzwischen von den Gruppen positiv umgedeutet. Aus Ächtung wird Adelnung, zumindest beim harten Kern. Zivilcourage ist immer richtig, aber ein Appell an Einzelne. Rechtsextremismus ist aber ein Gruppenphänomen, das sich gegen in der Regel rechtlose einzelne Fremde richtet. Dass darüber hinaus mehr Informationen über den Holocaust die jungen Menschen resistenter gegenüber dem Rechtsextremismus machen, lässt sich nicht belegen. Schwierig und letztlich kaum stichhaltig ist die Annahme, dass man verfestigte Vorurteile durch bessere Gegeninformationen verjagen könnte.

Der Autor ist Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld

¹ Aus Süddeutsche Zeitung vom 30.8.2000

Menschenwürde, also den Schutz von betroffenen Ausländern. Dabei stellt er sein menschenfreundliches Anliegen gar nicht als *seinen Antrag an* die Politik – dagegen wäre erst einmal relativ wenig einzuwenden⁶ –, sondern als einen *im* Feld der Politik bereits *real existierenden* Gesichtspunkt vor, der nur etwas in den Hintergrund gedrängt worden ist. Die Tour, eigene Wünsche und nette Bilder von der Politik⁷ als Anliegen vorzustellen, die die Politiker *selbst vertreten*, lebt von dem Wahn einer letztlichen *Interessenidentität* zwischen politischen Zielen und den schönen Vorstellungen von Politik, wie sie der Wissenschaftler pflegt.

Dabei wird auch der Wissenschaftler Heitmeyer die Ausländerpolitik der letzten Regierungen durchaus kritisch zur Kenntnis genommen haben. Doch hat ihn dies nicht von seinem Irrtum befreit, dass Politik das große wertverpflichtete »Eigentlich« ist. Folglich muss man davon ausgehen, dass er sich auch für die Ausländerpolitik der letzten Jahrzehnte nur unter dem Gesichtspunkt interessiert hat, bei ihr immer nur *Abweichungen* von jener Sorte Politik zu entdecken, zu der deutsche Politiker eigentlich verpflichtet sind: Das Ganze humaner, ohne brutale Abschiebung, ohne Abschiebungsknast, ohne Grenzjagden auf Flüchtlinge, mit besserer

⁶ Es käme dann ganz darauf an, was aus dem Umstand gefolgert wird, dass die Politik sich um solche Anträge nicht oder nur dann schert, wenn sie zufällig zu den eigenen Anliegen passen.

⁷ Einmal abgesehen davon, dass die Sache mit der Menschenwürde auch so ihre Tücken hat, wie weiter unten noch gezeigt wird.

Versorgung von Asylbewerbern usw. Das wissenschaftliche Interesse an der Klärung *stattfindender* Ausländerpolitik ist dabei dem Anliegen geopfert worden, sich mit dem eigenen Idealismus kontrafaktisch als *Teil* herrschender Politik zu imaginieren.

Damit hat sich Heitmeyer nicht nur ideell eingemischt, sondern klargestellt, dass er weiterhin die *stattfindende* Politik, versehen mit dem Glanz seiner Ideale von *erfundener* Politik, als real existierende Möglichkeit von *guter* Politik vorstellen möchte. In diesem Sinne geht es zügig weiter: Das NPD-Verbot wird ebenfalls nur noch an Kriterien blamiert, die an dessen Anliegen vorbei gehen: »Es ist zu fragen, ob sich die Debatte ums Verbot der NPD nicht in eine Entlastungsfalle hineinmännovriert. Kommt die Vorprüfung zu einem negativen Ergebnis, dann erschiene (!) diese Partei verfassungsgemäß, was positive Auswirkungen auf die Mitläufer hätte... Noch prekärer ist die Repressionsfalle mit schärferen Gesetzen. Die liberale Demokratie bliebe auf der Strecke.« Abgesehen davon, dass die ganze Debatte nur darauf basiert, dass die NPD als verfassungsgemäße Partei zugelassen *ist* – schon wieder das »(er)schiene« –, interessiert sich der Wissenschaftler gar nicht für die Verbots-Maßnahme, sondern für ihre *möglichen Auswirkungen*. Und da hat er einige zusammengetragen, die erneut voll am Anliegen der Politik vorbeigehen und allein Zeugnis seiner guten Meinung von ihr ablegen. So bleibt die »liberale Demokratie« für Heitmeyer offensichtlich erst dann auf der Strecke, wenn sie jene Rechtsmittel wie Parteien-, Organisations-, Berufs- oder Demonstrationsverbot vermittels ihres Gewaltapparats auch wirklich *einsetzt*, für die sie sich wohlweislich ihre Gesetze *geschaffen* hat. Die rechtsstaatlich bestehenden und rechtsstaatlich immer wieder neu ausgebauten Mittel, knallhart gegen alle zu Systemfeinden erklärten abweichenden politischen Meinungen vorgehen zu können, begründen für den Bielefelder Professor für sich noch keinen Zweifel an der »liberalen Demokratie«; erst die *Anwendung* dieses Repressionsinstrumentariums weckt in ihm den Bedenkenträger. Wozu der Staat sich solche Ermächtigungen wohl in seine Gesetze hineingeschrieben haben mag? Wieder nur Abweichung, vielleicht nicht ernst gemeint und bloß Papier?

Dabei nimmt er die Lanze, die er für Liberalismus und gegen Repression bricht, selbst nicht ernst. Denn gegen das NPD-Verbot und entsprechende Maßnahmen hat er eigentlich gar nichts einzuwenden: »Gegen stärkere Kontrollen und schnellere Aburteilung ist nichts zu sagen«, teilt Heitmeyer der taz mit und kehrt dabei den Realpolitiker heraus. Nur, ob sie wie gewünscht wirken, da ist er sich nicht sicher?! Ob die Faschos nicht immun gegen solchen Zugriff sind – die machen aus ihrer »Ächtung« glatt ihre »Adelung«, wie Heitmeyer durchaus zutreffend feststellt –, ob dies nicht Mitläufer animiert, ob die Demokratie nicht in ein Legitimationsdefizit gerät usw.? Heitmeyer wälzt in seinen Einwänden erneut nur Probleme, die die Politik bei der Anwendung der Rechtsmittel gegen Rechtsextreme gar nicht hat oder die für sie von sekundärer Bedeutung sind: Ihr geht es mit Verboten und Strafen nicht in erster Linie darum, diese möglichen Wirkungen auf die Szene zu vermeiden, sondern politische Straftäter abzuurteilen. Wo käme man da als Staat hin, wenn man den Einsatz seiner *Gewalt* abhängig machen würde von Bedenken der ansonsten durchaus geschätzten Demokratieidealistin. Wo Verbotenes, zumal hochkalibrig Verbotenes entdeckt wird, da muss hart *bestraft* werden. Es hat sich

der Staat nun einmal sein Gewaltmonopol gesichert, um Rechtsbruch zu ahnden. Es hat vom Rechtsstaat her alles seine schönste Ordnung, was da gnadenlos gegen politische Abweichler von rechts – und von links – inszeniert wird: Mittels des Einsatzes des Rechts wird der Täter seiner gerechten Strafe zugeführt, d.h. daran gehindert, weiterhin rechtsbrüchig zu werden. Da konterkariert schon deswegen keine der von Heitmeyer vorgestellten Wirkungen das staatspolitische Anliegen, weil sein Ideal der »liberalen Demokratie« längst durch das Prinzip der »wehrhaften Demokratie« ersetzt worden ist, und weiterhin frech oder gar noch frecher werdende politische Rechtsbrecher mit noch gnadenloserem Einsatz des rechtsstaatlichen Repressionapparats Bekanntschaft machen werden. Nur das wird passieren, wenn die von Heitmeyer ins Feld geführten möglichen unerwünschten Wirkungen eintreten, wenn also die Neofaschisten Zulauf bekommen sollten. So geht die Staatslogik, von der Heitmeyer nichts wissen will und die er seinen geneigten Lesern aus den höheren Ständen anders, eben als Ausfluss von »Menschenwürde« und »Liberalität« darbringen möchte.

4. Politik will einfach nicht wie Wissenschaft sein!

Überhaupt wirft er der Politik vor, sie greife nur an der *Oberfläche* ein, »setze am *Ende der Entwicklungsprozesse* von menschenfeindlichen Einstellungen an«, statt sich dafür zu interessieren, in welchen darunter liegenden »Stadien menschenfeindliche Einstellungen und Gewalt entstehen«. Das hier deutlich werdende Interesse des Wissenschaftlers, den Gründen für Rechtsextremismus auf die Spur zu kommen, soll durchaus begrüßt werden. Doch warum wird daraus ein Vorwurf an die Adresse der bürgerlichen Politik? Keine Frage, Politiker *müssten* eigentlich, meint er in Verwechslung der Rolle von Macht und Geist in der bürgerlichen Gesellschaft, wie Wissenschaftler, also wie er und sein Team, an ihren Gegenstand herangehen. Tun sie es nicht, greifen sie zu kurz und werden schon sehen, was sie davon haben. Wohlgemerkt – und man will ja Heitmeyer nicht Unrecht tun –, hat er nichts gegen »schnellere Aburteilungen« und NPD-Verbote. Nur müsste eben alles durch eine wissenschaftliche Vertiefung, die sich um die *Gründe* des Rechtsextremismus kümmert, ergänzt werden.

Betrachten wir die einmal für sich. Heitmeyer – im Prinzip wärmt er dabei Teile seiner alten Theorien auf – erklärt den Rechtsextremismus so: »Rechtsextremismus setzt sich aus einer *Ideologie der Ungleichwertigkeit* von Menschen und *Gewalt* zusammen.« Dabei beginnen »die Probleme sehr früh, nämlich dort, wo es um *Anerkennung* von *Gleichwertigkeit* und *Unversehrtheit* geht«. Heitmeyer denkt dabei an die Familie, »in der die Probleme beginnen«. Dies setzt sich fort als »Angst um Arbeit, Wohnraum und Zugehörigkeit. Verunsicherung bildet den Nährboden«. Und schließlich sind »rechtsextreme Parteien und Organisationen die *Nutznießler* sozialer Desintegrationsängste und -erfahrungen«.

Das Aparte an dieser Erklärung besteht darin, dass auch sie den Rechtsextremismus, den sie eigentlich *ergründen* will – wie schon die Shell-Studie⁸ –, unerklärt

⁸ Vgl. Kapitel 12

voraussetzt. Denn wenn rechtsextreme Parteien als »die Nutznießer« von »Desintegrationsängsten« vorgestellt werden, dann gibt es diesen Rechtsextremismus bereits und dann interessiert sich Heitmeyer allein dafür, wie sogenannte verunsicherte Jugendliche in dessen Fänge geraten können. Was er nun schon seit zwei Jahrzehnten treibt, ist die Entwicklung von Theorien über die *Anfälligkeit für Rechtsextremismus*. Was er nicht leistet, ist dessen *Erklärung*. Das Quidproquo seiner gesamten Forschung – der Anfälligkeitssachverhalt als Erklärung der Gründe von Rechtsextremismus – mündet erneut in einen abstrusen Zirkel, der die zu erklärende Sache in heiße Luft auflöst: Denn wenn alle Rechtsextremen dadurch erklärt sein sollen, dass sie irgendwann einmal für Rechtsextremismus anfällig geworden sind, fällt der logische Ausgangspunkt dieser Behauptung in sich zusammen. Denn dann kann es diese rechtsextreme Organisation, auf die die ersten Verunsicherten hereingefallen sind, einfach nicht geben; es sei denn, sie ist vom Himmel gefallen, besser: aus der Hölle aufgefahren. Auf sich selbst können die anfälligen Jugendlichen schwerlich wechselseitig hereingefallen sein. Wie auch, wo ihnen doch zunächst gar nichts Rechtsextremistisches anhaftet!

Doch politisch relevant sind die einzelnen Behauptungen, aus denen sich Heitmeyers Anfälligkeitstheorie zusammensetzt. Anfällig werden Jugendliche, so behauptet der Bielefelder Jugendforscher, wenn sie mit »*Ideologien der Ungleichwertigkeit* von Menschen« in Kontakt kommen und diese akzeptieren. Diese Ideologien entdeckt er »in der Mitte der Gesellschaft«, aber nicht nur dort, sondern auch bei den »Eliten«: »Die Ideologie wird auch von Teilen der Eliten dieser Gesellschaft produziert und gewinnt um so größere Legitimation für die Gewalt dieser (rechtsextremen; FH) Gruppen, je höher die soziale Position dieser Elite ist.«

Es lohnt sich, diesen theoretischen Verhauf etwas zu sortieren: Heitmeyer entdeckt also in dieser Gesellschaft, in ihrer »Mitte« und bei ihren »Eliten« jene »Ideologie«, an der er die Anfälligkeit für Rechtsextremismus festmacht, und die sich am »Rand« der Gesellschaft dann als Rechtsextremismus zeigt. Wenn aber diese Ideologie schon so verbreitet ist, dass sie oben und unten, in der Mitte und am Rand existiert, wenn sie also ein gesellschaftlich verbreitetes Phänomen ist, offensichtlich irgendwie zu »unserer Gesellschaft« *dazu gehört*, dann wäre doch schon einmal zu fragen, *warum* das so ist, was der *Grund für die unschöne Zwangsläufigkeit* ihres Auftauchens hierzulande ist.⁹ Doch davon ist Heitmeyer weit entfernt.

⁹ Die Rede von der »Mitte der Gesellschaft« erfährt hier eine neue, zusätzliche Bedeutung. Sollte mit ihr zunächst auf das *Ausmaß* der Verbreitung von Ausländerfeindlichkeit aufmerksam gemacht werden, dann – als die Politik sich dieser Sichtweise anschloss – damit die *Bedeutung* der Kampagne gegen den Rechtsextremismus unterstrichen und zugleich das *Vertrauen* in die zupackende Kraft des Staates im Umgang mit seinen Feinden gestärkt werden, ließ sie sich schließlich auch noch dazu verwenden, »uns alle« *nachdenklich* zu machen und auf die – dann gänzlich von dem gerade angedeuteten Zusammenhang von Gesellschaft und Rechtsextremismus Abschied nehmende – rein psychologische Frage zu stoßen, ob nicht vielleicht »in uns allen« der Rechtsextremismus schlummere, den wir folglich »bei uns selbst« zu bekämpfen hätten, so erfahren wir nun von Heitmeyer, dass »Mitte« ein Synonym für *Masse* ist, die dringend und fast naturgemäß der »Elite« bedarf, um nicht aus dem Ruder zu laufen.

Er sucht nicht nach Gründen, sondern er sucht Schuldige:¹⁰ Wo es sich um eine *Ideologie* handelt, also um eine *falsche* theoretische Fassung der Wertigkeit der Menschen, um eine *falsche* Einstellung zur (Gleich-)Wertigkeit aller Menschen, da haben offensichtlich die für die Volkseinstellung zuständigen *Eliten Fehler* gemacht. Sie haben z.B. fahrlässigerweise gefährliche *Reden* geschwungen – wie etwa »der Minister, der zwischen nützlichen und uns ausnützenden Ausländern unterscheidet«, oder der »Konzernvorstand, der von »Wohlstandsmüll« spricht –, ohne sich über deren »Auswirkungen« auf die »Mitte der Gesellschaft« und auf den »rechtsextremen Rand« klar zu sein.

Das ganze Anfälligkeitssyndrom erschöpft sich also in einer Einstellungsfrage, die auch hier ziemlich manipulationstheoretisch zusammengeschustert ist: Die *Masse* – freundlich ausgedrückt: »die *Mitte* der Gesellschaft« – *hört* bekanntlich auf die *Elite*. Dies deswegen, weil sie ja Elite ist, also in der gesellschaftlichen Rangordnung nach Macht und Reichtum ganz oben steht. Und da mit dem Ansehen ihrer Mitglieder das Gewicht ihrer Äußerungen steigt, sie deswegen immer mehr Recht haben als die Massenmenschen, müssen sie sich auch ihrer Funktion als Vorbild für die Mitte klar sein.¹¹ Es haben also die *Eliten* die Verantwortung dafür, dass diese Unwertigkeits*ideologien* sich nicht durchsetzen und darüber der Rechtsextremismus weiter Aufwind bekommt.

So ganz nebenbei verkündet der eingeschworene Liebhaber einer »liberalen Demokratie« erstens, dass dieses Herrschaftsverhältnis ganz offensichtlich von oben nach unten funktioniert und – dafür steht die *Verantwortung* der Eliten – funktionieren muss, und zweitens dass die Sache mit der Ungleichwertigkeit im Gegensatz zu seiner eigenen Behauptung keine *Ideologie*, sondern eine gesellschaftliche *Tatsache* ist. Ungleichwertigkeit von Menschen in dieser Gesellschaft als pure Vorstellung, Einbildung oder als falsches Bewusstsein – was Ideologie zunächst einmal heißt – auszugeben, kann wirklich nur Soziologen passieren, die mit ihren Gesellschafts-Zwiebeln und -Pyramiden daran basteln, jeden gesellschaftlichen Gegensatz um seine Existenz zu bringen, indem sie immer nur *quantitative* Differenzen zwischen den Menschen entdecken: Alle sind dann darin gleichwertig, dass sie über Geld, Bildung, Ansehen und Macht verfügen – nur eben über mehr oder weniger davon. Nun dementiert Heitmeyer jedoch diese Ideologie – und dies ist wirklich eine –, indem er selbst zwischen politischen und ökonomischen Eliten, der »Mitte« und den von »Wohlstandsmüll« bevölkerten sozialen Rändern unterscheidet – wie die absolut pauperisierte Abteilung der Arbeiterklasse von den Managern bezeichnenderweise genannt wird. Wenn das keine Klarstellung über die real existierende »Ungleichwertigkeit« ist! Doch dient sie bei ihm nur dazu, eine Warnung loszuwerden, die glatt von dem gegenteiligen Befund ausgeht: Es

¹⁰ Das ist immer gut. Denn wenn man *Schuldige* hat, die man zur *Verantwortung* ziehen oder gar *bestrafen* kann, dann steht eines immer bombenfest: Hier hat *jemand* seine Pflichten versäumt oder seinen Auftrag nicht erfüllt. Das hat *die Gesellschaft* selbst *bemerkt* und das *korrigiert* sie selbst. Folglich ist alles in schönster Ordnung: Die Selbstheilungs- bzw. -reinigungskräfte der Gesellschaft sind intakt. Ihr kann man keinen Vorwurf machen, eine Kritik an ihre Adresse wäre völlig verfehlt. Die Verfehlung liegt immer ganz auf Seiten einiger Gesellschaftsmitglieder, die sich *nicht* an die Regeln halten, die die Gesellschaft so lebenswert machen.

¹¹ Deswegen auch die Benutzung von Vorbildern in der Kampagne. Vgl. Kapitel 5.2

müsste die *Elite* sich davor hüten, die *Ideologie* von der Ungleichwertigkeit unter die *Massen* zu bringen – sonst kämen die »ungleichwertigen« Ränder doch glatt selbst auf die Idee, sie seien nicht gleichwertig, und schon wären sie eine fette Beute der Rechtsextremen.

4. Mit Demokratie Kapitalismus zähmen

Nun will aber Heitmeyer im Unterschied zu vielen seiner konservativen Kollegen über noch existierende gesellschaftliche Ungleichheiten und Gegensätze nicht einfach den Mantel des Schweigens ausbreiten und sie leugnen. Er hält einerseits strikt daran fest, dass diese Gesellschaft auf Gleichwertigkeit ihrer Mitglieder aus ist, muss aber als kritischer Mensch andererseits feststellen, dass es daran noch hapert. Ein wenig reibt er sich daran, dass das Gleichwertigkeits*postulat* allzu offensichtlich durch die kapitalistisch geschaffenen *Tatsachen* wie Massenarbeitslosigkeit, Zunahme von Frühinvalidität, Absenken von Löhnen unter die offizielle Armutsgrenze, Kinderarmut usw. auf der Seite der Einkommensabhängigen, und Zunahme des materiellen und Geldreichtums auf der Seite des Privateigentums, *blamiert* wird.

Deswegen beschränkt er sich nicht auf die normale bürgerliche Moral, derzufolge jeder Mensch, getrennt von seiner objektiven Lage als Obdachloser oder Millionär, als Stahlwerker oder als Politiker immerhin *als Mensch gleich wert* ist und deswegen auch gleiche Anerkennung seiner Würde beanspruchen kann. Daran stört ihn, dass diese Moral von der vollständigen *Gleichgültigkeit* gegenüber der *materiellen Lebenslage* der meisten Zeitgenossen lebt und deren Wertigkeit *gänzlich* in die Sphäre abstrakter Gleichheit verlagert. Von der *Moral* selbst nimmt er nicht Abstand, er reibt sich nur etwas an ihrer brutalen *Funktion*.

Deswegen wird er gegenüber seinen politischen Freunden von der SPD richtig kritisch und liest ihnen die Leviten: Er konstatiert, »dass sich ein Kapitalismus (!) herausbildet, der vielfältige Kontrollverluste auf unterschiedlichen Ebenen erzeugt, die auch zu Demokratieentleerungen beitragen... Das austarierte System von »checks and balances« (Tocqueville), wodurch gewährleistet werden soll, dass ein Interesse nicht alternativlos durchgesetzt werden kann, ist aufgehoben... Damit werden die Spannungen zwischen den Prinzipien von kapitalistischer Ökonomie, die auf den Stärkeren setzt und Ungleichheit als Antriebsmechanismus einsetzt, sowie die Demokratie, die auf Gleichheit basiert, weiter erhöht... Die wechselseitige (?) Zähmung von Kapitalismus und Demokratie geht nach 1989 zu Ende... Die Kontrollbilanz fällt eindeutig zugunsten der kapitalistischen Ökonomie aus.«¹²

Versagt haben die politischen Eliten also nicht nur, wo sie sich zu ideologischen *Redensarten* über die Ungleichwertigkeit haben hinreißen lassen, *versagt* haben sie auch bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe, den Kapitalismus zu *zähmen*, auf dass er wieder – wie das nach »1949 über die Sozialstaatsklausel geklappt hat« –

¹² Aus: Manuskript für eine Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion am 6.9.2000

ein menschliches Gesicht bekommt und jedermann Anerkennung genießt. Versagen, Versäumnisse, Verfehlungen der Eliten, wohin man blickt.¹³

Erneut erklärt sich für ihn alles, was nationale Politik ist und was nationale Politiker wollen, als deren *Unfähigkeit*. Schon wieder kann er ihrer Politik – von der Steuer- über die Renten- bis zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, ihrer Europa- und Balkanpolitik – kein einziges positives Anliegen entnehmen, keinen einzigen Zweck, den sie betreiben. Erneut definiert sich Politik nur negativ, als Abweichung und Unterlassung. Immer ist das, was die Regierenden äußern, beschließen und durchsetzen, ein Beleg für die Verfehlung ihrer eigentlichen Zwecke: Wenn ein Beckstein offensiv Schluss macht mit dem humanitären Gefasel, Ausländerpolitik bestünde darin, den Armen und Bedrängten der Welt nach Maßgabe »unserer Möglichkeiten« zu helfen, und im Klartext ausspricht, dass es in der Ausländerpolitik um nationale Nutzenkalkulationen geht, dann möchte der Heitmeyer dieses Stück Wahrheit allein deswegen nicht aus Politikermund hören, weil es seiner guten Meinung von eigentlicher demokratischer Ausländerpolitik widerspricht. Er empört sich über eine solche *Rede* nicht deswegen, weil er ihr die Wahrheit über die Ausländerfrage entnimmt und *diese* empörend findet. Vielmehr erklärt er sie für besorgniserregend, weil er ihr die Verbreitung *gefährlicher Ideologien* anlastet. Dass ein Beckstein (CSU) *will*, was er *sagt*, und *betreibt*, was er *will*, dass seine Rede von der *Wirklichkeit* der Ausländerpolitik handelt und keine fahrlässige *ideologische* Entgleisung ist und dass er dafür seine nationalen, von allen anderen Parteien geteilten Gründe besitzt, davon will der Demokratieidealist nichts wissen.¹⁴ Heitmeyer, der Kapitalismuskritiker, bleibt bei seinem Leisten. Rot-grün-schwarze Politik ist ein einziges Versagen, weil sie ihrer wahren Aufgabe, den Kapitalismus zu zähmen,¹⁵ nicht nachkommt und sich zusätzlich der *Demokratieentleerung* schuldig macht, wo der SPD-Kanzler doch die *Demokratiefüllung* betreiben sollte.

Dieses ausgemalte Bild von der ständig und überall scheiternden *nationalen Politik* ist das einzige, was von Heitmeyers Kritik bleibt. Es ist dies eine Kritik, die Distanz von und Verbundenheit *mit* der nationalen Sache zugleich erlaubt und des-

¹³ Die in den kritischen Geisteswissenschaften verbreitete Vorstellung von dem bösen Kapitalismus, der von der guten Demokratie gezähmt werden muss, ist uralte. Sie basiert auf der Vorstellung, dass die gewählten Politiker nichts anderes zu tun hätten, als die schlimmen Auswirkungen des Kapitalismus in den Griff zu bekommen. Man sollte die Vertreter solcher Theorien immer wieder fragen, warum die (Sozial-)Demokraten sich eigentlich in ein System verbeißen, das ihnen seit mehr als 150 Jahren nichts als Ärger bereitet. Sollen sie es doch abschaffen!

¹⁴ So ein Idealismus verlangt Standfestigkeit. Denn würde Heitmeyer auch nur eine Sekunde in Erwägung ziehen, dass die Politik, die er für eine Abweichung von den eigentlichen Anliegen regierender Demokraten hält, *genau so gewollt ist*, dann könnte seine theoretische Bemühung, die gebildeten Stände mit ihrer demokratisch-kapitalistischen Heimat gerade über die Kritik an ihr zu versöhnen, glatt zum Gegenteil führen. Denn wenn die politische Elite will, was sie treibt, dann lässt sich Sozialkritik auch nicht als *Appell* an einen erfundenen *eigentlich* guten Willen betreiben, sondern nur als *Aufstand* gegen den *wirklichen* und ziemlich schäbigen Willen der politischen Elite.

¹⁵ Das soll – so Heitmeyer – übrigens »wechselseitig« passieren. Interessant: Und wie zähmt (!) nach dieser Konstruktion der Kapitalismus die Demokratie? Oder hat sich hier bloß so ein komplex-multikausalorientierter Wechselseitigkeits-Automatismus eingeschlichen?

wegen auch von den kritischen Teilen der hiesigen Elite goutiert wird. Zwar, so geht die Logik, bringt diese Gesellschaft in ihrer Mitte Rechtsextremismus hervor, zwar leistet sie sich Unanständigkeiten in der Ausländerpolitik und wirft die soziale Frage wieder neu auf, doch handelt es sich bei all diesen zum Himmel schreienden Phänomenen um Entgleisungen und Mängel des Systems, verweisen sie auf Verfehlungen der Zuständigen, der politischen Eliten, geben also immer zugleich *Anlass zu der Hoffnung*, dass die Demokraten in Amt und Würden zur Korrektur ihrer Fehler fähig sind, weil auch sie letztlich wollen, was der Kritiker von ihnen verlangt.

Zwar ist W. Heitmeyer mit seiner Desintegrationstheorie des Rechtsextremismus politisch überholt. Als kritischer Propagandist des demokratischen Kapitalismus, als Wortführer zur Versöhnung aller enttäuschten Demokratiefreunde mit ihrer deutschen Heimat tut er jedoch allemal gute Dienste. Heute erfüllt er seine Aufgabe als Wissenschaftler dadurch, dass er sich *kritisch-konstruktiv* der Politik andienert.

5. Was zu tun ist

Deswegen weiß er auch, was gegen den Rechtsextremismus zu tun ist. Seine »*ursächlich* bezogene Maßnahme« – dies wegen der *wahren Gründe* – fasst sich in der Forderung nach einer »*Kultur der Anerkennung von Gleichwertigkeit und Unversehrtheit*« zusammen. Seine Vorschläge zur Lösung des Ungleichwertigkeitsdilemmas passen zu seiner Kritik: Er hält dafür, dass die von ihm so geschätzte demokratische Gesellschaft das *Potential* in sich trägt, eine »*Kultur der Anerkennung*« der Gleichwertigkeit aller Menschen zu *verwirklichen*. Mit dieser eingeforderten »*Kultur der Anerkennung*« kommt er den Mahnungen seines Gewissens praktisch nach: Die Kritik an der SPD, sie täte nicht genug gegen die wirkliche Ungleichwertigkeit, mündet in die Trennung von objektiver sozialer Lage und dem subjektiven Bewusstsein von ihr. Wenn man den Menschen nur ordentlich von oben Anerkennung zuteil werden lässt, dann tröstet sie vielleicht die *Einbildung von Gleichwertigkeit* über die an ihnen hergestellte materielle *Ungleichwertigkeit* hinweg.

Seine Ratschläge an die SPD lauten im Klartext folgendermaßen: Es »müsste die Politik ihre Maxime überprüfen, wo positive Anerkennung verknappt wird, um die als notwendig befundene Modernisierungsdynamik in Gang zu bringen...« Soll heißen: Wenn schon das Volksverarmungsprogramm (d.i. »*Modernisierungsdynamik*«) sein muss, dann muss die Regierung zusehen, wie sie dennoch den »*sozial ausgegrenzten*« Leuten das *Gefühl* verschafft, nicht aus dem großen Ganzen ihrer auf Weltmachtkurs segelnden Heimat ausgeschlossen zu sein. Noch deutlicher in einem weiteren Ratschlag: »*Die Leistungssteigerung in den Schulen ist das zentrale Ziel, vor allem auch sozialdemokratischer Politik. Was wird mit denen, die nicht mithalten können? Woher bekommen die ihre Anerkennung?*« Eben! Schulisch aussortiert, spätestens nach 4-7 Jahren Schule bereits festgelegt auf eine Karriere in der »*Mitte der Gesellschaft*« mit entsprechenden zwangsläufigen Überhängen an die sozialen Ränder; das muss einfach sein – und zwar wegen der »*Lei-*

stungssteigerung«, ohne die die »Modernisierungsdynamik« zu undynamisch verlief! Da braucht es dringend ein psychologisches Kompensationsprogramm, welches positive »Anerkennung verteilt«, wo schon das Jungvolk per Schulabschluss frühzeitig auf die »Unterschicht« festgelegt wird.¹⁶ Das ist gemeint mit der Volksweisheit, dass Einbildung eben immer noch die schönste Bildung ist.

Wie geht so eine »Kultur der Anerkennung«? Wie kann die greifen? Was ist ihr Anliegen? Ein Ziel steht fest: Der von weiterführender Bildung ausgeschlossene Jungdeutsche soll sich als *gleichwertiger Deutscher fühlen*, damit er nicht auf die Idee kommt, »Kanacken« zu verprügeln, die ihm das Gefühl vermitteln, als Deutscher nicht so beachtet zu werden, wie es ihm, dem Deutschen, zusteht. Und dieses von oben bestätigte Gefühl, zu dieser Gesellschaft, die man ruhig auch beim Namen, also Deutschland, nennen darf, dazu zugehören, steht bei Heitmeyer im Wertekanon ganz oben. Das stört ihn am meisten am Rechtsextremismus, wenn die nationale Gemeinschaft entzweit ist, d.h. die Mitte und die Ränder der Gesellschaft nicht dem Interesse der Elite nachkommen, sich zu einer homogenen nationalen Volkseinheit hinter ihrer Führung zusammenzuschließen.

Neben dieser kritischen Wissenschaft gibt es noch eine weitere Abteilung von Kritikern, die sich ihren Reim auf die Staatskampagne gegen Rechtsextremismus macht: die linke bzw. autonome Antifa.

¹⁶ Das wäre doch auch einmal ein schönes Forschungsprojekt: Die Suche nach »äquivalenten Anerkennungsmöglichkeiten« für alle frühzeitig Aussortierten. Übrigens gibt es da schon Einiges: Man kann dem Hauptschüler ohne Abschluss eine »praktische Begabung« attestieren, auf den goldenen Boden des Handwerks verweisen, die Arbeitswelt als die eigentliche Bewährungsprobe vorstellen, Glücksbegriffe vorstellen, die vom Geldmangel leben, die Patchwork-Biografie mit viel Arbeitslosigkeit, Hausarbeit, Fortbildung und sozialen Diensten als kreative Form der Lebensgestaltung vorstellen usw.

Kapitel 14

Linker Antifaschismus in der Sinnkrise

1. Linker Antifaschismus...

Neben dem offiziellen Antifaschismus der Nachkriegsrepublik gab und gibt es einen »linken« bzw. »autonomen Antifaschismus« in Deutschland. Der offizielle Antifaschismus errichtete eine »wehrhafte Demokratie« nach innen, die allen vom sehr eng gefassten demokratischen Konsens abweichenden Parteien das Etikett »extremistisch« verpasste, der die Ausschaltung von Opposition »die Lehren von Weimar« nannte und darin an den Antikommunismus des Reichsvorgängers anknüpfte, der sich nach innen propagandistisch in der Einschwörung des Volkes auf das »demokratische Wertesystem«, das überhaupt das Bollwerk gegen »Totalitarismus« sein sollte, erschöpfte und der nach außen den Eindruck der durch die Niederlage endgültig geläuterten deutschen Staatsmacht vermitteln sollte.

Den linken Antifaschisten von der VVN oder der DKP reichte dieser offizielle nicht. Sie warfen, in völliger Verkennung des politischen Zwecks der demokratischen Distanzierung vom Hitler-Regime, regelmäßig zu Ostern den Adenauers, Erhards, Kiesingers usw. »Unglaubwürdigkeit« vor, weil diese gern auf Altfaschisten, die in Staatsgeschäften bewandert waren, zurückgriffen. Überall entdeckten sie Zeugnisse für eine unvollständige »Entnazifizierung« oder eine sich bereits wieder neu formierende »braune Gefahr«. Als die besten, die wahren und die eigentlichen Entnazifizierer dienten sie sich der Nachkriegsdemokratie immer wieder mit Petitionen und Unterschriftenlisten an. Obwohl man eigentlich kaum deutlicher dokumentieren kann, dass man gegen den Nachkriegskapitalismus dieses Staats nichts einzuwenden hat, wenn der nur von garantiert sauberen Politikern betrieben wird, kamen sie bei ihm nie gut an, sondern waren permanentem Kommunismusverdacht ausgesetzt. Das hielt sie nicht davon ab, ausgerechnet jenen Nachkriegsregierungen, die es für nützlich hielten, die Bundeswehr mit den Fachleuten der alten Wehrmacht aufzubauen, Jahr für Jahr vorzuwerfen, sie würden gegen den Staatsauftrag der neuen deutschen Demokratie verstoßen, die Verfassung mit Füßen treten und die falschen Lehren aus Weimar ziehen. Auf die Idee, dass alte *Faschisten* vielleicht auch in *demokratischen* Ämtern gute Dienste leisten können, und dass vaterlandsliebende Demokraten völlig ohne braune Vergangenheit zu allerhand faschistischen Urteilen und politischen Schlussfolgerungen fähig sein können, sind sie bis heute nicht gekommen. Kein Wunder, denn sie sind die *Einzigen*, die die antifaschistische *Staatsmoral ernst* genommen haben – zusammen mit allen *Ideologien* über den Gegensatz von Demokratie und Faschismus, über die demokratischen Politiker als die berufenen Wächter über eine saubere Republik und über die »Schuld«, die »wir Deutschen auf uns« geladen haben.

Auch jene linken bzw. autonomen »Antifas«, die sich erst mit den Exzessen demokratischer Ausländerpolitik und dem sie begleitenden Aufschwung der Skin-Bewegung in den 80er Jahren gebildet haben, machen in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Dem *Inhalt* ihrer politischen Praxis ist zu entnehmen, dass auch sie gelehrige Schüler jener antifaschistischen Nachkriegserziehung sind, derzufolge die neue deutsche Republik überhaupt nur dadurch in Misskredit geraten kann, dass »auf ihrem Boden wieder Faschismus entsteht« und dass »von ihrem Boden aus« erneut Faschistisches ausgeht. Der *Form* ihrer Politik ist jedoch zu entnehmen, dass sie weder den Ostermärschen von DKP, VVN usw. noch antirassistischen Lichterketten oder multikulturellen Straßenfesten etwas abgewinnen konnten. Sie hatten sich ein anderes Ziel gesetzt: »Kein Fußbreit den Faschisten«. Und da sie schnell am eigenen Leibe erfuhren, dass der Staat keineswegs gewillt war, angesichts ihrer doch so lauterer Absichten über die »Unordnung« hinwegzusehen, die sich regelmäßig einstellte, wenn Antifas auf Neonazis stießen, wurden sie zusätzlich *staatskritisch*. Allerdings lebte ihre Staatskritik auch nur von dem albernem Befund, dass der demokratische Staat jener antifaschistischen Verantwortung, die die Antifas selbst ihm angeheftet hatten, nicht entsprach. Aus der idealistischen Staatskritik, die das Handeln von Politikern an Maßstäben misst, die gar nicht die ihren sind, wurde – vermittelt eines weiteren Fehlschlusses – der Verdacht gezimmert, dass die herrschende Demokratie gar nicht die wahre Demokratie darstelle, sondern irgendwie von dem sich wieder regenden Bösen, dem Faschismus, angefressen sei. Darüber hat sich bis heute innerhalb dieses Lagers die Theorie festgesetzt, dass es »bald wieder so weit sein könne«, dass die Demokratie in Gefahr geraten sei, was die Existenz von neofaschistischen Parteien, Organisationen beweise, denn »damals« habe es schließlich auch so – d.h. ganz klein – angefangen. Neben dem politischen bekam auch das ökonomische System, der Kapitalismus, sein Fett ab. Der war bei den Antifas ohnehin wegen der Armut in der Dritten Welt, des Nord-Süd-Gefälles und der Umweltzerstörung – heute ergänzt durch die Globalisierung – also gerade *nicht* wegen des bestimmten *Produktionsverhältnisses*, sondern wegen *böser Absichten* und vornehmlich *auswärtiger Wirkungen* in die Schusslinie geraten. Da der Kapitalismus bei ihnen im Verdacht stand, sich des Faschismus zu bedienen, wenn ihm denn eine Krise oder Ähnliches drohe,¹ mussten Antifas nur zwei und zwei zusammenrechnen, um zu ihrem aktuellen Weltbild zu gelangen: Wenn die Demokratie, dieser eigentliche Schutz vor Faschismus und ungestörtem Wüten des Kapitalismus, immer mehr von Braunen »unterwandert« wird, dann fehlt jedes Bollwerk gegen das Böse, dann kann der Casino- oder Manchesterkapitalismus – der ganz normale gibt offenbar zur Verurteilung zu wenig her – sich vermittelt des faschistischen Systems ungebremst durchsetzen.²

Wer sich als Antifa dieses Weltbild zu eigen gemacht hat, der weiß sich bei jeder Aktion, mit der er Neonazis aus »seinem Viertel« vertreiben, von Glatzen zu »national befreiten Zonen« deklarierte Straßen zurückerobern oder bei einer NPD-

¹ Vgl. zur Kritik an dieser Theorie von Dimitroff, Hecker, *Der Faschismus...*, S. 305ff.

² Man möge sich an die Heitmeyer-Theorie – Kapitel 13 – erinnern und sich Gemeinsamkeiten und Differenzen selbst klar machen.

Demo mit Gegenpräsenz auf »die Gefahr« und dass es »schon wieder so weit ist« verweisen will, als *Retter* bzw. *Wegbereiter* der wahren deutschen (Volks-)Demokratie. Auf völliges Unverständnis stößt bei ihm deshalb die Frage, worin denn nun die Freiheit besteht, die er mit dem Vertreiben von Glatzen erkämpft hat. Dass in einem Straßenzug, in den sich Skins nicht mehr wagen, plötzlich die Freiheit von Mieten, von Steuern, von Warenpreisen, von Staatsgesetzen gegen Eigentumsübertretungen oder nur gegen Falschparken ausgebrochen sei, will er denn auch gar nicht behaupten. Sein Sieg ist von anderer Natur: Er hat erfolgreich dem Faschismus ein Stück Gesellschaft abgetrotzt. Dass in dieser Gesellschaft dann nachwievor das Privateigentum, die Gesetze des Geldes, also der Rentabilität per Staatsgewalt Gültigkeit besitzen, dass sich also an der Lage, in die das herrschende System auch den Antifaschisten gesetzt hat, gar nichts ändert, schmälert die Siege dieser aufrechten Menschen nicht. Nicht nur, dass sich dieser linke Antifaschismus in seinem Moralismus gegen die Gefährdungen des Materialismus gefeiert weiß, er pflegt darüber hinaus wirklich die Einbildung, dass er und seine Mannschaft im Viertel das Sagen haben, wenn die Faschos ihnen nicht mehr ihre Läden, Kneipen und Versammlungsräume demolieren. Denn daraus, dass die Ordnungskräfte der Demokratie ihre Einrichtungen *nicht* schützen, verfertigen sie in gekonnter Verdrehung tatsächlicher »Kräfteverhältnisse« deren Ohnmacht, mit der dann die Vorstellung eigener Macht gelegentlich wahnhaft korrespondiert.

Jede ihrer Aktivitäten verstehen sie zugleich als *Warnung*. Die Bevölkerung soll an Hand ihrer Präsenz merken, dass in Deutschland wieder die »braune Gefahr« wächst. Unermüdlich weisen die Antifas in ihren Zeitschriften und Flugblättern nach, wo sich welche neuen Nazis in welcher Zahl wieder breitmachen, decken ihre internationalen Vernetzungen auf, rekonstruieren Auflösungen und Neugründungen von Organisationen der Rechten, enthüllen personelle Verflechtungen von neofaschistischen mit bürgerlichen Presseorganen, demokratischen Parteien, Stiftungen, Verbindungen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Sie sind so sehr von der antifaschistischen Gesinnung des demokratisch erzogenen Volkes überzeugt, dass sie sich glatt jedes Argument *gegen* Faschismus, Rassismus und Nationalismus ersparen. Deren Kritik ist immer schon *unterstellt* – im Übrigen auch bei ihnen selber. Deswegen erschöpft sich ihre Agitation im *Deuten* auf die »braunen Umtriebe« und deswegen halten sie ihre *Enthüllungen* bereits für überzeugungskräftig.

2. ... in der Sinnkrise

Dieser linke Antifaschismus ist mit der Kampagne der Regierung gegen den Rechtsextremismus in die Sinnkrise geraten. Da haben die Antifas seit geraumer Zeit auf die »rechte bzw. faschistische Gefahr« aufmerksam gemacht, haben »ausländerfreie Zonen« von den Neonazis zurückerkämpft, waren immer mit einer Demonstration zur Stelle, wenn die NPD oder irgendwelche »Kameradschaften« sich gegen einen Abgrund von Landesverrat aufstellten, und forderten regelmäßig das NPD-Verbot, ohne jedoch bei der Politik auf Resonanz zu stoßen. Da haben sie schließlich als ziemlich *enttäuschte Demokraten* der deutschen Justiz vorgewor-

fen, sie sei auf dem rechten Auge blind, haben mit Empörung festgestellt, dass Demos der Neofaschisten von der Polizei geschützt, sie selbst dagegen, die um das saubere Deutschland besorgten Antifaschisten, verfolgt wurden und dass in so manchem Landes- oder Kommunalparlament etablierte Parteien nichts gegen Zustimmung von der NPD, der DVU oder den Reps einzuwenden hatten.

Und nun! Nun droht ihr mühsam gezeichnetes Weltbild binnen kürzester Zeit zusammenzubrechen. Denn es nehmen ihnen die regierenden Parteien, an denen die Antifas kein demokratisches Haar lassen wollten, die Arbeit ab und machen sich mit enormem Aufwand an Staatsgewalt und ziemlicher Unerbittlichkeit an jene »Drecksarbeit«, deren Erledigung die Antifas diesem »Polizeistaat« nie mehr zugetraut hätten. So muss es wenigstens dem verstörten linken Antifaschisten jetzt erscheinen: Die »befreiten Zonen«, um die Faschos, Antifas und Anti-Antifas sich Scharmützel lieferten, werden von Sonderpolizeieinheiten aufgemischt, die Vernetzungsenthüllungen der Antifa lassen sich in jeder großen Tageszeitung nachlesen, Demos von Glatzen und der NPD werden untersagt und sogar der Verbandsantrag gegen die NPD ist mit überwältigender Zustimmung von Beckstein (CSU) bis Fischer (Bündnis/Grüne) auf den Weg gebracht worden. Und das, wo es sich nach wie vor um dieselbe Republik, um dieselben demokratischen Parteien mit denselben Programmen und sogar um dieselben Politiker handelt, die sie bisher als Schutzmacht der Neofaschisten – »Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!« – und als Gegner ihrer politischen Aktivitäten eingeordnet hatten.

Wie ist das möglich, fragen sie: »Inzwischen ist es nämlich durchaus kompatibel geworden, dass sich jemand ganz offen Antinazi oder Antifaschist nennen kann, und gleichzeitig auch offen rassistische Politik betreibt. Wie so etwas möglich ist, darauf gibt es noch keine richtigen Antworten, sondern eher Fragen.«³ Inzwischen gibt es aus dem Lager der Antifa einige Antworten.

3. Leugnung der Kampagne

Die *erste* Antwort besteht darin, die Existenz der Regierungskampagne überhaupt zu *leugnen*.

Das Ganze sei ein *Sommerlochtheater*, nicht ernst gemeint und gehe wieder vorbei: »Was für ein Sommer! Vor allem: was für ein Sommertheater.« Logisch konsequent, wenngleich kontrafaktisch wird die Kampagne gleich wieder für beendet erklärt. In der Tat: Wenn sie nur als Lochfüller in einer politik- und nachrichtenarmen Zeit erscheint, es ihr folglich gar nicht um die Sache ging, die sie mit Demonstrationen, Abschreckungsurteilen und Verbandsanträgen doch wirklich ziemlich deutlich betreibt, dann *muss* sie mit dem Ende des Sommers ihr eigenes Ende finden: »...und nach dem Sommer. Der Sommer ist vorbei und die antifaschisti-

³ Alle Zitate sind Zeitungen, Zeitschriften und Flugblätter der Antifa aus der Zeit zwischen September 2000 und Januar 2001 entnommen. Sie stammen aus: Zeck-Hamburg, Bambule-Bremen, Schanzenviertel Infotage-Hamburg, Pro.K-München, Weltrevolution-Berlin, Schlagnach-Bielefeld, interim-Berlin, aib, Antifa-Nachrichten, ak, arbeitermacht, Antifa-Plenum-Braunschweig, fight-back-Braunschweig.

sche Bewegung ist wieder auf sich selbst zurückgeworfen. Die optimistische Einschätzung während des Sommers, die Linke könnte über die mediale Aufmerksamkeit versuchen, den gesellschaftlichen Diskurs zu beeinflussen, hat sich als falsch erwiesen.« Die Antifas können und müssen weitermachen wie bisher. Sie sind und bleiben die einzigen aufrechten Antifaschisten der Republik. Nach dem Motto, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, wird alles, was von politischer Seite auf den Weg gebracht worden ist, schlicht gezeugnet.

So klärt eine Fraktion darüber auf, dass die ganze Kampagne gegen die Rechten *eigentlich* nur gegen die *Linken* im Lande gerichtet ist. Nach dem Muster, dass doch ein faschistoider Staat nie und nimmer gegen die Rechten mobil machen wird, lüften sie das Geheimnis einer groß angelegten verdeckten Operation: Wenn das Versammlungs- und Demonstrationsrecht eingeschränkt, die Überwachungssysteme ausgebaut, polizeiliche Eingreiftruppen eingerichtet werden, lauter Maßnahmen, die – was nicht bestritten werden kann – auch gegen Linke zum Einsatz kommen können, wenn Polizisten nach wie vor auf den Demos die Glatzen von den Antifas trennen, wenn der staatliche Antifaschismus die linken Antifas also gar nicht ins politische Recht setzt, sogar Repression und Verfahren gegen die Linke Antifa einfach weiterlaufen, dann *kann* sich die ganze Staatskampagne letztlich nur gegen die Linken richten. So titelt denn ein Blatt programmatisch: »Staatlicher Antifaschismus: ›Der Feind steht links!‹« Und ein anderes ergänzt: »Rechts antäuschen und links zuschlagen.« Den Gipfel dieses Wahnsystems erklimmen nicht zufällig linke Arbeiterfreunde. Abgeklärt klären sie uns auf: »Machen wir uns nichts vor. Das Gespenst (!) des Rechtsextremismus, das derzeit durch die Gazetten spukt (!), ist ein willkommener Anlass für die herrschende Klasse, sich in weiser Voraussicht auf die anstehenden Krisenmaßnahmen und den dadurch drohenden Konfrontationen mit ihrem wirklichen Feind, der Arbeiterklasse bereits im Vorfeld zu wappnen. . . . (Es werden) die jüngsten repressiven Maßnahmen die neonazistische Scheinblüte überdauern und erst dann voll wirksam werden, wenn die Arbeiterklasse (und nicht jener Haufen zu kurz gekommener Skinheads; i.O.) ›extremistisch‹ wird, sprich: den Kampf gegen die kapitalistische Barbarei aufnimmt.« Nichts gegen den Kampf gegen kapitalistische Barbarei – doch das Urteil über die Kämpfer bedarf einer Überprüfung: Denn gegenwärtig bewältigen deutsche Arbeiter ihre sozialen und ökonomischen Krisen mittels jenes ausländerfeindlichen Nationalismus, dem die Staatskampagne gerade einen neuen, politikkonformen Gehalt verpassen will.

4. »Der Staat hat von uns gelernt!«

Der *zweite* Weg aus der Sinnkrise besteht umgekehrt darin, in der Staatskampagne eine *Umkehr* der hiesigen Politik zu erblicken, diese für das Werk der Antifa auszugeben und auf ihrem *Erfolgskonto* zu verbuchen.

Da wird der Eindruck erzeugt, dass die jahrelange Arbeit der Antifa der politischen Elite endlich die Augen geöffnet, so dass diese nun selbst »die rechte Gefahr« entdeckt hat: »Hier ist uns unser Handlungsansatz (wie die reden? FH) plötzlich und unvermutet von staatlicher Seite abgenommen (!) worden, was uns natür-

lich erst einmal ins Leere laufen ließ.« Ein wenig schmallend ob der Missachtung der vergangenen »Vorreiterrolle« der linken Antifa wird dabei einerseits konstatiert: »Die öffentliche Diskussion ist *aufgesetzt* (weil nicht so von Herzen kommend wie bei der Antifa, sondern nachgemacht; FH), *unehrlich* (weil der wahre Protagonist, die Antifa, nicht genannt wird; FH) und kommt *viel zu spät* (gut, dass wenigstens die Antifa früh dran war; FH), früher hat es immer keinen interessiert, als die Antifa als erste auf die Gefährlichkeit der Nazis hingewiesen hat.« Andererseits fordern sie sich selbst dazu auf, die Schmollecke zu verlassen, die antifaschistische Sache über die Copyright-Frage zu stellen und zum gemeinsamen Kampf zu blasen: »...gilt es derzeit, sich nicht selbstbeweihräuchernd auf die eigene Vorreiterrolle zurückzuziehen, sondern den Versuch zu wagen, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zu beeinflussen und Teile der längst (an die Rechten) verloren geglaubten Hegemonie wieder zurück zu gewinnen.« Gröber kann die *Fehldeutung* dieser, im Namen des Antifaschismus organisierten Staatskampagne zur nationalistischen Volkserziehung kaum noch ausfallen. Dass das »Anti« des Staates vielleicht einen anderen politischen Gehalt besitzen könnte als das ihre, fällt ihnen erst einmal nicht ein: Anti-Faschismus ist eben Anti-Faschismus.

Natürlich werden die Antifas darüber nicht gleich zu Freunden des Staates und seiner Ausländerpolitik. Doch etwas ändert sich schon, immerhin ist der Staat im antifaschistischen Kampf jetzt fast so etwas wie ein Bündnispartner. Seine Politik offenbart jetzt z.B. einen *Widerspruch* zwischen »verordnetem Antifaschismus« und weiterhin offensiv betriebener Ausländerpolitik, worunter die Glaubwürdigkeit des Staates leidet: »Ein Staat, der großangelegt Propaganda gegen »Gewalt gegen Ausländer« betreibt, während er in demselben Moment Menschen durch Abschiebung Folter und Gewalt aussetzt, macht sich *unglaubwürdig*.« Es offenbart sich in diesem Befund die angesichts der antifaschistischen Affinität neu erwachte Sehnsucht nach einer Staatsgewalt, die alle ihre – von der Antifa gründlich missverstandenen – antifaschistischen Erklärungen doch wahr machen, die Kampagne gegen Ausländerfeindlichkeit um die endgültige Abschaffung jeder Sorte von Ausländerpolitik ergänzen und sich damit der linken Antifa als glaubwürdige Staatsgewalt präsentieren möge. So *wünscht* man sich die gerade noch als Folterregime und Polizeistaat geschmähte demokratische Herrschaft nun; und die Erfüllung dieser Wünsche scheint die Antifa zumindest der rotgrünen Regierung auch irgendwie *zuzutrauen*.

Dafür entdeckt man dann einen Widerspruch innerhalb des politischen *Lagers*. Da gibt es die weiterhin gescholtene Ausländerpolitik von Schröder über Schily bis Stoiber, die Politik einer »rechten Fraktion«, die »autoritären Tendenzen einiger Politiker«. Aber daneben gibt es die Erkenntnis von Politikern, dass die Ausländerpolitik längst überholt ist und inzwischen zur Korrektur ansteht. Das ist die Wende! Und für diese Wende zum Besseren werden dann Belege gesucht und gefunden: Etwa in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, »nach dem das Asylrecht künftig großzügiger ausgelegt werden muss«, oder in der Planung eines Einwanderungsgesetzes. Es interessiert die Antifa dabei weder die *Begründung* des obersten Gerichts, noch die politischen *Zwecke* des Einwanderungsgesetzes. Und auch der Umstand, dass gerade die Vertreter der »autoritären Tendenzen« in der Politik – eben jene Schily und Beckstein – zur Zeit die Protagonisten einer

Öffnung für »nützliche Ausländer« sind, stört die eigenwillige Sicht der Dinge nicht: »Ja, vielleicht bekommt diese (autoritäre) Strömung innerhalb der politischen Klasse einen kleinen – wirklich nur einen kleinen, aber immerhin – Dämpfer, sieht ihren Spielraum eingeschränkt aufgrund der öffentlichen Anti-Nazi-Stimmung.« Und dies wäre letztlich ihr Werk, an das sich die weniger autoritäre Strömung der Politik nur angehängt hat.

Mit der Entdeckung von Widersprüchen steht fest, dass man Keile zwischen autoritäre und weniger autoritäre Vertreter der politischen Klasse treiben muss. Zwar noch ein wenig beleidigt, wo sie es doch schon immer gesagt haben, und nun vom Adressaten der vergangenen Beschwerden nicht einmal als Fachleute zur Strategiebesprechung ins Kanzleramt eingeladen werden, entdecken die Antifas in der Kampagne ihre zukünftige Sternstunde: »Menschlich mögen die Enttäuschungen angebracht sein, politisch sind sie es nicht... (Denn:) Für die radikale Linke ist die gegenwärtige Entwicklung das beste, was passieren kann.« Auf geht's! Die Antinazi-Stimmung ist da, zwar nicht von den Richtigen auf Touren gebracht, aber »genau diese Stimmung müssen wir *auszunutzen* versuchen«.

Die Staatskampagne, eine *günstige Bedingung* für die linke Antifa: »Eigentlich gar nicht so schlecht«, dass das Thema »Rechtsradikalismus« zur Zeit das Thema »schlechthin zu sein scheint«, überlegen diese Linken. Oder: »Vom Praktischen her bietet die Thematisierung natürlich einen guten Ausgangspunkt«. Wofür? Keine Frage, denn die Antifa »darf nicht nur gegen Nazis sein – gerade angesichts der aktuellen Entwicklung, wo eigentlich alle in Deutschland gegen Nazis sind. Gegen Nazis, das ist eine wunderbare Grundlage für antifaschistische Bündnispolitik bis hin zum bürgerlichen Lager...«. Und auf dieser Grundlage kann die Antifa jetzt an andere Aufgaben herangehen. Sie kann so beispielsweise »Alternativen aufzeigen und vorleben – zu dieser Gesellschaft, die Rassismus und Faschos hervorbringt«. Oder sie kann sich die »Verteidigung der Zivilgesellschaft« angelegen sein lassen und alle zivilen Werte wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gegen die Überformung durch die bösen Kräfte retten.

Wer der Kampagne weiterhin misstrauisch gegenübersteht, der kann aber wenigstens in die Rolle eines Zaungastes schlüpfen, der weiß, dass er alles konsequenter und radikaler gemacht hätte, als es das Regierungsbündnis je zuwege bringt. Und da kommt einiges an *konstruktiver Manöverkritik* zusammen: Appelle würden nichts nützen, der neu entdeckte Antifaschismus bliebe auf den Blätterwald beschränkt und würde das Volk nicht wirklich erreichen. An langem Atem hätte es der Politik ohnehin schon immer gefehlt – das kennt man ja an denen, dass sie immer gleich wieder aufgeben. Überdies sei das NPD-Verbot schlampig vorbereitet worden, weil der »Gesetzgeber vorher seine Rechtspositionen nicht gestärkt und aktualisiert hat. Warum wird z.B. das Parteiengesetz nicht dahingehend verändert, dass Parteien, die nach dem Führerprinzip funktionieren, keine Partei im klassischen Sinne sind?« Außerdem werde zum Zwecke der »Repression gegen Neonazis« vom Staat glatt die falsche Mannschaft eingesetzt, nämlich auch der Bundesgrenzschutz, der doch »vor allem damit befasst ist, Nichtdeutsche sogenannten verdachtsunabhängigen Kontrollen zu unterziehen«, statt zu verhindern, dass »Neonazis dunkelhäutige Reisende anpöbeln«. So einen richtig durchgreifenden, basisnahen und alle Rechtsmittel voll ausschöpfenden antifaschistischen Kampf, den

kriegt der schlappe Staat einfach nicht hin. Da imaginieren sich diese Antifas, die sich gerade noch über den Polizeistaat beschwert haben, glatt als kleine Innen- und Justizminister, geben Ratschläge, wie die Staatsgewalt und welche ihrer Unterabteilungen günstigerweise zuschlagen sollten.

Ob das *NPD-Verbot* überhaupt ausreicht, wird von Antifas ebenfalls bezweifelt. Dabei geben sie diese Sorte von Einmischung in staatliche Erfolgskalkulationen glatt als ihre Erfindung aus. O-Ton: »Dass rechte Gewalt alleine durch Law- und Order verhindert werden kann, ...bezweifeln nicht nur (!) Linke.« Das »NPD-Verbot wäre zu wenig«, klagen die einen. Es gäbe zwar »gute Argumente für ein Verbot« – wie die Bildung befreiter Zonen und die Finanzierung der NPD aus Steuermitteln nach dem Parteiengesetz, zwei Punkte, die auch Beckstein und Schily nicht schlafen lassen. Letztlich sei das Verbot aber »keine Lösung«, monieren die anderen, weil sich – und auch da sind sie mit honorigen politischen Bedenkträgern in Amt und Würden einer Meinung – die Neonazis auf lange Sicht neu organisieren würden. Das Ideal der vollständigen Ausmerzungen der Neonazis treibt auch sie um. Nur möchten sie als linke Menschen, die immer noch gewisse Bedenken haben, allzu offensichtlich auf die Staatsgewalt zu setzen, am liebsten die Repression von unten organisieren: »Den Neonazis ist nur beizukommen, wenn ihnen breiter Widerstand entgegengesetzt wird.« – vom Volk natürlich, das sich als vom Faschismus betroffenes Volk »selbst organisieren und aktiv werden muss«. So kombinieren sie ihr Ideal einer Demokratie von unten mit der Ideologie vom letztlich antifaschistischen Volk und vergessen für eine Weile, dass sie selbst vom Volk zugleich fürchterlich enttäuscht worden sind. *Ihr* Antifaschismus kam beim Volk nicht so gut an: »Früher hat es immer keinen interessiert!«

Man kann also resümieren: Trotz all der geäußerten Vorbehalte wird der »Aufstand der Anständigen« von Teilen der linken Antifa *begrüßt*. Er scheint ihre Isolation aufzuheben, lässt sich als Sieg der eigenen Sache oder zumindest als günstige Bedingung für die weitere antifaschistische Arbeit interpretieren. Auf Hoffnung wird gemacht, um den Frust der eigenen Mannschaft zu bekämpfen. Im ehemals als faschistoid verteuflten Lager der Regierungspolitik werden Widersprüche und Bündnismöglichkeiten ausgemacht.⁴

Die Überlegung, ob mit dem staatlichen »Anti« vielleicht Anliegen verfolgt werden, die nicht dem Faschismus, sondern nur einem störenden völkischen Nationalismus im Volk zuleibe rücken und ihn durch eine Art supranationalen Nationalismus ersetzen wollen, wird erfolgreich durch den letztlich unerschütterlichen Glauben an das Gute im »Anti« eines jeden Antifaschismus zurückgedrängt. Gerade als Deutscher, genauer: als der bessere Deutsche – und zu diesem nationalistischen Moralismus bekennen sich linke Antifas nun einmal – hat man die Pflicht, in *jedem Antifaschismus* die Absage an die »unselige deutsche Vergangenheit« zu entdecken. Wie gesagt: Die Kampagne »ist eigentlich gar nicht schlecht!«

⁴ Gelegentliche Irritationen darüber, dass die Protagonisten der Staatskampagne weder ihre Ausländerpolitik gründlich umkehren noch ein Hehl daraus machen, dass sich ihre Kritik am Nationalismus der Rechtsextremen allein aus einer Sorge um eine der Standortpolitik förderliche nationalistische Volksgesinnung speist, führen in der laufenden Debatte »Antifa wie weiter?« ein recht folgenloses Eigenleben.

5. »Wir müssen umdenken, um uns nicht zu ändern!«

Es gibt noch eine *dritte* Abteilung. Die bemüht sich um Klärung, versucht die Staatskampagne zu begreifen und scheut auch vor Selbstkritik nicht zurück.

Da kann man z.B. über das Anliegen der Regierung lesen: »Nicht wirklich die Nazis und ihre rassistische und faschistische Ideologie der Selektion und Ausgrenzung sollen grundlegend kritisiert werden, sondern dass sie sich nicht an die ›Spielregeln‹ halten und auch diejenigen Flüchtlinge verprügeln, die der ›deutschen Wirtschaft‹ nutzen.« Damit wird nicht nur von der Anbieterei ihrer Kollegen Abstand genommen, sondern zugleich die Theorie vom Kapital, das »hinter dem Faschismus steht«, als »linker Dogmatismus« partiell entorgt. Das muss ihnen nun einleuchten: Wenn »die rechte Szene mit wesentlichen aktuellen Interessen des deutschen Kapitals kollidiert«, dann kann das Kapital kaum noch der Drahtzieher des Neofaschismus sein.⁵

Die Selbstkritik geht weiter. Auch von der These, dass das Schlimme an der Demokratie ihre Unterwanderung durch Faschisten sei, verabschiedet man sich in gewisser Weise: Denn weil es dem »Staatsantifaschismus« gar nicht um »grundlegende« Kritik des Faschismus geht, er nicht davon ablässt, »täglich Menschen nach Kriterien ihrer Herkunft und ihrer Verwertbarkeit fürs Kapital zu sortieren, selektieren und entsprechend zu behandeln«, deswegen »gilt es nicht nur gegen die Nazis auf der Straße aktiv zu werden, sondern auch gegen den Rassismus der bürgerlichen Mitte und die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse«. Das Schutzobjekt demokratische Gesellschaft avanciert zum zweiten Feind. Das Verbindungsglied zwischen den Faschisten und dem »bürgerlichen Lager« heißt »Rassismus«: Der stellt die »entscheidende Überschneidung von faschistischer Ideologie und bürgerlicher Flüchtlingspolitik dar«. Nicht mehr nur nach Nazis fahndet man, sondern Rassismus sucht man. Von der *Personifikation* der braunen Gefahr macht man nun den Übergang zu »rassistischen Strukturen«.

Den Vorwurf, sie würden sich nur an den Faschisten verbeißen, weisen sie hiermit zurück – und zwar *als* Antifaschisten. Jetzt haben sie ihren ganz eigenen Übergang zu einer Kritik von »bürgerlicher Flüchtlingspolitik« und »kapitalistischer Verwertungslogik« gefunden. Sie haben in der bürgerlichen Gesellschaft entdeckt, was ihnen der Inbegriff des Faschismus ist, nämlich den Rassismus. Also kritisieren sie nicht demokratische Ausländerpolitik und kapitalistische Ökonomie, als das, was beide jeweils *sind*, sondern deren *rassistische* »Überschneidung« mit dem Faschismus. Mit dieser Kritik verfehlen sie jedoch den Faschismus ebenso

⁵ Doch ganz möchte man sich von der klassischen Dimitroff-Formel auch noch nicht verabschieden: »Sowenig der Faschismus nur verlängerter Arm des Kapitals ist, sowenig wird er letzten Endes gegen das Kapital zur Macht aufsteigen können.« Weswegen »trotzdem danach gefragt werden muss, welche vom Kapital initiierten faschistoiden Entwicklungen im Moment stattfinden«. Auf jeden Fall muss es sich um solche »faschistoiden Entwicklungen« handeln, die ziemlich im Geheimen wirken, denn der Rechtsextremismus »kollidiert« bekanntlich mit den »aktuellen Kapitalinteressen«. So *dementiert* man den behaupteten Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapital ebenso begriffslos wie man ihn *hergestellt* hat und behält das Dementi des Dementis als theoretische Option im Köcher, weil es ja sein kann, dass die alte Deutung der Weltenläufe auch mal wieder ins Konzept passt.

wie die demokratische Politik und die herrschende Ökonomie: Die haben nämlich dem faschistischen Rassismus eine – im Grundgesetz, Art. 3 (3) festgeschriebene – *Absage* erteilt: Eine Menschensortierung, die Maß nimmt an Hautfarbe und Religion, Geschlecht und Abstammung, Sprache und Herkunft, erachtet der demokratische Kapitalismus für ausgesprochen *unpraktisch*.

Es nimmt also diese Kritik der Republik auch wieder nur Maß an dem, was diese Kritiker unter Faschismus verstehen wollen: Rassismus à la Hitler. So etwas führt dann zwangsläufig dazu, dass sie an der *neuen* In- und Ausländerpolitik kaum noch etwas auszusetzen haben. Denn die fällt für sie nicht unter die »rassistische Überschneidung«. Ihr ausgewogener Befund lautet folglich: »Die BRD ist *trotz* des neuen Staatsbürgerschaftsrechts, Green-/Blue-Card, des künftigen Einwanderungsgesetzes etc. eine rassistische Gesellschaft.« Trotz – das ist gut! Wie gut, dass es da immer noch die alten Regelungen zur Abschiebung von Asylbewerbern und Flüchtlingen gibt, sonst hätten die Antifas an der Ausländerpolitik glatt nichts mehr auszusetzen. Nicht zufällig lebt deswegen die neue Parole dieser Fraktion, mit der nach beiden Seiten ausgeteilt wird, von einer klammheimlichen Sortierung: »Nazis morden, der Staat schiebt ab!« Natürlich sind beide Feststellungen sachlich zutreffend, und dennoch lässt sich die relative Verharmlosung staatlicher Ausländerpolitik auch hier nicht übersehen. Dass der Staat »*bloß* abschiebt«, soll schon behauptet werden, auch wenn sich die Antifas gegen diese Deutung verwahren würden. Doch wo für sie die Gleichung »Faschismus = Rassismus« *voll* aufgeht, die Gleichung »staatliche Ausländerpolitik = Rassismus« jedoch immer mehr *Lücken* aufweist, da ist für sie klar, dass der alte Schlachtruf »Kein Fußbreit den Faschisten« ihr Credo bleibt, das nach wie vor jedes Flugblatt abschließt.

So treffen sich denn die Antifas trotz aller Differenzen im Umgang mit der staatlichen Kampagne gegen Rechtsextremismus wieder in alter Runde. Ihr Weltbild bleibt ihnen erhalten, der *Feind Nr. 1* steht weiterhin rechts, hat Glatze, trägt Springerstiefel und ordnet sich der NPD zu. Ob sie die Kampagne schlicht leugnen oder sie zum Anschlag auf die Linken verdrehen, ob sie sich als Teil eines breiten Bündnisses gegen rechts *wähnen*, zu dem Regierungs- und Oppositionsparteien, Kirchen und Arbeitgeberverbände gehören, oder ob sie mit dem Kampf gegen den Faschismus zugleich den »Rassismus der bürgerlichen Mitte« treffen wollen, immer heißt das Feindbild »Neofaschismus«, immer geht von ihm »die eigentliche Gefahr« erst aus, immer steht im Hintergrund das Bild der Entwicklung einer faschistischen Bewegung, die aus kleinen Anfängen heraus, über die »Machtergreifung«, bis hin zum Weltkrieg und Holocaust eskaliert. Und dieses Bild bildet die Schablone zur Beurteilung von Politik und Ökonomie. Dabei unterscheiden sich die Antifafaktionen darin, für wie *akut* sie »die Gefahr« halten. Während die einen der Auffassung sind, mit der Staatskampagne kündige sich in der Republik endlich ein neues antifaschistisches Klima an, das den Faschos das Wasser abgraben wird, sehen andere im »rassistischen Klima« den schleichenden Aufbau einer »faschistischen Option« für die Zukunft durch die bürgerlichen Parteien. Die ganz Harten wissen den Neofaschismus bereits auf der Siegesstraße und deklarieren die »herrschende Politik« als »faschistoid«. Aber vereint gehen sie im demokratischen Kapitalismus mit der Sonde ihres reduzierten Faschismusbildes auf die Pirsch und spießen allenthalben Faschistisches und Faschistoides, Rassismus und besonders

den alltäglichen Rassismus auf. Wo diese Sonde nicht anschlägt, da haben sie denn auch nichts zu kritisieren. Die kritische Befassung mit dem *Alltag* des fürchterlich normalen demokratischen Kapitalismus mit Steuer- und Sozialstaatsreform, mit Staatsverschuldung und Lohnnebenkostenabbau, mit Familien- und Bildungspolitik, mit BSE und Gesundheitspolitik, mit neuem Betriebsverfassungsgesetz und flexibler Arbeitszeit, mit Teilzeitarbeit und 650-DM-Gesetz, mit Ökosteuer und Benzinpreisen, Bahnprivatisierung und Postmonopol, mit Euro-Stabilisierung und Osterweiterung usw. steht nur an, wenn an ihm braune Soße entdeckt wird – sonst nicht. Es bleibt eben dabei: Sie fühlen und gerieren sich als die wahren Sachwalter des antifaschistischen Vermächtnisses dieser Republik.

Diesen linken Antifaschisten wäre – sofern man ihren kritischen Moralismus denn überhaupt noch ansprechen kann und will – letztlich anzuraten, sich zu *entscheiden*: Entweder beschließen sie, als die letzten Überlebenden und Personifikationen eines idealistischen Missverständnisses des »deutschen Vermächtnisses« weiterzumachen, dann müssen sie eben so weitermachen und in Deutschland Nazis jagen, auch wenn regierende Demokraten längst erfolgreich dabei sind, Hitlers Visionen von deutscher Größe und Weltgeltung per Weltmarkteroberung überzuerfüllen. Oder sie beginnen wirklich einmal damit, nach den »Wurzeln des Nazismus«⁶ zu fragen. Dazu müssen sie sich jedoch von der Vorstellung lösen, dass ein deutscher Staat, in welchem es Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus gibt, *kein demokratischer* sein kann; und sich zugleich an den Gedanken gewöhnen, dass sich umgekehrt mittels *demokratischer Betreuung einer kapitalistischen Ökonomie* im In- und im Ausland auch ganz ohne Faschismusimitat, also ohne Antisemitismus und KZs, ohne Euthanasie und Weltkriegsalleingängen so einiges an Verheerungen an Mensch und Natur anrichten lässt.

⁶ Nach dem berühmten Buchenwald-Schwur: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung.«